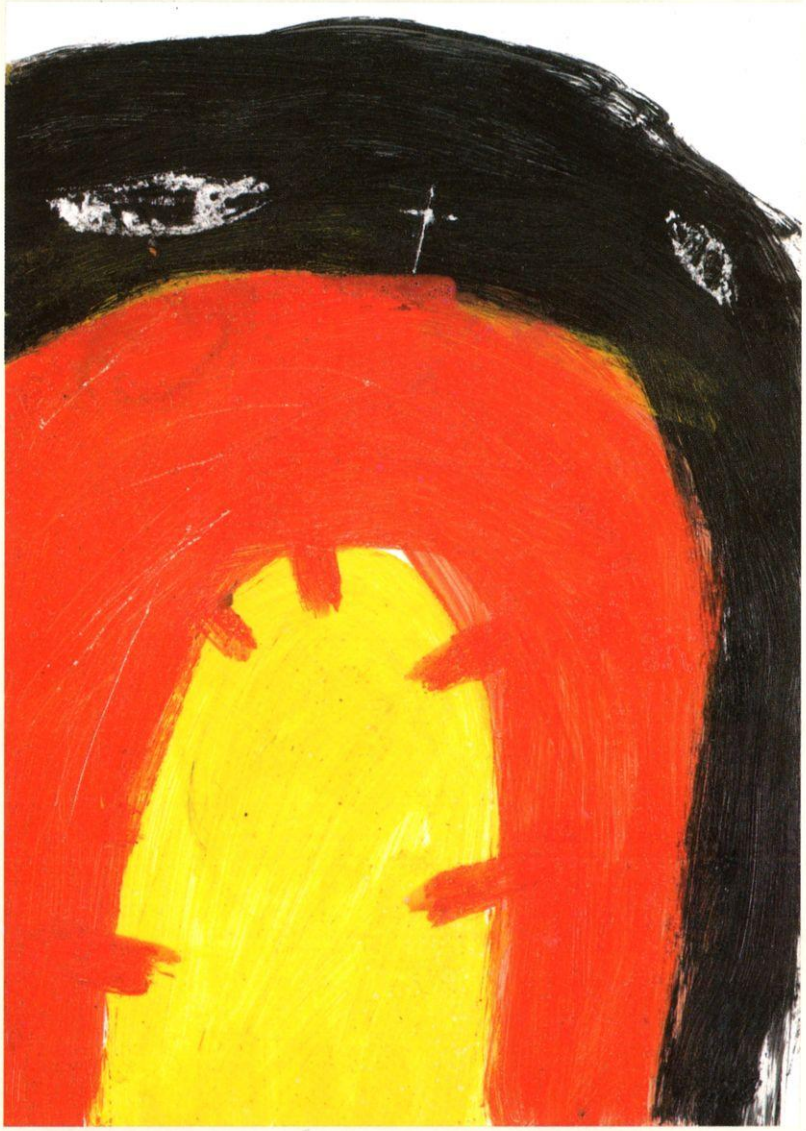
SchlagZeilen

Rostock: Rassismus in den Medien



DISS
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung

DISS:

SchlagZeilen

Rostock: Rassismus in den Medien

Erarbeitet von:
Katrin Althoetmar
Martin Dietzsch
Margret Jäger
Siegfried Jäger
Helmut Kellershohn
Joachim Pfennig
Hans-Peter Speer
Frank Wichert
und mit einem Beitrag von Nora Räthzel

DISS-Skripten Nr. 5

Copyright DISS Oktober 1992

2., durchgesehene Auflage, Januar 1993
Alle Rechte vorbehalten
DISS, Realschulstr. 51, DW-4100 Duisburg 1, 0203-20249

Redaktion: Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn, Joachim Pfennig
Lektorat & Layout: Martin Dietzsch
Titel: Heinrich Strunk
Druck: Basis-Druck Duisburg
ISBN 3-927388-32-7 (16,- DM)

Inhalt:

Vorwort 7

»Randale, bis sich was ändert!«
STERN-Fotos beschwören das Chaos 9

Aus Opfern werden Täter
Verschärfung der Asyl- und Ausländerpolitik 19

»Krawallos«, »Kids« und dumme Jungs
»Rostock« als Problem von Jugendlichen 25

Im wilden Osten
»Rostock« als Problem der Ostdeutschen 29

»Ohne Moos machen wir 'was los!«
Die sozialen Verhältnisse sind schuld! 33

»Welle von Ekel in Europa«
Wie die ausländische Presse »Rostock« sieht und was die deutsche Presse daraus macht 37

Rassismus und Ausgrenzung durch die Hintertür
oder: Von der Schwierigkeit, nicht rassistisch zu schreiben 41

BrandSätze und SchlagZeilen
Die Verarbeitung von »Rostock« im Alltagsdiskurs 45

Rechte Träume vom Terror 51

»Der Feind steht links!«
Die ganz und gar nicht erstaunlichen Schlußfolgerungen der rechtskonservativen
Presse (FAZ, WELT) aus den Rostocker Ereignissen 55

Warum müssen Deutsche immer nach rechts ausweichen, wenn es schwierig wird? 69

...und BILD hetzt weiter 71

Hintergründe

Erscheinungsformen, Ausmaß und Ursachen von Rassismus in Deutschland
Neun Thesen 74

Nora Räthzel:
Heimat, Nationale Identität, Nationalstaat und die Bilder des Anderen
im heutigen Deutschland 78

Gegenöffentlichkeit durch Mailboxnetze 85

Vorwort

Nach Hoyerswerda nun Rostock! Wir wissen, daß die mit diesen Ortsnamen verbundenen rassistischen Gewalttaten nicht aus dem Nichts hervorgebrochen sind. Was hier geschah und weiter eskalieren wird, kommt aus der Mitte unserer Gesellschaft. Trotzdem zuckten wir zusammen, als die Meldungen aus Rostock signalisierten, daß wieder eine mordlüsterne Hatz auf Menschen ausgebrochen war.

Da das DISS seit Jahren genaue Analysen und Recherchen zum Problem des Rassismus und Rechtsextremismus vorgenommen hatte (s. auch die Liste von Veröffentlichungen im Anhang), haben wir den Versuch gemacht, eine Analyse der wichtigsten Aspekte der Berichterstattung zu Rostock vorzunehmen und - ähnlich wie die Broschüre zu Hoyerswerda - schnell in die Diskussion einzubringen. Das war nur dadurch zu bewerkstelligen, daß wir arbeitsteilig vorgingen. Unterschiedliche Gewichtungen und Sichtweisen sowie einige Überschneidungen haben wir bewußt in Kauf genommen.

Im Mittelpunkt der Analyse stehen die wichtigsten stereotypen Argumentationsfiguren, die Verwendung von Bildmaterial am Beispiel einer STERN-Reportage und die politischen Zwecke, wie sie in der Presse mit der Kommentierung der Rostocker Ereignisse verfolgt wurden.

In einen abschließenden Teil "Hintergründe" haben wir einige Thesen über "Erscheinungsformen, Ausmaß und Ursachen von Rassismus" aufgenommen; ferner eine erste Analyse der spezifischen lokalen Bedingungen des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen auf dem Hintergrund der deutschen Vereinigung, sowie einige exemplarische Augenzeugenberichte und Stellungnahmen antirassitischer Initiativen.

Vorwort zur zweiten Auflage

Trotz der schrecklichen Verbrechen in Mölln steht Rostock weiterhin exemplarisch für die Tatsache, daß Deutschland weiter nach rechts driftet. Denn hier traten alle die Komponeneten gemeinsam auf, die verdeutlichen, daß die Rostocker Pogrome Ausdruck der Tendenz der Bundesrepublik Deutschland ist, sich in einen autoritären Staat zu verwandeln: die sorgfältige Vorbereitung durch die verantwortlichen Behörden, das gewollte Versagen der Polizei, die Duldung durch die Politiker, das organisierte Hervortreten militanter rechts-terroristischer Gruppen und der Beifall einer breiten Bevölkerung.

Doch es waren erst die Morde von Mölln, die für größere Teile der deutschen Bevölkerung deutlich machten, was im Gange ist. Selbst den Hetzern und geistigen Brandstiftern in den Medien und in den Parteien (mit Ausnahmer der CSU, die weiterhin unbeschwert auf völkischen Pfaden wandelt) wurde bewußt, daß der rassistische Terror dem deutschen Ansehen und damit den deutschen Geschäften in der Welt Abbruch tut, so daß sie deutliche symbolische Zeichen zu setzen versuchten.

Gleichwohl wird fast alles getan, um den latenten Rassismus in der Bevölkerung am Leben zu erhalten. Die Diskussion um die faktische Abschaffung des Artikel 16 GG wurde auf der politischen Bühne und in den Medien unbeirrt fortgesetzt. Die Änderung des Asylparagraphen ist beschlossene Sache. Die Führung der Sozialdemokratie hat sich den rassistischen Bestrebungen der Unionsparteien und der FDP unterworfen. Die Folge wird eine "Festung Deutschland" in einer "Festung Europa" sein, in der weiterhin Flüchtlinge Zuflucht suchen werden - als Illegale, die man sofort inhaftieren und in Abschiebegefängnisse sperren möchte. Da zugleich ein weiterer drastischer Sozialabbau vorgesehen ist (Waigel-Plan), da zugleich keinerlei politische Konzepte, die es ja längst gibt, in die Tat umgesetzt werden, ist mit einer weiteren und gefährlicheren Eskalation von Rassismus und rassistisch motivierten Verbrechen zu rechnen. Die Nutznießer dieser Entwicklung: "Republikaner", Militante, völkisch-nationalistische Politiker der Unionsparteien zollen Beifall.

Ansätze zum Widerstand gegen diese Entwicklung sind noch schwach, aber bereits deutlich sichtbar. Sie formieren sich neben den Parteien und teilweise in den Grünen und in der Sozialdemokratie. Es gilt, diese Ansätze zu stärken und zu zeigen, daß wir nicht "das dumme Volk" sind, mit dem man alles machen kann! Dazu reichen Lichterketten und ähnliche symbolische Aktionen jedoch nicht aus: Es kommt darauf an, den moralischen Protest in eine Basisbewegung gegen den Notstand im Verfassungsbewußtsein der herrschenden Klasse umzuwandeln.

Die erste Auflage von "Schlagzeilen" war nach zwei Monaten vergriffen. Die hier vorliegende 2. Auflage ist, abgesehen von einigen kleineren Korrekturen und Verbesserungen, im wesentlichen unverändert.

Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn, Joachim Pfennig

Duisburg, im Januar 1993

Siegfried Jäger / Heinrich Strunk:

»Randale bis sich was ändert!«

Stern - Fotos beschwören das Chaos

Die Berichterstattung über die Rostocker Ereignisse ist - auf den ersten Blick - von einer umfassenden Bildberichterstattung begleitet gewesen. Legt man, wie wir es getan haben, die vielen Reportagen und Berichte einmal nebeneinander, dann ist festzustellen, daß in den verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften immer wieder die selben Fotos Verwendung fanden, manchmal in Ausschnitten. Da sieht man den brandflaschenwerfenden jungen Mann, den Menschen, der eine Pistole abfeuert, den brennenden Trabbi, das ausgebrannte Zimmer. Auffallig ist, daß nur selten die Opfer ins Bild gesetzt werden. Meist sind es die Täter, die die Fotografen für wert befunden haben, abgelichtet zu werden. Auffällig ist auch, daß die Bilder meist die gleiche Botschaft ins Bild setzen: Gefahr droht, das Chaos bricht aus. Man möchte fast meinen, hier sei immer ein und derselbe Fotograf am Werk gewesen - so gleichen sich die Bilder, die aber wohl nur Ausdruck der Tatsache sind, daß der deutsche Blick auf die Ereignisse ziemlich eingeengt ist.

Um die Wirksamkeit und die Funktion solcher Fotos am Beispiel zu verdeutlichen, beziehen wir uns auf die Bild-Reportage des "Stern" Nr. 37 (1992) vom 3. September 1992.

Durch einen stark stilisierten Titel, auf dem ein metallisches-hartes Hakenkreuz eine Wohnungstür zertrümmert, wird man auf die Reportage im Inneren des Blattes bereits eingestimmt. Der in dieser rot-gold-schwarz-metallischen Kollage angespielte *"Angriff der Rechten"* - so der Text auf diesem Titel - wird in der Reportage im Inneren in einer 8-seitigen Fotoreportage mit doppel- und ganzseitigen Fotos und Fotoserien aufgenommen, wobei die Farbgebung mit der des Titelbildes identisch ist. Der Fotoreportage folgt ein 5-seitiger Textteil (Reportagen, Interviews, Kommentar und Dokumentation), der mit einer Reihe von kleineren Schwarz-weiß-Fotos garniert ist. Die gesamte Serie wird durch einen roten Block mit dem immer gleichen Text *"Terror von rechts"* zusätzlich zusammengebunden, so daß keinem Betrachter entgehen kann, daß es sich hier um ein einheitliches journalistisches Gebilde handelt. Die stereotype Wiederholung des Textes verweist nachdrücklich auf die beabsichtigte Botschaft: Hier sind rechte Terroristen am Werk - damit nur ja keiner auf den Gedanken kommt, Rostock habe andere Ursachen als den rechten Terrorismus. Damit werden die Ursachen für die Rostocker Ereignisse bereits monokausal eingegrenzt: Rassismus ist ein Randproblem dieser Gesellschaft. Rassistisch motivierte Gewalttaten sind das Werk von ein paar Verrückten; von den weiteren und wirklichen Ursachen des Rassismus in dieser Gesellschaft wird auf diese Weise bereits abgelenkt.

Den Aufmacher der Fotoreportage bildet das auf der nächsten Seite abgebildete doppelseitige Farb-Foto.

Randale, bis sich was ändert

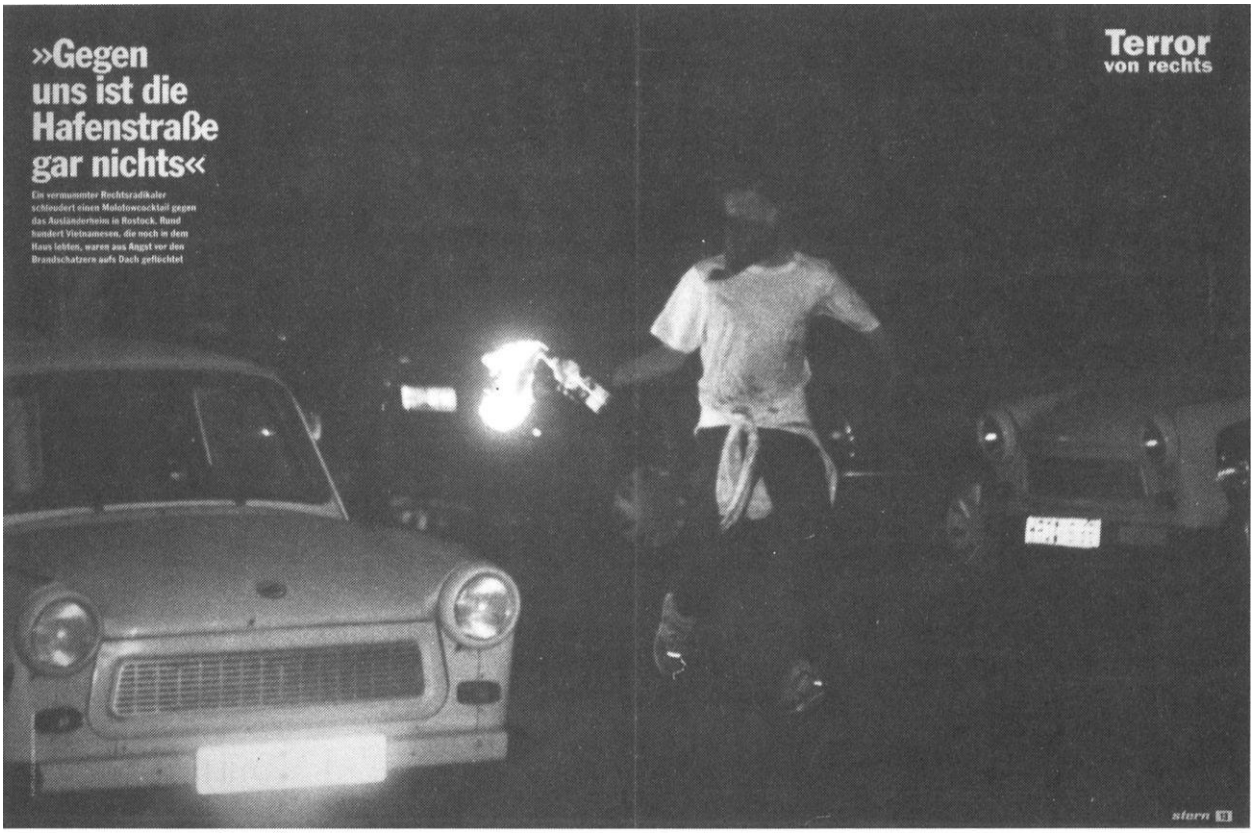
Nach den Krawallen von Rostock: Katerstimmung bei den Bürgern, hilfloses Taktieren in Bonn - und die Jugendlichen wollen weitermachen

Brandsätze gegen Polizisten. Mehr als hundert Beamte wurden während der Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen verletzt

Terror von rechts

Zu sehen sind drei Polizisten vor einer mächtigen diffusen Feuerwand, ein bedrohliches Außen, gegen das sie sich mit Helm und Schild schützen. Wir, die unbeteiligten Zuschauer befinden uns hinter der Szene, im Inneren, im Schutz der Polizisten, die uns den Rücken zuwenden, einen Schutzwall bilden gegen die Gefahr. Doch wie lange kann dieser Schutz währen? Hier stehen drei einzelne Männer vor einer bedrohlichen Szenerie, die an eine Naturgewalt erinnert, einen Brand, der sie jederzeit verschlingen kann, was auch für uns Schutzlosigkeit und Todesgefahr bedeuten würde.

In dicken Lettern am linken oberen Bildrand wird als Abhilfe gegen die Bedrohung (die *"Randale")* auf eine notwendige Änderung verwiesen. Diese besteht aber nicht darin, daß der Rassismus eingedämmt wird und rassistisch motivierte Gewalttaten aufhören. Es wird klar gesagt, daß die *"Randale"* weitergehen wird, bis sich was ändert. Da die *"Randale"* darauf zielt, die angebliche Ursache zu beseitigen, kann die Botschaft von Bild und Text nur so gelesen werden: Wir stehen dem Problem hilflos gegenüber - die Ausländer müssen weg! Auch die Bevölkerung insgesamt, die Politiker sind hilflos - nur die Jugendlichen sind weiter aktiv und wollen weitermachen. Die kleine Bildunterschrift links unten: *"Brandsätze gegen Polizisten. Mehr als hundert Beamte wurden während der Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen verletzt."* unterstreicht noch einmal und verfestigt die Bildaussage, daß der Schutz gegen das Inferno schwach und völlig unzureichend ist.

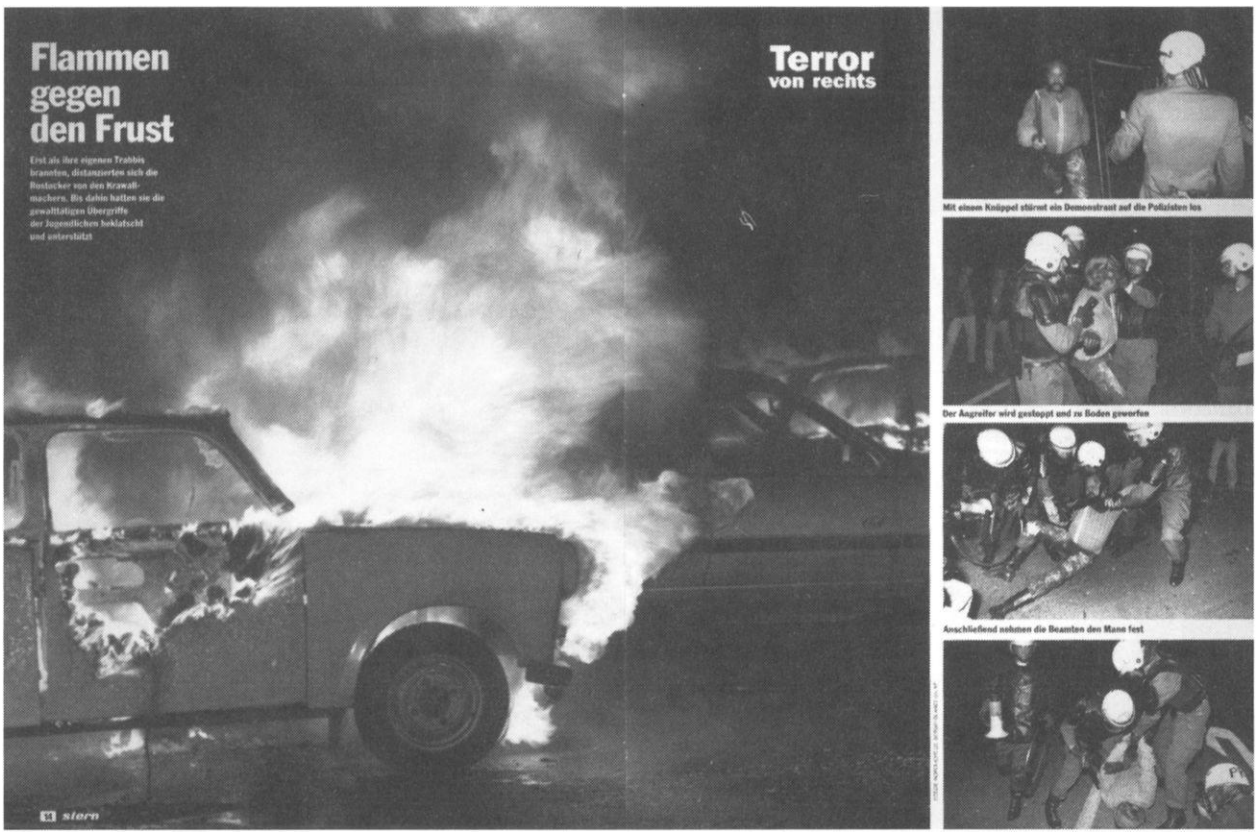


»Gegen uns ist die Hafenstraße gar nichts« *Terror von rechts*

Ein vermummter Rechtsradikaler schleudert einen Molotowcocktail gegen das Ausländerheim in Rostock. Rund hundert Vietnamesen, die noch in dem Haus lebten, waren aus Angst vor den Brandschatzern aufs Dach geflüchtet

Auch die nächsten beiden Seiten des Stern geben ein Groß-Foto wieder.

Die zuvor angesprochene überwältigende Szenerie wird auf ein einzelnes Individuum enggeführt, einen vermummten Jugendlichen, der einen Brandsatz schleudert. Der Jugendliche läuft auf den Betrachter zu, der Brandsatz in der rechten Hand zielt direkt auf den Betrachter des Fotos, auf uns im Inneren. Signalisiert wird: Auch für dich, den Betrachter des Fotos, besteht Gefahr für Leib und Leben, Und nicht nur das: Die parkenden Autos, durch die der vermummte Jugendliche hindurchrennt, sind ebenfalls in Gefahr. Durch die farbliche Übereinstimmung mit Bild 1 wird der Zusammenhang zwischen den Bildern hergestellt: Wir alle sind betroffen, auch jeder Einzelne von uns. Die Schlußfolgerung drängt sich auf: Es muß etwas passieren! Hier sind alle Mittel erlaubt! Ein Rechtsradikaler wird in der Textüberschrift zitiert: *"Gegen uns ist die Hafenstraße gar nichts"*. Das Haßobjekt Nr. 1 des bundesdeutschen Bürgers, die Bewohner der Hamburger Hafenstraße, soll noch übertroffen werden, die drohende Gefahr auf diese Weise weiter zugespitzt werden. Im Text unter dem zitierten Ausspruch wird auf die Vietnamesinnen verwiesen, die aufs Dach des brennenden Flüchtlingsheims geflohen waren. So putscht dieser Text einerseits auf - es wird noch schlimmer kommen, andererseits verharmlost er den Angriff.



Flammen gegen den Frust

Erst als ihre eigenen Trabbis brannten, distanzierten sich die Rostocker von den Krawallmachern. Bis dahin hatten sie die gewalttätigen Übergriffe der Jugendlichen beklatscht und unterstützt

Terror von rechts

Mit einem Knüppel stürmt ein Demonstrant auf die Polizisten los

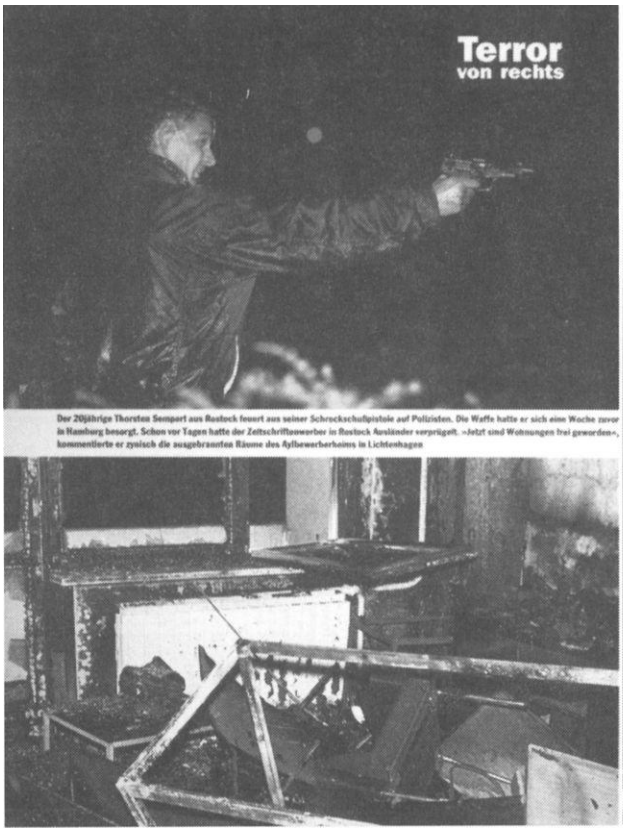
Der Angreifer wird gestoppt und zu Boden geworfen

Anschließend nehmen die Beamten den Mann fest

Das dritte Foto (1 1/2 Seiten groß) zeigt links den auf einen Trabbi aufklatschenden Brandsatz. Die rechtes Viertelseite zeigt die Festnahme eines *"Demonstranten"*.

Das Symbol für Freizügigkeit und Wohlstand geht in Flammen auf, der Trabbi, für den viele Bürger Jahrzehnte gespart und geschuftet haben. Dahinter ist jedoch auch ein "Club" zu sehen - auch der westdeutsche Besitzstand ist bedroht und wird in das Chaos hineingezogen. Ganz Deutschland ist bedroht. Im Inneren droht Anarchie und Chaos. Der frustrierte Mob geht (verständlicherweise?) zu weit. Von gefährdeten Menschenleben ist keine Rede mehr. *"Flammen gegen den Frust"* lautet die Hauptüberschrift. Das eigentliche Objekt des Hasses verschwindet hinter den Flammen, die Gewalt verselbständigt sich, die vor kurzem noch beifallklatschenden Bürger sind betroffen - Ordnung muß her!

Die Bild-Sequenz am rechten Rand zeigt: Noch haben die Polizisten einiges im Griff. Der (einzelne) mit einem Knüppel bewaffnete *"Demonstrant"* kann überwältigt werden. Er ist ein *"Angreifer"*, als er schon fest im Polizeigriff ist, und ein *"Mann"*, als er am Boden liegt. Ganz nebenbei wird hier das demokratische Recht auf Demonstration in den Dreck gezogen, indem hier ein gewalttätiger Verbrecher als *"Demonstrant"* bezeichnet wird.



Der 20jährige Thorsten Sempert aus Rostock feuert aus seiner Schreckschußpistole auf Polizisten. Die Waffe hatte er sich eine Woche zuvor in Hamburg besorgt. Schon vor Tagen hatte der Zeitschriftenwerber in Rostock Ausländer verprügelt. »Jetzt sind Wohnungen frei geworden«, kommentierte er zynisch die ausgebrannten Räume des Asylbewerberheims in Lichtenhagen

Terror von rechts

Der 20jährige Thorsten Sempert aus Rostock feuert aus seiner Schreckschußpistole auf Polizisten. Die Waffe hatte er sich eine Woche zuvor in Hamburg besorgt. Schon vor Tagen hatte der Zeitschriftenwerber in Rostock Ausländer verprügelt. »Jetzt sind Wohnungen frei geworden«, kommentierte er zynisch die ausgebrannten Räume des Asylbewerberheims in Lichtenhagen

Sicher sind sie hier nirgendwo

Eine vietnamesische Mutter mit ihrem Kind nach der Flucht aus dem brennenden Ausländerheim. Eine neue Bleibe hat sie vorläufig in Hinrichshagen bekommen - doch auch hier haben Rechte schon Krawalle angekündigt

Die nächste Seite ist quer zweigeteilt. Das obere Bild zeigt einen schießenden jungen Mann, den *"zwanzigjährigen Thorsten Sempert aus Rostock"*. Das untere Bild zeigt eine ausgebrannte Wohnung.

Die Verbindung zwischen den beiden Bildern wird durch den Untertitel hergestellt: Die Verzweiflung der frustrierten Menschen (schlechter Job, ohne Wohnung) ist so groß, daß sie zum Letzten schreiten, auf die Polizei schießen und ihre eigenen Wohnungen zerstören. Auch hier wird signalisiert. Chaos und Selbstzerstörung drohen, wenn nicht bald etwas geschieht - Ordnung muß her!

euer Leben lieb ist!

Im folgenden beginnt die Textreportage mit dem Titel *"Wir haben Angst um unseren Sohn"*. Auf dem danebenstehenden Schwarz-Weiß-Foto wird ein Jugendlicher mit Hitlergruß vor beschmierter Häuserwand gezeigt. Auch die deutschen Mütter haben Angst um ihre Kinder, da können wir auf die (vietnamesische) Mutter mit Kind, auch wenn sie Maria ähnelt, so leid es uns tut, keine Rücksicht nehmen. Wir können doch nicht alle Mühseligen und Beladenen bei uns aufnehmen! Wegen der Fremden geraten unsere eigen Kinder in Gefahr; sie zerstören ihre Zukunft. Die Bildunterschrift bestätigt:

Das rechte ganzseitige Foto zeigt das rührende Bild einer verzweifelten Mutter ("Maria auf der Flucht") mit ihrem Kind auf dem Schoß. Die Frau schaut den Betrachter nicht an, so daß man das Bild ruhig und distanziert betrachten kann. Der Betrachter wird zwar Mitleid haben. Die Botschaft lautet aber - zusammen mit der Bildunterschrift: Seht doch! Die Lage in Deutschland ist so schlimm, daß nicht einmal Mütter mit Kindern sicher sind - nirgendwo in Deutschland. Also sollten sie (solltet Ihr Ausländer!) besser draußen bleiben, wenn euch

Jörg Hellwig ist nur gewalttätig, weil er vor Verzweiflung trinkt. Er zerstört sich selbst.

Wir haben uns hier vor allem auf die Fotos konzentriert. Die folgenden Reportagen und Interviews bestätigen die Botschaft dieser gesamten Serie: Das letzte Wort hat der 14-jährige Berufsschüler Ralf: *"Ganz Mecklenburg-Vorpommern muß ausländerfrei werden. Das müssen wir jetzt durchziehen. Heim für Heim."* Deutschland den Deutschen!

FRANKFURTER AUFRUF

25. 9. 1992

Deutschland driftet nach rechts

Nacht für Nacht finden Pogrome gegen Flüchtlinge und Ausländer statt; viele Zuschauer klatschen Beifall.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Vereinigungspolitik begünstigen die Ausländerfeindlichkeit und den Rechtsextremismus. Die Antwort aus den Parteien auf diese antidemokratische Entwicklung gefährdet den Rechtsstaat. Die gegenwärtige Diskussion um den Artikel 16 des Grundgesetzes bestärkt die Gewalttäter in ihrem Handeln.

Deshalb wollen wir nicht schweigen. Wir appellieren an die Bürgerinnen und Bürger, der Ausländerfeindlichkeit und dem Rechtsextremismus entgegenzutreten.

Wir fordern die Parlamente in unserem Land auf, das Drama der weltweiten Flüchtlingsbewegung nicht zur Aushöhlung der geltenden Verfassungsgarantien zu mißbrauchen.

Dazu gehört für uns auch die Erhaltung der Rechtsweggarantie des Grundgesetzes Artikel 19,4.

Allzu oft in unserer Geschichte, als Häuser brannten und Menschen gejagt wurden, haben zu viele zu lange zugeschaut.

Eine zivile Gesellschaft wird nur Bestand haben, wenn ihre Mitglieder bereit sind, sie zu verteidigen.

Wir beugen uns nicht dem Mob!

ErstunterzeichnerInnen: Elisabeth Abendroth; Herbert Leuninger; Micha Brumlik; Günter Grass; Lisa Abendroth; Wilhelm von Sternburg; Klaus Rüdiger Metze; Helga Trösken; Klaus Lage; Nele Löw-Beer; Margarete Mitscherlich; Helga Einsele; Ulli Nissen; Klaus-Peter Schmidt-Deguelle; Natascha Rones; Dieter Hildebrandt; Bahman Nirumand; Eva Demski; Turgut Yüksel; Nomi Bubis; Renate Küster; Corinna Geis; Herbert Kramm-Abendroth; Franzwalter Nieten; Fritz Pleitgen; Werner Schneyder; Inge+Walter Jens; Barbara Gauer; Joachim Garstecki; Holger Weinert; Walter Ofer; Roderich Reifenrath; Stephan Wald; Dieter Schiefelbein; Gitta Mohrdieck; Lea Rosh; Alfred Biolek; Annette Mühlberg; Frolinde Balser; Marc Grünbaum; Esther Schapira; Karl-Heinz Karisch; KD Wolff; Margarethe von Trotta; Georg M.Hafner; Sharon Mehler; Gabriele von Arnim; Peter Eschberg; Freddy Prawer; Andy Steiman; Götz George; Diether Dehm; Tom Stromberg; Christoph Vitali; Heinz Brakemeier; Hanne+Klaus Vack; Heidi Schüller; Jürgen Seifert; Dorothee Vorbeck; Jakob Moneta; Erdmuthe Falkenberg; Waldemar Ruez; Albert Mangelsdorff; Kall Stork; Brigitte Erler; Jurek Becker; Thomas Schmid; Antje Vollmer; Michael Schneider; Dodo von Sternburg; Bruno Jonas; Lore Lorentz; Volker Kühn; Judith von Sternburg; Elke Hermann; Geri Nasarski; Michael Geyer; Uwe Günzler; Joachim Faulstich; Walter Boehlich; Wilfried Schöller; Valentin Senger; Maximilian von Sternburg; Robert Jungk; Monika Schumann; Edmund Eckle; Klaus Bednarz; Inga von Sternburg; Kamil Taylan; Christoph-Maria Fröhder; Jusos-FFM; Helga Dierichs; Hakki Keskin; Jürgen Roth; Volker Beck; Schwulenverband Deutschland; Bundesvorstand der Grünen; Henning Scherf; Gerhard Steidl; Peter von Oertzen; Ulrich Abendroth; Dieter Hooge; Kasper König; Ulrike Mehl; Eckhart Kuhlwein; Michael Müller; Dany Cohn-Bendit; Gernot Grumbach; Till Müller-Heidelberg; Ellen+Ludwig von Friedeburg; SPD-FFM; Ulrich Gottstein; Hedi+Walter Hesselbach; Lutz Sikorski; Antje Vollmer; Hauke Brunkhorst; Gesine Schwan; Ulrich Frey; Uli Schöler; Heinz Bierbaum; Gabriele Witt; Emil Breisach; Karlheinz Koppe; Emil Mangelsdorff; Karin Benz-Overhage; Fiete Saß; John Schröder; Hans-Werner Krauss; Gudrun Schaich-Walch; Horst-Eberhard Richter; Claus Leggewie; Johnny Klinke; Rita Streb-Hesse; Sieghard Pawlik; Hannelore Kraus; Rudi Baumgärtner; Adelheid Tröscher; Thomas Cremer; Martine Cremer-Vesper; Manfred Hahn; Antje Arold-Hahn; Bernd Wagner; Thomas Trescher; Emanuel Bohn; Claudija C. Guter; Claudia Walther; Jadranka Thiel; Jusos Hessen-Süd; Nina Hauer; VVN; Ingke Brodersen; Günter Pabst; Manfred Krupp-Schmidbauer; Monika Wagener; Petra Lidschreiber; Andreas Buro; Reinhard Wegener; Evelyn Roll; Ansgar Koschel; Ute Hochgrebe; Ursel Trautwein; Yilmaz Karahasan; Hermann Wohlberg; Erika Penner; Hermann-Josef Hake; Achim de Hair; Gerd Kadelbach; Akademie Graz; Hejo Manderscheid; Ernst Richter; Trude Simonsohn; Werner Lechtenfeld; Marita Eilrich; Doris Michel-Himstedt; Thomas Seiterich; Harald Tawlowski; Brigitte Klas; Ingrid Skrobicki; Hans-Georg Kellner; Irmgard Tennagels; Klemens Ludwig; Freya Klier; Bärbel Bohley; Hans Joachim Schädlich; Dieter S.Lutz; Uwe Pollmann Stand 30.09.1992 9.30 Uhr

Ich unterstütze den Frankfurter Aufruf:

Name/Institution | Anschrift, Tel./Fax | Unterschrift

V.i.S.P. Gitta Mohrdieck, Klaus-Peter Schmidt-Deguelle

Unterschriften bitte zurücksenden an:

Frankfurter Aufruf c.o. Ulli Nissen, Sandweg 99, 6000 Frankfurt 1, Tel./Fax 069/437663 oder Fax der Gallus-Gemeinde 069/7393706.

Anzeigen-Spendenkonto: Kto. 6006850 Ökobank FFM, BLZ 60090100.

(Anzeige in der Frankfurter Rundschau, 2/3.10.92. - Obwohl der vorletzte Satz des Aufrufes fälschlicherweise unterstellt, wir lebten in einer "zivilen" Gesellschaft - der besten aller denkbaren Welten -, finden wir die prinzipielle Stoßrichtung richtig und unterstützenswert.)

Joachim Pfennig:

Aus Opfern werden Täter

Verschärfung der Asyl- und Ausländerpolitik

In zahlreichen Stellungnahmen zu den rechtsextremen Gewalttaten in Rostock-Lichtenhagen wird eine "Ergänzung" zum Artikel 16 des Grundgesetzes gefordert. Im folgenden soll daher am Beispiel ausgewählter Printmedien die Argumentationslinie der jeweiligen Kommentatorinnen nachgezeichnet und bewertet werden; in Anschluß daran wird aber auch ein Beispiel für einen Zeitungskommentar vorgestellt, der in einem gänzlich anderen "Forderungskatalog" mündet.

Renate Kerstin nimmt unter der Überschrift: *"Der 'häßliche Deutsche'"* für den Express (Düsseldorfer Ausgabe) vom 25.8.1992 Stellung zu den Rostocker Gewalttaten.

In ihrem Kurzkommentar findet sie es *"Beschämend genug und leider kein Einzelfall, daß verblendete Jugendliche selbsternannten Heilsführern auf den neonazistischen* (rühmlich hier die politische Verortung der Gewalttaten, J.P.) *Leim gehen." "Unerträglich"* aber sind in ihren Augen die *"normalen Bürger, die klatschend und johlend dabeistehen, die Rechtsradikalen in ihrem blinden Haß sogar noch anfeuern".* Soweit zu ihrer Betroffenheit, die allerdings, analog zu den verbalen Empörungen vieler journalistischer Kolleginnen, die eigentlichen Opfer nur selten betrifft: Wie denn auch, wenn nur wenige Zeilen später erklärt wird, daß *"Auch mit Wasserwerfern und Tränengas (das) Problem* (welches bleibt zunächst noch offen, J.P.) *nicht zu lösen"* ist, *"abgesehen davon, daß die Polizisten nicht ihre Köpfe für ungelöste gesellschaftspolitische Konflikte hinhalten können"* (stattdessen sollen die Asylbewerberinnen ihre Köpfe hinhalten? J.P.).

Im vorletzten und letzten Abschnitt ihres Kommentars konkretisiert Renate Kerstin nun das "Problem": Sie erinnert an die Landtagswahlen in Baden-Württemberg im April und den daraus resultierenden Rechtsruck und kritisiert, daß zwar *"alle Parteien Einsicht und rasches Handeln"* versprachen. *"Die Gefahr war erkannt, aber* (um enttäuscht hinzuzufügen, J.P.) *gehandelt wurde wieder nicht". "Jetzt hat die SPD den Weg frei gemacht zu einer Vernunft-Koalition der Demokraten. Wer jetzt nicht handelt und das Asylrecht schnellstens ändert, wird mitschuldig."*

Der „häßliche Deutsche"

EXPRESS Kommentar

Da ist er also wieder, der „häßliche Deutsche": In Rostock tobte sich eine Bande rechtsradikaler Krimineller in einem Wochenende der Gewalt und des Terrors gegen Asylbewerber aus. Beschämend genug und leider kein Einzelfall, daß verblendete Jugendliche selbsternannten Heilsführern auf den neonazistischen Leim gehen.

Unerträglich aber sind die Bilder von den „normalen Bürgern", die klatschend und johlend dabeistehen, die Rechtsradikalen in ihrem blinden Haß sogar noch anfeuern. Diese Bilder gehen um die Welt und werden das Ansehen Deutschlands und unserer Demokratie schwer beschädigen.

Eilig herbeigereiste Bonner Abgesandte mit ewig gleichen Worthülsen der Betroffenheit werden weitere Gewaltakte nicht verhindern.

Auch mit Wasserwerfern und Tränengas ist das Problem nicht zu lösen, abgesehen davon, daß die Polizisten nicht ihre Köpfe für ungelöste gesellschaftspolitische Konflikte hinhalten können.

Man erinnere sich: Anfang April, nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und dem Rechtsruck, versprachen alle Parteien Einsicht und rasches Handeln. Die Gefahr war erkannt, aber gehandelt wurde wieder nicht.

Jetzt hat die SPD den Weg frei gemacht zu einer Vernunft-Koalition der Demokraten. Wer jetzt nicht handelt und das Asylrecht schnellstens ändert, wird mitschuldig.

Renate Kerstin

(EXPRESS, Düsseldorf, 25.8.92)

Zum Schluß wird "das Problem" also doch noch explizit ausgesprochen: das Recht auf Asyl ist es und verursacht das Anwachsen des

Rechtsextremismus, nicht eine von Politikerinnen und Journalistinnen geschürte Asyldiskussion, die sich dadurch mitschuldig an der weitverbreiteten ausländerfeindlichen Stimmung in der bundesrepublikanischen Bevölkerung gemacht haben.

Etwas anders als Renate Kerstin, die in der Änderung des Grundrechts auf Asyl quasi ein Allheilmittel gegen einen zunehmenden Rechtsextremismus in der Bundesrepublik sieht, argumentiert **André Maßmann** in einem Kommentar der "Neuen Ruhr Zeitung" (NRZ), kommt aber zu einer sehr ähnlichen Ursache-Folge-Beschreibung.

Der Skandal von Rostock

Der Eindruck ist, verheerend: Wie schon in Hoyerswerda werden Asylbewerber vor randalierenden Deutschen abgeschirmt. Die Polizei von Rostock hat Mühe, das Schlimmste, nämlich Gefahr für Leib und Leben, zu verhüten und überläßt der Zerstörungswut der Chaoten schließlich das Feld: Ein brennendes Flüchtlingsheim, Zustimmung von den Zuschauern und eine Reihe von Politikern, die sich selbst in diesen Stunden die Schuld wechselseitig zuschieben.

Wenn auch der Mob, der den Asylbewerbern an den Kragen will, zahlenmäßig eher klein ist und aus mehreren Himmelsrichtungen kam – die Rückendeckung wurde von den vielen auf dem Bürgersteig erteilt, die ihre Hände nur zum Applaudieren rührten.

Doch knapp ein Jahr nach Hoyerswerda hat sich in der Asylpolitik wenig geändert. Das „Beschleunigungsgesetz" greift noch nicht, weil die Voraussetzungen an Personal und Gebäuden vielerorts fehlen. Sammelunterkünfte geraten jedoch in der Praxis in Zweifel, wenn sie an Brennpunkten errichtet werden, wo sich eigene Nöte mit der Wut auf die noch Schwächeren ballen. Das war in Rostock ganz offensichtlich der Fall.

Dort haben die Politiker gestern vor der Gewalt der Straße einen Rückzieher gemacht. Doch das Problem bleibt, nicht nur in dort. Wenn sich künftig nach Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes der *Asylmißbrauch* spürbar einschränken läßt, ist viel erreicht. Doch abschotten läßt sich Deutschland nicht.

Die Vorfälle von Rostock jedoch sind kein Wasser auf die Mühlen dieser oder jener Seite – sie sind vor allem ein Armutszeugnis für die staatliche Gewalt. Hier muß zuerst umgedacht werden.

André Maßmann

(Neue Ruhr Zeitung, 25.8.92)

Der Aufhänger für seine Stellungnahme zu den Rostocker Gewalttaten ist Hoyerswerda: *"Wie schon in Hoyerswerda werden Asylbewerber vor randalierenden Deutschen abgeschirmt. Die Polizei von Rostock hat Mühe, das Schlimmste, nämlich Gefahr für Leib und Leben zu verhüten und überläßt der Zerstörungswut der Chaoten schließlich das Feld".* Und einige Zeilen weiter: *"Wenn auch der Mob, der den Asylbewerbern an den Kragen will* (eine äußerst unangebrachte sprachliche Metapher, J.P.), *zahlenmäßig eher klein ist und aus mehreren Himmelsrichtungen kam - die Rückendeckung wurde von den vielen auf dem Bürgersteig erteilt, die ihre Hände nur* (warum hier ein mißverständliches, einschränkendes "nur", J.P.) *zum Applaudieren rührten".* Zur Erinnerung: Gerade die Tatsache, daß die Rechtsextremisten aus *"mehreren Himmelsrichtungen"* anrückten, deutet mit darauf hin, daß die Eskalation der Gewalt in Rostock-Lichtenhagen keineswegs spontan, sondern organisiert war

André Maßmann konkretisiert im folgenden nun seine Sichtweise der fatalen Ereignisse von Rostock und schreibt: *"Doch knapp ein Jahr nach Hoyerswerda hat sich in der Asylpolitik wenig geändert. Das Beschleunigungsgesetz greift noch nicht, weil die Voraussetzungen an •Personal und Gebäuden vielerorts fehlen. Sammelunterkünfte geraten jedoch in der Praxis in Zweifel, wenn sie an Brennpunkten errichtet werden, wo sich eigene Nöte mit der Wut auf die noch Schwächeren ballen. Das war in Rostock ganz offensichtlich der Fall".*

Ganz offensichtlich wird das sog. "Beschleunigungsgesetz" von ihm problemlos akzeptiert - obwohl es die "falschen Asylanten" noch nicht greift - und die Errichtung von Sammelunterkünften nur deshalb kritisiert, weil sie *"an Brennpunkten errichtet werden".* Andernorts stellen sie für die einheimische Bevölkerung ein seiner Ansicht nach wohl geringeres Problem dar. Die sich aus unterschiedlichen Nationen und Kulturen zusammensetzenden Asylbewerberinnen in den Sammellagern werden hierzu selbstverständlich nicht gehört. Einige Zeilen später formuliert er dann: *"Wenn sich künftig nach Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes der Asylmißbrauch* (in seinen Augen eine schon beschlossene Sache, J.P.) *spürbar einschränken läßt, ist viel erreicht".* Nicht alles, wie uns die Kommentatorin im "Express" versicherte.

Hoyerswerda dient auch **Joachim Sobotta,** Chefredakteur der "Rheinischen Post", als Aufhänger seines Kommentars vom 25.8.1992: *"Hoyerswerda, die Industriestadt im östlichen Sachsen, wurde vor knapp einem Jahr weit über unsere Grenzen hinaus unrühmlich bekannt, als gewalttätige Demonstrationen gegen Asylbewerber nicht nur die allermeisten Deutschen aufschreckten. 'Hoyerswerda' ist leider, wie die jüngsten Krawalle* (dieser verharmlosende Sprachgebrauch für die Beschreibung der rechtsextremen Gewalttaten zieht sich beinahe

durch die gesamte bundesrepublikanische Presselandschaft, J.P.) *in Rostock beweisen, kein Einzelfall geblieben".*

Trotz seines in den anschließenden Zeilen formulierten Zusatzes, daß es in Rostock *"in den vergangenen Nächten wahrscheinlich noch schlimmer zuging als seinerzeit in Hoyerswerda"*, verkennt Joachim Sobotta hier, daß es zwischen den beiden zitierten Ereignissen zahlreiche rechtsextreme Gewaltakte gegeben hat, wie laufend in der Zeitschrift "Konkret" und auszugsweise unter der Überschrift *"Alle drei Wochen ein Toter"* im "Spiegel" (Ausgabe vom 31. August 1992) dokumentiert wurde. Auch verzichtet er großzügig, auf die in den letzten Monaten und Jahren geführte und von Politikerinnen und Vertreterinnen der Medienlandschaft forcierte Asyldiskussion mit ihren Wirkungen auf den Alltagsdiskurs hinzuweisen und beklagt stattdessen *"die Versäumnisse der Politiker, einen beinahe ungebremsten Zustrom von Ausländern und damit den ständigen Mißbrauch des Asylrechts einzudämmen"*, die aber *"nie und nimmer Gewaltanwendung gegen Menschen"* rechtfertigen.

Daß der "ungebremste Zustrom von Ausländern" mit einem angeblichen "ständigen Mißbrauch des Asylrechts" in unmittelbare Verbindung gebracht wird, erinnert fatal an die hysterische und Horrorszenarien konstruierende Berichterstattung schon vor Hoyerswerda und Rostock.

"Das rechte Gewaltpotential ist wahrscheinlich, faßt man es in Zahlen, kleiner als nach den Schilderungen von Tatzeugen und Behörden anzunehmen und aus den Pressefotos und Fernsehbildern anzunehmen wäre". Der Verfassungsschutzbericht beziffert für 1992 die Zahl deutscher Neo-Nazis mit 40.000, darunter 4200 Skinheads! Zudem fanden die Rostocker Ausschreitungen, und dort nicht zum ersten Mal, die unverhohlene Zustimmung von etwa 3000 Anwohnern, die den Rechtsextremisten quasi als Legitimationsbasis diente.

Joachim Sobotta relativiert nicht nur das tatsächliche rechtsextreme Gewaltpotential, sondern vermeidet es in seinem Kommentar zudem, auch nur ein einziges Mal die Claqueure von Rostock zu erwähnen.

Ein breiterer Raum in seiner Stellungnahme ist vielmehr dem Ansehen Deutschlands in der Welt gewidmet: *"Denn wieder werden die Fernsehbilder der Rüpel* (neben "Krawalle" und "Rowdies" die dritte Verharmlosung, J.P.) *rund um die Welt ausgestrahlt und abermals Parallelen zu einer unseligen Vergangenheit* (die nationalsozialistische Diktatur, J.P.). *Wenngleich* (und auf diesen Zusatz hatten die Leser gewartet, J.P.) *immer wieder betont werden muß: Wer ohne weiteres Vergleiche zwischen bösen Vorfällen wie in Rostock und der staatlich sanktionierten Judenverfolgung des Dritten Reiches anstellt, kennt entweder die Geschichte in ihrer vollen Wahrheit nicht - oder er handelt bewußt verfälschend".*

Wider die Gewalt

Von JOACHIM SOBOTTA

Hoyerswerda, die Industriestadt im östlichen Sachsen, wurde vor knapp einem Jahr weit über unsere Grenzen hinaus unrühmlich bekannt, als gewalttätige Demonstrationen gegen Asylbewerber nicht nur die allermeisten Deutschen aufschreckten. „Hoyerswerda" ist leider, wie die jüngsten Krawalle in Rostock beweisen, kein Einzelfall geblieben. Im Gegenteil, es ging in der Ostseemetropole mit ihren schweren wirtschaftlichen und damit sozialen Problemen in den vergangenen Nächten wahrscheinlich noch schlimmer zu als seinerzeit in Hoyerswerda.

Die Versäumnisse der Politiker, einen beinahe ungebremsten Zustrom von Ausländern und damit den ständigen Mißbrauch des Asylrechts einzudämmen, rechtfertigen nie und nimmer Gewaltanwendung gegen Menschen. Es ist, wie vor elf Monaten im Südosten, auch jetzt eine Schande, daß sich Rechtsradikale tagelang austoben und der Polizei Straßenschlachten liefern konnten.

Das rechte Gewaltpotential ist wahrscheinlich, faßt man es in Zahlen, kleiner als nach den Schilderungen von Tatzeugen und Behörden anzunehmen und aus den Pressefotos und Fernsehbildern zu schließen wäre. Die Rowdies sind jedoch hochmobil, sie verstärken sich an bestimmten Plätzen binnen weniger Stunden aus benachbarten Bundesländern. Warum können die mittlerweile überall, auch in den nicht mehr so „neuen" Bundesländern, eingerichteten Verfassungsschutzbehörden nicht früher alarmieren, damit die Exekutive vorbeugend tätig wird, so wie das früher bei absehbar gewalttätigen „Großdemos" der Ultralinken üblich war?

Die Gewalttäter von Rostock müssen sich nicht nur wegen Straftaten, wie Körperverletzung und Landfriedensbruch, strafrechtlich verantworten — sie haben Deutschland, für das sie zu handeln in blöder Vermessenheit vorgeben, schweren Schaden zugefügt. Denn wieder werden die Fernsehbilder der Rüpel rund um die Welt ausgestrahlt und abermals Parallelen zu einer unseligen Vergangenheit gezogen. Wenngleich immer wieder betont werden muß: Wer ohne weiteres Vergleiche zwischen bösen Vorfällen wie in Rostock und der staatlich sanktionierten Judenverfolgung des Dritten Reiches anstellt, kennt entweder die Geschichte in ihrer vollen Wahrheit nicht — oder er handelt bewußt verfälschend. Immerhin ist „Rostock" ein neuer Anstoß für die Politiker, nicht nur über eingestandene Versäumnisse zu reden — siehe den Meinungswandel in der SPD zum Asylmißbrauch —, sondern rechtsstaatlich zu handeln.

(Rheinische Post, 25.8.92)

Und er schließt: *"Immerhin* (Rostock hatte also auch etwas Gutes, J.P.) *ist 'Rostock' ein neuer Anstoß für die Politiker, nicht nur über eingestandene Versäumnisse zu reden - siehe den Meinungswandel in der SPD zum Asylmißbrauch -, sondern rechtsstaatlich zu handeln".* Die Ereignisse in Rostock, bei denen Rechtsextremisten mit Sprengsätzen ein Haus in Brand steckten, in dem sich mehr als hundert Menschen aufhielten, ohne daß die Polizei einschritt und es nur glücklichen Zufällen zuzuschreiben war, daß in den von den "Rowdies" entfachten Flammen niemand umkam, faßt Joachim Sobotta als "Anstoß" zusammen; als "Anstoß" für eine auch von ihm, allerdings verklausuliert geforderte Änderung des Asylgesetzes.

Gänzlich andere *"konkrete Vorschläge zur Lösung eines drängenden Problems",* so die Unterüberschrift eines Gastkommentars in der taz vom 26.8.1992 macht **Bahman Nirumand,** der selbst zweimal aus Gründen der politischen Verfolgung ins Exil fliehen mußte und zur Zeit als Schriftsteller und Journalist in Berlin lebt. Unter dem Titel: *"Der Skeptiker und der Sündenbock"* formuliert er, hier dokumentiert, wie folgt (siehe nächste Seite):

Anzeige

"Die deutsche Nation hat zwei Weltkriege angezettelt, weil sie nach der Weltherrschaft strebte. Danach strebt sie immer noch. Diese Nation hat Millionen Menschen vernichtet. Sie würde es wieder tun."

Lesen Sie die satirische Zeitschrift
DER METZGER
Herausgeber: Helmut Loeven
Erscheint seit 1968
Probelieferung 3 Hefte: 6,00 DM

SITUATIONSPRESSE
Materialien

FIDEL CASTRO über CHE GUEVARA
mit einem Nachwort von Antonio Sanchez
V oltaire Flugschrift. 3,00 DM

Peter Brückner: Thesen zur Einschüchterung
Vortrag im Eschhaus (1976). 3,00 DM
Sozialistische Antizipation und Alternativökonomie
Ein Gespräch mit Ernest Mandel (1975). 3,00 DM

SITUATIONSPOSTKARTEN

Mailart: Satirische, agitatorische, dokumentarische, dadaistische, antifaschistische Grafik, Foto-Grafik und Typo-Grafik auf Postkarten. 20 verschiedene Motive: 15 DM

Sie können vorbestellen:

Friedrich Engels: Der Untergang der Bourgeoisie
V oltaire Flugschrift. 3,00 DM

Lina Ganowski: Sittlichkeit und Kriminalität
V oltaire Flugschrift. 5,00 DM

Helmut Loeven: Die doofen Dichter
Polemiken
V oltaire Flugschrift. 5,00 DM

Buchhandlung Weltbühne: Erster allgemeiner Antiquariatskatalog
Schutzgebühr: 1,00 DM

Lieferung gegen Vorkasse zzgl. 1,00 DM Versandkosten (Schein, Scheck, Briefmarken) durch:

Buchhandlung WELTBÜHNE
Gneisenaustraße 226
4100 Duisburg-Neudorf

GASTKOMMENTAR

Der Skeptiker und der Sündenbock

Einige konkrete Vorschläge zur Lösung eines drängenden Problems

Ein mißgünstiger Skeptiker könnte das Szenario der letzten Tage in der Bundesrepbulik als eine konzertierte Aktion deuten: In den Medien wird verstärkt auf die Gefahr der Überschwemmung Deutschlands durch eine Flut von Flüchtlingen hingewiesen. Bundesinnenminister Seiters, die CDU und die CSU drängen immer stärker auf eine Änderung des Artikel 16 des Grundgesetzes. Die Ultrarechte wirft vehementer als je zuvor mit rassistischen, ausländerfeindlichen Parolen um sich, und die SPD-Spitze trifft sich zu einer Tagung, auf der die Zustimmung zur Änderung des Grundrechts auf Asyl beschlossen wird. Und um den Beweis für die Richtigkeit aller Argumente und Maßnahmen zu liefern, starten im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen Neonazis und Skinheads, unterstützt und umjubelt von ein paar tausend Einheimischen, einen Anschlag gegen wehrlose Flüchtlinge in einem Asylbewerberheim.

„Für rund sechs Millionen Menschen ist spätestens seit dem vergangenen Wochenende klar, daß ihr Leib und Leben in diesem Land nicht mehr gesichert sind"

Die Aktion war keineswegs spontan. Sie war von langer Hand geplant und sogar Tage zuvor öffentlich angekündigt. Polizei, Verfassungsschutz und die zuständigen Behörden hatten Kenntnis davon. Man hätte also durch ein entsprechendes Aufgebot von Ordnungskräften dem Treiben rasch Einhalt gebieten können. Das ist aber nicht geschehen. Der Skeptiker könnte daraus schließen, daß die Aktion eben tagelang andauern sollte, um die Gegner der Änderung des Grundgesetzes — aufgeschreckt durch den Volkszorn — zum Schweigen zu bringen.

Selbstverständlich haben sich die Politiker aller Schattierungen von den Ausschreitungen distanzert, manche haben sie sogar scharf verurteilt. Aber sie äußerten im gleichen Ton Verständnis für den Unmut der Bevölkerung. Ob beabsichtigt oder nicht, dies kommt einer Aufforderung gleich. Lassen wir nun den Skeptiker mit seinen zynischen Überlegungen allein und stellen die Frage, welche Schlüsse aus all diesen Ereignissen gezogen, welche Maßnahmen getroffen werden müßten.

Für die rund sechs Millionen in Deutschland lebenden Ausländer ist seit Hoyerswerda, spätestens aber seit dem vergangenen Wochenende klar, daß ihr Leib und Leben in diesem Land nicht mehr gesichert sind. Längst trauen sich viele abends nicht mehr auf die Straße. Wollte man tatsächlich dieser Unsicherheit entgegentreten, müßte man, wie in vielen westeuropäischen Ländern, ein Antidiskriminierungsgesetz erlassen und Zuwiderhandlungen hart bestrafen. Weiterhin wäre eine großangelegte, von Medien unterstützte Aufklärungskampagne gegen Fremdenfeindlichkeit in Gang zu setzen, so ähnlich wie die um die Hilfe für die Hungernden in Rußland. Die hier lebenden Ausländer müßten die Chance zu einer wirklichen Integration erhalten. Dazu müßten ihnen die erforderlichen Rechte wie das kommunale Wahlrecht gewährt werden. Auch die Gewährung der doppelten Staatsangehörigkeit würde viele Ausländer aus ihrem Ghettodasein befreien.

Selbstverständlich muß man die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen und gangbare Lösungen zum Problem der zunehmenden Zahl der Flüchtlinge anbieten. Die Abschaffung des Asylrechts oder seine Änderung bieten keine Lösung. Das sieht auch jeder Politiker ein, der redlich ist.

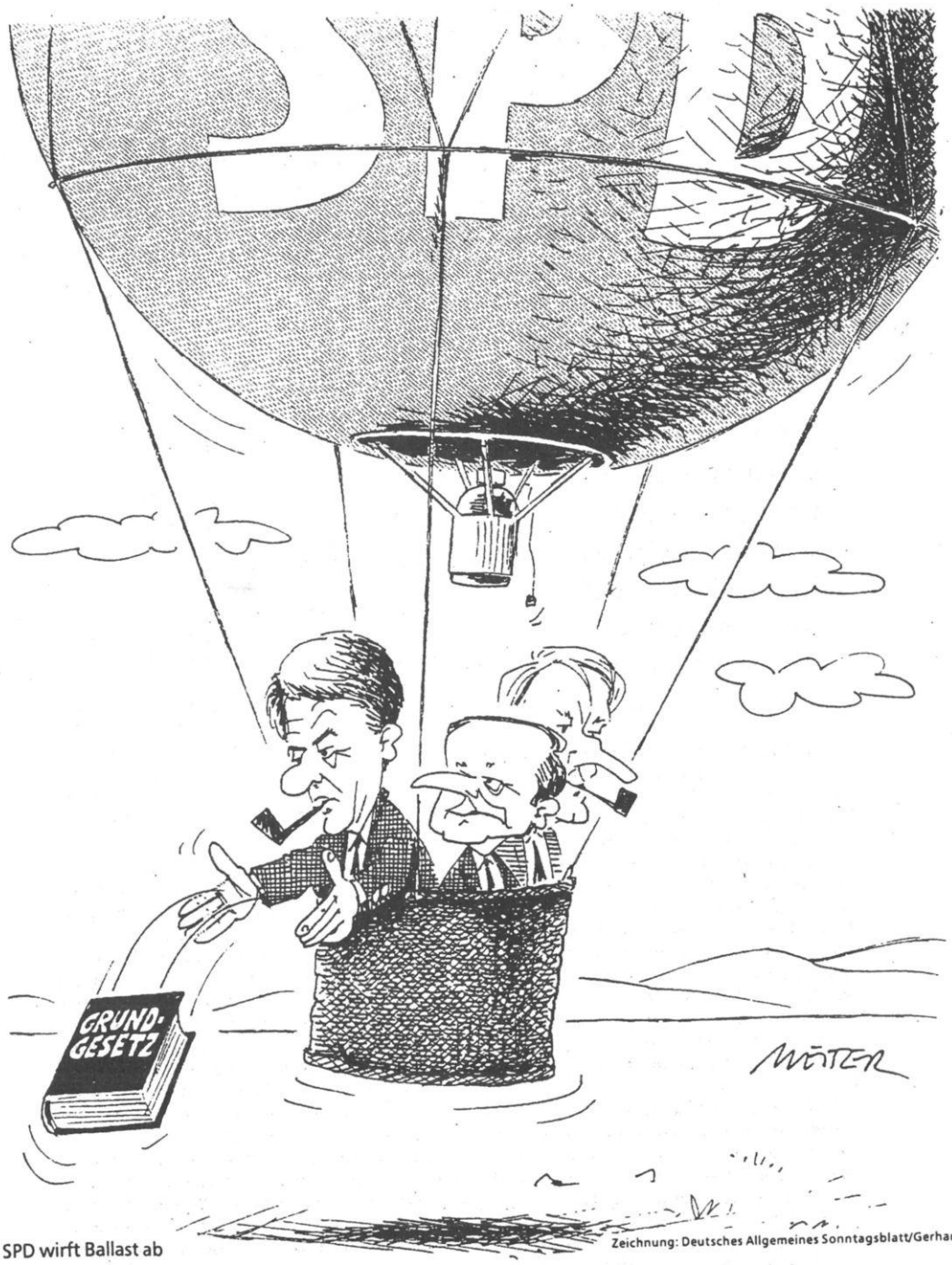
Die Lösung liegt vielmehr darin, daß man erst einmal nicht alle Ausländer, die nach Deutschland kommen, in einen Topf wirft und sie als Scheinasylanten, Wirtschaftsflüchtlinge, Lügenasylanten tituliert. Es gibt Menschen, die nach Deutschland kommen, um sich hier niederzulassen. Man muß endlich zugestehen, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist und die Einwanderer auch braucht. Für diese Gruppe muß ein Einwanderungsgesetz erlassen werden.

Zweitens gibt es die Gruppe von Menschen, die aus Kriegsgebieten kommen und vorübergehend in Deutschland Zuflucht suchen. Sie bilden den größten Anteil unter den Flüchtlingen. Für diese Gruppe muß eine Sonderregelung getroffen werden. Damit würde sich die Zahl derjenigen, die sich bei ihrer Einreise in Deutschland auf das Recht auf Asyl berufen, erheblich reduzieren. Dies wären einige allgemeine Richtlinien, die man zu einer ernsthaften Lösung des Flüchtlingsproblems in Betracht ziehen müßte. Vermutlich würde unser Skeptiker bei allen diesen Vorschlägen nur zynisch lächeln. Es geht doch gar nicht um die Lösung des Problems, würde er sagen, sonst würde man nicht jahrelang um den heißen Brei herumreden und Stimmungen erzeugen, sondern endlich die nötigen und vernünftigen Maßnahmen einleiten. Man braucht eben einen Sündenbock, das sind nun mal die Ausländer.

Bahman Nirumand

iranischer Publizist im deutschen Exil

(tageszeitung, 26.8.1992)



Die SPD wirft Ballast ab

Zeichnung: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt/Gerhard Mester

(Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 28.8.92)

Joachim Pfennig:

»Krawallos«, »Kids« und dumme Jungs

»Rostock« als Problem von Jugendlichen

Die ersten Presseberichte, Kommentare und vermeintlichen Analysen zu den Rostocker Ereignissen stellten nahezu durchgängig die Gruppe der Jugendlichen als Gewalttäter in den Mittelpunkt:

Die Welt, 26.8.1992: *"Rund 1000 jugendliche Randalierer waren in der Nacht zum Dienstag noch brutaler gegen das Asylbewerberheim in Lichtenhagen vorgegangen (!) als in den beiden vorangegangenen Nächten".* NRZ, 26.8.1992: *"Die Jugendlichen skandierten Parolen wie Deutschland den Deutschen' und 'Ausländer raus'".* WAZ, 25.8.1992: *"Im Lauf des Tages hatten sich erneut bis zu 800 Jugendliche in der Neubausiedlung versammelt, die zwei Nächte lang Schauplatz brutaler Auseinandersetzungen zwischen Randalierern und der Polizei gewesen war".* taz, 26.8.1992: *"Etwa fünfhundert rechtsgerichtete Jugendliche haben in der Nacht zum Montag ein Flüchtlingsheim im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen erneut angegriffen".* Der SPIEGEL, 31.8.1992: *"Die meist jugendlichen Gewalttäter brüsteten sich während der Krawalle mit ihrer Brutalität, um ihr Selbstwertgefühl aufzupolieren".*

Die "Hauptrolle" während der Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen wurde an die Jugendlichen vergeben, und sie waren es augenscheinlich ja auch in der überwiegenden Mehrheit, die die Pflastersteine warfen, Autos demolierten und anzündeten und mit Brandsätzen die zentrale Asylbewerberstelle angriffen und über einhundert in dem Asylbewerberheim eingeschlossene Vietnamesinnen und Mitarbeiter eines ZDF-Fernsehteams in Lebensgefahr gebracht hatten. Die hier als kleine Auswahl vorgestellten Textausschnitte verschweigen nicht die Brutalität der Jugendlichen, aber es ist frappant, mit welchem verharmlosendem Vokabular diese Gruppe der Jugendlichen betitelt wird.

Am Beispiel des SPIEGEL vom 31.8.1992 sei diese journalistische Vorgehensweise einmal kurz vorgestellt: Die Akteure sind zu Beginn der Titelgeschichte vom 31.8.1992 *"neofaschistische Skinheads".* Diese Betitelung trifft zwar für einen Teil der Jugendlichen zu und ist, überschaut man einmal die Gesamtpalette der Berichterstattung, erstaunlich nahe an der Wahrheit, charakterisiert allerdings nicht die Gesamtheit der Akteure. Im weiteren ist dann abschwächend von *"rechten Randalierern", "Halbwüchsigen",* dann wieder von *"Skinheads",* von *"Rechtsradikalen und Sympathisanten",* in Anlehnung an die sog. 'linke Szene' von *"Chaoten",* wenige Zeilen, entsprechend einer journalistischen Direktive, Wiederholungen zu vermeiden, von *"Krawallos",* später dann von *"jugendlichen Crewalttätern"* und der *"Krawallgeilheit der Kids"* die Rede.

Diese hier für den SPIEGEL dokumentierte Variationsbreite der journalistischen Terminologisierung der Akteure in Rostock-Lichtenhagen ist nur als ein Beispiel für die häufig festzustellende Art und Weise der Berichterstattung zu verstehen. Nahezu durchgängig werden die Begriffe "Rechtsextremismus" und "Rechtsextremisten" zur Kennzeichnung vermieden. Die Jugendforschung operiert jedoch zu Recht mit dem Begriff **Rechtsextremismus:**

Von rechtsextremen Orientierungsmustern und Handlungen wird dann gesprochen, wenn sie als Angriff auf die Gleichheit von Menschen verstanden werden müssen, der mit sozialer, psychischer oder physischer Ausgrenzung bzw. Vernichtung anderer verbunden ist **und** Gewalt als zentralen Regelungsmechanismus gesellschaftlicher Verhältnisse und Konflikte versteht. Stichwortartig beinhalten die o.g. beiden Grundelemente etwa folgende Facetten:

a) eine Ideologie der Ungleichheit der Menschen als integralem Bestandteil rechtsextremistischer Politikkonzepte umfaßt im wesentlichen folgende Punkte:

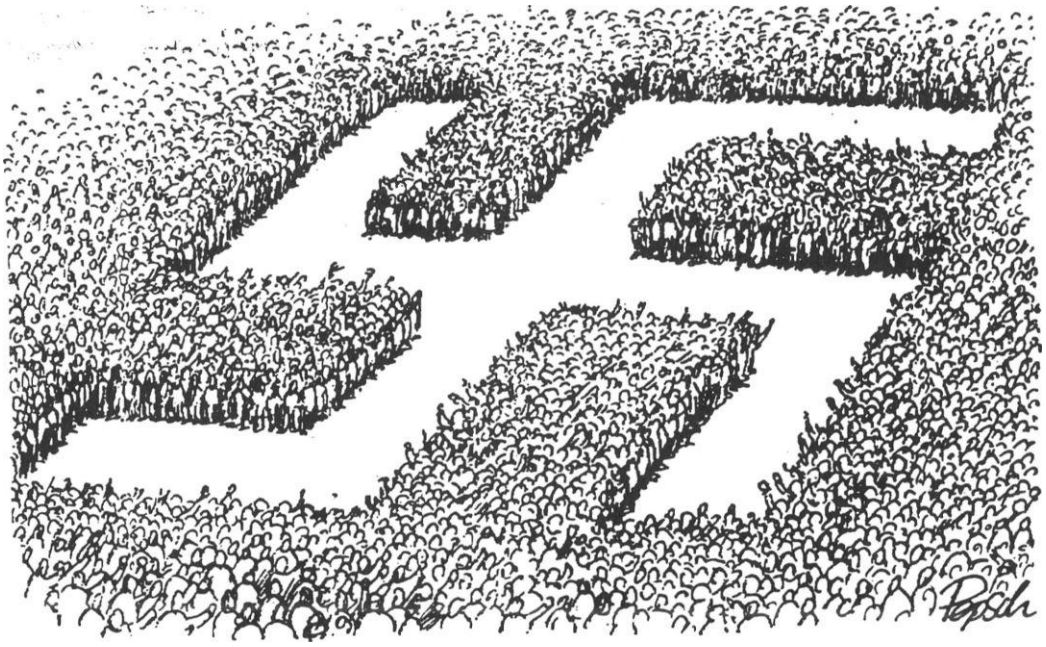
- nationalistische bzw. völkische Selbstübersteigerung
- rassistische Sichtweise / Fremdenfeindlichkeit
- Unterscheidung von lebenswertem und unwertem Leben (z.B. in der Eugenik)
- Behauptung von natürlichen Hierarchien (Soziobiologie)
- Betonung des Rechts des Stärkeren (Sozialdarwinismus)
- totalitäres Norm-Verständnis, d.h. Ausgrenzung des "Andersseins"

b) der Gewaltperspektive und -akzeptanz als integralem Bestandteil mit Facetten wie der Ablehnung rationaler Diskurse, der Ablehnung demokratischer Regelungsformen von sozialen und politischen Konflikten, der Betonung autoritärer und militaristischer Umgangsformen und Stile und der Gewalt als normale Aktionsform zur Regelung von Konflikten.

Viele dieser hier aufgeführten Elemente eines rechtsextremistischen Politikkonzepts sind während der "Ereignisse" in Rostock und an vielen Orten mehr zum Tragen gekommen, weitestgehend in der Berichterstattung aber "heruntergespielt" worden.

vor und nach Rostock stattgefunden haben, zur "normalen Aktionsform" zur Regelung von Konflikten werden?

Im höchsten Falle wird in den Presseberichten von "Rechtsradikalen" gesprochen, ein Begriff, der in der zweiten Begriffshälfte in der Tradition der bürgerlichen Aufklärung positiv im Sinne des "an die Wurzel packen" besetzt ist. Bis heute wird überwiegend nicht von rechtsextremistischen Jugendlichen gesprochen. Zwar werden die Täter vereinzelt als Kriminelle oder Terroristen bezeichnet, aber diejenigen, die die Täter des versuchten Mordes bezichtigen, sind Außenseiter und in der Minderheit, da sie noch



Formation unbeteiligter Schaulustiger
Zeichnung: Pepsch Gottscheber/Süddeutsche Zeitung

(Süddeutsche Zeitung, 27.8.92)

Ist etwa nicht in dem "Zusammenspiel" der Claqueure mit den rechtsextremistischen Jugendlichen verbreitet eine Ideologie der Ungleichheit der Menschen als zentralem, integrierendem Kernstück rechtsextremistischer Politikkonzepte in der nationalistischen Selbstübersteigerung ("Deutschland den Deutschen") und in der rassistischen Sichtweise ("Ausländer raus") zum Ausdruck gekommen? Steht etwa nicht zu befürchten, daß die zahlreichen Gewalttaten gegen EinwanderInnen, die

nicht begriffen haben, auf was es jetzt ankommt, auf die schnellstmögliche Vereitelung eines angeblichen weiteren "massiven und massenhaften Mißbrauchs von Asyl".

Auch die ersten Verurteilungen nach den Rostocker Ereignissen entsprechen der allgemeinen Verharmlosungstendenz. Es wurden viel zu milde, weit unter dem möglichen Strafmaß liegende Urteile gefallt.

Entlastung der Gaffer

Der überwiegende Teil der Berichterstattung zu "Rostock" suggeriert im Ergebnis, daß es sich bei den "jugendlichen Tätern" um eine besonders gewaltbereite Gruppierung handelt. Gleichzeitig aber wird die Zunahme einer gesamtgesellschaftlichen Brutalisierung ausgeblendet und auch im Mediendiskurs nur partiell und ansatzweise problematisiert:

Es gehörte zur journalistischen Sorgfaltspflicht, daß die Rolle der meist älteren "Zuschauerschaft" nicht verschwiegen wurde: *"Die jugendlichen Gewalttäter wurden aus einer großen Menschenmenge heraus angefeuert - mit Sprechchören wie 'Aufhängen, aufhängen', 'Wir kriegen euch alle', 'Ausländer raus'".* (Die Welt, 26.8.1992). *"Unter dem Beifall von Anwohnern und Schaulustigen stürmten etliche der mehreren hundert jugendlichen Randalierer am späten Abend das Heim und setzten das Erdgeschoß in Brand".* (NRZ, 25.8.1992). *"2.500 Anwohnerinnen, die die Angriffe beobachteten, zeigten zum Teil offene Sympathie für die Aktion",* (taz, 26.8.1992). *"In Rostock-Lichtenhagen schleudern neofaschistische Skinheads unter dem Johlen und Klatschen der meist älteren ostdeutschen Zuschauer Brandbomben in ein Ausländerheim voller Menschen".* (Der SPIEGEL, 31.8.1992).

Obwohl die hier zitierten journalistischen Aussagen nur Textfragmente darstellen (allerdings reduziert sich die "Rolle der Applaudierenden" häufig genug auf nur wenige Zeilen innerhalb der gesamten Berichterstattung) belegen sie doch das eigentliche gemeinsame Agieren von gewaltausübenden Rechtsextremisten und einer anstachelnden und die Täter schützenden "Zuschauerschaft". Trotz der *"Schande"* von Rostock (Express vom 26.8.1992) und dem Ausruf: *"Seid Ihr wahnsinnig!"* in der Bild vom 25.8.1992 applaudierten in jüngster Zeit in Quedlinburg und anderswo bei erneuten rechtsextremistischen Ausschreitungen gegen Asylbewerberinnen wiederum zahlreiche Befürworter von Gewaltanwendung.

Abschließend seien an dieser Stelle unkommentiert zwei Beispiele für eine Printmedien-Berichterstattung wiedergegeben, die das Zusammenwirken beider Seiten - den jungen Rechtsextremisten auf der einen und den "Zuschauern" auf der anderen - problematisieren.

Klaus Brill von der Süddeutschen Zeitung formuliert es am 27.8.1992 wie folgt: *"Offenkundig resultiert die Unterstützung für die extremistischen Gewalttäter aus dem Empfinden, von den etablierten seriösen Kräften sei keine Hilfe zu erwarten. Von den guten Geistern fühlen sich die Leute verlassen, so gehen sie zu den bösen. Sie befürworten Gewalt, statt zu bremsen, befeuern ihre 14jährigen Kinder, die schrecklicherweise ihre Initiation im politischen Leben des neuen Deutschland rauschhaft als rechtsradikale Randale erleben".*

Und Bascha Mika von der taz zitiert: *'"Dieses Nazigesindel', flucht ein Polizist. 'Das sind keine Nazis', schreit ihn ein Anwohner an. 'das sind unsere Kinder. Das sind keine Rechtsradikalen, sind ganz normale Deutsche, die das mit den Ausländern hier im Viertel nicht mehr aushalten.'"*

Lösung: Mehr Polizei?

Analog ähnlichlautender Äußerungen des mecklenburgischen Verfassungsschützers Seidel, der, wenn es den Rechtsextremisten weiter gelänge, den "Bürgerzorn" zu kanalisieren, einen "heißen Herbst" befürchtet, wird inzwischen vielerorts die Aufrüstung von Polizei und Verfassungsschutz gefordert. Hier ist deutlich eine Funktionalisierung der Ereignisse von "Rostock" sichtbar: die "streitbare Demokratie" der alten Bundesländer ("streitbar" immer nur dann, wenn es um die "Abwehr" sogenannter "linksextremer Gewalt" geht - siehe beim Weltwirtschaftsgipfel in München, beim Hamburger Polizeikessel oder am Bauzaun von Wackersdorf) muß nun auch im Osten etabliert werden.

Stellvertretend für zahlreiche Forderungen in diese Richtung steht der Kommentar von Joachim Rogge in der WAZ vom 7. September 1992: Unter der Überschrift: *"Mehr Polizei"* plädiert er: *"Die Ausschreitungen sind Taten Krimineller und damit in erster Linie ein polizeiliches Problem. Daran ändert auch der Verweis auf schlechte Wohnbedingungen, fehlende Lehrstellen oder geschlossene Jugendclubs nichts. Wer anderen ans Leben will, hat sein Anrecht auf Verständnis verwirkt und gehört vor Gericht. Wer Beifall klatscht, wenn Brandbomben fliegen, ist ein Mittäter. Doch vor einem Verfahren muß man sie alle erst einmal haben. Die Zahl der Festnahmen steht allzuoft in krassem Mißverhältnis zur Teilnehmerzahl abendli-*

cher Pogrome. Erst seit zunehmend Polizisten aus dem Westen ihre überforderten und personell dezimierten Ost-Kollegen verstärken, ist eine Trendwende sichtbar. (...) Beim Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit aber dürfen keine Unterschiede gemacht werden. Die Würde des Menschen ist unantastbar', heißt es im Grundgesetz. Von Menschen ist da die Rede und nicht nur von Deutschen".

JOACHIM ROGGE (BERLIN):

Mehr Polizei

40 Jahre lang beschränkte sich bei vielen Bundesbürgern die Kenntnis ostdeutscher Ortsnamen auf Leipzig, Dresden oder Potsdam. Inzwischen kennt fast jeder Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Eisenhüttenstadt, Guben oder Cottbus sind auf dem besten Weg, einen vergleichbaren Bekanntheitsgrad zu erreichen – aus traurigem Anlaß. Was sich seit Wochen im deutschen Osten und zunehmend auch im Westen abspielt, ist eine Tragödie. Die Würde des Menschen ist antastbar geworden, und viel zu selten wird in der erregten Asyl-Debatte über die Angst der Menschen gesprochen, die allabendlich buchstäblich um ihr Leben zittern müssen.

Die Ausschreitungen sind Taten Krimineller und damit in erster Linie ein polizeiliches Problem. Daran ändert auch der Verweis auf schlechte Wohnbedingungen, fehlende Lehrstellen oder geschlossene Jugendclubs nichts. Wer anderen ans Leben will, hat sein Anrecht auf Verständnis verwirkt und gehört vor Gericht. Wer Beifall klatscht, wenn Brandbomben fliegen, ist ein Mittäter. Doch vor einem Verfahren muß man sie alle erst einmal haben. Die Zahl der Festnahmen steht allzuoft in krassem Mißverhältnis zur Teilnehmerzahl abendlicher Pogrome. Erst seit zunehmend Polizisten aus dem Westen ihre überforderten und personell dezimierten Ost-Kollegen verstärken, ist eine Trendwende erkennbar.

Doch können die Gastarbeiter in Grün leider nicht überall sein. Niemand kann voraussagen, in welcher märkischen Mini-Gemeinde oder mecklenburgischen Kommune der nächste Anschlag erfolgt. Und doch kann nur ein breit gestreutes und massiertes Polizeiaufgebot für relative Sicherheit sorgen. Am Bauzaun von Wackersdorf haben sie sich zu Tausenden gegenseitig auf den Füßen gestanden, beim Wirtschaftsgipfel in München vor wenigen Wochen war es ähnlich. Beim Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit aber dürfen keine Unterschiede gemacht werden. „Die Würde des Menschen ist unantastbar", heißt es im Grundgesetz. Von Menschen ist da die Rede und nicht nur von Deutschen.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 7.9.92

Joachim Rogge diagnostiziert eine im Osten überforderte und personell dezimierte Polizei. Diese Argumentation impliziert eine in den Printmedien weitverbreitet behauptete "Schwäche" des ostdeutschen Staatsschutzes, die z.B. in der BILD vom 25.8.92 wie folgt beschrieben wurde: *"Die Polizei konnte die rechtsradikalen Randalierer nicht mehr stoppen".*

Dieser Sichtweise muß widersprochen werden, da sie nur als Konstrukt einer zweigeteilten, in West und Ost getrennt agierenden Staatsgewalt stimmig scheint. Joachim Rogge formuliert selbst innerhalb seines *"Mehr Polizei"* fordernden Kommentars: *"Am Bauzaun von Wackersdorf haben sie sich zu Tausenden gegenseitig auf den Füßen gestanden, beim Weltwirtschaftsgipfel in München vor wenigen Wochen war es ähnlich".* Da dies in Rostock nicht der Fall war, drängt sich der Verdacht auf, daß die Eskalation der Gewalt billigend in Kauf genommen und mit "Rostock" ein Exempel statuiert werden sollte. Ein Exempel dafür, daß der Staat nicht mehr mit der sogenannten "Asylantenflut" und der angeblich durch sie provozierten Antipathie und Selbstjustiz der Bevölkerung fertig werden könne, wenn nicht weitere Diskriminierungsmaßnahmen gegen Flüchtlinge realisiert würden.

In seinem Kommentar "Der neue Rechtsstaat" kommt Jürgen Gottschlich in der taz vom 25.8.92 zu einer gänzlich anderen politischen Bewertung der Rostocker Ereignisse als Joachim Rogge, die ich hier abschließend auszugsweise dokumentieren möchte:

"Wenn Bundesminister Seiters, der ja in Rostock war, gewollt hätte, wären spätestens am Sonntag so viel BGS-Truppen in Lichtenhagen angerückt, daß sich kein Rechtsradikaler oder Neofaschist mehr hätte blicken lassen. Warum ist das nicht passiert? Es gibt darauf eine klare Antwort. In Rostock wurde zwar der Rechtsstaat suspendiert, aber der Staat war im Verständnis der Mächtigen nicht in Gefahr. Ganz im Gegenteil, nach den Vorgängen in Hoyerswerda und jetzt Rostock ist der Verdacht nicht mehr von der Hand zu weisen, daß mindestens ein Teil der politischen Elite dieses Landes die Bedrohung für den Staat vielmehr von den Flüchtlingen ausgehen sieht und die Neofaschisten als Ordnungsfaktor stillschweigend akzeptiert".

Frank Wichert:

Im wilden Osten

»Rostock« als Problem der Ostdeutschen

Die brutalen und gewaltsamen Ausschreitungen gegen Flüchtlinge und Einwanderer in Rostock dienen vielen Zeitungskommentatoren dazu, Rechtsextremismus und Rassismus als ein ostdeutsches Problem zu vereinseitigen.

Der Anschlag in Hoyerswerda im Herbst 1991 gab bereits Anlaß zu allerlei Spekulationen, welches die Gründe sein könnten, daß es zu einer derartigen Gewalt kommen konnte. So wurde - damals wie wie heute - die unter der SED-Herrschaft fehlende Reisefreiheit und der entsprechend fehlende Kontakt mit Ausländern ins Feld geführt. Beispielsweise konstatiert die Berliner Sozialwissenschaftlerin Irene Müller-Hartmann im Spiegel Nr. 36 v. 31.8.92:

Im Unterschied zu den Ostdeutschen *"(...) hätten die Westdeutschen jahrzehntelang intensiv 'Erfahrung im Zusammenleben mit Ausländern' sammeln können; in den alten Bundesländern machen die Nichtdeutschen mittlerweile 8 Prozent der Bevölkerung aus. In der DDR hingegen lag der Ausländeranteil bei knapp 1 Prozent, im Bezirk Schwerin gar nur bei 0,51 Prozent."*

Zum anderen wurden und werden die schlechten Wohnverhältnisse herangezogen, die quasi "natürlich" Gewalt und Aggression hervorrufen sollen. Sprach man nach dem Anschlag in Hoyerswerda von der *"Brutalbetonlandschaft"* (BILD, 23.9.91), so ist es heute die *"Plattenbauweise"*, die für die Gewalttaten mitverantwortlich gemacht wird.

● Komplott mit Nazis
● Der 1. verhaftet

Nach dem Tod des großen Unternehmers | ließ sich nach 50 Jahren Ehe scheiden. Seite 11.

Morgenstund hat Geld im Mund
Um 6 aus dem Bett. Frühstückstisch decken. Kaffee kochen. Dann 3 Treppen runter, BILD holen. Ein Blick genügte: 5000 Mark gewonnen – ein Feiertag für Maria Bredenbröker! „Reisen ist meine Leidenschaft". Wohin es geht – Seite 9.

Stasi steuerte Rostock-Chaoten

Von DIRK HOEREN u. EINAR KOCH
Erst war es nur ein Gerücht, doch jetzt steht fest: Die Neonazi-Krawalle in Rostock wurden auch von Stasi-Männern gesteuert. Die Polizei konnte 4 Randalierer als ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) entlarven, sie wurden verhaftet. Auch Bundeskanzler Kohl ist über das Stasi-Neonazi-Komplott informiert. Bericht Seite 2

(BILD, 3.9.92)

Weitere, teilweise ähnlich monokausale bis kuriose Erklärungsmuster finden sich querbeet in nahezu allen Medien.

Die tatsächlich zahlenmäßig höhere Rate von Anschlägen pro Einwohner gegen Ausländer im Osten der Republik sollte nicht davon ablenken, daß es sich hierbei um ein gesamtdeutsches Problem handelt.

In vielen Kommentaren wird der 'wilde Osten' für die Ausschreitungen verantwortlich gemacht. Der Osten wird zur Geburtsstätte von Gewalt und menschenverachtender Aggression hochstilisiert. Bezeichnend ist, daß selbst die Metapher von der bedrohlichen "Welle" bzw. "Flut" jetzt auch auf Ostdeutschland bezogen wird: *"Die Welle der Gewalt griff auch wieder auf Westdeutschland über".* (FAZ vom 7.9.92) Nach der "Welle von Asylbewerbern" nun eine "Welle der Gewalt".

Während die FAZ die Anschläge im Osten detailliert auflistet, werden analoge Vorfälle im Westen nur nebenbei erwähnt.:

"In Brandenburg gab es Angriffsversuche von Rechtsradikalen, auch in Guben, Prenzlau, Lychen, Wittenberge, Wittstock, Bernau und Groß-Schönebeck. Auch in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg wurden Anschläge gegen Asylbewerberunterkünfte verübt."

Doch nicht nur einseitige Aufzählungen der Anschläge dienen dazu, Rassismus und Gewalt vornehmlich im Osten festzumachen.

Eine der Ursachen dafür, daß die fünf neuen Bundesländer besonders gute Voraussetzungen für die Ausbreitung von Rechtsextremismus und Rassismus bieten, ist sicherlich die völlig verfehlte, unsoziale Politik in diesen Ländern. Aber gerade von dieser Ursache ist in den Kommentaren nur selten zu lesen. Stattdessen werden die ehemaligen Bürger der DDR mit Kolonialherrenblick betrachtet und als unmündige, ungeduldige Kinder dargestellt, die herumquengeln und mit Steinen schmeißen, um auf sich aufmerksam zu machen ("Quengelnde Jammer-Ossis" - SPIEGEL-TV, 30.8.92).

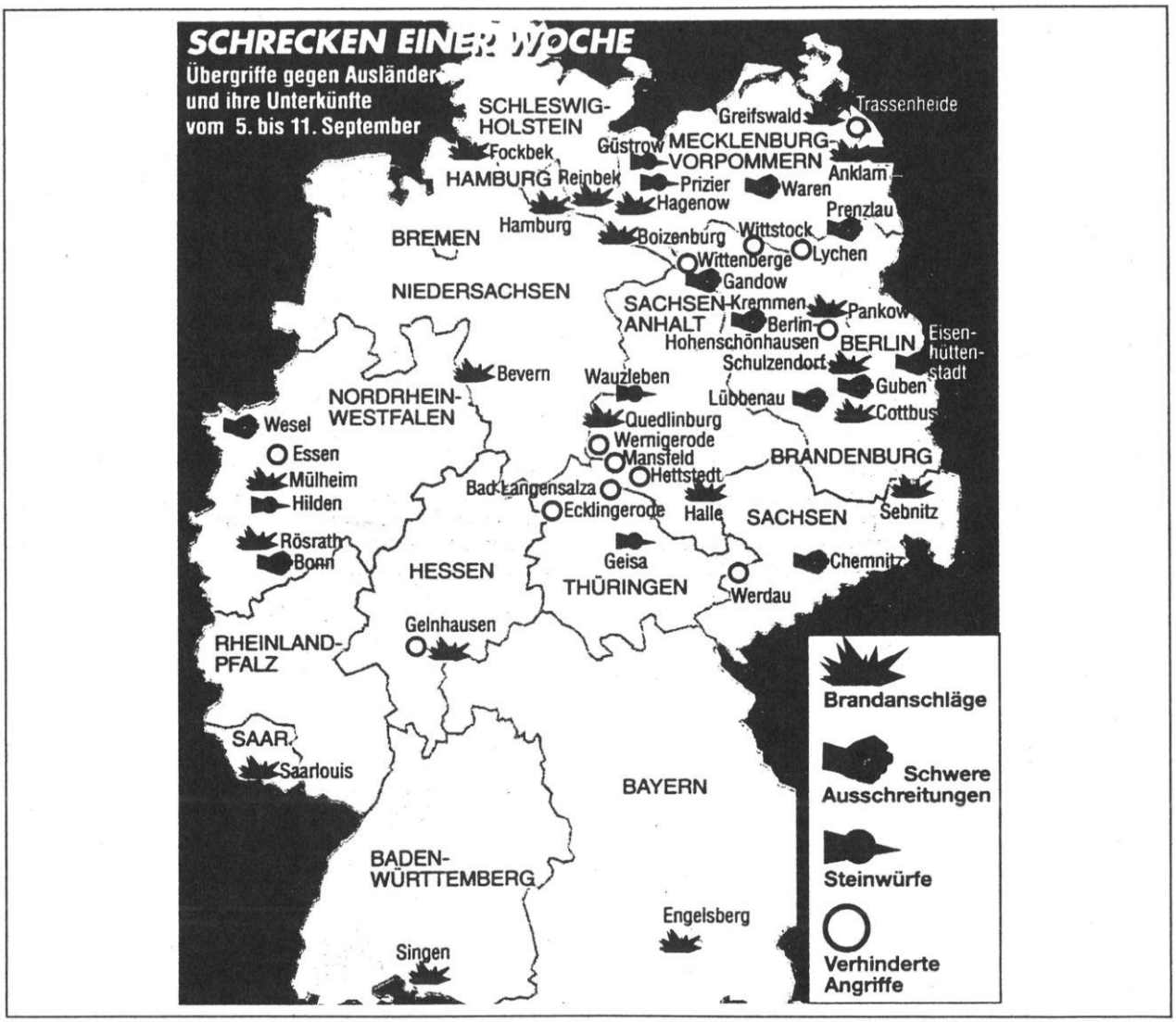
Klaus Brill von der Süddeutschen Zeitung (Kommentar: *"Ein grelles Warnsignal"*, SZ 27.8.1992) glaubt entdeckt zu haben, daß sich die Menschen in der ehemaligen DDR auch durch die Medien vernachlässigt sehen.

"Wie lange ist es her, seit zum letztenmal das Fernsehen jeden Abend live aus der früheren DDR berichtet hat?

War es vor einem Jahr aus Hoyerswerda, war es 89 beim großen Umsturz?"

Klaus Brill will seinen Lesern weismachen, daß in Wahrheit das ungewohnte Medienecho die Rostocker Bürger zu ihren Ausschreitungen provoziert habe.

Es gehört sicherlich schon eine gehörige Portion Zynismus dazu, die menschenverachtenden Ausschreitungen als ein "Auf-sich-aufmerksam-machen" zu verstehen. Ungeachtet der bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Misere wird den Menschen im Osten der Republik demokratisches Handlungsvermögen abgesprochen und Gewalt als Instrument ihrer Meinungsäußerung angesehen. Die "Sprachlosigkeit" vieler ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger erscheint als Ursache der Ausschreitungen. Diese absurde Reduktion der Gründe nimmt auch der Kommentar *("Was Rostock lehrt")* in der FAZ vom 26.8.1992 auf.



(SPIEGEL, 38/92, S. 29 - Die SPIEGEL-Grafik zeigt für die Woche vom 5. bis 11.9. ein deutliches zahlenmäßiges Übergewicht von Anschlägen in der ehemaligen DDR. Dies gilt aber so nicht für die Zeit davor und danach, in der flächendeckend Anschläge in der gesamten Bundesrepublik zu verzeichnen waren. An dieser Stelle sei auch erwähnt, daß das "Hoyerswerda" des Westens längst stattgefunden hat: im Mai 1992 in Mannheim-Schönau. Nur mit dem Unterschied, daß es hierüber so gut wie keine Medienberichterstattung gab. - M.D.)

"Wo das Gespräch scheitert, beginnt die Gewalt. (...) Die Nachrichten über die Unterstützung der Gewalttäter durch die Bevölkerung lassen keinen Zweifel daran, daß die Ursache des Schreckens in dem liegt, was die Politiker ein Kommunikationsdefizit nennen."

Ein sich in brutalen Ausschreitungen äußernder Rassismus - nur ein Kommunikationsdefizit?

Offensichtlich wird hier versucht, das Bild eines gewalttätigen, prügelnden und sprachlosen "Ossi" vorzuführen, der an die Demokratie erst herangeführt werden muß. Derartig schulmeisternd fällt es auch nicht schwer, von den eigentlichen Problemen abzulenken. Und aus dieser Perspektive wird dann am Ende sogar Verständnis für die Täter möglich:

"Viele Ostdeutsche, denen die Stürme der Geschichte allen geistigen und materiellen Halt genommen haben, verstehen nicht, daß sie noch enger zusammenrücken sollen, um Fremden Platz zu machen." (ebd.)

Hier wie in einigen anderen Berichten und Kommentaren wird auf die DDR-Vergangenheit als wahre Ursache angespielt. Frei vom "verordneten Anti-Faschismus" breche sich ein neuer Rassismus und Rechtsextremismus in den fünf neuen Ländern quasi naturhaft Bahn.

Den Kommentatoren scheint es zudem ganz recht zu sein, daß sie den Rechtsextremismus vor allem in der Ex-DDR verorten können. Denn dies lenkt von dem Problem ab, daß sich latente bis manifeste rassistische Bewußtseinsinhalte in der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik zeigen.[1]

Indem die Ostdeutschen Westdeutschland und der Welt als gravierend Andersartige vorgeführt werden, wird ein innerdeutscher Ost-West-Konflikt aufgebaut der z.T. bereits rassistische Züge annimmt.[2]

Es verwundert dann kaum noch, wenn als Ausweg aus den ungelösten Problemen von einem West-Kommentator das Heil in der Forderung nach der starken Hand gesucht wird. Schluß mit dem "Parteiengezänk", her mit den wirklichen "Staatsmännern"!

"Das Land braucht wirklich und endlich nicht Parteipolitiker, sondern Staatsmänner. Darüber müßte die Randale (!) von Rostock nun auch den letzten belehrt haben." (Klaus Brill, SZ 27.8.92)

[1]) Vgl. dazu: S. Jäger: BrandSätze. Rassismus im Alltag. Duisburg 1992 (DISS Studien). Hier wurde im Rahmen einer qualitativen Analyse nachgewiesen, daß eine Verstrickung in rassistische Diskurse in der gesamten Bevölkerung anzutreffen ist.

[2]) Vgl. Angelika Müller: "Die können eigentlich dableiben", in: S. Jäger: Brandsätze a.a.O., S. 141 ff.

Keine Änderung des Grundrechts auf Asyl!

Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" wurde als Konsequenz aus der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft formuliert. Artikel 16 sollte sicherstellen, daß politisch Verfolgte an deutschen Grenzen nicht abgewiesen werden. Das verfassungsrechtlich geschützte Asylgrundrecht hat die internationale Rechtsentwicklung gefördert. Das Asylrecht ist ein Menschenrecht. Eine notwendige europäische Harmonisierung des Asylrechts muß dieses Menschenrecht zum Maßstab nehmen.

Die vorgesehenen Änderungen des Asylgrundrechts sollen nun dieses Menschenrecht beschränken. Das wäre ein Rückschritt gegenüber unserer Geschichte. Durch eine Änderung von Artikel 16 II 2 Grundgesetz werden politisch Verfolgte schutzlos gestellt. Flucht und Zuwanderung werden dadurch nicht wesentlich geringer. Wer dies der Wahrheit zuwider behauptet, trägt die Verantwortung für weitere Radikalisierungen, die sich aus enttäuschten Erwartungen ergeben.

Unser Land hat sich vielmehr auf die weitere Aufnahme von Asylsuchenden, Flüchtlingen und Aussiedlern vorzubereiten. Asylverfahren müssen schnell und rechtstaatlich durchgeführt, Programme zur Beseitigung von Fluchtursachen durchgesetzt, Integrationsmaßnahmen verstärkt und der soziale Wohnungsbau gefördert werden. Vor allem auch von Politikern erwarten wir Zeichen der Solidarität mit Flüchtlingen.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Ministerpräsidenten der Länder fordern wir mit unserer Unterschrift auf, das Grundrecht "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" (Artikel 16 II 2 GG) in vollem Umfang zu erhalten.

NAME, VORNAME **ANSCHRIFT** **UNTERSCHRIFT**

1. . . . . .

2. . . . . .

3. . . . . .

4. . . . . .

5. . . . . .

6. . . . . .

7. . . . . .

8. . . . . .

9. . . . . .

10. . . . . .

11. . . . . .

12. . . . . .

13. . . . . .

14. . . . . .

15. . . . . .

Bitte zurücksenden an: PRO ASYL, Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge, Neue Schiesingergasse 22, 6000 Frankfurt/M.

Joachim Pfennig:

»Ohne Moos machen wir was los!«

Die sozialen Verhältnisse sind schuld!

Nach den Rostocker Ereignissen fanden zahlreiche weitere Anschläge und Übergriffe auf Ausländerinnen statt. Und der Terror richtet sich längst nicht mehr nur gegen sie - Ziele von Anschlägen waren Sprecher von Flüchtlingsräten, Behinderteneinrichtungen, KZ-Gedenkstätten, jüdische Friedhöfe, u.a.

Die derzeitig sichtbar werdende aggressive Stimmung von Teilen der bundesrepublikanischen Bevölkerung läßt befürchten, daß ein vorhandener alltäglicher Rassismus gegen Ausländerinnen sich zu einer alltäglichen und damit zur Normalität werdenden Gewalt auswächst. Werden, so der zynische Kommentar eines Rundfunkreporters, die Überfälle auf Asylbewerbereinrichtungen und ihre Bewohner, zum festen Themenblock jeder Nachrichtensendung wie die Wettervorhersage?

Im folgenden soll am Beispiel der SPIEGEL-Titelgeschichte (Ausgabe vom 31. August 1992) v.a. ein Aspekt der Analyse der "Rostocker Ereignisse" beleuchtet werden: die Berichterstattung über die sozialen Verhältnisse in den neuen Bundesländern als Erklärungs- und Entlastungsansatz für die Gewalttaten. Unter dem Titel: *"Wut auf den Staat, Asyl-Notstand. Fremdenhaß. Elend im Osten"* komprimiert das Hamburger Nachrichtenmagazin seine Analyse der "Rostocker Ereignisse" auf der Titelseite und konstatiert:

"Ernstes Zeichen an der Wand" - "Nicht nur Fremdenhaß, vor allem Enttäuschung über Bonner Politik-Versagen und über das Elend im Osten hat sich bei den Krawallen von Rostock entladen.". Und weiter: "Was *Kohl nicht wahrhaben will: Erstmals hat sich in Rostock die Wut der Einheitsopfer auf einen Staat entladen, von dem sie sich verraten und verkauft fühlen".* (S. 18)

'"Das Volk hat Frust', erklärte ein älterer Bürger dem einstigen SPD-Chef Hans-Jochen Vogel (...). 'Wir sind doch die Türken im eigenen Land', klagte eine Bankangestellte, 35. Ein Maurerlehrling, 17, formulierte drastischer: 'Wir sind hier die Scheiße an der Wand'. (...) Tiefer Verdruß grassiert unter den Menschen in den neuen Ländern, denen Kanzler Kohl 1990 versprochen hatte, binnen weniger Jahre ein 'blühendes Land' zu schaffen - und die sich nun als Leidtragende der zweiten ökonomischen Teilung Deutschlands sehen" (S. 19).

Vor allem durch die Aussagen der oben zitierten Bundesbürger und der Feststellung, daß die Bundesrepublik wirtschaftlich zweigeteilt sei, will der SPIEGEL schon auf den ersten beiden Seiten seiner Titel-Geschichte die in der Einleitung vorgenommene Schwerpunktsetzung seiner Analyse der "Rostocker Ereignisse" untermauern. Er folgt damit einer Argumentationsstrategie, die erklären möchte, daß eine solche ökonomische und soziale Lage quasi "naturwüchsig" Gewalt und Aggressivität hervorbringt. Verquickt mit der Argumentation vom "vollen Boot", der auch der SPIEGEL folgt (siehe hierzu Belege im folgenden), wird hier ein Automatismus gesetzt, für den Rostock und andere brutale Übergriffe auf Ausländerinnen angeblich folgerichtige Beweise sind.

Die skizzierte Argumentationslinie setzt sich wie folgt fort: *"Die Menschen im Beitrittsgebiet haben nun unter jenen Fehlern zu leiden, die in der Hast der Einigungsverhandlungen gemacht worden waren. Nicht hinreichend bedacht hatten die beiden deutschen Regierungen die verheerenden Folgen der Währungsunion für die traditionellen Absatzmärkte der DDR-Wirtschaft. Die Kunden im einstigen Ostblock konnten in harter Mark nicht zahlen. Ein bargeldloser Tauschhandel war auf die Schnelle nicht zu organisieren. Folge: Kollaps vermeintlich überlebensfähiger DDR-Betriebe und Massenarbeitslosigkeit auch in der Werftenstadt Rostock. Das Elend ist über alle Generationen gekommen. Die Alteren hatten zwar plötzlich eine höhere Rente als je zuvor, aber es wurde so ziemlich alles teurer. Schwerer wiegt: Der Schatz ihrer Lebenserfahrungen ist kaum noch etwas wert. Die mittlere Generation plagt Arbeits-, die jüngere Perspektivlosigkeit".* (S. 19f)

Nach der knappen Skizzierung der prekären Situation für alle Generationen wird einige Zeilen später, quasi als vorweggenommene Erklärung für die Zwangsläufigkeit der Ereignisse, ein Journalistenkollege der Süddeutschen Zeitung zitiert: *'"Jeden, der mit den Leuten von Lichtenhagen gesprochen hat', notierte ein Reporter*

der Süddeutschen Zeitung, müsse 'schockieren, wie bodenlos die Hoffnungslosigkeit ist, wie abgrundtief das Mißtrauen gegenüber den Politikern, wie oft in diesem Kontext die Stichworte Diäten oder Lügen fallen'". An dieser Stelle findet sich somit auch die in der Einleitung festgestellte *"Enttäuschung über Bonner Politik-Versagen"* wieder.

Zwischen diese Argumente von der miserablen wirtschaftlichen Situation in den neuen Bundesländern und dem Mißtrauen gegenüber den Politikerinnen läßt der SPIEGEL auch anders akzentuierten Positionen Raum: *'"Die Eskalation der Gewalt in Rostock', echote aus der Ferne die Washington Post, scheine 'mit wachsendem deutschen Streß mehr zu tun zu haben als mit wachsendem Flüchtlingsdruck'. Aufgrund der 'verunglückten Vereinigungspolitik', urteilt auch der Hallenser Psychotherapeut und Autor Hans-Joachim Maaz ("Gefühlsstau") fühlten sich viele im Osten um die Hoffnung auf ein besseres Leben betrogen. Ausländern, so Maaz, komme da die klassische "Sündenbockfunktion" zu: 'Hier haben sich Schwache an den noch Schwächeren abreagiert'".*

Und zwangsläufig, auf dieses Vorverständnis sind die Leser eingestimmt, *"durften die Skinheads sich als eine Art politischer Vorhut begreifen, die handelt, während der Staat versagt".*

Mit der direkt sich anschließenden Aussage wird die vom SPIEGEL bis dahin überwiegend auf der These einer ökonomisch zweigeteilten Bundesrepublik und den damit einhergehenden sozialen Verwerfungen basierende Argumentation diffus, aber gefährlich zugleich.

Das Magazin formuliert: *"Mit der Feuerlunte suchten die Radikalen jene Probleme zu lösen, die von den Politikern zu Tode geredet werden."* Wenn der "Vorwurf" richtig ist, daß etwas "zu Tode geredet" worden ist, kann an dieser Stelle vom SPIEGEL nur die von ihm beklagte zu langsame, nachholende marktwirtschaftliche Entwicklung der ehemaligen DDR mit ihren negativen sozio-ökonomischen Folgen gemeint sein, die die Titelgeschichte bis hierhin als Erklärungsansatz für die "Rostocker Ereignisse" bestimmte.

Durch die Metapher von der "Feuerlunte" werden mögliche soziale Kämpfe (Feuer-Metaphern in diesem Zusammenhang: "heißer Herbst", "brennende Ruhr" etc.) mit brennenden Flüchtlingsheimen auf einen Nenner gebracht.

Dem SPIEGEL-Leser wird nahegelegt, daß es den Rechtsexremisten in Wahrheit um die Lösung sozio-ökonomischer Probleme gegangen sei. Für das Magazin steht fest: *"Die Wut auf den Westen* (also nicht der Haß auf die Flüchtlinge?, J.P.) *und die Verzweiflung über die Tristesse im Osten hielten das Feuer am Brennen".*

An der Linie, daß vorwiegend die sozioökonomischen Bedingungen an den Gewalttaten in Rostock Schuld seien, knüpft der SPIEGEL im folgenden wieder an: Dieses Mal wird die Berliner Sozialwissenschaftlerin Irene Müller-Hartmann herangezogen, die in einer Analyse für die Bundesregierung vom SPIEGEL wie folgt wiedergegeben wird: *"Zweiter Grund für die begrenzte Aufnahmefähigkeit des Ostens* (für Asylbewerber, J.P.) *seien die sich dort vollziehenden, als 'schmerzlich empfundenen sozialen Verunsicherungen und Veränderungen'".* Das Magazin weiter: *"In Rostock etwa liegt die Arbeitslosenquote offiziell bei 13 Prozent, in Lichtenhagen bei 17 Prozent. Tatsächlich ist der Anteil derer, die keinen regulären Arbeitsplatz haben, etwa doppelt so hoch".*

Soweit die v.a. im ersten Drittel der Titelgeschichte des SPIEGEL vertretene Argumentationslinie, die in der Konzentration auf die sozioökonomischen Ursachen als Erklärung für die Rostocker Gewalttaten quasi Rechtfertigungen für das Handeln der rechtsextremistischen Jugendlichen anbietet. Die Argumentation wird ergänzt durch althergebrachte und gängige Erklärungsmuster: *"In den ersten sieben Monaten dieses Jahres haben rund 234000 Menschen politisches Asyl beantragt. Bis Ende des Jahres, so schätzt Gerhard Groß, neuer Präsident des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, werden es etwa 500000 sein. Im letzten Jahr wurden gerade 256000 Anträge gestellt, im vorletzten Jahr 193000."* Auch der SPIEGEL behauptet: "Das Boot ist voll!" Eine abschließende, die "verständnisvolle" Argumentation des SPIEGEL unterstützende Textstelle, sei hier noch ergänzt: *"Andere ausländische Blätter* (die norwegische Zeitung Dagbladet hatte sich zuvor erdreistet, von einer deutschen "Kristallnacht 1992" zu sprechen, J.P.) *kritisieren die Deutschen (!) diesmal eher moderat - aus gutem Grund; Die meisten europäischen Regie-*

rungen müssen sich im eigenen Land mit Rechtsradikalen herumschlagen, obwohl die eigenen Asylgesetze durchweg weniger liberal sind als die deutschen (...) Und 'Deutschlands Nachbarn können nicht mit Steinen werfen, schrieb die konservative Londoner Times. Schließlich habe die Bundesrepublik mit Abstand die meisten Kriegsflüchtlinge aus Jugoslawien aufgenommen, während sämtliche Nachbarn mauerten." Und deshalb dürfen die deutschen Rechtsextremisten Steine werfen?

Die hier auszugsweise dokumentierte Argumentationsweise des SPIEGEL könnte Vera Gaserow im Sinn gehabt haben, als sie ihren Kommentar in der taz vom 25.8.1992 schrieb. Sie sei hier abschließend zitiert:

"Da wurde die Ossi-Seele auch von der Westseite aus verständnisvoll analysiert: 40 Jahre lang keine Ausländer gehabt und dann diese Schwemme, ja das ist ja auch eine Zumutung! Einmal zurechtpädagogisiert und -soziologisiert, diente die soziale Misere vielen Ossis als Entschuldigung für die eigene Brutalität. Denn welches Gesetz bestimmt, daß der, der Arbeitsplatz und Zukunftsorientierung verloren hat, den menschlichen Anstand gleich hinterherschmeißen darf?"

(SPIEGEL, 9.9.91 - So nahm der SPIEGEL schon im September 1991 die rechtsextreme Parole 'Das Boot ist voll" auf und trug so zum Durchbruch rassistischer Positionen in der Bundesrepublik bei. - M.D.)

Querverbindung

Diskriminierung von Behinderten

„Ekel" brachte Preisnachlaß

Urlauber fühlten sich durch Behinderte belästigt / Klage hat Erfolg

Von unserem Mitarbeiter Ullrich Fichtner

FRANKFURT A. M., 28. September. Die Anwesenheit behinderter Urlaubsgäste in einem Hotel-Speisesaal rechtfertigt nach Ansicht des Amtsgerichtes Flensburg, daß anderen Urlaubern der Reisepreis gemindert wird. Es gab der Klage eines Ehepaares statt, das mit zwei kleinen Kindern im Herbst vergangenen Jahres in der Türkei zwei Wochen Urlaub gemacht hatte. Im Speisesaal, in dem die Familie aß, wurde während einer dieser Wochen auch eine Gruppe von zehn schwerbehinderten Rollstuhlfahrer verköstigt. Der „unausweichliche Anblick" der Behinderten und der von ihnen „verursachte Ekel" habe die Kläger ständig an die „Möglichkeiten menschlichen Leides" erinnert, heißt es in der Urteilsbegründung. Dies gehöre nicht zu einem „typischerweise erwarteten Urlaubsverlauf" (Az: 63 C 265/92).

Das Ehepaar hatte sich über die Anwesenheit der Behinderten beim Reiseunternehmer beschwert, der aber „nicht in der Lage war, Abhilfe zu schaffen", wie es in der Klageschrift hieß. Daraufhin verlangten die Urlauber zehn Prozent Preisminderung, weil sie ihr „Wohlbefinden beeinträchtigt" sahen.

Der Amtsrichter befand, daß die Klage auch deshalb berechtigt sei, weil „gerade die unbeschwerte Einnahme von Mahlzeiten in einem Hotel allgemein als ein die Urlaubsentspannung besonders förderndes Erlebnis angesehen" werde.

Die Hilfsorganisation „Lebenshilfe für geistig Behinderte" zeigte sich über das Urteil am Montag entsetzt. In dem skandalösen Richterspruch komme eine Unmenschlichkeit zum Ausdruck, die „ein Schlag ins Gesicht aller behinderten Menschen und ihrer Angehörigen" sei.

Mehr als nur Ekel

Hiermit fordere ich zehn Prozent Preisnachlaß für alle bisher verbrachten Urlaube. Immer wieder bin ich dem unausweichlichen Anblick von Spießern ausgesetzt, denen der unausweichliche Anblick von Behinderten Ekel verursacht (FR vom 29. 9. 1992 „‚Ekel' brachte Preisnachlaß"). Dieser Anblick verursacht mir Ekel, weil er mich ständig an die Möglichkeiten menschlicher Dummheit und Niedertracht erinnert.

P. S.: Damit es keinen Zweifel gibt: Der Urteilsspruch von Flensburg paßt in genau jene politische Landschaft, in der Asylantenheime mit Brandflaschen beworfen werden. Die Aussonderung von „lebensunwertem Leben" und die Verfolgung und Tötung von „Fremden" gehören der selben deutschen Tradition an. Das verursacht mehr als nur Ekel.

Dr. Thomas Rothschild, Stuttgart

(Frankfurter Rundschau, 29.9. und 2./3.10.92)

Katrin Althoetmar:

»Welle von Ekel in Europa«

Wie die ausländische Presse »Rostock« sieht, und was die deutsche Presse daraus macht

In der deutschen Presselandschaft finden sich ein paar Tage nach den Ereignissen in Rostock-Lichtenhagen eine Reihe von Zitaten aus ausländischen, vornehmlich westeuropäischen Zeitungen. Im folgenden wird nun zum einen kurz erläutert, was dort für Äußerungen zu finden sind. Daneben soll ein Blick in die ausländische Presse selbst dazu dienen, authentische und umfassendere Reaktionen des Auslands kennenzulernen. Dabei war es leider nicht möglich, eine größere Bandbreite ausländischer Zeitungen durchzusehen. Lediglich die britische Presse wurde eingehender betrachtet und kann hier als Fallbeispiel dienen. Zum anderen aber, und das ist vielleicht noch interessanter, stellt sich die Frage, welche Funktion diese Zitate innerhalb der deutschen Berichterstattung haben.

„Welle von Ekel" in Europa

Ausland vergleicht Rostocker Ereignisse mit Nazi-Deutschland

(Frankfurter Rundschau, 27.8.92)

In Deutschland grassiert eine *"Seuche"* (Corriere della Sera; in: RP, 27.8.), Deutschland *"krankt am Rassismus"* (Le Parisien; in: BILD, 26.8.). Auf dieses *"häßliche Gesicht"* (Telegraaf/NL; in: BILD, 28.8.) reagieren die *"europäischen Nachbarn"* mit einer *"Welle von Ekel"* (Corriere della Sera; in: NRZ, 27.8.; FR, 27.8.; WAZ, 27.8.; RP, 27.8.)[1].

Die Urteile scheinen hart, vor allen Dingen, wenn immer wieder auf die Verbrechen der Nazi-Zeit angespielt wird: *"Die Rufe waren dieselben wie damals"* (Dagbladet/NOR; in: NRZ, 27.8.) *"Kristallnacht 1992"* (Dagbladet/NOR; in: RP, 27.8.) heißt es, und die Rede ist von *"neonazistischen Keimen"* (El Mundo; in: NRZ, 27.8.), von *"Neonazis"* (Salzburger Nachrichten; in: BILD, 26.8. u.a.) und von *"atavistischen[2] Reflexen der Rostocker"* (Independent; in: FR, 27.8.)

Schaut man sich die Zitate jedoch genauer an, so fällt auf, daß da auch ein gewisses Verständnis vorhanden ist. Aussagen wie: *"Die 'Seuche' Rassismus"* ist eben *"nirgendwo in Europa beseitigt. (...) Alle sind wir Deutsche"* (Corriere della Sera; in: FR, 27.8.); *"Ausländerfeindliche Krawalle (...) rechtsextremer Gruppen gibt es auch in Frankreich, in den Niederlanden und sogar in Schweden..."* (Le Monde; in: taz, 26.8.) und *"Deutschlands Nachbarn können nicht mit Steinen werfen. Bei ihnen strömen nicht jedes Jahr eine halbe Million Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Verhältnissen herein* (...)" (The Times; in: NRZ, 27.8.) weisen darauf hin, daß der zunehmende Rassismus tatsächlich kein spezifisch deutsches Problem, sondern eher ein europäisches ist.

Hieran ist eigentlich auch schon recht deutlich abzulesen, daß, wenn hier von Rassismus die Rede ist (und das ist es in der ausländischen Presse weit häufiger als in der deutschen), vor allen Dingen die Haltung gegenüber Asylsuchenden/Flüchtlingen aus den sogenannten "Dritte-Welt"-Ländern bzw. aus den ehemaligen sozialistischen Ländern gemeint ist, die in "unserem" europäischen Haus Zuflucht suchen. Gemeinsam muß eine Lösung gefunden werden: *"Europa sollte seine äußeren Grenzen nach gemeinsamen Prinzipien kontrollieren"* (Il Giornale; in: WAZ, 1.9.). Mit anderen Worten: Laßt uns eine Mauer um Europa bauen!

Wie erklären sich die Beobachter aus dem Ausland die Brutalität, die in Rostock - nicht zum ersten Mal in der jüngsten Geschichte des vereinigten Deutschlands - zutage trat? Da ist vom *"Sündenbock-Mechanismus"* (Berner Zeitung; in: NRZ, 27.8.), vom *"schwierigen ökonomischen Kontext der Ex-DDR"* (Gastbeitrag von P. Hugues (Liberation); in: FR, 28.8.) und von *"Rechtsextremismus und Rassismus"* als *"Folge der Umstände der vom Westen aufgezwungenen Annexion nach Husarenart"* (l'Humanité, in: NRZ, 27.8.) die Rede. Hier werden die Verhält-

Gerade an dieser Stelle zeigt sich wieder einmal, wie fest verankert und wirkungsvoll Kollektivsymbole sind. Die "Welle von Ekel" wurde auffallend oft zitiert.

[2] **Atavismus nennt man das Wiederauftreten von Merkmalen der Vorfahren, die den unmittelbar vorhergehenden Generationen fehlen.**

nisse in den Fünf Neuen Ländern als ein erklärender Faktor angesehen.

Aber: Da heißt es auch: *"Deutschland wird die neonazistischen Keime nicht ersticken, indem es das Asylgesetz ändert* (...)" (El Mundo; in: NRZ, 27.8.) ; *"Auch die politischen Eliten versagten. Viele sind der Meinung, daß hinter der wachsenden Ausländerfeindlichkeit die instrumentalisierte Asyl-Debatte steht"* (Zycie Warszawy; in: WAZ, 1.9.); *"Was zur Sorge Anlaß gibt, ist die Unfähigkeit der Regierenden, das Problem zu erfassen, geschweige denn eine Lösung zu finden"* (Wiener Kurier; in: WAZ, 1.9.) und sogar von *"an Unterstützung grenzender Gewalt"* (The Times; in: WAZ, 27.8.) der Rostocker Behörden ist die Rede.

'Nothing Against Foreigners'

Germany reels from a week of rioting in Rostock

(Newsweek, 7.9.92)

Eine Analyse britischer Zeitungen fügt diesen Sichtweisen noch die ein oder andere kritische hinzu. So klagt der Guardian schon am 26.8. in den Überschriften die Handlungsunfähigkeit der zuständigen Stellen an, die trotz der vorangegangenen Hinweise auf die geplanten Aktionen nicht in der Lage waren, die Bewohner des Flüchtlingsheims angemessen zu schützen: *"Die deutschen Behörden 'wußten schon vorher von dem geplanten Angriff der Nazis'" ("German authorities 'knew of Nazi attack in advance'").* Und dann: *"Reue und gegenseitige Beschuldigungen nach den Krawallen" ("Remose and recrimination after riot")* - zu spät! Auf die unglaubliche Arroganz der Politiker, die, statt sich wenigstens einmal persönlich bei den Betroffenen zu entschuldigen und sich schützend vor sie zu stellen, wird auch in der englischen Presse angespielt. Im Daily Telegraph vom 27.8. heißt es, die Politiker hätten nicht viel mehr zu tun *"als sich herumzuzanken"* und (in der "headline"): *"Die deutschen Parteien befehden sich während, die Angst vor Neo-Nazigewalt wächst" ("German parties feud amid fears of neo-Nazi violence spreading")*[3]. Auch die Polizei kommt nicht gut weg: *"Die Gewalt gewinnt, die Polizei errötet vor Scham" (Violence wins, the police blush"),* so The Economist in einer Überschrift am 29.8.

Neben den gängigen Erklärungsversuchen (ostdeutsches Problem, Jugendproblem, zu viele Flüchtlinge), die vor allem in The Times genannt werden, finden sich in den durchgesehenen Zeitungen noch einige andere. Da heißt es z.B., die westdeutschen Politiker und die deutschen Medien hätten einen Teil der Schuld mitzutragen, wenn sie Horrorgeschichten über "Asylmißbrauch" verbreiteten *("western politicians and the German media may share some of the blame, by spreading scare-stories about abuses by immigrants (...)";* (The Guardian, 26.8.). Und im Grunde seien weder Politiker noch die Masse der Bevölkerung überhaupt bereit, sich auf eine multikulturelle Gesellschaft, in der Ausländer die doppelte Staatsangehörigkeit und das Wahlrecht bekommen könnten, einzulassen *("But the very concept of a multicultural society (...) is rejected (...)";* (The Guardian, 26.8.). Auch von der Problematik einer voreiligen Grundgesetzänderung, die gerade jetzt eine Bestätigung für die Rechtsextremen bedeuten würde, nimmt der Guardian Notiz, indem er die Meinung deutscher Beobachter wiedergibt, daß die offizielle Antwort auf die Rostocker Pogrome mit der Forderung nach Änderung des Asylgesetzes, den Tätern das Gefühl gibt, rechtmäßig gehandelt zu haben: "(...) *the official response, including growing demands for a change to the country's liberal immigration laws (...), has strengthened the feeling among young extremists they can successfully take the law into their own hands."* (31.8.).

Auffällig gegenüber der deutschen Berichterstattung ist die - oben schon erwähnte - Verwendung des Begriffs "Rassismus", für die bei uns so gerne verharmlosend als "Krawalle" bezeichneten Angriffe auf das Leben ausländischer Mitbürger. Außerdem werden die Opfer selbst auch häufiger und differenzierter benannt: *"some of the asylum-seekers were Vietnamese, some Romanian"* (The Economist, 29.8.); *"Romanian gypsies and Vietnamese families had left"* (The Times, 27.8.); *"hundred or so panic-stricken Vietnamese men, women and children", "some 200 Romanian gypsies"* (The

[3] **An dieser Stelle sollte bemerkt werden, daß von einer "Befehdung" der Parteien nicht die Rede sein kann. Man ist ja (leider) viel zu sehr einer Meinung...**

Guardian, 26.8.); *"Several innocent foreigners were injured in the attacks* (...)" (The Guardian, 31.8.).

Interessant auch, daß für die Briten der Zusammenhang der rechtsradikalen Überfälle mit dem Attentat in Hannover am 29.8. klar zu sein scheint. Der deutschen Polizei sei es jedoch nicht gelungen, die beiden Ereignisse in Verbindung zu bringen: *"(...) police were unable to link the incident to the current racial violence."* (The Times, 31.8.).

Auch von der Angst der Deutschen, ihr gutes Ansehen in der Weltöffentlichkeit zu verlieren, nimmt die englische Presse Notiz: Helmut Kohl und Norbert Blüm werden zitiert (auffällig: jeweils am Schluß eines Artikels). Für Kohl ist es demnach *"das Wichtigste, der Welt klar zu machen (...), daß Fremdenfeindlichkeit eine Schande für unser Land ist."* (The Guardian, 26.8.). Blüm, etwas knapper und ehrlicher: *"Deutschlands Ruf ist in Gefahr"* (The Times, 26.8.).

Soweit zur englischen Berichterstattung. Nun aber zurück zu der am Anfang angedeuteten Frage nach der Funktion der Darstellung ausländischer Reaktionen innerhalb der deutschen Presse.

"Ist es in anderen Ländern auch so schlimm?
Ja, z.B. in..."

(BILD, 26.8.9)

„Welle von Ekel" und bittere Erinnerungen an Nazi-Deutschland

Auslandsecho auf Rostocker Krawalle

NRZ-Nachrichtendienst

Mit der bitteren Erinnerung an Nazi-Deutschland, aber auch mit dem Hinweis auf ausländerfeindliche Stimmungen in fast allen Ländern des Kontinents reagierten gestern die Zeitungen im europäischen Ausland auf die Ereignisse von Rostock.

(Neue Ruhr Zeitung, 27.8.92)

Hier wird endlich auch einmal explizit von den unschuldigen Opfern gesprochen.

Neben dem rein informatorischen Wert ausländischer Pressestimmen sollte man auch ein Augenmerk darauf richten, in welchen Kontext diese von den deutschen Journalisten eingebettet werden und welche Funktion sie (eventuell) noch erfüllen.

Im obigen Zitat aus der NRZ (es handelt sich hier um den Vorspann zu einer Sammlung von Kommentaren aus sieben westeuropäischen Zeitungen) wird mittels der "Ja, aber-Strategie" statt der unangenehmen Nachricht, daß sich ausländische Beobachter an die Greueltaten der Nazis erinnert fühlen, die Nachsicht dieser Kommentatoren in den Vordergrund gestellt. Das "gemeinsame Leid" schafft Verbundenheit, gibt Trost: "So schlimm ist das alles ja gar nicht". (vgl. auch Vorspann des Artikels '"Welle von Ekel' in Europa nach Rostock-Vorfällen" in: WAZ, 27.8. und FR, 26.8.)

Ein weiteres Zitat, das dem deutschen Leser Erleichterung verschaffen kann, lautet wie folgt: *"Die Mailänder Zeitung Corriere della Sera verwies (...) darauf, daß die 'Seuche' Rassismus nirgendwo in Europa beseitigt sei: 'Kein Land ist ausgenommen (...). Alle sind wir Deutsche'."* (FR, 27.8.; s.a. RP, 27.8.; NRZ, 27.8.)

Durch den Vergleich mit anderen Ländern, in denen es auch Rassismus gibt, werden die besonders brutalen Angriffe auf Flüchtlinge in Deutschland relativiert und wohl auch verharmlost.

Noch subtiler könnten auch die Äußerungen des Auslands, die auf die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands anspielen, an einigen Stellen instrumentalisiert worden sein.

Es ist ja bekanntlich so, daß vielen Deutschen "dieses Thema zum Halse raushängt" und sie "endlich wieder stolz sein können wollen, Deutsche zu sein". Insofern ist es nicht ausgeschlossen, daß gerade eine Häufung dieser "Beleidigungen" bei den Leserinnen und Lesern eine Art "Jetzt reicht's"-Haltung auslösen kann bzw. soll. Eine solche Intention kann man z.B. bei der BILD-Zeitung vermuten. Am 28. August ist auf dem Titelblatt zu lesen:

"Ausland schimpft: ihr Deutschen seid Nazis

Jetzt prügeln sie auf uns rum: 'Nazis', 'Kristallnacht', 'Ausländerfeinde'. Unsere europäischen Nachbarn beschimpfen uns alle nach den

Rostocker Krawallen als die 'Häßlichen Deutschen'. Wie sie uns beschimpfen und wie sie es selbst mit den Asylanten halten - S. 2."
(BILD, 28.8.)

Hier wird ganz deutlich, daß die geäußerten Assoziationen der ausländischen Beobachter für BILD-Zeitung-Leserlnnen kein Anlaß zu Schamgefühlen sein sollen. Im Gegenteil: Die negativen Bezeichnungen werden als (ungerechtfertigte) Beschimpfungen hingestellt, die das Ehrgefühl, den Stolz "der Deutschen" verletzen. Auf Seite 2 folgt dann der "Beweis", daß den Deutschen zu unrecht von den anderen europäischen Ländern Vorwürfe gemacht werden:

Österreich hat *"eines der schärfsten Asylgesetze weltweit"*, in Italien wurden *"1991 zehn Bomben gegen Asylheime"* geworfen, Frankreich hat *"80% abgewiesen"*, Holland versucht Asylbewerber mit der sog. *"Verpiß-Dich-Prämie"* loszuwerden, die Schweiz schiebt gar Asylbewerber *"nach Deutschland"* ab und in Dänemark werden lächerliche *"2000 Asylanten/Jahr anerkannt."*

Durch eine Fülle von völlig willkürlich nebeneinander gestellten Zahlen wird eine Objektivität und Vergleichbarkeit suggeriert, die überhaupt nicht gegeben ist. Aber so wichtig ist das ja auch nicht - Hauptsache BILD schlägt zurück! Der Leserschaft wird somit eine gewisse

Seite 2 ✶ BILD ✶ 28. August 1992

Das Ausland prügelt wieder auf die Deutschen ein

England

„Zeit, daß jemand den Deutschen beibringt, daß wir sie satt haben."
(„Daily Star", London)
So machen Sie's mit den Asylanten: 45 000 Asylbewerber, nur jeder zehnte wurde anerkannt. Abgeschoben wird rücksichtslos. Die Queen erließ 1992 ein neues Asyl-Gesetz: Noch mehr Soldaten in die Häfen und Flughäfen, um Asylbewerber sofort zurückschicken zu können. Ausländerhaß: Die Skinheads der „National Front" machen Jagd auf Farbige, Pakistani und Inder: drei Tote/1991.

Österreich

„Ein bißchen Nazigewalt gibt es nicht. Auch keinen kleinen Hitler, sondern immer nur das volle Programm."
(„Kurier", Wien)
So machen Sie's mit den Asylanten: Eines der schärfsten Asylgesetze weltweit. Mit „Niederlassungsquote" (25 000 Einwanderer/Jahr) und Ausweisung innerhalb 14 Tagen nach abgelehntem Asylantrag. Nur 200 DM Sozialhilfe/Monat, die Suppenküchen für Asylbewerber wurden geschlossen. Fremdenfeindlichkeit: Haiders rechte FPÖ liegt schon bei 25 %.

Italien

„Es ist schwierig, die Welle von Ekel zu unterdrücken, die beim Lesen von den rassistischen Tumulten in Rostock in einem hochsteigt."
(„Corriere della Sera", Mailand)
So machen Sie's mit den Asylanten: Innenminister Scotti stolz über die Flüchtlingsschiffe von Bari: „In 5 Tagen haben wir 17 466 Albaner zurückgeschickt." Dabei leben nur 963 000 Ausländer (Deutschland: 5 Mio.) in Italien. Einwanderungsgesetz. Seit 1990 Grenzen zu für Nicht-EG-Bürger ohne Visum. 1991 zehn Bomben gegen Asylheime.

Frankreich

„Die Deutschen machen die Ausländer zum Sündenbock."
(L'Yonne Republicain / Frankreich)
So machen Sie's mit den Asylanten: 47 000 Asylbewerber 1991. 80 % abgewiesen. 15 387 mit Polizeigewalt abgeschoben (Deutschland: 2467mal). Asylkontrolle schon am Flughafen: Asylbewerber werden erkennungsdienstlich behandelt, nur 15 DM/Tag, keine Sozialleistungen. Ausländerhaß: Jean-Marie Le Pens rechte „Front National" bekam z. B. in Marseille 35 % wg. Asyl.

Holland

„Deutschland zeigt sein häßliches Gesicht. Wann wird das nächste Heim angegriffen?"
(„Telegraaf", Amsterdam)
So machen Sie's mit den Asylanten: 21 615 Asylbewerber/1991. Seit Januar Asylrecht verschärft: Nur 1000 Asylanten anerkannt, 4006 abgeschoben. Die ersten 30 Tage in umzäunte Sammellager mit Wächtern und Meldepflicht. 1113 DM für Asylbewerber, die freiwillig wieder gehen (bis Mai '92: 142). Lt. Volksmund: „Verpiß-Dich-Prämie." Ausländerhaß: 20 Neonazianschläge auf Asylheime.

Schweiz

„Leider läßt die rasche Umquartierung der Asylbewerber den Eindruck entstehen, die deutschen Behörden geben dem Druck der Straße nach."
(„Basler Zeitung")
So machen Sie's mit den Asylanten: 41 700 Menschen baten 1991 in der Schweiz um Asyl. Nur 3 % anerkannt. Es gibt eine „Sichere-Länder-Liste" (z. B. Rumänen, Polen werden nicht als Verfolgte anerkannt). 25 810 Asylbewerber abgeschoben, meist nach Deutschland. Neue Umfragen: Nur 40 % der Schweizer mögen Ausländer.

Dänemark

„Nein, nein und noch mal nein. So denken Menschen außerhalb Deutschlands beim Anblick der Fernsehbilder aus Rostock, wo der neofaschistische Pöbel Asylbewerber angriff."
(„Det fri Aktuelt", Kopenhagen)
So machen Sie's mit den Asylanten: Asylbewerbern werden Fingerabdrücke abgenommen, von ihnen werden Fotos gemacht. Einreiseverbot für Familienangehörige von Asylbewerbern aus Sri Lanka. Mittlerweile nur noch 2000 Asylanten/Jahr anerkannt.

(BILD, 28.8.92)

"Das Ausland prügelt wieder auf die Deutschen ein." - Auf einmal sind es also nicht mehr die Deutschen, die gewalttätig sind, sondern die anderen, das Ausland (wer auch immer genau damit gemeint ist). Und was heißt hier *"wieder"*? Es impliziert, daß es in der Geschichte immer wieder eine Verschwörung von dunklen ausländischen Mächten gegen Deutschland gegeben habe. Und wenn man dann noch liest, wie gnadenlos andere Länder mit "ihren" "Asylanten" umgehen, erscheint Deutschland geradezu als ein Unschuldslamm: In England wird *"rücksichtslos abgeschoben"*, Genugtuung verschafft, die es ihr erleichtert, ihre vielleicht doch zwiespältigen Gefühle angesichts der Gewalttaten wieder überschaubar zu machen und sich wieder stark zu fühlen.

Margret Jäger:

Rassismus und Ausgrenzung durch die Hintertür

oder: Von der Schwierigkeit, nicht rassistisch zu schreiben

Die Verarbeitung der pogromartigen Angriffe auf Flüchtlinge in Rostock und anderen Städten der BRD in der Presse wären nicht hinreichend analysiert, würden wir nicht auch die Artikel und Kommentare zur Kenntnis nehmen, die sich nicht auf die dargelegte instrumentelle und oberflächliche Weise mit den Vorfällen auseinandersetzen. Die Betrachtung solcher Kommentare zeigt, wie schwierig es ist, die rassistischen Übergriffe zu kommentieren, ohne gleichzeitig in weitere Fallen rassistischen bzw. ausgrenzenden Denkens zu tappen.

Über das Vergießen von Krokodilstränen

Fast allen Kommentaren, die sich mit den Angriffen auf Flüchtlinge in Rostock befassen, ist die Ablehnung und Verurteilung dieser Taten gemein. Da ist von der *"Schande von Rostock"* (NRZ vom 26.8.92), von dem *"Skandal von Rostock"* (NRZ 25.8.92), gar vom *"Anschlag auf die Republik"* (Zeit vom 28.8.92) die Rede. Wer jedoch glaubt, mit dem Titel des Zeit-Artikels wollte der Verfasser Robert Leicht zum Ausdruck bringen, ein Anschlag auf Flüchtlinge und Einwanderer in der BRD komme deshalb einem Anschlag auf die gesamte Republik gleich, weil diese Menschen zur Republik gehören wie die "Eingeborenen" auch, der merkt nach einigen Zeilen auf. Dort stellt Robert Leicht klar:

"Es geht hier nicht (in) (!) erster Linie um das Asylrecht, sondern um den Terrorismus von rechts. (...) Heute die Asylbewerber, morgen die anderen", so lautet seine Prognose. Und er fährt fort: *"Falls man die Neonazis erst einmal gewähren läßt, werden sie um beliebige weitere Anlässe nicht verlegen sein. Deshalb ist der Angriff auf die Menschen und Häuser in Rostock zugleich ein Anschlag auf die Republik."* Diese Zeilen können durchaus auch so gelesen werden: Wenn es den Neonazis allein um die Asylfrage ginge, darum, daß keine Flüchtlinge mehr ins Land kommen, dann, ja dann, wäre die Bedeutung der Anschläge geringer.

Diese Lesart ist keine Spitzfindigkeit. Sie paßt zu Leichts späteren Ausführungen, in denen er die Politiker kritisiert, daß diese nicht längst wirksam gegen den "Asylmißbrauch" vorgegangen sind[1]: *"Denn nicht die Verfassungsänderung auf dem Papier wehrt dem Mißbrauch, sondern allein die praktische Gewißheit für die Schlepper wie die unberechtigten Antragsteller: Wer durch die Hintertür hineinwill, fliegt auf der Stelle wieder hinaus."* Das ist die deutliche Sprache, mit der Robert Leicht trotz seiner verbalen Ablehnung der Gewalttaten weiter an der Ausgrenzung der Betroffenen und bedrohten Menschen weiterschreibt.

Die »stehende« Rede vom »Asylmißbrauch«

In eine ähnliche Richtung, wenn auch nicht mit der gleichen Drastik, gehen auch die Kommentare von Rolf Schmidt-Holtz im Stern (Nr. 37 vom 3.9.1992) und Roderich Reifenrath in der Frankfurter Rundschau (25.8.92).

Beiden geht es darum, zu betonen, daß die Reaktion auf Rostock auf keinen Fall eine Verschärfung des Asylrechts in Form einer Änderung des Artikel 16 Grundgesetz sein darf.

Ähnlich wie sein Kollege Leicht von der Zeit klagt Roderich Reifenrath die Politiker an, mit Taktik und einer *"Artikel-16-Zertrümmerungsstrategie"* die aufgeputschte Stimmung gegen Flüchtlinge selbst hergestellt zu haben. Das Resultat dieser Zuspitzung sei nun, daß *"sehr viele Deutsche den Artikel 16 nach dem Verursacherprinzip für alles zur Rechenschaft"* ziehen, *"was ihnen beim Thema Ausländer unangenehm aufstößt."* Obwohl er in einer erste Passage noch vorsichtig von einem *"mißbräuchlichen Einsatz* (des Asylrechts) *als Instrument zur Kanalisierung für die gesamte, unterschiedlich motivierte, zeitlich befristete oder auf Dauer angelegte Zuwanderung"* spricht, gibt es für ihn ein paar Zeilen später doch wieder nur den *"für Demokratie kämpfenden, in Lebensgefahr schwebenden Oppositionellen und (...) (den) wegen einer schnellen*

[1] **Politiker werden von Robert Leicht hier übrigens mit dem Terminus der "politischen Klasse" belegt. Dieser Begriff, der Assoziationen zur Klassengesellschaft nahelegt, wird übrigens in der "Rostock-Debatte" auch von Klaus Boll in der Süddeutschen Zeitung benutzt. (vgl. SD 27.8.92)**

Entfremdung von innen

Liebe Stern-Leser!

Daß im Rostocker Asylantenheim keine Menschen verbrannt sind, ist ein reines Wunder. Daß sie einem wütenden Mob ausgeliefert in Todesangst anderthalb Stunden vor laufenden Kameras auf Hilfe warten mußten, ist ein Verbrechen. Für Mord genügt es, daß der Täter den Tod des Opfers billigend in Kauf nimmt. Wer Brandsätze in Wohnungen wirft, in denen sich Kinder, Frauen und Männer aufhalten, ist ein potentieller Mörder. Das Johlen und grölende Applaudieren von Rostocker Bürgern ist nichts anderes als Beihilfe für Kriminelle.

Daß der Rechtsstaat die hilflosen Opfer auf dem Dach des brennenden Hauses verlassen, verraten und verkauft hat, ist ein Verbrechen der verantwortlichen Polizeiführung und der Politiker. Denn wenn sie schon nicht gewußt haben sollten, so hätten sie doch wissen können und müssen, was sich vor dem Asylantenheim abspielt. Die Staatsgewalt hat in Rostock Mordversuche von Rechtsradikalen und Neonazis zugelassen, die sie – so viel steht heute fest – nach Lage der Dinge hätte verhindern können. Eine Horde krimineller Neonazis hat Rostock-Lichtenhagen »ausländerfrei« gemacht und einen Flächenbrand entfacht: Von Leipzig und Cottbus (Ost) bis Bad Lauterberg und Hanau (West) flogen die Molotowcocktails. Der Rechtsstaat hat vor dem Terror kapituliert. Es ist nicht einmal auszuschließen, daß verantwortliche Politiker die Eskalation der Gewalt im Streit um die Verschärfung des Asylrechts in Kauf nahmen.

Und was ist nach Rostock passiert? Wird etwa über die Gefahr von rechts für unsere Demokratie debattiert? Haben die Innenminister und Polizeichefs der Länder sofortige Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, daß Rechtsradikale in Deutschland inzwischen mehr Morde auf dem Gewissen haben als die RAF-Terroristen.

Nichts von alledem. Statt dessen führen die Politiker eine populistische Debatte über die Änderung des Asylrechts nach dem Motto: An Rostock sind vor allem die Scheinasylanten schuld. Wie leicht, wie willfährig, wie vermaledeit kommt den Herren Seite, Kupfer und Seiters das Verständnis für die von der Asylantenflut überschwemmten Deutschen von den Lippen.

Über den Mißbrauch des Asylrechts und geeignete Abwehrmaßnahmen konnte und kann man zu jeder Zeit diskutieren. Aber nicht nach Rostock ohne eine Frist der Scham. Nach Rostock müssen wir erst über die Täter reden. Und deshalb ist es eine politische Katastrophe, wenn der für die Sicherheit des Landes und aller seiner Bewohner zuständige Bundesinnenminister Seiters nur diese Lehre zieht: »Die Krawalle in Rostock haben gezeigt, daß die jetzige Gesetzgebung nicht ausreichend ist. Dem Hauptproblem – dem unkontrollierbaren Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen vor allem aus Osteuropa – kann nur mit einer Verschärfung des Gesetzes begegnet werden.«

Furchtbar, so ein Satz. Die Krawalle in Rostock haben zuallererst gezeigt, daß die Sicherheitskräfte in Deutschland nicht willens oder in der Lage sind, unschuldige Menschen gegen rechtsradikale Terrortrupps zu schützen. Sie haben gezeigt, daß es sich rächt, wenn ein tatsächliches Asylantenproblem vor allem auch von CDU-Politikern zu Wahlkampfzwecken aufgebauscht und mißbraucht wird.

Das macht die Republikaner salonfähig, das ermutigt die Rechtsradikalen, und es lenkt von den noch viel größeren Problemen und politischen Versäumnissen beim Einigungsprozeß ab.

Und noch etwas: Wer heute den Anschein erweckt, mit der Änderung des Grundgesetzes sei die Asyl- oder gar die Ausländerproblematik gelöst, handelt leichtfertig oder gegen besseres Wissen. Der soll erst einmal die gesetzlichen Vorschriften zur Beschleunigung von Asylverfahren anwenden, die seit Juli in Kraft sind. In Wahrheit haben wir zur Zeit weniger das Problem der Überfremdung von außen als der Entfremdung von innen.

Es ist die Entfremdung der Regierung von den Problemen der Arbeitslosen und Schlechtverdienenden vor allem im Osten, es ist die Entfremdung der Politiker von der Jugend, es ist die Entfremdung der Menschen von den Politikern, an deren Ernsthaftigkeit, Kompetenz und Glaubwürdigkeit sie zweifeln. Verlangt ist in solchen Zeiten Führung, natürlich auch gegen eine Mehrheitsmeinung an den Stammtischen.

Nach Rostock wäre Gelegenheit dazu gewesen. Sie wurde vertan.

Herzlichst Ihr

Rolf Schmidt-Holtz

Mark eingereisten Kriminellen", zwischen denen die Menschen in der BRD angeblich nicht mehr unterscheiden können. Die von ihm eingangs betonten differenzierten Motivlagen von Zuwanderern scheinen sich auf diese Alternative zu reduzieren. So stellt Reifenrath denn auch polemisch die Frage, ob es denn notwendig sei, das Asylrecht anzutasten, damit *"Drogenhändler und Einbrecher"* abgewehrt werden können. Die von den Politikern und den Medien konstruierte Kriminalisierung eines großen Teils der Flüchtlinge wird hier kritiklos übernommen.

Immerhin vermeidet es Roderich Reifenrath in seinem Kommentar vom 25.8.1992 die Flüchtlinge mit dem Killwort des *"Asylanten"* zu belegen. Damit hat sein Kollege Schmidt-Holtz im Stern (Nr. 37 vom 3.9.1992) keine Probleme.

In seinem Editorial *"Entfremdung von innen"* empört er sich darüber, daß *"potentielle Mörder"* Menschen in einem *"Asylantenheim"* angegriffen haben. Damit geht er in der politischen Verurteilung dieser Gewalttaten schon sehr weit. Doch er legt sogar noch eins oben drauf: Nicht nur die Angreifer sind für ihn Kriminelle. Auch die Politiker und die verantwortliche Polizeiführung haben *"ein Verbrechen"* begangen, indem sie diese Mordversuche zuließen. Auch argumentiert Schmidt-Holtz gegen die verbreitete Auffassung, Rostock sei ein ostdeutsches Problem, und er brandmarkt namentlich diejenigen, die nach den Überfällen *"eine populistische Debatte"* über die Änderung des Asylrechts fuhren: Die Herren Seite, Kupfer und Seiters.

Schauen wir uns jedoch an, wie Rolf Schmidt-Holtz die Rolle der weiteren Beteiligten am Geschehen, die applaudierenden Bürgerinnen und Bürger, beurteilt, dann fällt auf, daß er mit ihren Taten erstaunlich milde ins Gericht geht. Sie werden von ihm keineswegs in die Reihe der "Kriminellen" gestellt, sie leisteten lediglich *"Beihilfe für Kriminelle".* Diese Zurückhaltung muß zunächst erstaunen. Sie erklärt sich aber aus seinen folgenden Ausführungen. Denn auch Rolf Schmidt-Holtz kommt ohne den Verweis auf den *"Mißbrauch des Asylrechts"* und auf das *"tatsächliche Asylantenproblem"* nicht aus. Er schreibt: *"Über den Mißbrauch des Asylrechts und geeignete Abwehrmaßnahmen konnte und kann man zu jeder Zeit diskutieren. Aber nicht nach Rostock ohne eine Frist der Scham."*

Worin liegt der Sinn dieser ganz und gar unlogischen Formulierung? Schließlich gilt, wenn zu jeder Zeit diskutiert werden kann, dann doch auch nach den Vorfällen in Rostock! Und wer ist mit "man" gemeint?

Der Hinweis auf das tatsächliche "Asylantenproblem", das sogar von ihm ausgeweitet wird auf eine "Ausländerproblematik", das Zugeständnis, über alles diskutieren zu können, dies alles macht dann Sinn, wenn es gleichsam als Eintrittskarte verstanden wird, mit der Schmidt-Holtz sich an die Seite derjenigen stellt, die in dieser Frage einen "Mißbrauch" beklagen, der die deutsche Bevölkerung vor große Probleme stellt.

Dabei ist es offenbar sein Ziel, aus dieser Position heraus dann glaubhaft die kriminellen Taten kritisieren zu können. Diese Lesart legen zumindest seine Schlußfolgerungen nahe, mit denen sein Editorial endet. *"Es ist die Entfremdung der Regierung von den Problemen der Arbeitslosen und Schlechtverdienenden vor allem im Osten, es ist die Entfremdung der Menschen von den Politikern, an deren Ernsthaftigkeit, Kompetenz und Glaubwürdigkeit sie zweifeln. Verlangt ist in solchen Zeiten Führung, natürlich auch gegen eine Mehrheitsmeinung an den Stammtischen."*

Die Quintessenz seiner Aussagen ließe sich auch so zusammenfassen: Politikerinnen und Bürgerinnen in diesem Land verstehen sich nicht (mehr), wobei zu bezweifeln ist, daß Schmidt-Holtz in diese Aussage auch die "ausländischen" Bürgerinnen und Bürger eingeschlossen hat. Als Lösung fordert er Führung ein, die dann **auch** irgendwie gegen unqualifizierte Positionen eintreten soll.

Doch gerade dies hat er selbst in seinem Kommentar verabsäumt. Stammtisch-Parolen tritt er nicht entgegen. Die Opfer sind für ihn nicht die angegriffenen und bedrohten Menschen in der BRD, sondern allenfalls die deutschen Arbeitslosen und Schlechtverdienenden. Die Täter sind die "kriminellen Neonazis" in Verbund mit den verantwortlichen Politikern. Die laut oder leise zustimmende Mehrheit der Bevölkerung ist nicht nur aus dem Schneider, sondern wird mit seiner Betonung des angeblichen Asylmißbrauchs in ihrer Auffassung bestärkt. Schmidt-Holtz hat damit keinen Zentimeter des ausgrenzenden Asyl-Diskurses in der BRD preisgegeben..

Die »klammheimliche« Gleichsetzung von Rechts und Links

Viele der kritischen Kommentare zu Rostock enthalten einen Verweis auf den eklatant anderen Umgang der Polizei und der Staatsorgane mit Gewalttaten, so sie von "links" ausgehen. Auch Rolf Schmidt-Holtz hebt hervor, daß die Opfer der RAF zahlenmäßig geringer seien als die des Terrors von rechts und daß dies nicht die gleichen Konsequenzen in Polizei und Politik nach sich zieht. Auffällig häufig wird dabei diese Kritik mit der Anspielung der "klammheimlichen Freude" vorgetragen. Jan Bielicki läßt seinen Artikel *"Triumph der Gewalt"* in dem Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt (28.8.92) damit enden, daß er bei denjenigen eine Mitverantwortung an weiteren Überfällen auf Flüchtlinge sieht, die *"klammheimlich Freude"* daran empfinden.

Vera Gaserow (taz vom 25.8.92) gesteht zwar zu, nachdem sie ausführlich die Polizeimaßnahmen in Erinnerung gerufen hat, die der Terror der RAF und die Hausbesetzungen zur Folge hatten, daß dies ein *"fragwürdiges Instrumentarium polizeilicher Maßnahmen und gesetzlicher Sonderregelungen"* sei. Mit ihrem Hinweis auf diejenigen, die das politische Schweigen *"als klammheimliche Kumpanei für ihr Handeln interpretieren"*, bekräftigt sie jedoch die Vergleichbarkeit. Es erscheint fragwürdig, die Hausbesetzungen und die RAF mit einander in einen Vergleich zu ziehen. Ebenso Fragwürdig ist darüberhinaus die Gleichsetzung von rechtem Terror mit Hausbesetzungen. Damit werden gleichzeitig Menschen ausgegrenzt, die mit dem Zustand unserer Republik nicht einverstanden sind und dies u.U. auch mit dem Mitteln des zivilen Ungehorsams zum Ausdruck bringen. In welches Fahrwasser solche Gleichsetzungen geraten können, wird in einem taz-Kommentar von Jürgen Gottschlich klar. Dort führt er die Demonstrationen der Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre als Beleg dafür an, daß der Staat heute auf dem rechten Auge blind sei.

Rassismus und der Ost-West-Diskurs

Daß der in der Bundesrepublik vorhandende "innerdeutsche Rassismus" mit dem die Westdeutschen momentan den Ostdeutschen begegnen, bei der Verarbeitung der Gewalttaten gegenüber Flüchtlingen und Einwanderern eine Rolle spielt, ist bereits herausgearbeitet worden. Um den Rassismus gegenüber diesen Menschen nicht in seinem Ausmaß und seiner Dramatik nicht zur Kenntnis nehmen zu müssen, ist der ständige Verweis auf die undemokratische Erziehung in der ehemaligen DDR sehr willkommen.

Das Schüren solcher innerdeutscher Vorurteile kann der Kommentatorin Vera Gaserow (in der taz vom 25.8.1992) sicherlich nicht unterstellt werden. Dennoch schreibt sie daran weiter mit, wenn sie *"vielen Ossis"* unterstellt, daß sie sich als *"anerkanntes Opfer der deutschen Einheit ungestraft noch schwächere Opfer suchen"* würden. Und sie betont weiter, daß es kein Gesetz gibt, nach dem der *"der Arbeitsplatz und Zukunftsorientierung verloren hat, den menschlichen Anstand gleich hinterherschmeißen darf"* Dadurch, daß sie jedoch unmittelbar zuvor auf die derzeitigen Zustände in Ostdeutschland angesprochen hat, muß diese Bemerkung auf die Ostdeutschen gemünzt werden und es werden so vorhandende Vorurteile befestigt.

Mit diesen Beispielen sollte auch deutlich werden, wie schwierig es zur Zeit ist, so zu schreiben und zu kommentieren, daß der rassistische Hintergrund, in dem wir zu sprechen und zu schreiben gezwungen sind, nicht wieder neu reproduziert wird. Die Intention, keine weiteren rassistische Vorurteile schüren zu wollen, ist dabei sicherlich unterschiedlich stark ausgeprägt. Daß es jedoch möglich ist, solche Fallen zum umgehen, zeigte uns ein Kommentar von Barum Nirumand in der taz, den wir deshalb auch an anderer Stelle ungekürzt zur Kenntnis bringen wollen (siehe Seite 23).

Katrin Althoetmar:

BrandSätze und SchlagZeilen

Die Verarbeitung von »Rostock« im Alltagsdiskurs

Die Auswertung von Leserbriefen und Kurzinterviews aus der westdeutschen Presse sowie Fernsehinterviews mit Anwohnern[1], kann einen Eindruck darüber vermitteln, wie die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen im Alltagsdiskurs aufgenommen wurden. Wie im Grunde nicht anders zu erwarten war, bestätigen sich im großen und ganzen die Ergebnisse von "BrandSätze"[2]: Der durch Politik und Medien verbreitete, von (mehr oder weniger offensichtlich) rassistischen Einstellungen durchdrungene Alltagsdiskurs der BRD setzt sich fort.

Folgende Beispiele verdeutlichen, wie sehr sich rassistische Rede- und Denkweisen bei den Menschen verfestigt haben:

- Eine wichtige Rolle bei der Meinungsbildung spielen dabei die sogenannten Kollektivsymbole[3]. In diesem Fall jene, die die zu uns kommenden Flüchtlinge als eine Art Naturkatastrophe darstellen, der es mit allen Mitteln entgegenzuwirken gilt: *"Unfähigkeit, die Flut der Asylbewerber einzudämmen"* (FAZ, 26.8.); *"Unser Land wird überschwemmt (...)"* (NRZ, 27.8.). Solche Kollektivsymbole erzeugen im Unterbewußtsein der Leser/Hörer Angst vor der (vorstellbaren) Gefahr des Ertrinkens.
- Das "Killwort" Asylant[4], das nachweislich negative Assoziationen auslöst, vor allem negativere als z.B. der Begriff "Flüchtling, ist in aller Munde: *"Asylanten, die in unser übervölkertes Land strömen"* (RP, 26.8.); *"Auch zu den Asylanten sollten sie* (die Politiker; K.A.) *ein deutliches Bekenntnis ablegen."* (WAZ, 26.8.); *"Da brauchen Asylanten (...) mehr denn je (...) Hilfe..."* (FR, 3.9.) und ein Anwohner: *"(...) unsere Protestaktion, die richtet sich ganz eindeutig, ganz eindeutig gegen diese angeblichen rumänischen Asylanten"* (RTL Plus: SPIEGEL-TV, 30.8.).
- Auffällig ist auch der Gebrauch von Pronomen, die auf eine Ausgrenzung der bzw. Distanzierung von den Flüchtlingen verweisen: *"**sie** kosten **uns** Milliarden Mark an Sozialhilfe"* (RP, 26.8.); *"**Unser** Land wird überschwemmt (...)"* (NRZ, 27.8.)

  *"(...) wie **die** sich hier bewegen, das geht doch gegen jede deutsche Norm. Da sind **wir** Deutschen ganz anders (...)."* (RTL Plus: SPIEGEL-TV, 30.8.); *"(...) daß **sie** hier sind, hier Geld kriegen, wohnen, leben, aber besser wie **wir.** (...) das darf nie wieder sein."* (ARD: Brennpunkt, 26.8.)
- Die "Ja, aber - Strategie" dient dazu, negative bzw. rassistische Einstellungen unter dem Deckmantel einer vermeintlich positiven Einstellung an den Hörer/Leser zu bringen: *"Gewalt ist kein Argument! (...) Trotzdem: Ich sehe auch, daß der Mißbrauch des Asylrechts eingedämmt werden muß!"* (Express, 26.8.); *"Sicher ist es kriminell, wenn Asylantenheime angegriffen oder Ausländer verprügelt werden (...), aber die Angst unserer Jugend ist groß."* (RP, 26.8.); *"Ich bin nicht ausländerfeindlich, aber wie die sich hier bewegen, das geht doch gegen jede deutsche Norm."* (RTL Plus: SPIEGEL-TV, 30.8.)
- Mit verharmlosenden Begriffen wird vermieden, die Dinge (bzw. Menschen) beim Namen zu nennen: so heißt es *"Randale", "Krawalle"* (FR, 28.8.) *"Ausschreitungen"*

[1] **Gemeint sind in diesem Fall Bürgerinnen und Bürger aus Ost- und Westdeutschland, die in der Nähe von Flüchtlingsheimen bzw. Sammellagern wohnen, u.a. auch Anwohner aus Lichtenhagen.**

[2] **Hierbei handelt es sich um eine umfassende, qualitative Analyse von Interviews, die die Verstrickung von in der BRD lebenden Menschen in rassistische Diskurse nachweist (vgl. JÄGER, S., BrandSätze, DISS-Studien, Duisburg 1992).**

[3] **Symbole erleichtern es, komplizierte und abstrakte Realitäten zu begreifen, denn Symbole sind bildlich dar- und vorstellbar. Kollektivsymbole sind solche Symbole, die innerhalb einer Kultur immer wieder vorkommen, d.h. produziert, rezipiert und tradiert werden. Da Symbole immer auch Wertungen implizieren und beim Leser/Hörer entweder negative oder positive Assoziationen auslösen, können über lange Zeiträume verwendete Kollektivsymbole bestimmte Haltungen erzeugen bzw. verstärken. (vgl.: LINK, Jürgen, Kollektivsymbole und Mediendiskurse. Zur aktuellen Frage, wie subjektive Aufrüstung funktioniert. In: kultuRRevolution 1, S. 6-20, Bochum 1982)**

vgl. LINK, Jürgen, " "Asylanten" - ein killwort", kultuRRevolution 2, S. 36-38, Bochum 1982

(Express, 26.8.) oder, so sieht es ein Rostocker " *'n bißchen Gewalt"* (SPIEGEL TV, 30.8.) ; die Täter werden als *"Krawallmacher"* (Express, 26.8.) bezeichnet (oder auch als *"amoklaufende Fanatiker"*, womit sie zu Kranken gemacht werden, die nichts mit dem "Normalbürger" zu tun haben); von Rassismus wird nur selten gesprochen; meist heißt es: *"Ausländerfeindlichkeit"* (Express, 26.8.), *"gewalttätige Ausschreitungen"* (RP, 28.8.) oder einfach nur *"Aggression"* (FR, 28.8.; NRZ, 27.8.).

men, kommen die Leute auf dumme Gedanken" (Express, 28.8).

- Es sind vor allen Dingen die (ostdeutschen) Jugendlichen, die ihren Frust an den Ausländern auslassen: *"die Jugendlichen wissen nicht, wo sie sich austoben sollen"* (WAZ, 26.8.); *"Da wird Randale schnell zum attraktiven Zeitvertreib, wenn sich Staat und Gesellschaft zuwenig um die Jugendlichen kümmern"* (FR, 28.8.); *"die Angst unserer Jugend ist groß"* (RP, 26.8.);

Seite 2 Dü EXPRESS Mittwoch, 26. August 1992

Sind die Deutschen ausländerfeindlich?

Jörg Roßkopf (23), Tischtennis-Europameister: „Obwohl sich die Krawalle in letzter Zeit gehäuft haben, kann ich in meiner Umgebung keine Ausländerfeindlichkeit feststellen. Solche Ausschreitungen gibt es auch außerhalb von Deutschland. Allerdings ist es hier durch die Wiedervereinigung schlimmer geworden."

Astrid Helle (27), Studentin aus Bonn: „Ich schäme mich als Deutsche für die Ausschreitungen in Rostock. Dennoch glaube ich nicht, daß wir ein Volk von Ausländerhassern sind. Die Anfälligkeit für die stumpfen rechten Parolen ist vor allem ein Bildungsproblem."

Jochen Albert (23), Kommunikationselektroniker aus Köln: „Solche Gewaltäter wie in Rostock haben für meine Begriffe keine einzige Gehirnzelle im Kopf! Gewalt ist kein Argument! Gottseidank sind nicht alle Leute so. Trotzdem: Ich sehe auch, daß der Mißbrauch des Asylrechts eingedämmt werden muß!"

Siggi Harreis (55), TV-Moderatorin: „Ich bin erschüttert. Weder Arbeits- noch Wohnungslosigkeit rechtfertigt, andere Menschen anzugreifen und zu verletzen – und dann auch noch zu applaudieren. Man muß ganz laut sagen: Nur ein kleiner Teil der deutschen Bevölkerung handelt so menschenverachtend."

Christoph Bräuker (19), Schüler aus Düsseldorf: „Die Deutschen sind nicht ausländerfeindlich. Der größte Teil steht Ausländern tolerant gegenüber. Wirklich ausländerfeindlich ist bis jetzt nur eine kleine Minderheit. Das kann aber in Zukunft schlimmer werden."

Anni Ehl (40), Grundschullehrerin aus Übach-Palenberg: „Bestimmt nicht alle Deutschen sind ausländerfeindlich. Eher Gruppen, die sich aus verschiedenen Gründen benachteiligt fühlen. Man muß den Menschen, die hierher kommen, in ihren Heimatländern ein menschenwürdiges Leben ermöglichen."

Harald Juhnke (63), Entertainer: „Im Allgemeinen sind die Deutschen ein gastfreundliches Volk, die Krawallmacher in Rostock sind doch nur eine kleine Randgruppe. Aber in den neuen Bundesländern herrscht halt Angst, daß sie ihre Arbeitsplätze verlieren."

(EXPRESS, Düsseldorf, 26.8.92)

Interessant an Leserbriefen und anderen Stellungnahmen waren auch die Erklärungsversuche, die Suche nach Ursachen für die brutalen Angriffe und die Zustimmung, die sie in der Bevölkerung gefunden haben. Die Schlußfolgerung, die in vielen Fällen gezogen wird, lautet: Die Zahl der Asylbewerber/Flüchtlinge müsse verringert werden. Dies könne durch die Änderung des Artikel 16 GG erreicht werden. Die sozio-ökonomischen Verhältnisse in Ostdeutschland müßten verbessert werden.

Zunächst hierzu einige "Stimmen":

- Rechtsradikalismus in diesem Ausmaß ist ein spezifisch ostdeutsches Problem: *"In Ostdeutschland wurde (...) Toleranz (...) systematisch ausgetrieben"; "den zuständigen Ministern und Kommunalbeamten (fehlt) die notwendige berufliche Erfahrung, um derartige Probleme (...) besser in den Griff zu bekommen"; "Wer diese Menschen in eine Gegend verfrachtet, wo es von amoklaufenden Fanatikern nur so wimmelt, (...) tritt (...) die Menschenrechte mit Füßen"* (FR, 28.8.); "(...) *überall, wo die Verhältnisse durch Arbeitslosigkeit oder soziale Ungleichheit nicht stim-*

Die beiden hier genannten Ursachen für die außergewöhnliche Brutalität, die sicherlich auch solche sind, reichen aber als Erklärung nicht aus, wie erstens die Unterstützung der Gewalt durch Erwachsene und zweitens die Angriffe auf Ausländer und Flüchtlinge in Westdeutschland zeigen. Dennoch sind sie nicht ganz so verheerend wie die folgenden Ansichten:

- Das Asylrecht ist schuld; es kommen zu viele: *"Unsere Politiker sind nicht bereit, das Grundgesetz zu ändern. Das trägt zum Anstieg des Rechtsextremismus bei."* (RP, 26.8.); *"die Ursache der gewalttätigen Ausschreitungen, nämlich (der) unkontrollierte Zustrom, von Ausländern, die nicht des Schutzes des § 16 GG bedürfen"* (RP, 28.8.); *"Wenn eine ungezügelte, undifferenzierte Einwanderung von Problempersonen (...) geschieht, ist diese Toleranzgrenze eindeutig überschritten"* (RP, 3.9.).

- Die Flüchtlinge schüren durch ihr auffälliges, unangepaßtes Verhalten und ihr vermeintlich illegales Kommen selber den Haß: *"es geht um den Zorn über den Mißbrauch des Asylrechts"* (Express, 28.8.); *"Sie verur-*

sachen einen hohen Prozentsatz an Kriminalität (...). Sie kosten uns Milliarden Mark an Sozialhilfe (...)" (RP, 26.8); *"Wir wehren uns hier gegen Einbrüche, Diebstähle, Belästigungen, Krach (...)"* (ARD: Brennpunkt, 26.8.); *"(...) und hier kommen die Asylanten rein und verunreinigen die Wohnung. Die haben ja keine Kultur!"* (RTL-Plus: SPIEGEL-TV, 30.8.).

Herr Sobotta (Leitartikel 26.8.) hat recht: Konsequenzen müssen nun gezogen werden. Aber in erster Linie gegen die Ursache der gewalttätigen Ausschreitungen, nämlich den unkontrollierten Zustrom von Ausländern, die nicht des Schutzes des § 16 GG bedürfen. Allen voran die Roma und Sinti, die es – und das ist eine Tatsache und keine pauschale Verurteilung – bisher stets verstanden, den Zorn der gerade von ihnen frequentierten Gemeinden und Städte auf sich zu ziehen. Gewalt als politische Meinungsäußerung ist selbstverständlich abzulehnen. Andererseits kann man auch zu der Überlegung kommen, daß der gewalttätige Zorn mehr als Signal an die Politiker, denn als Haß auf Ausländer zu verstehen ist.

Dr. Christian Otte
Hülchrather Straße 11
4044 Kaarst 2

(Rheinische Post, 28.8.92)

- Anderen soll es nicht besser gehen (sozialer Neid): *"Ein erschreckend hoher Prozentsatz der Asylbewerber ist (...) besser gestellt als zahlreiche deutsche Bürger, die auf Rente oder Sozialhilfe angewiesen sind"* (RP, 26.8.); *"Die Ausländer kriegen nachher Geld dafür, daß sie überhaupt hierher kommen (...), das find' ich eigentlich nicht gerade gut. Mir schenkt ja auch keener was."* (ARD: Brennpunkt, 26.8.) *"(...) unsereins geht arbeiten, ja, (...), und andere Leute, die gehen dann eben nicht arbeiten und kriegen zwei oder dreimal ihr Geld dann, irgendwie ihre Sozialstütze, oder weiß ich, wat es alle da gibt, ey."; "Ich arbeite schon'n viertel Jahr und krich kein Lohn. Und die saufen, kriegen Haufen Geld vom Staat und saufen hier und alles."* (RTL Plus: SPIEGEL-TV, 30.8.).

Diese drei Argumente sind eng miteinander verknüpft und sehr gefährlich, denn sie gehen von der irrigen Annahme aus, daß die sozialen und ökonomischen Probleme durch die zu uns kommenden Flüchtlinge wenn nicht gar verursacht, so aber doch wenigstens verschärft werden. Dies drängt die wahrhaftigen Opfer in eine Täterrolle, läßt sie als schuldig erscheinen und rechtfertigt somit die Parole "Ausländer raus!"

- Viele der Anwohner stellen sich auch selbst als Opfer der "Umstände" dar, die ihnen (angeblich) keine andere Wahl lassen als gewalttätig zu werden: *"Kein Mensch hilft uns. S' ist schlimm, daß wir diesen, daß wir diesen Bürgern, die heute hier randa-, die heute hier den Protest zeigen, recht geben müssen"; "Na ja, man muß gewalttätig werden, weil die Politik in Bonn einfach nicht reagiert."* (RTL-Plus: SPIEGEL-TV, 30.8.); *"Also, das kommt ja automatisch, daß man so böse wird." "Wir machen das acht Jahre mit, diesen Terror. Und wir haben die Schnauze so voll, wir haben so viel Haß in uns, daß wir, äh, daß wir einfach nicht mehr anders können."* (ARD: Brennpunkt, 26.8.)

Besorgnis nicht länger verschweigen

NRZ vom 14. August 1992: „Asylanten verwüsten Wohnheim".

Warum bringt man diese Leute nicht gleich in einem 5-Sterne-Hotel unter oder baut ihnen einen Bungalow, damit sich Reklamationen wie der Roma aus Rumänien nicht wiederholen? Es bleibt einem fast die Sprache weg, denke ich an die Vertreibung der Menschen aus Ostpreußen, um die sich niemand gekümmert hat. Was hier geschieht, ist nicht nur ein Verbrechen gegen das eigene Volk, über drei Millionen Arbeitslose und ebensoviele auf der Straße und unter den Brükken!

Zusätzlich ein Unrecht an den vielen Ausländern, die mehrere Jahrzehnte bei uns sind und sich mit Fleiß und Sparsamkeit, oft unter schlimmen Wohn- und Arbeitsbedingungen – denn sie bekamen nicht gerade die besten Wohnungen und Arbeiten – eine Existenz aufgebaut haben und friedlich unter uns leben und arbeiten. Man höre und staune nur noch! Wann kommt die Asylantenabgabe/ -Steuer?

Ursula Meyer
4030 Ratingen-Lintorf

☆

Mein Gewissen gebietet es mir, zu dieser Asylpolitik nicht zu schweigen. Was antworte ich später, wenn meine Enkelkinder fragen, wie konntet ihr diese Asylpolitik zulassen und was habt ihr dagegen getan? Jahr für Jahr kommen 800 000 fremde Menschen in das Ballungsgebiet Bundesrepublik Deutschland. Illegale Einwanderer, Aussiedler und vor allem Asylanten. Nur 6% sind wirklich anerkannte Asylanten - die wir auch verkraften können und wollen - der Rest Wirtschaftsflüchtlinge, die auf unsere Kosten leben. Unser Land wird überschwemmt mit Menschen aus der ganzen Welt. Sie alle bringen ihre ethnischen, religiösen und sozialen Probleme mit in unseren Staat. Hinzu kommt, daß zuviele „Helfer" an den Asylanten verdienen. Es sind nicht nur Schlepper, sondern auch Rechtsanwälte, Sozialarbeiter, Amts-Ärzte, Geschäftsleute usw. Der kleine Mann zahlt, wird weiterhin finanziell von den Politikern ausgewrungen, schimpft vor sich hin und schweigt. Bevor wir die Asylantenpolitik den Radikalen überlassen, fordere ich hierzu – auch wenn es unsere Verfassung nicht zuläßt – eine Volksabstimmung. Ich würde mich freuen, wenn sich sich sachkundige Bürger oder Politiker, dieser Volksabstimmung annehmen würden. Denn ist Deutschland am Boden, wird es auch keine Entwicklungshilfe mehr zahlen können.

Franz Galikowski
4236 Hamminkeln
Kunibert Gerigk
4220 Dinslaken

(Neue Ruhr Zeitung, 27.8.92)

Leider scheinen diese Menschen zu vergessen, daß letztendlich immer noch jeder für sein Handeln selbst verantwortlich ist. Die Schuld andern in die Schuhe zu schieben, bedeutet gleichzeitig eine Entmündigung der eigenen Person und ist ein Zeichen für die Unfähigkeit, Feigheit oder Faulheit, sich aktiv und selbstbestimmt mit der eigenen Unzufriedenheit auseinanderzusetzen.

Schleunigst zurücktreten

Da brauchen Asylanten in Rostock und anderswo mehr denn je die Hilfe einer demokratisch gesonnenen Öffentlichkeit und ihrer Volksvertreter, und der Präsidentin des Deutschen Bundestages fällt auch nichts Besseres ein als die „unverzügliche" Initiative zur Änderung des deutschen Asylrechts (FR vom 25. 8. 1992 „CDU drängt auf neues Asylrecht").

Ist dies so einfach mit einem christlich geprägten Demokratieverständnis in Einklang zu bringen, wie es doch wohl das „C" im Parteinamen von Frau Süssmuths politischer Heimat signalisieren soll? Den obligaten Bekundungen ihres Bedauerns über Vorfälle wie die in Rostock lassen bundesdeutsche Spitzenpolitiker mit beharrlicher Boshaftigkeit und schon im gleichen Atemzug ihre stereotyp sich wiederholenden Auslassungen über Grundgesetzänderungen folgen, und auch von dèn — nicht weniger christlichen — Sozialdemokraten darf hier nicht mehr viel Widerspruch erwartet werden.

Wann werden wir einmal Politiker erleben, die mit den Betroffenen trauern, sich vor diese stellen und nicht nur für ein bis zwei publikums- und auslandswirksame Fototermine die Hände von Asylanten schütteln?

Wer die Ereignisse von Rostock nicht in allererster Linie zum Anlaß nimmt, darüber nachzudenken, wie Asylanten besser geschützt und menschenwürdiger behandelt werden können, sollte als Politiker schleunigst zurücktreten oder „zurückgetreten" werden.

Hans-Friedrich Böttcher, Herne

(Frankfurter Rundschau, 3.9.92)

Daß gerade die westlichen Industriestaaten Hauptverursacher der Miseren sind, die Menschen aus ihren Heimatländern fliehen läßt, sei es nun aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen, wird überhaupt nicht gesehen; daß eine Asylgesetzänderung den Rechtsradikalen geradezu recht geben würde, daß es nicht angehen kann, die rassistische Grundhaltung der Menschen durch eine Taktik des "Wind aus den Segeln nehmen" unsichtbar zu machen, sie aber keineswegs zu ändern, wollen viele Bürger und Bürgerinnen anscheinend nicht wahrhaben; und daß ein Fernhalten von Flüchtlingen sowieso fast unmöglich ist (es sei denn man würde eine neue, gut gesicherte Mauer um ganz Deutschland bauen, um die mit Sicherheit weiterhin kommenden Flüchtlinge abzuhalten), davon ist nirgends die Rede.

Wirklich nirgends? Nein, man täte den Leserbriefschreibern unrecht, unterstellte man ihnen allen eine solch undifferenzierte Sichtweise, zumal, um noch einmal kurz auf die Leserbrief Problematik einzugehen, nicht zu überprüfen ist, welche Briefe eventuell bewußt nicht abgedruckt werden[5]. Die Reaktionen bestimmen durch ihre Auswahl, was als "Volkes Stimme" zu gelten hat. Eine positive Ausnahme ist z.B. die Frankfurter Rundschau, bei der kritische Leserbriefe i.d.R. nicht in den Papierkorb wandern.

Tief enttäuscht

Als Sozialdemokrat bin ich betroffen und erschüttert über den Sinneswandel der SPD-Spitze in Sachen Asylrecht (FR vom 24. 8. 1992 „SPD-Spitze leitet Kurswechsel ein"). Der über die Köpfe der Parteibasis hinweg gefaßte Beschluß verspielt ein gerüttelt Maß an moralischem Kredit, den die SPD durch ihre bisherige Haltung in dieser Frage gerade bei den Sensiblen und Nachdenklichen im Lande hatte.

Durch die Kurskorrektur der SPD-Spitze wird, wie die Jusos es richtig formulierten, dem alltäglichen Rassismus in Deutschland — die jüngsten Bilder aus Rostock beweisen es — in gefährlich populistischer Form Vorschub geleistet. Muß jetzt auch die SPD aus der Geschichte die Lehren ziehen? Ich bin tief enttäuscht.

Manfred Kirsch, Sprecher der AfA im Stadtverband Neuwied

(Frankfurter Rundschau, 28.8.92)

In der FR vom 28.8. heißt es in einem Leserbrief: *"Durch die Kurskorrektur der SPD-Spitze wird (...) dem alltäglichen Rassismus in gefährlich populistischer Form Vorschub geleistet".*

[5] **Ähnlich problematisch ist natürlich die Analyse der mündlichen Statements, die ja auch - sofern es sich nicht um eine Live-Reportage handelt - von den Journalisten ausgewählt werden.**

Damit wird auch die Verantwortung der Parteien angesprochen, in diesem Fall der "Umschwung" der SPD in der Frage der Asylgesetzänderung, die von dem Verfasser des Briefes wohl auch deswegen als fatal angesehen wird, weil sie implizit den Rechtsextremen nun auch recht gibt.

Vermischung gegensätzlicher Gruppierungen

Axel Vornbäumen (FR vom 25. August 1992 „Die Scherben werden weggekehrt, der Ruf ist nicht zu kitten") schreibt: „Alle sind sie wieder da ... Ein paar Skinheads. Ein paar Autonome. Ein paar Hooligans. Mit den Einheimischen zusammen ergeben sie eine geschätzte Zahl von etwa 500 Randalierern."

Wie? Autonome kämpfen zusammen mit den Rechtsradikalen gegen ein Bleiberecht der politisch Verfolgten (gegen die „Asylanten")? In der TAZ vom 25. August 1992 lese ich: „Plötzlich ist Ruhe auf dem Platz. Eine halbe Stunde später neuer Lärm: 'Nazis vertreiben, Ausländer bleiben', schallt es vom Parkplatz herüber. 60 bis 70 Autonome tauchen auf, rennen vor die Fußgängerbrücke. Sie kommen zu spät."

Hier kommt eine merklich andere Intention herüber. Vielleicht waren die Autonomen die einzigen an dem Tag, die öffentlich und vor Ort, sogar in einer so bedenklichen Minderheit, Partei für die Ausländer ergriffen haben?

In der Hamburger Morgenpost stand: „Zwei von den Linken (sagte Jörg, 14) haben gerufen 'Nazis raus'. Die liegen jetzt im Krankenhaus. Einer mit angeschnittener Kehle, der andere mit sieben Messerstichen im Bein."

Ein wenig mehr Differenzierung erwarte ich schon von einem Journalisten der FR, auch wenn das äußere Erscheinungsbild mancher Autonomen von dem der vermummten Rechtsradikalen kaum noch abweicht. Die heutige Vermischung von gegensätzlichen Gruppierungen zu einem Brei (500 Randalierer) verhindert (wie im Kochtopf) eine morgige selektive Wahrnehmung der einzelnen „Substanzen".

Hein Hansen, Hamburg

(Frankfurter Rundschau, 28.8.92)

"Ist eine derart menschenverachtende Politik (gemeint ist die Politik der Regierung; K.A.) *nicht in Wahrheit Anstiftung zum Pogrom?"* fragt ein anderer Leser der FR (28.8) und spricht damit an, daß die Asylpolitik der letzten Monate bzw. Jahre, v.a. die Unterbringung von Flüchtlingen in oft menschenunwürdigen Verhältnissen, die Verweigerung des Rechts auf Arbeit und die finanzielle Knapphaltung, die Menschen fast zwangsweise aggressiv und/oder kriminell werden lassen, geradezu vorsätzlich die Gewaltbereitschaft der Bevölkerung geschürt habe.

Aber auch in der Rheinischen Post vom 28.8 finden sich durchaus kritische Briefe zu diesem Punkt: *"Es ist geradezu unglaublich, in einer Situation wie in Rostock zu äußern, daß nun schnellstens der Artikel 16 des Grundgesetzes geändert werden muß. (...) (das) heißt doch eindeutig, Asylbewerber und Flüchtlinge für diese menschenverachtenden Ausschreitungen verantwortlich zu machen".*

Auch die Frage, warum in diesem Staat immer mit aller Vehemenz gegen "Linksradikale" (oder auch einfach nur Linke) vorgegangen wurde und wird, jetzt bei Ausschreitungen "Rechtsradikaler" aber auf einmal die Polizei machtlos zu sein scheint, beschäftigt so manch eine/n: *"Leider war und ist immer wieder festzustellen, daß Täter von rechts sehr milde (...) be- bzw. verurteilt werden"* (RP, 28.8.); *"Daß solch ein Durchgreifen möglich ist, wissen wir, da es gegenüber linksradikalen Gewalttätern (...) in den alten Bundesländern schon seit Jahren praktiziert wurde (...). Das Fehlen ähnlicher Härte in Rostock (...) läßt den Verdacht aufkommen, daß der Staat (...) auf dem rechten Auge blind ist."* (FR, 3.9.) und: *"(...) auch wenn das äußere Erscheinungsbild mancher Autonomen von dem der Vermummten kaum noch abweicht. Die heutige Vermischung von gegensätzlichen Gruppierungen zu einem Brei (...) verhindert (...) eine morgige selektive Wahrnehmung der einzelnen 'Substanzen'"* (FR, 28.8.). Hier wird auf die Gleichmachung von "Links-" und "Rechtsradikalen" aufmerksam gemacht, die ein Erkennen des spezifischen Problems des Rechtsextremismus erschwert (bzw. erschweren soll).

Ein Auge (bzw. Ohr) wirft man auch auf die Sprache, die in diesen Tagen gesprochen wird: Ein Leser beschwert sich über die *"als 'Übergriffe' verharmlosend bezeichneten Gewalttaten"* (RP, 28.8.), ein anderer darüber, daß *"dies* (die implizite Rechtfertigung der Gewalt durch das Eingehen auf die Forderungen der Gewalttäter; K.A.) *auch noch zum Teil in einer Sprache (geschieht), welche Zweifel aufkommen läßt, ob die*

Politiker (...) begriffen haben, daß Haß und Gewalt gegenüber Ausländern und Asylsuchenden eine sehr viel reellere und auch schlimmere Gefahr darstellen als der Mißbrauch unseres Asylrechts." (FR, 3.9.).

Soweit also etwas zu den Meinungen, die in den westdeutschen Medien widergegeben wurden. Auffällig, aber im Grunde nicht sehr verwunderlich, daß, vor allem die Presse, kaum ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürgern Stellung beziehen läßt. Lediglich eine kurze Stellungnahme von einem aber schon etablierten, der Elite angehörenden Serben wird im Express (26.8.) gebracht. Dieser "Alibi"- Ausländer lebt schon seit 16 Jahren in der BRD und will *"nichts von Ausländerfeindlichkeit gemerkt"* haben...

Dragoslav Stepanovic (43), serbischer Trainer von Eintracht Frankfurt: „Ich lebe seit 16 Jahren in Deutschland und habe nichts von Ausländerfeindlichkeit gemerkt. Aber überall, wo die Verhältnisse durch Arbeitslosigkeit oder soziale Ungleichheit nicht stimmen, kommen die Leute auf dumme Gedanken."

(EXPRESS, Düsseldorf, 26.8.92)

Antirassistische Periodika

Eine Auswahl ohne Anspruch auf Vollständigkeit (MD.)

antiFa - demokratisch-humanistisch-international. Monatlich, 36,- DM pro Jahr. Redaktion antiFa, Chauseestr. 29, DO-1040 Berlin.

Antifaschistische Nachrichten. 14-tägig, 67,60 DM pro Jahr. GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Antifaschistisches Info Blatt. 4-6 mal im Jahr, 5 Ausgaben 25,- DM. L. Meyer, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61.

ATZE - Antifaschistische Zeitung Kiel. Vierteljährlich, 15,- DM pro Jahr. ATZE, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1.

AZ - Lübecker Antifaschistische Zeitung. Vierteljährlich, 20,- DM pro Jahr. Antifa-Service-Versand, c/o Akzent, Fleischhauerstr. 32, 2400 Lübeck.

blick nach rechts. Vierzehntägig, 117,- DM zuzügl. MwSt. und Versand. Sozialdemokratischer Pressedienst gmbH, Postfach 120408, 5300 Bonn 1.

Der Rechte Rand - Informationen von und für Antifaschistinnen. Zweimonatlich, 16,- DM pro Jahr. Der Rechte Rand, Postfach 1324, 3000 Hannover 1.

ID ASYL. Monatlich, 72,- DM pro Jahr. ID Asyl, Worringer Str. 70, 7000 Düsseldorf 1.

Roter Winkel - Antifaschistische Zeitschrift für Ostwestfalen-Lippe. Zweimonatlich, 10,- DM pro Jahr. VVN-BdA Bielefeld, c/o Carl-von-Ossietzky-Centrum, Herforder Str. 155a, 4800 Bielefeld 1.

Schlag nach - Zeitung der Antifa-West. Unregelmäßig, 5 Nummern 10,- DM. Antifa-West, c/o Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 4800 Bielefeld 1.

Searchlight - The International Anti-fascist Monthly. Monatlich, 24 britische Pfund. Searchlight Magazine Ltd., 37B New Cavendish Street, GB - London W1M 8JR.

ZAG - Zeitungsprojekt antirassistischer und antifaschistischer Gruppen. Vierteljährlich, 8,-DM plus Spende pro Jahr. Antirassistische Initiative, c/o Fabrik Osloer Straße, Osloer Str. 12, 1000 Berlin 65.

Martin Dietzsch:

Rechte Träume vom Terror

Die Terror-Fraktion

Niemand kann sagen, es sei nicht vorhersehbar gewesen, was sich jetzt im rechtsterroristischen Bereich abspielt. Man mußte nicht über geheimdienstliche Insiderquellen verfügen, sondern brauchte nur die Selbstzeugnisse der Neofaschisten und die Berichte von Aussteigern zu studieren, um zu ahnen, was sich da zusammenbraut.

Etwa seit Mitte der 70er Jahre formieren sich die militanten Zirkel eigenständig. Zunächst als reine Untergrundgruppen. Ihr offen erklärtes Ziel: der Wiederaufbau einer neuen NSDAP.

Auch wenn dies auf den ersten Blick wie ewiggstrige Hitler-Nostalgie anmutet - die Parole lautet: *"Wir sind nicht die letzten von gestern, sondern die ersten von morgen"*[1]. Ganz wie die sogenannte "Neue Rechte" berufen sich die Militanten mit Vorliebe auf unterlegene Minderheitsströmungen innerhalb der NSDAP, auf sog. "Nationalrevolutionäre", auf die Brüder Strasser und auf Röhm. Wie schon in den zwanziger Jahren wird die "völkische" Ideologie aufgegriffen und zugespitzt. Beim Dissens mit der sog. "Alten Rechten" geht es weniger um ideologische Spitzfindigkeiten, sondern darum, inwieweit man sich an die Spielregeln des demokratischen Staates anpassen soll, um z.B. an Wahlen teilnehmen zu können.

Dieser Streit ist schon sehr alt. Hitler hatte seinerzeit beide Varianten ausprobiert. Er versuchte 1923 einen Putsch nach italienischem Vorbild. Später schwor er einen scheinheiligen "Legalitätseid" und gab vor, durch Wahlen an die Macht kommen zu wollen. Aber auch dieser "legale" Kurs konnte nur Erfolg haben, weil er begleitet war vom Straßenterror der SA.

"Legaler" und "illegaler Flügel"

Ende der 70er Jahre gab es dann aus der Untergrund-NSDAP heraus das Bestreben, dem bestehenden "illegalen Flügel" der Bewegung einen "legalen Flügel" zur Seite zu stellen. Erste Versuche fanden vor allem in Hamburg statt - durch Gründung von Kühnens ANS und einer Vielzahl von Tarnvereinen. Deren Motto war: *"Wir sind die neue SA".*

Kontinuierlich arbeitet diese Struktur seit Ende 1982[2]. Es hat in dieser Zeit zwar eine Vielzahl von internen Rangeleien und Machtkämpfen gegeben, bei denen es vordergründig um die Frage ging, ob Homosexuelle in der "Bewegung" geduldet werden sollten und ob Hitler in allen seinen Entscheidungen unfehlbar gewesen sei.

Die Grundstruktur blieb aber immer gleich: auf der einen Seite der **"illegale Flügel",** bestehend aus einer Propagandaabteilung (der in den USA residierenden NSDAP/AO), terroristischen Untergrund-Zirkeln (zeitweise unter der Bezeichnung "NS-Kampfgruppen") und dem geheimen Führungszirkel der Gesamtorganisation, der engste Kontakte zum internationalen Netzwerk des militanten Neofaschismus unterhält.

Auf der anderen Seite der "**legale Flügel",** der aus einer Vielzahl von regionalen und bundesweiten Organisationen besteht, von denen viele nur auf dem Papier bestehen. Der Schwerpunkt liegt dabei vorzugsweise auf einer oder mehreren vom Bundeswahlleiter akzeptierten Parteien. Bestes Beispiel ist die "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP), die nach dem eher symbolischen Verbot von Kühnens ANS/NA 1983 ganz offen von dessen Leuten übernommen wurde, ohne daß von den Staatsorganen dagegen eingeschritten wurde (was deren Pflicht gewesen wäre).

Potjomkinsche Dörfer

Diese Vielzahl von Vereinen und Parteien entpuppen sich aber als Potjomkinsche Dörfer. Dahinter steht immer die gleiche, straff organisierte Kaderstruktur, die unter wechselnden Namen auftritt: "Komitee Adolf Hitler", "Die Bewegung", "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front". Hier herrscht das strikte Prinzip von Befehl und Gehorsam. Mitglieder werden nicht gewählt, sondern von der Führung ernannt. Diese Kader befehligen die genannten Vereine und Parteien, in denen Wahlen nur zum Schein stattfinden, um den Minimalanforderungen des Vereinsrechts und des Parteiengesetzes Genüge zu leisten. Durch den straffen hierarchischen Aufbau bleibt der Zu-

[1] **Eine Parole übrigens, die vom einstigen stellvertretenden Reichspressechef Sündermann stammt.**

[2] **Der Zeitpunkt von Kühnens damaliger Haftentlassung und gleichzeitig von Kohls Regierungsantritt.**

griff der Führung auf das Gesamtgeflecht der Organisation gewährleistet[3].

Sie verfolgt eine "Strategie der Spannung": einerseits Erzeugung und Zuspitzung der gewaltsamen Konflikte auf der Straße, die dann als "Volkszorn" interpretiert werden, andererseits Vorbereitung und Durchführung von terroristischen Anschlägen, die den Ruf nach dem "starken Mann" provozieren und in den "Tag X" einer gewaltsamen faschistischen Machtübernahme münden sollen.

Hoyerswerda als Fanal

Nach Kühnens Tod waren viele bis dahin die Szene lähmenden Gegensätze überwunden. Nach einigen bisher in dieser Größe einmaligen Aufmärschen (z.B. beim Begräbnis von Rainer Sonntag) wirkte Hoyerswerda wie ein Fanal. Erstmals gab es einen spürbaren Rückhalt für den rechten Terror in der Bevölkerimg, und gleichzeitig war die Reaktion der Öffentlichkeit eher vom Verständnis für die Täter als von demokratischer Abwehr geprägt. Nach Hoyerswerda folgte eine massive Welle von Anschlägen in der gesamten Bundesrepublik - z.T. Aktionen der Terror-Trupps der "Bewegung", z.T. absehbare aber im konkreten Verlauf spontane und chaotische Aktionen, die aus "Kameradschaftsabenden" örtlicher Gliederungen hervorgingen, teilweise aber auch Nachahmungstaten von unorganisierten Rechtsextremisten und Skinheads.

In den Medien und bei den spärlich stattfindenden Gerichtsverfahren wird der organisierte Hintergrund systematisch ausgeblendet. Ein Beispiel dafür sind die Attentäter von Hünxe, die als unpolitische dumme Jungs vorgeführt wurden. Die Duisburger Neofaschisten sehen das anders. Per Anzeige in der Hooligan-Zeitschrift "Fan Treff" (Nr. 65, Juni/Juli 1992, S. 57) geben sie bekannt:

"Wir grüßen alle unsere Kameraden hinter Gittern, besonders Siggi Borchardt, Achimse und Dirk Fonck, sowie die drei aus Hünxe.
Die Kameraden aus Duisburg"

Ein anonymer Autor in dem Zine "Sachsens Glanz" (Nr. 1, Herbst 1991), das von organisierten Nazi-Skinheads[4] herausgegeben wird, macht sich folgende Gedanken über Hoyerswerda:

"Ausländer fliehen - Wünsche werden wahr.

Eigentlich ist das Doitsche Volk in der jetzigen Phase sprich: 'Aktionswelle gegen Überfremdung' (...) nicht so banal als 'ausländerfeindlich' zu betrachten. Es versucht doch eigentlich nur, mittels progressiver Gewalt (...), den Kanaken den Stolz auf ihre heimische Unkultur, ihrer so tollen - Urwaldnationalität wiederzugeben. (...) Wir (...) haben uns für die Methodik des manuellen Schmerzes (natürlich unter zu-Hilfenahme von besohlten Ledererzeugnissen), entschieden! Das, was ich nun als mein Grundanliegen ansehe, ist die Publikmachung (Verherrlichung?) des flammablen Vorgehens, das sich im Zuge des Volkszornes so gut bewährt hat. (...) Das Volk hat sich wieder einmal entgegen dem erklärten Willen der Besatzer und ihrer Büttel entschieden. (...) Angefangen von wenigen Kameraden, wurden die Aktionen zur Sache des gesamten Volkes, - vgl. auch '33! DOITSCHLAND DEN DOITSCHEN! sonst... Rettende Flammen!" (Bemerkungen in Klammern im Original)

Auch andere nehmen nun kein Blatt mehr vor den Mund. Der Propagandazirkel "Freundeskreis 'Freiheit für Deutschland'" aus Bochum[5] verbreitet ein Flugblatt in Massenauflage mit dem Titel *"Der Aufstand der weißen Rasse"*, in dem die Pogrome als Teil eines gesamteuropäischen Widerstands gegen eine jüdische Weltverschwörung zur Vernichtung der *"weißen Rasse"* gedeutet werden.

Die "Nationalistische Front" (NF)[6] aus Bielefeld gibt die Gründung einer bundesweiten mobilen Terrortruppe bekannt:

[3] **Daß es innerhalb solcher Strukturen immer wieder auch zu Verselbständigungs-Tendenzen und zu Machtrivalitäten kommt, die mit Gewalt ausgetragen werden, versteht sich von selbst.**

Neben den organisierten Nazi-Skins gibt es die große Masse der rechtsextremen, aber unorganisierten Skinheads, die in sich stark differenziert ist, und die kleinen Minderheiten der "unpolitischen" und der linken Skins.

[5] **Ein Ableger der "Unabhängigen Freundeskreise", die ihrerseits aus der AUD hervorgegangen sind.**

[6] **Ob auch die NF in die Befehlsstruktur der Untergrund-NSDAP eingebunden ist, muß als ungeklärt gelten. Mit Sicherheit gibt es aber eine enge Kooperation auf örtlicher und Absprachen auf Führungsebene.**

"Kamerad - der Kampf wird harter! Stellen wir uns darauf ein: Sei bereit zu kämpfen"

"Kameraden,
Dieser Aufruf richtet sich nur an alle gesunden und sportlichen Kameraden ab 16 Jahre. (...)
Um unseren Kampf für ein völkisches Deutschland besser, zielgerichteter, sicherer und noch erfolgreicher durchführen zu können, haben wir beschlossen, ein Nationales Einsatzkommando (NEK) aufzustellen.
Die Aufgaben des NEK's werden sein:

- *Aufstellung kadermäßig gegliederter hochmobiler Verbände,*
- *Ausbildung von sportlichen und gesunden Kameraden für den politischen Kampf auf der Straße (...)*
- *Planung und Durchführung von überraschend durchgeführten zentralen Aktionen.*

Kameraden, die sich dieser Truppe anschließen wollen, müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

- *Deutsch sein, Deutsch denken, fühlen und handeln,*
- *körperlich sehr gut belastbar sein,*
- *ein Höchstmaß an Selbstdisziplin aufbringen,*
- *absolutes Verständnis für funktionale Disziplin haben,*
- *einen harten Einsatzwillen vorweisen können,*
- *mobil sein - zusammen mit anderen Kameraden, oder auch alleine,*
- *einen festen Charakter, einen starken Willen und sehr viel Mut haben,*
- *die absolute Einsicht in die Notwendigkeit von Befehl und Gehorsam bei AKTIONEN haben."*

Rostock - der geplante Pogrom

Vieles deutet darauf hin, das der Pogrom von Rostock keineswegs eine spontane Aktion der ansässigen Jugendlichen war. Einerseits wurde über längere Zeit von Politikern, Bürokraten und Medien die Stimmung in Rostock mit eiskaltem Kalkül angeheizt. Andererseits gab es aber auch eine langfristige Planung der Neofaschisten, zum Jahrestag von Hoyerswerda ein neues Fanal zu setzen.

Im Vorfeld tauchten u.a. Flugblätter einer "Aktion 'Rostock bleibt deutsch"' mit Postfach in Hamburg auf - in einer Auflage von angeblich 100.000 Exemplaren:

"Widerstand gegen die Ausländerflut"

"Was wollen wir von Ihnen? Sie anregen, in Rostock eine Bürgerinitiative zu gründen, die deutsche Interessen in Rostock vertritt... Wir, Hamburger Bürger, werden Ihnen dabei uneigennützig helfen. Wir haben eine ähnliche Aktion in Hamburg gegründet."

Nachforschungen ergaben folgendes: hinter dem Postfach verbirgt sich niemand anderes als die NPD-Gründung "Hamburger Liste für Ausländerstopp" (HLA)[7] und presserechtlich verantwortlich für das Flugblatt ist ihr stellvertretender Vorsitzender Michael Andrejewski. (Info des Bundeswahlleiters, 24.10.91)

Laut Recherche der britischen antifaschistischen Monatszeitschrift Searchlight (No. 208, Oktober 1992), die sich dabei auf Insider-Informationen aus der Nazi-Szene beruft, fanden lange vor Rostock mehrere Vorbereitungstreffen in Hamburg statt, an denen Mitglieder folgender Organisationen[8] teilnahmen:

FAP, "Republikaner", Nationale Liste (Hamburg), **Nationalistische Front, Wotans Volk** (Berlin), **Deutsche Alternative** und Vertreter von mehreren Gruppen von Nazi-Skins.

Das letzte Treffen wurde vierzehn Tage vor dem Pogrom vor Ort in Rostock durchgeführt.

Während der Ausschreitungen wurden die Anführer der "Bewegimg" **Christian Worch, Ewald Althans** und **Gerhard Endres** (Vertreter des inhaftierten Gottfried Küssel aus Österreich) gesichtet. Sie gaben aus sicherer Entfernung Kommandos über CB-Funk und Funktelefon. Offenbar haben sich die örtlichen rechtsextremen Jugendlichen willig den an-

[7] **Die NPD hat - wie andere ähnliche Gruppen auch - neuerdings ihre taktischen Vorbehalte gegen die Militanten aufgegeben. Bei der Heß-Demonstration in Rudolfstadt bildete die NPD z.B. einen eigenen Fahnenblock.**

[8] **Lt. "Neue Front" Nr. 78 vom August 1992 können zumindest die folgenden Organisationen derzeit zum engeren Kreis der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" gezählt werden: ANS Gau Niederlande, Deutscher Kameradschaftsbund, Gau Niedersachsen (Thorsten de Vries, Wilhelmshaven), Nationale Liste, Hamburg; Deutsche Alternative (BV: Frank Hübner); Deutsche Alternative, Hessen (Heinz Reisz) AVÖ, München (Ewald Althans).**

gereisten mehreren hundert Kadern der "Bewegung" untergeordnet. Von einer solchen Situation hatten Kühnen und Konsorten jahrelang geträumt.

Blut geleckt

So ist es nicht verwunderlich, daß nach Rostock eine euphorische Stimmung in der Szene herrscht. Das geht sogar so weit, daß einer der Möchtegern-Führer, der Ostdeutsche Thomas Dienel vor den laufenden Kameras von SPIEGEL-TV (RTL plus, 20.9.92) sich mit Überfällen auf Ausländer und Linke brüstet und seine "Kameraden" vorführen läßt, wie solche Anschläge schwerbewaffneter Rollkommandos auf dem Gelände von Truppenübungsplätzen der Bundeswehr geübt werden.

Viele Aktivisten haben Blut geleckt, und der Terror richtet sich längst nicht mehr nur gegen Flüchtlinge, sondern auch gegen KZ-Gedenkstätten, jüdische Friedhöfe, gegen Behinderte und gegen die deutschen Unterstützer der Flüchtlinge. Von Bonn aus wurden in einer Großaktion mehrere hundert Drohbriefe einer "Anti-Antifa" an Linke und Demokraten verschickt - mit vollem Absender.

Einige Aktivisten scheinen die Stunde für den bewaffneten Kampf gekommen zu sehen. Ewald Althans verkündet über seinen telefonischen Ansagedienst (1.10.1992):

"Unsere Zeit ist da!
Die Revolution hat begonnen!"

Althans macht sich allerdings Sorgen darüber, wie unter den veränderten Bedingungen die neofaschistische Infrastruktur erhalten werden kann und verurteilt das taktisch unkluge Verhalten, z.B. von Dienel.

"(...) Es gilt, im Rahmen der Eskalation, im Rahmen des immer mehr Durchdrehens vieler Kräfte im nationalen Lager und des unkontrollierten und unüberlegten Handelns Systeme und Alternativen zu erarbeiten.

Wir haben für den nationalen sozialistischen Widerstand geleistet und wir wollen auch weiter unseren Zielen treu bleiben.

Wir wollen uns nicht überschwenglich falsch verhalten wie leider im Moment die quantitative Entwicklung im Nationalen Lager es beweist.

Unsere Zeit ist da!
Die Revolution hat begonnen!
Und wir sind nicht in der Lage, mit ihr fertig zu werden.

Deshalb gilt es gerade jetzt, neue Konzepte zu erarbeiten.

Dieser Laden, das AVÖ und das DJBW haben sich selber überlebt, indem sie in der Form nicht mehr das leisten können, was die derzeitige Situation von uns erwartet.

In Absprache mit Ernst Zündel, im Rahmen der geltenden Gesetze der Bundesrepublik Deutschland[10], werden wir eine veränderte Arbeitsweise im Jahr 1993 in Angriff nehmen. (...)"

Bologna, Paris, München...

Vieles spricht dafür, daß in der nächsten Zeit nicht nur ein rechtsextremer Straßenterror gegen alles droht, was den Faschisten als "undeutsch" erscheint. Ein rechter Terrorismus mit spektakulären Anschlägen gegen Menschen wie Anfang der 80er Jahre in Bologna, Paris und München ist leider nicht unwahrscheinlich. Und es spricht wenig dafür, daß dies die Sicherheitsbehörden zu einem konsequenteren Einschreiten gegen rechts bewegen wird. Sowohl die vorhandenen Gesetze[11] als auch die staatlichen Machtmittel reichen völlig aus, um den Spuk in kurzer Zeit wirksam einzudämmen - es fehlt nur der politische Wille. Die bisherigen Reaktionen lassen dagegen befürchten, daß ein Terror von rechts von rechten Politikern aus allen Parteien zum Anlaß für einen weiteren Abbau der Demokratie genutzt werden wird.

Damit würde das Kalkül der Rechtsterroristen aufgehen: Je weniger Demokratie, desto bessere Chancen für die Rechte. Je verunsicherter die Bevölkerung, desto lauter der Ruf nach dem "Starken Mann".

[9] Eine Formulierung, die bei Althans immer wieder auftaucht. Vermutlich juristische Absicherung wie die gespreizten Finger beim Hitlergruß. Soll heißen: 'Wir haben für den Nationalsozialismus Widerstand geleistet.'

Haha! Ernst Zündel sitzt in Kanada. Im Klartext heißt das: Wir verlegen unsere Zentrale ins Ausland.

[11] Sinnvoll wäre allerdings ein Antidiskriminierungsgesetz, das sich vor allem gegen den weitverbreiteten alltäglichen Rassismus und gegen die Benachteiligung von Behinderten, Homosexuellen und anderen Minderheiten wendet.

Helmut Kellershohn:

»Der Feind steht links!«

Die ganz und gar nicht erstaunlichen Schlußfolgerungen der rechtskonservativen Presse aus den Rostocker Ereignissen.

Entlastung und Angriff[1]

Die Äußerungen von Unions-Politikern seit dem 24. August lassen zwei Grundmuster der Argumentation erkennen. Sie widersprechen sich zwar in einzelnen Aspekten, insgesamt aber stehen sie in einem Ergänzungsverhältnis zueinander. Das erste Argumentationsmuster basiert auf einer Entlastungsstrategie, die u.a. mit den Namen Seiters, Gerster, Seite und Kupfer verknüpft ist. Die Ereignisse von Rostock werden unmittelbar mit politischen Versäumnissen in der Asylpolitik in Verbindung gebracht, die das Verhalten der Bürger im Verlauf der Pogrome verständlich erscheinen lassen. Folglich steht die Forderung nach einer Änderung des Art. 16 GG an allererster Stelle. Der Schlüssel zur Erklärung der Rostocker Ereignisse liegt aus dieser Sicht in der These, die Bürger seien durch die bisherige, primär durch die Opposition geprägte staatliche Asylpolitik "überfordert" worden.

Das zweite Argumentationsmuster enthält zwar auch derartige Gedankengänge, der Schwerpunkt liegt jedoch auf einer - zumindest vorgegebenen - strikten Trennung zwischen der postulierten Notwendigkeit, das Asylrecht zu verändern, und der moralischen und staatspolitischen Beurteilung der Vorgänge in Rostock. Besonders Schäuble, Kanzler in spe, bestand auf einer klaren Distanzierung vom Verhalten der Bürger. Kein noch so berechtigtes Anliegen dürfe Gewalt gegen Personen und Sachen, ebensowenig diesbezügliche Sympathiebekundungen, rechtfertigen. Das Gewaltmonopol des Staates dürfe nicht infragegestellt werden.

Schäuble reagierte mit dieser Differenzierung auf ein objektives Dilemma der Unionsparteien: auf der einen Seite will die Union nicht zuletzt mit Hilfe einer repressiven Asylpolitik den Akzeptanzverfall wettmachen, dem die neokonservative Politik schon seit einigen Jahren und verstärkt seit dem sichtbar werdenden Fiasko ihrer Deutschlandpolitik ausgesetzt ist; auf der anderen Seite stößt diese "Strategie des Machterhalts um jeden Preis" dann an ihre Grenzen, wenn - wie in Rostock erneut deutlich geworden - die Gefahr droht, daß rechtsextreme bzw. "neonationalsozialistische" Kräfte sich als konsequente Vollstrecker der regierungsamtlichen Asylpolitik profilieren können. Und dies mit Mitteln, die die Staatsmacht, als deren zuverlässigste Repräsentanten sich die Unionspolitiker allemal begreifen, in ein Licht der Hilflosigkeit und Erpressbarkeit tauchen.

Für solche Gruppierungen in der Union, die schon heute auf eine Koalition mit den Republikanern setzen, mag selbst dies ein willkommener Umstand sein, mit dessen Hilfe sich die Union weiter nach rechts rücken läßt. Für die Hüter der Unionseinheit muß dies jedoch ein Vabanquespiel sein, an dessen Ende keineswegs der Machterhalt, sondern der Machtzerfall einer Volkspartei stehen könnte. Der Angriff auf die Staatsmacht in Rostock muß daher aus dieser Sicht als das gesehen werden, was er ist: nämlich ein Angriff auf die Hegemoniefähigkeit der Union als Volkspartei. Darauf - nicht nur auf die kurzfristige Instrumentalisierung der Rostocker Ereignisse für die Durchsetzung einer repressiven Asylpolitik - zielt die Argumentation, wie sie von Schäuble und, um einiges blasser, von Helmut Kohl vorgetragen wurde.

Die rechtskonservative Presse, allen voran das Zentralorgan der westdeutschen Bourgeoisie, die FAZ, registriert und reflektiert diese Konstellationen. Vor allem aber definiert sie die Erwartungen an ein möglicherweise erneuertes

[1] **Die im folgenden detailliert analysierten Kommentare von Friedrich Karl Fromme (FAZ), Eckhard Fuhr (FAZ) und Enno von Löwenstern (DIE WELT) sind repräsentativ für den (rechts)konservativen Diskurs zu den Rostocker Ereignissen (auch über diese beiden Zeitungen hinaus). Die meisten Kommentare in der FAZ und WELT stammen von diesen drei Autoren. Andere Kommentatoren wiederholen lediglich die Argumentation, pointieren einzelne Elemente oder ergänzen sie im Detail. Aus Zeitgründen konnte ein bemerkenswerter Gastkommentar von Günter Willms in der WELT vom 7.9.92 ("Stichwort Einwanderungsland: Was bedeutet das wirklich?") nicht berücksichtigt werden, der explizit neorassistisch - im Geiste des "Heidelberger Manifests" - argumentiert.**

hegemoniales Projekt der Union, das selbstverständlich nicht nur die Bereiche Asylpolitik und Innere Sicherheit betrifft, sondern im Hinblick auf die sog. innere Einheit und die Restauration "weltpolitischer" Geltungsansprüche im Grunde genommen eine Revision der gesamten bundesrepublikanischen Politik beinhaltet.

ist. Die Bausteine dieses Diskurses in der FAZ und der WELT, auf die sich die folgende Analyse konzentriert, setzen sich in etwa so zusammen: Karl Friedrich Fromme (FAZ) führt zur Entlastung der Rostocker Bürger eine ganze Menge mildernder Umstände ins Feld, die sich zu dem Urteil verdichten, daß es sich

Zwischen zwei Fronten

fr. Den Rostocker Ausschreitungen des Wochenendes folgten am Montag Anschuldigungen und Verurteilungen, Gespräche und Sitzungen, die Bekenntnisse zu Versäumnissen und die Beschwörungen, man werde es in Zukunft besser machen. In der Rostocker Vorstadt Lichtenhagen war ein Aufnahmeheim für Asylbewerber angegriffen worden. Die Polizei ist dagegen pflichtgemäß vorgegangen. Die friedlichen Bürger in der Umgebung des Asylbewerber-Quartiers haben vielfach innerlich Partei für die Gewalttäter genommen.

Niemand kommt darüber hinweg, daß der Zustrom von Asylbewerbern so stark angeschwollen ist, daß Quartiere genommen werden müssen, wo sie sich eben anbieten. Der Stadt Rostock blieb nichts anderes übrig, als ein Stück aus einem Plattenbauwohngebiet herauszuschneiden und Asylbewerber dort unterzubringen, benachbart mit Bürgern Rostocks. Die Stadt ist, vergleichbar mit dem sächsischen Hoyerswerda, im Gefolge der auf neue Zentren erpichten Wirtschafts- und Siedlungspolitik der einstigen DDR nach dem Krieg auf unorganische Weise gewachsen. Die von der SED künstlich hochgezüchtete, fast ganz auf Aufträge aus den einstigen Ostblockstaaten angewiesene Werftindustrie hat zu einer hohen Arbeitslosigkeit geführt. Das Licht am Ende des Tunnels der Arbeits- und Hoffnungslosigkeit glimmt nur schwach. Das steht dahinter, wenn Leute widerwillig eine „clamheimliche" Sympathie für Gewalttäter empfinden.

Damit verläßt der Vorwurf die Rostocker Stadtpolitiker, auch die geplagten Minister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, das wohl am schwersten trägt an der Last der SED-Vergangenheit. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als darum, daß die Zuwanderungspolitik Deutschlands verkehrt ist, weil von Illusionen, sentimentalen Erinnerungen und ideologischen Verhärtungen bestimmt. Wird ein Anteil von fremdartigen, sich an die Sitten des Landes nicht einmal ansatzweise anpassenden Zuwanderern erreicht, die zudem in ihrer großen Mehrheit den Namen Asylbewerber nicht verdienen, und schafft es der Staat nicht, solche Leute nach kurzer Zeit abzuschieben oder besser gar nicht erst ins Land zu lassen, gibt es Eruptionen bei einer Bevölkerung, die selbst innerlich Asyl suchen möchte auf einer sozialstaatlichen Insel der seligen Sicherheit. Damit geraten die Ordnungskräfte zwischen die Fronten.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.8.92)

In diesem Gesamtzusammenhang müssen die Kommentare zu den Rostocker Ereignissen und ihren Folgen gesehen werden. Sie exemplifizieren einen allgemeinen Grundsatz, wonach die Hegemonie der Union nach rechts nur gesichert werden kann, wenn die Linke in ihre Schranken verwiesen, am besten jedoch bis zur Bedeutungslosigkeit reduziert wird. Unter diesen Grundsatz werden die vorhin erwähnten Argumentationsmuster subsumiert, so daß das keineswegs überraschende Ergebnis des "Rundgesprächs" zwischen den Kommentatoren der rechtskonservativen Presse darin besteht, daß der eigentliche Feind nach wie vor - und jetzt erst recht - auf der Linken zu suchen

hier zweifelsfrei um weitaus harmlosere Sympathisanten der Gewalt als zu (un)seligen RAF-Zeiten handele. Eckhard Fuhr (FAZ) tadelt die Entlastungsargumentation und singt das Lob der "streitbaren Demokratie", allerdings ohne den Zusatz zu vergessen, daß sich der Staatsschutz gefälligst gegen Rechts- und Linksextremismus zu bewähren habe. Also rechts = links? - Keineswegs! Die formelle Gleichsetzung hebt den Unterschied nicht auf, sie wertet vielmehr rechtsextreme Politikformen und rassistisch motivierte Gewalttaten auf und wendet sich implizit gegen links. Fuhr macht damit nur deutlich, welch offensives, hegemoniales Element in der Berufung auf die "streitbare Demokratie" steckt. Zum Angriff bläst denn auch Enno von Löwenstern (DIE WELT), indem

er die logische Konsequenz offen ausspricht, daß, wer weitere "Rostocks" verhindern will, den "starken" Staat - bekanntlich auch eine Lieblingsidee der "Neonationalsozialisten" - ein für allemal gegen die Linke durchsetzen muß.

Der »friedliche Bürger« als »Stadtindianer« wider Willen

Die nähere Untersuchung dieses bemerkenswerten Argumentationsensembles beginnt mit dem ersten Kommentar in der FAZ. Friedrich Karl Frommes Kommentar vom 25. August *("Zwischen zwei Fronten")* bezieht sich auf die Wochenendereignisse in Rostock, also noch nicht auf die ungeheuerlichen Vorgänge am Montagabend (24.8.). Es handelt sich in der Tat, im wahrsten Sinne des Wortes, um einen "Frontbericht".

Das Terrain, das hier beschrieben wird, ist allerdings nicht primär das der staatlich bestallten "Ordnungskräfte". Sie werden nur am Rande erwähnt, auch wenn die Zwischenlage, von der anschaulich die Rede ist, sich auf sie bezieht. Sie sind nicht die bestimmenden Kräfte, vielmehr sind sie "irgendwie" dazwischengeraten. Auch von "Gewalttätern", üblicherweise als die "natürlichen" Gegner der Polizei apostrophiert, ist kaum die Rede. Das spezielle Interesse Frommes gilt einer Lage, in der die eingeborene "Bevölkerung" - von Fromme als "friedliche Bürger" qualifiziert - und "fremdartige Zuwanderer", sog. Asylbewerber, "Fronten" gegeneinander gebildet haben.

Die militärische Terminologie ist keinesfalls metaphorisch oder bloß symbolisch gemeint, sondern transportiert eine spezifische Sichtweise der Ereignisse. Eigentlich müßte von Pogromen die Rede sein: dies wäre der Terminus, der das spezifische Verhältnis von Täter und Opfer in der gewaltsamen Verfolgung sog. ethnischer Minderheiten klarstellen würde. Fromme vermeidet diese Klarstellung, ordnet vielmehr die Ereignisse als "Ausschreitungen" ein. Die so bezeichneten Aktivitäten gelten zwar - bürgerlich-rechtlich gesehen - als illegale Handlungen; auf dem Hintergrund einer bereits mit militärischen Begriffen umrissenen Situation müssen sie jedoch geradezu als ganz normale Übergriffe erscheinen.

Exkurs: Carl Schmitt ante portas

Fromme stellt sich mit einer solchen Sichtweise in die Tradition Carl Schmitts, des profiliertesten Theoretikers der "Konservativen Revolution" in diesem Jahrhundert. Für Carl Schmitt liegt die bestimmte Qualität des Politischen in der Zuspitzung jeder *"konkrete(n) Gegensätzlichkeit (...) (bis zum) äußersten Punkte der Freund-Feind-Gruppierung"* (SCHMITT 1932, S. 17) liegt. Frommes "Fronten" sind demnach nichts anderes als äußere Grenzziehungen, denen ein politisches Verhältnis zugrundeliegt, innerhalb dessen sich ***"kämpfende*** *Gesamtheit(en) von Menschen"* (S. 16) als Freund bzw. Feind gegenüberstehen.

Auf dem Hintergrund der politischen Theorie Carl Schmitts impliziert dies insbesondere zweierlei: Freund und Feind sind **erstens** existentielle Verbindungen. Sie konstituieren sich auf der Basis einer öffentlichen und im wesentlichen nicht moralisch zu verstehenden Entscheidung (Dezision) der jeweiligen Eigengruppe (vorzugsweise das "Volk"). Ihrem Inhalt nach geht es darum, *"ob das Anderssein des Fremdem im konkret vorliegenden Konfliktfalle die Negation der eigenen Existenz bedeutet und deshalb abgewehrt oder bekämpft wird, um die eigene, seinsmäßige Art von Leben zu bewahren"* (S. 15). **Zweitens** sind gewaltsame Verlaufsformen eines solchen Kampfes, also z.B. Frommes "Ausschreitungen", eine *"im Bereich des Realen liegende Eventualität".* Die äußerste Grenze im Gesamtspektrum der Möglichkeiten aber, die *"äußerste Realisierung"* (S. 20) des Feindschaftsverhältnisses, bildet - der Krieg. So folgen die gewaltsamen Verlaufsformen, erst recht der Krieg, aus dem Feindschaftsverhältnis, allerdings nicht in dem Sinne, als ob es sich um absolut zwangsläufige Geschehnisse handeln müßte. Beispielsweise *"könnte das politisch Richtige (...) gerade in der Vermeidung des Krieges liegen"* (S. 21).

Carl Schmitts Theorie des Politischen ist vom *"Standpunkt der bloßen Relativität"* (G.F.W. HEGEL, Enzyklopädie, Teil I, §123 Zus.), der sich absolut setzt, geschrieben. Der Feind ist nur Feind in Bezug auf den Blickwinkel der Gesamtheit der Freunde. Er wird Feind dadurch, daß er zu einem solchen, willkürlich nämlich, erklärt und voll

und ganz unter das Feindschaftsverhältnis subsumiert wird. Überträgt man mit Friedrich Karl Fromme diesen Standpunkt auf die Rostocker "Fronten", so ist im Prinzip eine Distanzierung von den Ereignissen nicht möglich, weil ihnen die Freund-Feind-Konstellation zugrundeliegt. Allenfalls ist eine politische Kritik möglich, die sich auf die angewandten Mittel bezieht. In diesem Sinne bezieht sich Fromme distanzierend auf die "Ausschreitungen" sog. "Gewalttäter". Andererseits hindert ihn dies nicht, nämlich in der Hauptsache seiner Argumentation, das Verhalten der Bürger gegenüber den Gewalttätern einer moralischen und staatspolitischen Reflexion zu unterziehen. Eine solche Reflexion widerspräche keineswegs Carl Schmitt. Ihm zufolge werden in der *"psychologischen Wirklichkeit"* auch moralische Charakterisierungen von Freund und Feind in dem Maße bemüht, wie die politische Zuspitzung *"alle verwertbaren anderen Unterscheidungen* (also auch moralische - H.K) *zur Unterstützung heranzieht"* (S. 15).

Milderade Umstände

Bei diesem - per se apologetischen - Geschäft, das es nun genauer zu untersuchen gilt, läßt Friedrich Karl Fromme seine Leserinnen und Leser in keiner Weise im Unklaren. An "Ausschreitungen" auf "deutschem" Boden können "friedliche Bürger" einfach nicht schuld sein. Und ihre "Sympathie für Gewalttäter", zumal sie laut Fromme "innerlich" bleibt (dazu weiter unten), ist geradezu verzeihlich angesichts der Umstände, die die Gewalt hervorgerufen haben. Die Schuld muß daher in anderer Richtung gesucht werden. Die "Front" der Bürger ist nur eine berechtigte Reaktion (Abwehrfront!) auf die Errichtung einer feindlichen "Front" auf "deutschem" Boden. Dafür führt Fromme zwecks Begründung vier Umstände ins Feld.

Der **erste** Umstand liegt in der Beschaffenheit der "Zuwanderer" und "Asylbewerber", die zum größten Teil "fremdartig" (Schmitt: fremde "seinsmäßige Art") seien und sich überhaupt nicht anpaßten. Diese Zusammenstellung verweist auf einen eklatanten Widerspruch. Entweder sind die "Zuwanderer" per se "fremdartig", dann können sie eben nicht über diese anscheinend nur Einheimischen vorbehaltene (und zudem fragwürdige) Tugend verfügen. Eine solche quasi-natürliche Fremdartigkeit zu unterstellen, liefe auf ein rassistisches Urteil hinaus, das den Gattungscharakter der Menschheit negieren würde. Für den Fall aber, daß sie sich nicht anpaßten, obwohl sie es könnten, wäre ihre Fremdartigkeit keine prinzipielle, sondern eine grundsätzlich veränderbare, es sei denn, die Eingeborenen wollten sie absolut daran hindern. Insgesamt läuft die Argumentation auf eine Scheinbegründung hinaus, die das Ergebnis, nämlich die Disqualifizierung des "Asylbewerbers", bereits voraussetzt. Von einem derartigen Niveau sind auch die weiteren sykophantischen Ausführungen Frommes.

Der **zweite** Umstand verweist auf eine ähnlich ominöse Naturgesetzlichkeit, wie sie mit dem Begriff des Fremdartigen angedeutet wird. Entgegen den mittlerweile bekanntgewordenen Tatsachen behauptet Fromme zunächst, die Stadt Rostock sei alternativlos gezwungen gewesen, *"ein Stück aus einem Plattenbauwohngebiet herauszuschneiden (!!!) und Asylbewerber dort unterzubringen"*. Fromme unterstellt also dieses Wohngebiet als ein organisches Ganzes, symbolisch gesehen vielleicht als eine Art Kuchen, Fleischstück oder - besser noch - menschlicher Körper, dem völlig unnatürlicherweise, aber notgedrungen, ein "fremdartiges" Gebilde implantiert wird, das nun logischerweise abgestoßen werden muß. Fromme entdeckt hier nebenbei, angewandt auf die Nachbarschaftsverhältnisse in Rostock-Lichtenhagen, den in rechtsextremistischen Kreisen beliebten Grundsatz des sog. "Ethnopluralismus", nach dem sich Gleiches nur mit Gleichem verträgt, bzw. umgekehrt differierende Identitäten sich voneinander abstoßen (sollten).

Für den Fall, daß dem aufmerksamen Leser die empirische Seriosität dieses Grundsatzes keineswegs einleuchten sollte (schließlich weiß jeder, daß die Bevölkerung des Ruhrgebiets z.B. sich aus allen möglichen Volksgruppen zusammensetzt), greift der "fromme" Geistesheroe lieber auf eine diametral entgegengesetzte Argumentation zurück. Er sieht nämlich einen **dritten** Umstand am Werke: die altbekannte "SED-Vergangenheit" mit ihren vielzitierten 'Altlasten'. Diese sagenumwobene SED hat es vormals geschafft, eine Stadt auf völlig *"unorganische Weise"* wachsen zu lassen (und dabei - folgt man Fromme - witzigerweise das "Platten-

bauwohngebiet" als organische Einheit gedeihen zu lassen). Und sie hat es geschafft, *"künstlich"* eine *"ganz auf Aufträge aus den einstigen Ostblockstaaten angewiesene Werftindustrie"* hochzuzüchten (!), was erklären soll, daß nunmehr - unter 'natürlichen' Weltmarktbedingungen - *"Arbeits- und Hoffnungslosigkeit"* in Rostock herrschen. Eine tiefsinnige Argumentation!

Entweder gilt der ethnopluralistische Grundsatz, dann sind die SED-Altlasten unmaßgeblich; oder das Gegenteil ist der Fall, so daß historische Gründe in Betracht zu ziehen wären (wobei Fromme vorsorglich von sämtlichen mißratenen Folgen westdeutscher Anschlußpolitik absieht!). Dann läuft die Argumentation auf die zynische 'Logik' hinaus, daß sich das DDR-System "künstlich" den Widrigkeiten des kapitalistischen Weltmarkts entzogen hat, die Rostocker dafür nachträglich haftbar gemacht werden und die "Asylbewerber" als Blitzableiter ihrer Wut herhalten müssen. Nach dieser 'Logik' dürfte es freilich in den konkurrenzfähigen Wohlstandsregionen keinen Rassismus geben. Eine allerdings fast täglich widerlegte Annahme!

Die Beliebigkeit der Argumente, mit denen Friedrich Karl Fromme operiert, ist damit hinlänglich bewiesen. Sie dienen lediglich dazu, den Zwecken, die er verfolgt, den Anschein einer rationellen Herleitung zu vermitteln. Der allererste Zweck, den er ins Auge faßt, ist die rigide Revision der Asylpolitik, die er in ihrer bisherigen Form - **vierter** Umstand - zur Hauptursache der Frontenbildung erklärt: *"Es geht um nicht mehr und nicht weniger darum, daß die Zuwanderungspolitik Deutschlands verkehrt ist, weil von Illusionen, sentimentalen Erinnerungen und ideologischen Verhärtungen bestimmt".* Was mit dieser apodiktischen Feststellung beabsichtigt ist, läßt sich aus der Unfähigkeitsbescheinigung erschließen, derzufolge der Staat es bis dato nicht geschafft habe, *"solche Leute* (= die Mehrheit der Asylbewerber - H.K) *nach kurzer Zeit abzuschieben oder besser gar nicht erst ins Land zu lassen".*

Sittlicher Notstand

Der zweite vorzügliche Zweck ergibt sich per saldo aus der Nutzanwendung der Gesamtargumentation auf die Frage der moralischen und staatspolitischen Beurteilung des Bürgerverhaltens - die eigentliche Meisterleistung des Kommentars. Dem Leser, der Friedrich Karl Fromme folgt, bleibt nichts anderes übrig, als die Legitimität der Bürgerfront zu bejahen und mit viel Verständnis die Bürger von dem Vorwurf zu entlasten, sie hätten mit Gewalttätern sympathisiert. Die Entlastung liegt aber nicht nur in den beschriebenen objektiven Umständen, sondern darüber hinaus in einer Art "sittlicher Notstand", den die Juristen und Theologen z.B. von der Kriegsdienstverweigerung her kennen. Fromme erklimmt hier Höhen der sittlichen Einbildungskraft, die zu denken geben. Trotz der mißlichen Situation, trotz der gewaltheischenden Frontlage, in dem sich die Rostocker Bürger befunden haben, hätten sie lediglich *"innerlich Partei"* ergriffen, bloß *"widerwillig eine 'clamheimliche' Sympathie für Gewalttäter"* empfunden. Diese sittliche Zwangslage wird paradoxerweise - auch dies wieder der eigenen Argumentation zuwiderlaufend - durch ein entmoralisierendes Zusatzargument unterstrichen, mit dem Fromme einen 'Pawlowschen Reflex' konstruiert: Wenn viele "fremdartige", anpassungsunwillige, illegitime Asylbewerber ins Land dringen und der Staat versagt, kommt es zwangsläufig zu *"Eruptionen"* (also nicht bloß zu "clamheimlichen Sympathien"), die die staatlich sanktionierten zivilen Umgangsformen gewissermaßen von innen her aufsprengen. In der Tradition der bürgerlichen Staatstheorie stehend, könnte man sagen: die bürgerliche Gesellschaft fällt in den Naturzustand zurück, aus dem heraus sie sich durch den Vertrag der Bürger gebildet hat, um die gegenseitige Sicherheit, Freiheit und Gleichheit mit Hilfe staatlicher Instanzen zu gewährleisten. Der Trieb und das natürliche Recht zur Selbsterhaltung treten an die Stelle gesellschaftlicher Regulierungen.

Erinnerung an den »Ernstfall«

Nun ist es tatsächlich ziemlich gleichgültig, ob Fromme moraltheoretisch mit dem "sittlichen Notstand", verhaltenstheoretisch mit quasi-biologisch gesteuerten Prozessen oder staatstheoretisch mit naturrechtlichen Argumenten operiert. Es kommt ihm ganz banal darauf an, aufzuzeigen, daß "friedliche Bürger" nur im äußersten Notfall - der jetzt gegeben ist - sich widerwillig, gezwungenermaßen, in eine Situation hineinbegeben, die nach Rebellion gegen den Staat aussieht, in Wirklichkeit aber einen Notruf an die staatliche Autorität zum Ausdruck

bringt, nun endlich durchzugreifen und die "Fronten" zu klären.

Auch hier steht Carl Schmitt Pate. Daß die "Ordnungskräfte" des Staates "zwischen den Fronten" von Freund und Feind stehen, ist ihm zufolge allemal ein Zeichen des Zerfalls. Der Staat stehe vor der Alternative: *"Infolge der Orientierung an dem möglichen Ernstfall des effektiven Kampfes gegen einen effektiven Feind ist die politische Einheit notwendig entweder die für die Freund- oder Feindgruppierung maßgebende Einheit und in diesem (nicht im irgendeinem absolutistischen) Sinne souverän, oder sie ist überhaupt nicht vorhanden"* (SCHMITT, S. 27).

Zum Vergleich: Deutscher Herbst 1977

Um diese Wendung zu signalisieren, der Entlastung der Bürger Geltung zu verschaffen, bedient sich Fromme eines Tricks. Der Topos von der "'clamheimlichen' Sympathie für Gewalttäter" ist eine Anspielung auf den berühmt-berüchtigten "Buback-Nachruf" im Frühjahr 1977, verfaßt von einem Menschen ("Mescalero") aus der sog. Stadtindianer-Bewegung. Der Autor äußerte damals "klammheimliche Freude" über die Ermordung Bubacks, relativierte sie aber abschließend wie folgt: *"Unser Zweck, eine Gesellschaft ohne Terror und Gewalt (wenn auch nicht ohne Aggression und Militanz), eine Gesellschaß ohne Zwangsarbeit (wenn auch nicht ohne Plackerei), eine Gesellschaß ohne Justiz und Anstalten (wenn auch nicht ohne Regeln und Vorschriften oder besser: Empfehlungen), dieser Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel, sondern nur manches. Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert sein."* - Dieses Bekenntnisschreiben muß in den Ohren Frommes in der Tat staatsfeindlich klingen. Um die Sympathiebekundungen der Bürger davon abzugrenzen, setzt Fromme das Attribut "widerwillig" hinzu.

Ein Weiteres kommt hinzu. Wenn die Rostocker Bürger mit ihrer "Sympathie für Gewalttäter" letztendlich keinen staatsfeindlichen Akt begangen haben, dann resultieren ihre "Eruptionen", ebenso die "Ausschreitungen" der "Gewalttäter", keineswegs aus den Impulsen geistiger "Schreibtischtäter" - ganz im Gegensatz zu 1977. Damals - anläßlich der Ermordung Pontos - registrierte Friedrich Karl Fromme entrüstet eine Szene von Sympathisanten. Diese, *"die nie einem Terroristen Nachtlager und Reisegeld gegeben haben, sind die wirklich Gefährlichen. Sie haben zwar nichts getan, sie haben nur ihre Meinung gesagt, sie haben nachgedacht. Daß das Denken eine bestimmte Richtung begünstigt: Was kann der Denker, was kann der Schreiber dafür? Er kann dafür"* (FAZ 2.8.1977). Diese denkwürdigen Formulierungen auf die Sektionen der politischen Klasse anzuwenden, die das Asylthema zu einem Dauerthema der bundesrepublikanischen Innenpolitik hochstilisiert haben, fällt Fromme beileibe nicht ein. Es geht um die Autorität und Souveränität der Staatsmacht. An diesem Maß unterscheidet Fromme die 'Geister' von links und rechts: staatsfeindliche Umtriebe, begünstigt durch intellektuelle Schreibtischtäter auf der einen, namenlose "Gewalttaten", begleitet von verständlichen, aber eben widerwilligen Sympathien der Bürger, ohne intellektuellen Stichwortgeber im Hintergrund, auf der anderen Seite. Da fällt das Urteil keineswegs schwer.

»Streitbare Demokratie« gegen »politische Kriminelle« von links und rechts

Einen Tag nach dem fürchterlichen Kommentar Frommes (FAZ 26.8.) und mit Kenntnis der fürchterlichen Vorgänge vom Montagabend betritt der zweite Kommentator die Bühne, nämlich Eckhard Fuhr. Er distanziert sich von Frommes Entlastungsmanövern.

Erstens werden die namenlosen "Gewalttäter" sowie deren Gewalttaten klar fixiert: *"(...) das war nicht nur jugendliche 'Randale' und gewalttätige Entladung sozialer Spannungen. Es war auch eine Attacke politischer Kriminelller gegen den Rechtsstaat"*, es war - so der Titel des Kommentars - *"Terror von rechts"*. Dementsprechend werden **zweitens** auch die "widerwillig 'clamheimlichen' Sympathien" der Bürger in ein anderes Licht gerückt: *"Den gaffenden, gar Beifall klatschenden Rostocker Bürgern muß klarwerden, daß sie nicht Zeugen eines über das Ziel hinausschießenden 'Protests' gegen unhaltbare Zustände waren, sondern tatenlos kriminellen Aktionen zusahen"*. **Drittens** wird die Staatsmacht aufgefordert, nicht als allererstes das Asylrecht zu ändern oder das langfristige Geschäft der *"Motivsuche"* und *"Ursachenbekämpfung"* ins Auge zu fassen, sondern ad hoc *"zivile Standards der Konfliktbewältigung*

Rostocker Lehren

Von Eckhard Fuhr

Wieder haben sich in Rostock nächtliche Bürgerkriegsszenen abgespielt. Zwar konnten Polizei und Bundesgrenzschutz mit einem Aufgebot von tausend Beamten, von denen 65 zum Teil schwer verletzt wurden, am frühen Mittwoch morgen die Lage unter Kontrolle bringen. Doch niemand wagt die Prognose, daß damit ein Ende der Ausschreitungen erreicht sei.

Rostock ist zum Mekka rechtsradikaler Gewalttäter aus ganz Deutschland geworden; das ruft unvermeidlich auch die „Autonomen" der linksradikalen Szene auf den Plan, die ihren gewalttätigen „Antifaschismus" ebenso unvermeidlich Seite an Seite mit den „Faschisten" gegen die Staatsgewalt richten werden. Neben den rechtsradikalen Parolen „Deutschland den Deutschen" oder „Ausländer raus" war in Rostock auch schon der Ruf „Deutsche Polizisten, Mörder und Faschisten" zu hören, der zum linksradikalen Kulturgut gehört.

Die ursprünglichen Objekte der Gewalt, die Asylbewerber, sind in eine Kaserne im Stadtteil Hinrichshagen gebracht worden. Dort blieb es in der Nacht ruhig. Es geht längst um etwas anderes als bloß um ausländerfeindliche „Randale". Die Aggressionen richten sich nicht nur gegen Ausländer, sondern vor allem gegen die in der Polizei sichtbar werdende staatliche Ordnung selbst. Die Sicherheitskräfte stehen nicht nur vor der Aufgabe, einen anarchisch-wilden Ausbruch von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unter Kontrolle zu bringen; sie haben die Rechtsordnung gegen entschlossen handelnde politische Gewaltkriminelle zu verteidigen.

Es hat sich in Deutschland eingebürgert, den Rechtsradikalismus, sofern er nicht im Gewand traditioneller rechtsradikaler Parteien wie NPD oder DVU auftritt, als eine eher sozialpflegerisch zu behandelnde Erscheinung jugendlichen Protestverhaltens zu betrachten. Das ist nur ein Teil der Wahrheit. Die Rostocker Erfahrungen bestätigen, was schon dem letzten Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu entnehmen war. Es handelt sich bei den randalierenden Skinheads keineswegs nur um politische Analphabeten. Ihr gewalttätiges Auftreten ist nicht planloser Krawall, sondern läßt taktische Führung erkennen. 3000 Anhänger dieser auf etwa 4200 Mitglieder geschätzten und vom Kölner Amt als „neonationalsozialistisch" bezeichneten Gruppierung leben in den neuen Bundesländern. Ein Teil von ihnen verstand sich schon zu SED-Zeiten als „nationalsozialistische Opposition". Ihr Politisierungsgrad ist hoch. Rockbands wie „Störkraft" bringen die Botschaft von der Rettung der Rasse mit Mitteln an das jugendliche Publikum, die mit dem Kameradschaftsabend-Mief der Altnazis nicht mehr viel zu tun haben.

Nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes sind die Skinheads Teil einer rechtsextremistischen Szene aus Dutzenden von größtenteils winzigen Organisationen, die zusammen aber immerhin über mehr als 40.000 Anhänger verfügen. Ihre Gewaltbereitschaft ist in den letzten Jahren offenbar geworden. Das sollte gerade denjenigen zu denken geben, die den Verfassungschutz schon immer für überflüssig gehalten haben und einer nicht nur waffentechnischen, sondern auch rechtlichen Abrüstung der Polizei das Wort geredet haben.

Als besonders schändlich ist hervorgehoben worden, daß sich in Rostock die Gewalttäter der offenen Sympathie braver Bürger erfreuen. Ist das so neu? Haben nicht auch brave, grünlich-gewaltfreie Bürger wohlwollend zugeschaut, als vermummte Anti-Atom-Kämpfer in Brokdorf oder Wackersdorf den Aufstand gegen den „Atomstaat" inszenierten? Gehört nicht ein „Widerstandsrecht" unter Berufung auf „existenzielle Bedrohungen" längst zum politischen Einmaleins von Lieschen Müller? Nun ja, man weiß, es gibt richtige und falsche „Betroffenheiten". Wer Angst vor dem Supergau hat, ist sensibel und aufgeklärt. Wer sich vor Überfremdung fürchtet, ist ein geistig Zurückgebliebener, dem sein falsches Bewußtsein im besten Falle durch volkspädagogische Dauereinwirkung ausgetrieben werden kann. Deshalb gilt, zum Beispiel, das Aus für Wackersdorf als Sieg der Demokratie, eine Umkehr in der Asylpolitik aber als „Kapitulation vor der Straße". Schon sehen viele nicht mehr in den brandschatzenden Finsterlingen auf Rostocks Straßen die Hauptgefahr, sondern in finsteren Mächten des politischen Establishment, das die Ausschreitungen instrumentalisiere, um eine Verschärfung des Asylrechts durchzusetzen. So wird jede realistische Politik, die sich nicht mit dem Herunterbeten von Idealen begnügt, als opportunistisch denunziert.

Es wird sich kein allgemein akzeptiertes Niveau der Toleranz Fremden gegenüber finden lassen. Von einem gesellschaftlichen Konsens darüber, wie homogen oder wie multikulturell die deutsche Gesellschaft in Zukunft sein solle, mag träumen wer will. Im übrigen sind die Möglichkeiten der Politik, solche Entwicklungen zu beinflussen, begrenzt. Sie sollte sich allerdings nicht fahrlässig der Mittel zur Krisenintervention begeben. Dazu gehört auch jene Verfassungsänderung, über die seit Jahren gestritten wird, die aber der Schlüssel zu allen weiteren Schritten einer verantwortungsbewußten Asyl- und Einwanderungspolitik wäre. Die wird immer den einen zu restriktiv, den anderen zu großzügig sein. Konflikte lassen sich vielleicht mildern, nicht aber aus der Welt schaffen.

Umso wichtiger ist es, die Autorität des Rechtsstaates wiederherzustellen und jene kriminellen Vereinigungen zu bekämpfen, die aus Fremdenangst Kapital zu schlagen versuchen. Lehrer und Sozialarbeiter mögen dann das Ihre tun, die Toleranz zu fördern. Aber es darf nicht von ihrem Erfolg abhängen, ob man in Deutschland seines Lebens sicher ist.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.8.92)

durchzusetzen", die *"öffentliche Ordnung"* zu schützen und das *"Recht auf körperliche Unversehrtheit für jeden zu garantieren"*. Es gehe - so die zentrale Gegenthese zu Fromme - *"um die Bekämpfung eines sich formierenden Terrorismus von rechts"*. Jetzt sei die *"Stunde des Staatsschutzes"*.

Einen Tag später (27.8.) erläutert Fuhr in einem weiteren Kommentar "seine" Schäuble-Linie und arbeitet - wieder mit Bezugnahme auf Fromme - die seines Erachtens notwendigen Implikationen der "Stunde des Staatsschutzes" heraus. Programmatisch ist von *"Rostocker Lehren"* (Überschrift des Kommentars) die Rede.

Ganz im Sinne seines ersten Kommentars und gegen Fromme insistiert Fuhr auf der Staatsfeindlichkeit der Rostocker Gewaltaktionen. Es handele sich nicht um bloße Übergriffe gegen Ausländer, sondern um *"Aggressionen"*, die sich *"vor allem gegen die in der Polizei sichtbar werdende staatliche Ordnung selbst"* richteten. Die Sicherheitskräfte stünden *"nicht nur vor der Aufgabe, einen anarchisch-wilden Ausbruch von Rassismus und Fremdemfeindlichkeit unter Kontrolle zu bringen"*. Sie hätten *"die Rechtsordnung gegen entschlossen handelnde politische Gewaltkriminelle zu verteidigen"*. Die in Rostock auftretenden Skinheads wären - Fuhr sieht hierin den letzten Verfassungsschutzbericht bestätigt - weder *"nur (...) politische Analphabeten"*, noch agierten sie planlos, sondern ließen *"taktische Führung"* erkennen. Die Gewaltbereitschaft dieser *"Neonationalsozialisten"* sei *"in den letzten Jahren offenbar geworden"*.

Soweit Fuhr. Die Ausführungen - im konservativ-liberalen Geist gehalten - klingen bis hierher plausibel und gegenüber Frommes fürchterlicher Feder "irgendwie" den Ereignissen angemessener. Aber ist der Maßstab des "Staatsschutzes", ist die Anwendung des Konzepts der "streitbaren Demokratie", das den Ausführungen Fuhrs zugrundeliegt, tatsächlich geeignet, die Vorgänge von Rostock ins rechte Licht zu rücken und Wiederholungen zu wehren?

Exkurs: Das Prinzip der »streitbaren Demokratie«

Zentraler Bestandteil des Konzepts der "streitbaren Demokratie" ist das Pluralismus-Gebot. Es ist grundgesetzlich verankert, unanfechtbares Element der "superlegalistischen" Struktur des Grundgesetzes, auch bekannt unter dem Titel "Freiheitlich demokratische Grundordnung", abgekürzt FDGO. Zur FDGO gehören laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts anläßlich des Verbots der Sozialistischen Reichspartei (1952) z.B. der Parteienpluralismus, die Gewaltenteilung, die Chancengleichheit für jede politische Gruppierung.

Das Pluralismus-Gebot macht sich auf der Grundlage der Fixierung im Grundgesetz in allen gesellschaftlichen Bereichen geltend. Pluralismus der Wissenschaft, garantiert durch das Recht auf Freiheit von Forschung und Lehre; Pluralismus des Pressewesens, garantiert durch das Recht der Pressefreiheit; Parteienpluralismus, garantiert durch das Recht auf das Verbot aller Parteien, deren Ziele die FDGO beeinträchtigen oder beseitigen könnten. Der Pluralismus westlicher Gesellschaftsordnung selbst wird damit begründet, daß nur durch ihn die "Offenhaltung" (ZIPPELIUS 1973, S. 121) der Diskussionsprozesse, die sich in demokratischen Gesellschaften abspielen, die prinzipielle Korrigierbarkeit aller Entscheidungen gewährleistet sei, die verhindern soll, daß sich eine Meinung absolut setzt.

Die im Pluralismuskonzept enthaltene Unterstellung der prinzipiellen Offenheit gegenüber allen anderen Positionen, die prinzipielle Toleranz, muß jedoch eingeschränkt werden, um den Pluralismus zu erhalten: *"Alle Bereitschaft zur 'Offenhaltung' der politischen Prozesse findet ihre letzte Grenze aber daran, daß jede Staatsverfassung sich für eine bestimmte politische Grundordnung und elementare politische Prinzipien entscheiden muß(...)"* (ebd.). In Bezug auf den Wissenschaftspluralismus etwa heißt es im Grundgesetz: "Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung" (Art. 5,3). Das Prinzip der prinzipiellen Toleranz schließt so alle Aussagen, Meinungen, politische Positionen aus, die sich nicht diesem Prinzip unterwerfen. Plu-

ralistische Gesellschaft macht für alle zur Voraussetzung, ihr Prinzip zu akzeptieren, bevor sie für sich jene Toleranz in Anspruch nehmen dürfen.

Pluralismus ist also kein Prinzip prinzipieller Offenheit, sondern ein Prinzip der Offenheit für diejenigen, die das Prinzip vorrangig anerkennen. Seine Begründung hebt sich selbst auf, indem sie es zur eigenen Voraussetzung macht. Der Pluralismus setzt sich absolut. Täte er dies nicht, wäre seine Existenz gefährdet. *"Auch solche politischen Grundentscheidungen zur Disposition zu stellen, wäre gleichbedeutend mit einer Einladung zur Revolution"* (ZIPPELIUS, S. 121). Nur innerhalb eines *"gewissen Rahmens"* (ebd.) macht es die pluralistische Gesellschaftsstruktur den Bürgern möglich, *"sich immer wieder von neuem (...) aufeinander einzustellen und zu verständigen"* (ebd.). Die Aufrechterhaltung des Pluralismus, notfalls mit Gewalt gegen die Feinde des Pluralismus, legitimiert sich nicht durch das widersprüchliche Prinzip des Pluralismus selbst. Ihm ist (mit den Art. 1 bis 20 des GG) besagter "Rahmen" vorausgesetzt, eine letzte Wertentscheidung, die nicht weiter begründbar ist und außerhalb jeder Diskussion steht (vgl. auch Art. 79 GG).

Dementsprechend wird das Pluralismusargument nicht für, sondern gegen "Staatsfeinde", Kommunisten etwa, ins Feld geführt. Das Beharren auf dem Eigenwert des Pluralismus, bei gleichzeitiger Beschränkung des Pluralismus auf die - letztlich nicht begründbaren, nicht zur Disposition stehenden - Grundwerte der Gesellschaftsordnung der BRD zeigt, daß es sich hierbei nicht um eine freie Diskussion politischer und gesellschaftlicher Zielsetzungen handelt, sondern vielmehr um den Ausschluß von Kritik zur Aufrechterhaltung des Systems unabhängig von der Qualität der Argumente.

Die Argumente der Kritik sind denn auch für "streitbare Demokraten" inhaltlich gesehen gleichgültig und interessieren nur unter der Fragestellung, inwieweit sie erstens eine gesellschaftliche Relevanz gewonnen haben und zweitens sich praktischer Mittel (Gewalt!) bedienen, die die Staatsordnung gefährdet erscheinen lassen. Daß bei der Beurteilung der Lage allerlei opportunistische Überlegungen eine gewichtige Rolle spielen, versteht sich von selbst und hängt im übrigen von den gesellschaftlichen Machtverhältnissen ab.

Rechts = Links

Eckhard Fuhrs Versuch, das Konzept der "streitbaren Demokratie" auf die Rostocker Ereignisse anzuwenden, demonstriert mit unmißverständlicher Eindeutigkeit die Beschränktheit dieses Konzepts. Die Gleichgültigkeit "streitbarer Demokraten" gegen die Argumente ihrer Kritiker schlägt sich hier in der Gleichsetzimg der Positionen nieder, die sich von rechts bzw. links gegen die Staatsordnung richten. Die Unterschiede werden negiert und gewaltsam unter das gemeinsame Etikett der Staatsfeindlichkeit subsumiert.

Die Gleichsetzung bezieht sich als erstes auf die **politischen Aktionsformen.** Fuhr konstatiert, daß Rostock zu einem *"Mekka rechtsradikaler Gewalttäter"* geworden sei, zu einem Ort der Gewalt also, der symbolisch mit einem bewährten Feindbild, dem islamischen Fundamentalismus, in Verbindung gebracht wird. Das ist an sich schon schlimm, schlimmer aber ist, daß einem noch nicht entdeckten Gesetz des politischen Magnetismus zufolge *"unvermeidlich auch die 'Autonomen' der linksradikalen Szene auf den Plan"* gerufen würden. Und am schlimmsten ist, daß die *"ihren gewalttätigen 'Antifaschismus' ebenso unvermeidlich Seite an Seite mit den 'Faschisten' gegen die Staatsgewalt"* richteten. Auf den Punkt gebracht: es gibt Gewalttäter von rechts, diese ziehen "unvermeidlich" Gewalttäter von links an, und beide zusammen bekämpfen "unvermeidlich" den Staat.

Man fühlt sich angesichts dieser Logik unwillkürlich an Adam Smith' "invisible hand", übertragen auf die politische "Gesäßgeographie" (Heiner Geißler), erinnert. Tatsächlich handelt es sich um das seit den dreißiger Jahren und besonders aus der Nachkriegszeit bekannte **totalitarismustheoretische Argumentationsschema,** das die "Weimarer Lehren" für das Konzept der "streitbaren Demokratie" wissenschaftlich aufbereitete. Der Kern der Totalitarismustheorie war immer der, den Zusammenhang zwischen dem Aufstieg des Faschismus und den Regulationsproblemen bürgerlich-kapitalistisch verfaßter Gesellschaften in Europa zu

leugnen und durch die Annahme einer kommunistisch-faschistischen Verschwörung zu ersetzen.

Genau in diesem Sinne argumentiert Fuhr, wenn er - ebenso wie Fromme - Zusammenhänge zwischen der von Teilen der politischen Elite inszenierten Asyldebatte und den Ereignissen von Rostock glattweg in Abrede stellt: *"Schon sehen viele nicht mehr in den brandschatzenden Finsterlingen (?) auf Rostocks Straßen die Hauptgefahr, sondern in finsteren (?) Mächten des politischen Establishment, das die Ausschreitungen instrumentalisiere, um eine Verschärfung des Asylrechts durchzusetzen."* Streitbare Demokraten waschen eben ihre Hände in Unschuld, denn sie stehen prinzipiell immer in der Mitte zwischen den Extremen, unabhängig davon, welche Politik sie konkret verfolgen. So nimmt es kein Wunder, daß Eckhard Fuhr politische Positionen, die vor Jahren noch von rechtsextremen Parteien vertreten wurden, nunmehr zum Inhalt *"realistischer Politik"* erklärt und sich eine Kritik daran, die dies *"als opportunistisch denunziert"*, absolut verbittet. Diesbezüglich ist er sich mit Friedrich Karl Fromme völlig einig.

Moralische Relativierung und Aufwertung rassistischer Gewalt

Damit kommen wir zum eigentlich offensiven Gehalt der Gleichung rechts = links. Ausgangspunkt ist ein weiteres Mal die Beurteilung der *"offenen Sympathie braver Bürger"* mit den Gewalttätern. Relativierend und aufrechnend verweist Fuhr in Frageform auf den *"brave(n), grünlich-gewaltfreie(n) Bürger"*, der doch auch *"wohlwollend zugeschaut"* habe, *"als vermummte Anti-Atom-Kämpfer in Brokdorf oder Wackersdorf den Aufstand gegen den 'Atomstaat' inszenierten"*. Der Leser nickt und Fuhr holt zum zweiten Schlag aus. Die Linken (bis hin zu "Lieschen Müller") beriefen sich auf ein sog. »Widerstandsrecht« und »existentielle Bedrohungen«, um Gewalt mit zweierlei Maß zu messen:

"Wer Angst vor dem Supergau hat, ist aufgeklärt und sensibel. Wer sich vor Überfremdung fürchtet, ist ein geistig Zurückgebliebener, dem sein falsches Bewußtsein im besten Falle durch volkspädagogische Dauereinwirkung ausgetrieben werden kann. Deshalb gilt, zum Beispiel, das Aus für Wackersdorf als Sieg der Demokratie, eine Umkehr in der Asylpolitik aber als 'Kapitulation vor der Straße'."

Fuhr entwickelt **erstens** eine Kette von Gleichungen, deren beide Glieder jeweils in ihrer negativen Wertigkeit als gleich zu betrachten sind: Rostocker Bürger = grüne (Schein)Pazifisten, Rostock = Brokdorf, Supergau = Überfremdung, summa summarum rechts = links. Dabei abstrahiert er **zweitens** von den konkreten Unterschieden, die zwischen den Polen dieser Gleichungen bestehen. Eine derartige Abstraktion zwingt zu der Schlußfolgerung, daß rassistisch motivierte Gewalt in Form eines Pogroms in der Tat genauso moralisch und staatspolitisch zu beurteilen ist, wie ein Angriff auf ein im Bau befindliches Atomkraftwerk (bzw. Wiederaufbereitungsanlage). Fuhr reiht sich damit in die lange Liste solcher "terriblen Simplifikateure" ein, die in der Historikerdebatte und allgemein in der Debatte über die sog. Vergangenheitsbewältigung en masse ähnliche Gleichsetzungen produziert haben.

Drittens impliziert dieses Verfahren eine moralische Auf- bzw. Abwertung des miteinander Verglichenen, da ja gerade von der Grundlage der moralischen Beurteilung, die in der Beschaffenheit der unterscheidenden Merkmale der zu beurteilenden Situation zu suchen ist, abgesehen wird. Gewalt ist eben nicht gleich Gewalt, eine moralische Tatsache, die im Alltagsverstand, aber bekanntermaßen auch in ethischen, theologischen und juristischen Spezialdiskursen gewußt wird. Niemand käme hier auf die Idee, beispielsweise Tötung aus Notwehr und gezielten Mord auf eine Stufe zu stellen. Diese Selbstverständlichkeit der Differenzierung ist offensichtlich Herrn Fuhr abhanden gekommen.

Übernahme rechtsextremer Denkfiguren

Es kommt ein **Viertes** hinzu: Fuhr übernimmt "clamheimlich" eine Denkfigur der Neuen Rechten (und selbstverständlich auch Carl Schmitts!), wenn er die zweifellos vorhandenen Ängste vor Fremden identisch setzt mit einer sog. "Angst vor Überfremdung", die von vornherein unterstellt, daß das Fremde etwas Feindliches ist und nicht etwa eine Bereicherung darstellt. Indem Fuhr zudem die "Angst vor dem Supergau" zum Vergleich heranzieht, reproduziert er das rechtsextreme Ökologieverständnis. Danach ist die Atomtechnologie nichts anderes als ein Angriff auf die Lebenssubstanz des deutschen Volkes, während die

Flüchtlingswanderungen zum massiven Eingriff in das "Biotop" Deutschland umgedeutelt werden. Die "Angst vor Überfremdung", ob nun "ethnopluralistisch" oder "ökologisch" verstanden, als Legitimationsgrundlage für eine "realistische Asylpolitik" (siehe oben) zu nehmen, bedeutet in der Konsequenz nichts anderes als die Aufnahme rassistischer Denkmuster in die Begründung bürgerlicher Politik, bzw. nichts anderes als die demokratische Integration rechtsextremer Politikformen - bei gleichzeitiger Abgrenzung gegen offene Gewalttaten.

Genau an diesem Punkt enthüllt sich schlagend das Konzept der "streitbaren Demokratie" in seiner ganzen Beschränktheit. Die Gleichgültigkeit gegenüber den Argumenten der Kritiker oder Gegnern des demokratischen Pluralismus, die formelle Gleichsetzung von rechts und links, der eingeschränkte Blick auf die manifesten Formen der Gewalt - all dies enthält im Kern bereits die Kapitulationsurkunde vor Rassismus und Rechtsextremismus, sofern diese eben nur massenwirksam genug werden und in ihrer ideologischen Stoßrichtung für die Begründung konservativer Politik von Nutzen sind. Die Strategie der Metapolitik, wie sie von der Neuen Rechten in den sechziger und siebziger Jahren entwickelt und in populistisch agierenden Wahlparteien aufgegriffen wurde, zielte von vornherein, insofern sie auf eine schleichende Kulturrevolution von rechts setzte, auf diesen Umstand.

Eckhard Fuhr trifft, ohne daß ihm dies bewußt ist, den Nagel auf den Kopf, wenn er die Schranken der "streitbaren Demokratie" an den gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Akzeptanz so beschreibt: *"Es wird sich kein allgemein akzeptiertes Niveau der Toleranz Fremden gegenüber finden lassen. Von einem gesellschaftlichen Konsens darüber, wie homogen oder wie multikulturell die deutsche Gesellschaft in Zukunft sein solle, mag träumen wer will. Im übrigen sind die Möglichkeiten der Politik, solche Entwicklungen zu beeinflussen, begrenzt."* Eine "streitbare Demokratie" ohne gesellschaftlichen Konsens darüber, daß ihre Prämisse, nämlich die Lösung gesellschaftlicher Probleme im Rahmen der FDGO, anzuerkennen ist, ist allerdings ein Unding. Es geht im übrigen nicht nur um das Asylproblem. Es steht nur stellvertretend für einen Gesamtkomplex von ungelösten, konsenssprengenden politischen Fragen. Fuhrs Ausweg, daß sich der Staat in dieser Situation *"nicht fahrlässig der Mittel der Krisenintervention begeben dürfe"*, worunter er eben auch die Umsetzung einer "realistischen Asylpolitik" rechnet, ist in sich widersprüchlich, setzt er doch die Existenz eines Konsens voraus, den er zuvor noch bestritten hat. Was bleibt? - Fuhr fordert die Herstellung der *"Autorität des Rechtsstaates"*, die Bekämpfung der politischen Gewalttäter und wendet sich gegen einen Abbau des Verfassungsschutzes und eine *"Abrüstung der Polizei"*, also insgesamt eher ein machttechnologischer Ansatz.

Konservativ-liberale "Flickschusterei"

Friedrich Karl Fromme, um auf ihn zurückzukommen, hätte zwar nichts gegen eine Aufrüstung von Verfassungsschutz und Polizei, seine Argumentation weist jedoch über die konservativ-liberale "Flickschusterei" weit hinaus. Im Sinne von Carl Schmitt lebt die "streitbare Demokratie" sowieso mit unklaren Feindbestimmungen. Solange der Realsozialismus existierte, mag dieser Umstand verdeckt gewesen sein. Unter den neuen, vor allem auch außenpolitischen Bedingungen, stellt sich die Aufgabe, einen präzisen Maßstab für die Limitierung gesellschaftlicher Pluralität zu bestimmen und die Geschäftsgrundlagen eines neuen gesellschaftlichen Konsens zu klären. Carl Schmitts "Begriff des Politischen", auf den sich Friedrich Karl Fromme "clamheimlich" bezieht, ist wesentlich von der Außenpolitik her konzipiert. Die Staatenwelt ist pluralistisch, die Konkurrenz der Staaten um Macht und Reichtum bildet den Maßstab, an dem die innerstaatliche Pluralität zu messen ist. *"Aus dem Begriff des Politischen"*, so Schmitt, *"ergeben sich allerdings (...) pluralistische Konsequenzen, aber nicht in dem Sinne, daß innerhalb ein und derselben politischen Einheit an die Stelle der maßgebenden Freund- und Feindgruppierung ein Pluralismus treten könnte, ohne daß mit der Einheit auch das Politische selbst zerstört wäre"* (SCHMITT 1932, S. 32). Die Notwendigkeiten des Politischen sind folglich dem bereits limitierten Pluralismus der "streitbaren Demokratie" überzuordnen. Am Horizont steht der starke, der autoritäre Staat, den gegen links durchzusetzen, erklärtes Ziel der Kommentare Enno v. Löwensterns in der WELT ist.

Triumph des Faustrechts

Von Enno v. Loewenstern

Es wäre komisch, wenn es nicht so schrecklich wäre. Da lesen wir in einer weit links stehenden Zeitung unter der empörten Zeile „Kapitulation der Staatsgewalt" den ebenso empörten Kommentar: „Zum ersten Mal seit der deutschen Einheit hat sich die demokratisch legitimierte Staatsgewalt vor dem Mob der Straße zurückgezogen, hat der Rechtsstaat kapituliert und die ‚weiße Fahne' gehißt."

Man beachte, wie feinsinnig der Autor die zeitliche Einschränkung einschob. Er weiß sehr wohl, daß der Rechtsstaat nicht etwa zum ersten Mal seit seiner (Wieder)Gründung kapituliert hat. Er weiß sehr wohl, daß der Rechtsstaat seit einem Vierteljahrhundert so viele weiße Fahnen gehißt hat, daß ihm bald die Bettlaken ausgehen – weil ihm aus eben dieser Ecke eingedrillt wurde, „Regelverletzungen" seien nützlich, „Widerstand" sei laut Grundgesetz erlaubt, „wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt".

Was sich in Rostock abgespielt hat, haben wir von Brokdorf bis Wackersdorf, von der Hafenstraße bis Freiburg hundertfach erlebt. Aber wenn die Polizei sich bei Aufmärschen des „Schwarzen Blocks" auch nur blicken ließ, wurde ihr „Provokation" vorgeworfen; wenn sie gar gegen die Gangster durchgriff, hieß es „Polizei-Brutalität".

Die verantwortungsloseste aller Kapitulationen inszenierte der Rechtsstaat unter dem Jubel aller „Progressiven" und „Liberalen", als er die Bestimmungen gegen Landfriedensbruch abschaffte. Man wollte ja die edle „Studentenrevolution" gegen dem dummen alten gestrigen Rechtsstaat nicht „kriminalisiert" sehen. Seither wagt die Polizei nicht, anmarschierende Horden aufzubrechen und die Beteiligten festzunehmen – sie hat ja keine Beweise für Einzeltaten, und die Kollektivtat des Landfriedensbruchs ist keine mehr. Später entschied das Bundesverfassungsgericht kalten Blutes angesichts der blutigen Brutalität von Brokdorf, daß solche Aufmärsche nicht genieret werden dürfen. „Promis" und „intellektuelle" Vertreter des deutschen Ungeisteslebens machten der Jugend gewalttätige „Gewaltlosigkeit" vor, und wenn der Rechtsstaat nicht kapitulierte, sondern die Herrschaften sanft von der Straße trug und ihnen gar ein Geldsträflein aufzubrummen wagte, schrien dieselben Blätter Zeter und Mordio, die heute dem Rechtsstaat Kapitulation vorwerfen. Der Rechtsstaat wurde verteufelt, wenn er Daten über die kriminellen Wanderarmeen sammelte; manche Landespolizeien machten auf Befehl ihrer „progressiven" Innenminister nicht mit. Heute ist das Erstaunen groß, daß man sich von „reisenden Chaoten" überraschen läßt. Aber die Arie „Wer hätte das gedacht!" ist ja spätestens seit dem Fall der Mauer die neue deutsche Nationalhymne.

Der Rechtsstaat hat jahrelang systematisch das Recht gebrochen. Er hat Milliarden an Steuergeldern ohne Rechtsgrundlage ausgegeben für Personen, die keinen Anspruch darauf hatten, hier geduldet und versorgt zu werden; Artikel 16 GG Abs. II Satz 2 erhielt die Neufassung: „Das Boot ist noch lange nicht voll." Höchstens sieben Prozent aller Zuwanderer werden als politisch verfolgt und damit asylberechtigt anerkannt. Aber weder wurde für ein Ende der Überflutung gesorgt, noch wurden Aufenthalts-Erschleicher abgeschoben – oft nicht einmal Schwerkriminelle.

Und die Bürger nahmen es geduldig hin. Kein Volk verdient mehr Anerkennung für anständige, rechtsstaatliche, nichtfaschistische Haltung als die Deutschen. Kein Volk ist übler von den eigenen „Intellektuellen", Kanzelrednern, Politikern heruntergemacht worden:

Aber vorher wurde das Verbrechen regelrecht ermutigt: Festnahme eines Gewalttäters in Rostock FOTO: AP

Schuld an der Unzufriedenheit mit dem Asylmißbrauch sei allein die Kritik am Asylmißbrauch. Bis dann in den neuen Ländern die Gewalt losbrach. Und siehe da, plötzlich hieß es, die Menschen dort seien wohl noch nicht auf das Problem vorbereitet, da könne man ihnen keine Asylanten zumuten, sondern müsse diese westwärts zurückschicken (wieso nicht? Hat der Sozialismus ihnen nicht jahrzehntelang die Völkerfreundschaft eingehämmert?). Was wunder, wenn nun die Ost-Skins sich sagten, daß sie getrost draufprügeln dürfen, man werde nicht gegen sie durchgreifen, sondern sie zu Helden machen, indem man die Asylanten zum Heiligen St. Florian westwärts schickt. Was wunder, wenn westliche Skins folgern, daß Gewalt offenbar den Rechtsstaat zum Tanzen und sogar die SPD zur Einsicht bringt. Falscher, dümmer, verantwortungsloser geht es in diesem Staat der Dichter, Denker und Diätenschneider nicht.

Der Rechtsstaat hat in der Asylfrage wie überall dem Unrecht zu steuern, bevor Schläger sich der Sache annehmen und triumphierend ihren Mitbürgern sagen: Seht Ihr, mit Faustrecht geht's allemal. Es ist bitter, wenn die Verfassungsänderung nicht vom Verstand, sondern vom Verbrechen diktiert wird, aber deswegen darf der rechtswidrige Zustand nicht aufrechterhalten werden. Die Schlägerbanden jeder Couleur aber müssen mit aller Härte zur Raison gebracht werden; auch hier sind Gesetzesänderungen nötig, vornean die Wiedereinführung des Landfriedensbruchs-Paragraphen.

Wenn dann im Bundestag wieder die Propheten der liberalen Brutalität einwenden, man dürfe doch nicht die kritischen, engagierten, verzweifelten jungen Menschen in ihrer Selbstverwirklichung polizeistaatlich genieren, dann sollte der Bundespräsident den Mut zur Aussage in einer wirklich ernsten Frage von Rechtsstaat und Moral haben. Und der Kanzler sollte nicht zögern, Bilder aus Rostock im Bundestag hochzuhalten. Von den Politikern insgesamt aber wünscht man sich, daß sie endlich lernen, vorher verantwortungsbewußt zu handeln und nicht erst nachher – wenn es im wahrsten Sinne des Wortes brennt.

(Die Welt, 27.8.92)

Mehr Staat: "eine weitere Wende von links zur Vernunft"!

Enno v. Löwenstern wendet sich bereits am 25.8. *{"Schärfe, selektiv"),* also einen Tag vor Eckhard Fuhr, gegen jedes Entlastungsargument. *"Das ist genau der falsche Ton. Richtig ist, daß dem unkontrollierten Zustrom ein Riegel vorgeschoben werden muß; das darf aber nichts mit gewalttätigen Ausschreitungen zu tun haben. Mißständen, wirklichen oder angeblichen, begegnet man im demokratischen Rechtsstaat, indem man sie den Regierenden zur Kenntnis bringt. Ist man mit den Regierenden/unzufrieden, so kann man vor Gericht gehen oder sie abwählen."* Empfiehlt also Enno v. Löwenstern einerseits den ordnungsgemäßen Gang, so sieht er auf der anderen Seite den drohenden *"Triumph des Faustrechts"* (Kommentar 27.8.) Wer schuld an diesem drohenden "Triumph" hat und wie dem zu begegnen sei, das ist das eigentliche Thema Enno v. Löwensterns. Das vorweggenommene Fazit seiner Ausführungen: die Linke ist schuld, gegen sie muß *"eine weitere Wende (...) zur Vernunft"* (DIE WELT, 26.8.1992) durchgesetzt werden (wobei die "Linke" für v. Löwenstern bis weit in die CDU hineinreicht). Die Indizienkette ist nur scheinbar lückenlos:

- Wenn eine *"weit links stehende Zeitung"* (gemeint ist die Frankfurter Rundschau) die erstmalige *"Kapitulation der Staatsgewalt"* vor dem *"Mob der Straße"* moniert, so stellt v. Löwenstern klar, daß der Rechtsstaat bereits *"seit einem Vierteljahrhundert so viele weiße Fahnen gehißt"* habe, *"daß ihm bald die Bettlaken"* ausgingen. Die Linke habe dem Staat *"eingedrillt"*, daß *"»Regelverletzungen«"* und *"»Widerstand«"* nicht grundgesetzwidrig seien. Daß die Linke mit Widerstandsaktionen keineswegs Pogrome ins Auge faßte, dazu kein Wort von v. Löwenstern. Berufsverbote sind für ihn offensichtlich ein Fremdwort.

- Die Ereignisse von Rostock hätten sich in der Vergangenheit bereits *"hundertfach"* in Brokdorf, Wackersdorf, in der Hafenstraße und in Freiburg abgespielt. Die bekannte Methode der Gleichsetzung wird hier bereichert um die nachträgliche Kritik an denjenigen, die das Vorgehen der Polizei *"gegen die Gangster"* als *"Polizei-Brutalität"* disqualifiziert hätten. Schlußfolgerung: die Linken haben es vorgemacht, die Rechten haben nachgezogen. Dazu die Unterschrift zu einem Bild, auf dem ein Gewalttäter festgenommen wird: *"Aber vorher wurde das Verbrechen regelrecht ermutigt".*

- Der Rechtsstaat habe (zu sozialliberalen Zeiten!) *"unter dem Jubel aller 'Progressiven' und 'Liberalen' (...) die Bestimmungen gegen Landfriedensbruch abgeschafft"* - ein Kotau vor der *"edle(n) 'Studentenrevolution'".* Das Bundesverfassungsgericht habe der *"blutigen Brutalität"* in Brokdorf nachträglich Absolution erteilt. Anderseits: wenn der Rechtsstaat nicht kapituliert habe, z.B. als *"»Promis«" und »intellektuelle« Vertreter des deutschen Ungeisteslebens"* in Mutlangen *"sanft von der Straße"* getragen worden seien, hätten dieselben Zeitungen *"Zeter und Mordio"* geschrien, *"die heute dem Rechtsstaat Kapitulation"* vorwürfen. Als weiteres Beispiel für diese Schizophrenie wird die Kritik *("Verteufelung")* an Datensammlungen über die *"kriminellen Wanderarmeen"* genannt. Heute sei man erstaunt, *"daß man sich von »reisenden« Chaoten überraschen"* lasse.

- Der jahrelange, systematische Bruch des Rechts durch den Rechtsstaat im Falle des Asylmißbrauchs sei von den Bürgern *"geduldig"* hingenommen worden. Ihre *"anständige, rechtsstaatliche, nichtfaschistische Haltung"* sei beispiellos auf der Welt, die *"eigenen »Intellektuellen«, Kanzelredner und Politiker"* verleumdeten es mit dem Argument, *"Schuld an der Unzufriedenheit mit dem Asylmißbrauch sei allein die Kritik am Asylmißbrauch".* Heute - nach den Gewaltausbrüchen - argumentiere man, *"die Menschen dort"* seien überfordert, man dürfe *"ihnen keine Asylanten zumuten, sondern müsse diese westwärts zurückschicken".* Die Ost-Skins seien dadurch ebenso in ihrem Handeln bestärkt worden, wie die West-Skins, die daraus schlußfolgerten, *"daß Gewalt offenbar den Rechtsstaat zum Tanzen und sogar die SPD zur Einsicht"* brächten.

U Schlußfolgerung per saldo: Der Rechtsstaat müsse dem Unrecht steuern, bevor *"Schläger"* sich *"der Sache"* annähmen und dem Faustrecht Geltung verschafften. Diese müßten ihrerseits *"mit aller Härte zur Raison gebracht werden".* Und *"wenn dann im Bundestag die Propheten der liberalen Brutalität (!) einwenden, man dürfe doch nicht die kritischen, engagierten, verzweifelten jungen Menschen in ihrer Selbstverwirklichung polizeistaatlich genieren, dann sollte der Bundespräsident den Mut zur Aussage in einer wirklich ernsten Frage von Rechtsstaat*

und Moral haben. Und der Kanzler solle nicht zögern, Bilder aus Rostock hochzuhalten."

Die emphatische Beschwörung der großen Geste spiegelt freilich nur schwach die Sache wieder, um die es von Löwenstern geht: die Transformation des liberalen Rechtsstaats *("liberale Brutalität")* mit seinen eher flexiblen Toleranzgrenzen durch einen Staat, der sich der Durchsetzung von "law and order" - mit wohldefinierten und von den Bürgern fraglos respektierten Grenzen - verpflichtet weiß. Die aufgeregte und wortgewaltige Distanzierung von den *"Gewalttätern"* ist nur Mittel, um das eigentliche Anliegen, die Stärkung der repressiven Funktionen des Staates, medienwirksam zu lancieren. Der politische Zweck, den Enno von Löwenstern verfolgt, verweist auf die ideologische "Seelenverwandtschaft" zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus, der die wohlfeile Distanzierung von der "Gewalt der Straße" untergeordnet ist. "Rostock" bildet so lediglich die Hintergrundmelodie für das Unterfangen, eine "weitere Wende", ein wirkliches "Gegen-68" zu etablieren.

Literatur:

Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen, München und Leipzig 1932

Zippelius, Reinhold: Allgemeine Staatslehre, München 1973

»Warum müssen Deutsche immer nach rechts ausweichen, wenn es schwierig wird?«

Roderich Reifenrath, Chefkommentator der FR, veröffentlichte einige Wochen nach "Rostock" den folgenden Kommentar (7.9.1992):

Auf dem Weg nach rechts

Von Roderich Reifenrath

Die Bundesrepublik Deutschland driftet nach rechts ab. Nein, es sind nicht die in jeweils beherrschbaren Trupps vor Asylbewerberheimen ihren Frust mit Molotowcocktails und Steinen abreagierenden Jugendlichen, die — für sich betrachtet — eine solche Aussage stützen. Es ist die dahinter verborgene klammheimliche Zustimmung der „braven" Bürger für den ungebändigten Ausbruch von Haß und Gewalt. Es ist, wer dächte inzwischen nicht auch an Weimar und die prügelnden Sturmabteilungen der Nazis, die elende Mischung aus Distanz zur primitiven Bandale einerseits und stillem Beifall in der Sache andererseits. Und die hochgestimmten Gaffer am Tatort sind das Menetekel, Bindeglied, beunruhigender Beleg, wie eng letzten Endes die einen und die anderen geistig doch zusammenhängen.

Wer in den vergangenen Tagen und Wochen darunter gelitten hat (und es waren genug), wie der Staat auf all das reagiert, der wird in seinen Befürchtungen bestärkt. Nur an wenigen Plätzen in den neuen Ländern schoben Polizisten die in jedweder Absicht Losschlagenden so rechtzeitig und so weit ab, daß die Brandsätze Mauern, Fenster oder gar Innenräume der bedrohten Menschen gar nicht erst erreichten. Wer diese ungeheuerlichen Fehlleistungen nur auf mangelnde Erfahrung der Gewaltmonopolisten im Osten abwälzt oder als wutdämpfende Taktik gar lobt, der greift zu kurz. Verbergen sich dahinter nicht doch Rücksichtnahmen, die mit verwandten Befindlichkeiten zu tun haben oder gar mit privaten Bindungen zwischen Ordnungshütern und Straffälligen, Sozialisationen im gleichen Milieu? Manches spricht dafür.

Natürlich sind das noch keine klaren Belege für einen tiefwurzelnden Neonazismus, für den deutschen Schoß, der weiterhin fruchtbar ist. Doch zu dokumentieren gilt eine alarmierende Gleichgültigkeit gegenüber der faschistoiden Variante des inszenierten Gesetzesbruchs. Nicht einer, ginge es mit rechten Dingen zu, hätte in diesen Tagen die Möglichkeit haben dürfen, ein Asylbewerberheim mit seinen Waffen zu erreichen. Welche Ratschläge erteilen politisch Verantwortliche eigentlich ihren Einsatzleitern, wenn diese in Marsch gesetzt werden?

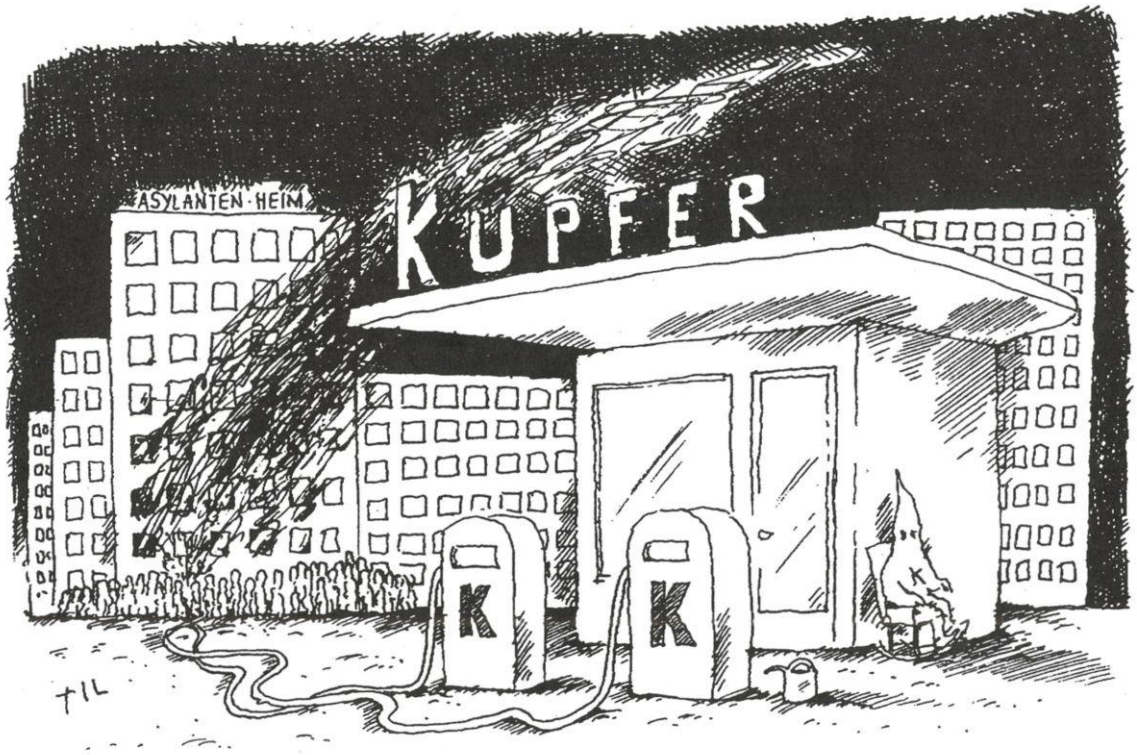
„Es gibt eine 68er Bewegung von rechts", hat Hamburgs Verfassungsschutz-Chef Ernst Uhrlau vor wenigen Tagen gesagt, um das Ausmaß des Aufruhrs zu beschreiben, den wir noch zu erwarten hätten. Der Vergleich hinkt natürlich wie die meisten. Spätestens bei den Inhalten scheiden sich die Geister. Die außerparlamentarische Opposition rannte damals gegen den Staat an, nicht gegen wehrlose Minderheiten. Die ApO hatte, so abstoßend ihre Methoden des Protestes manchmal auch waren, ein moralisches Anliegen; die Rechten heute leben ausschließlich von ihren dumpfen Abneigungen. Terrorismus war nicht angelegt im studentischen Protest nach 1968, sondern eine verhängnisvolle, mörderische Abspaltung Jahre später. Die RAF hat der Bewegung geschadet und sie zerrieben. Der auf brutales Vertreiben und individuelles Bedrohen angelegte Fremdenhaß der neuen Extremisten dagegen sucht ja gerade durch Terror den Schulterschluß

Aber etwas anderes läßt sich aus der Bemerkung Uhrlaus verwerten — der indirekte Aufruf, sich auf eine andere Qualität politisch motivierter Gewalt einzustellen. Darauf, daß die noch in kleinen Zellen eingebundenen Drahtzieher der Ausschreitungen und ihr vor Ort zumindest für eine Aktion rekrutierbarer Anhang sich organisatorisch zusammentun könnten. Daß die „Führer" der Ewiggestrigen weite Räume für ihre Agitation finden, daß Propaganda mit größerer Intelligenz und erfolgreicher vorgetragen wird als bisher — von Leuten, die im Rahmen einer Verschiebung der Koordinaten jetzt rechtsaußen gelandet sind. Nicht mehr bei Franz Schönhuber oder bei den Epigonen des Franz Josef Strauß. Deshalb wird CSU-Chef Theo Waigel, dem Zeitgeist auf den Fersen, der Appell an die CDU auch nichts nützen, in der politischen Geographie gefälligst aufzurücken.

Die Politik bietet leider wieder nicht mehr als Anpassung. Jeder rechte Extremist hat guten Grund, an der Durchschlagskraft seiner Blindwütigkeit zu glauben. Parallel zu den fundamentalen Verstößen gegen einfache Regeln der Menschlichkeit läuft das hektische Bemühen der Parteien, die von den Brandstiftern als Ursache für ihren „Kampf" ums Deutschtum heraufbeschworene Situation, zu bereinigen. Eine Demonstration, daß man sich beim Thema Asyl so auf gar keinen Fall unter Druck setzen läßt, ist bislang ausgeblieben.

Wohl wahr: Über Zuwanderung und Asyl, über Einwanderung und Flüchtlinge, über Quoten und Abschiebungen und darüber, wie ein reiches Land zivil mit den Wirren weltweit umgehen soll, muß entschieden werden. Und nicht alles, was selbst unter Beachtung humanitärer Regeln, durchgesetzt wird, kann jedem gefallen. Aber warum müssen Deutsche immer nach rechts ausweichen, wenn es schwierig wird? In dieser Gefahr, wer will es leugnen, befinden sich leider auch die Sozialdemokraten.

Wir möchten Roderich Reifenrath nicht in allen Punkten zustimmen, meinen aber, daß dieser Kommentar ermutigt. Die Frage "Warum Deutsche immer nach rechts ausweichen, wenn es schwierig wird" hat er jedoch nicht beantwortet. Stimmt die darin enthaltene Behauptung? Wird sie immer stimmen? Für Deutschland 1992 gilt freilich: Wenn die herrschende Politik in Deutschland (einschließlich die der SPD) in zunehmendem Maße konservativen Konzepten á la Carl Schmitt folgt, der Rassismus und Rechtsextremismus (demokratisch?) zu integrieren versucht, wenn es die Deutschen nicht lernen, "mehr Demokratie zu wagen" (Willy Brandt), werden die "Rutschgefahren ins 4. Reich" weiterhin bestehen bleiben.



KU - KU - KUPFER

(tageszeitung, 26.8.92 - Lothar Kupfer ist der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern.)

Und BILD hetzt weiter ...

Mit Halbwahrheiten und leicht durchschaubaren Lügen hetzt BILD weiter - vor und nach Hoyerswerda und Rostock. Der rassistische Diskurs soll nicht versiegen, Die Suppe soll am Kochen gehalten werden...

Dienstag, 1. September 1992 Nr. 204/36 C 8754 A ** 60 Pf

BILD

UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH

☎ Leser-Telefon: 02054/10 12 22 ☎

Asylanten jetzt auf Schulhöfe

Neue Welle! Und bis Weihnachten kommen noch 400 000

Wohin mit den Asylbewerbern? Nirgendwo ist mehr Platz. Die Städte haben schon die meisten Pensionen angemietet, Turnhallen beschlagnahmt, selbst neue Reihenhäuser werden belegt. Jetzt entstehen die ersten Wohncontainer auch auf Schulhöfen, z. B. in Hamburg. Eltern und Kinder protestieren mit Schulstreik. „Bis Weihnachten werden weitere 400 000 bis 500 000 Asylbewerber kommen", schätzt der CSU-Abgeordnete Klaus Rose. Die Gemeinden sind ratlos, sie haben weder Platz noch Geld, **Seite 2.**

Wohnraum beschlagnahmt

Dienstag, 8. September 1992 Nr. 210/37 C 8754 A ** 60 Pf

BILD

UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH

☎ Leser-Telefon: 02054/10 12 22 ☎

Familie muß Asylanten aufnehmen

Von EVA SCHNEIDER

Ein ganz normaler Freitag. Familie Stegmann freut sich auf das Wochenende. Das Essen steht auf dem Tisch. Es schellt an der Haustür. Frau Stegmann öffnet. Draußen zwei Menschen. Ein Koffer steht neben ihnen. Die beiden schauen verlegen. Sie haben Angst. Es sind Asylanten. Ein Roma-Ehepaar aus Polen. Die Gemeinde hat die beiden bei den Stegmanns eingewiesen – zwangsweise. Der erste Fall in Deutschland. Welche Rechte Sie haben, wenn Ihre Wohnung beschlagnahmt wird: **Seite 2.**

NACHRICHTEN

Stasi-Offizier verhaftet

Athen – Ex-Stasi-Offizier Helmut Voigt (42) wurde in Athen geschnappt. Er soll RAF-Terroristen in der DDR Arbeit, Wohnungen und Papiere beschafft, Terrorist „Carlos" Sprengstoff besorgt haben. Voigt reiste mit falschem Paß („Herman Alfred"). Fahnder hatten seine

ber beginnt der Kartenverkauf für die Olympischen Winterspiele in Lillehammer 1994. Insgesamt sollen 1,4 Mio Tickets gedruckt werden. Rund 900 000 sind für das norwegische Publikum.

Vollmachten gegen Mafia

Wiesbaden – BKA-Chef Za-

Rover 216 GSi. 5
mäßig: Holzinterieu
kung, Zentralverrie
Rover 200. Preis: 2
Testen Sie

Hintergründe

Siegfried Jäger:

Erscheinungsformen, Ausmaß und Ursachen von Rassismus in Deutschland

Einige Thesen für die Podiumsdiskussion auf dem "Multikulturellen Freundschafts-Fest des DGB Düsseldorf" am 26.9.1992 - "Gegen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit - für eine multikulturelle Gesellschaft"

(Teilnehmer u.a. Innenminister NRW Dr. Herbert Schnoor, Bernt Engelmann, Yilmaz Karahasan (IG-Metall-Vorstand), Gilbert Yimbou (Krupp-Stahl AG)

Anlaß der heutigen Diskussion ist, daß die Kette rassistisch motivierter Gewalttaten in Deutschland nicht abreißt. Auch an diesem Wochenende werden wieder Flüchtlinge bedroht, geschlagen und verletzt.

Die Attacken gegen Flüchtlingsunterkünfte und einzelne Menschen werden immer brutaler und offensichtlich auch immer professioneller vorbereitet. Es werden Bomben gebaut und gelegt, es werden ausgeklügelte Strategien entwickelt, wie man die Einwanderer und Flüchtlinge mit Gewalt aus Deutschland vertreiben bzw. von deutschem Boden fernhalten kann.

Zur gleichen Zeit wird auf der politischen Bühne die Diskussion um die Aushöhlung des Asylrechts weiter zugespitzt. Der Artikel 16 des Grundgesetzes steht bereits seit Jahren zur Disposition; mit der Infragestellung des Artikels 19 wird ein grundlegendes demokratisches Recht tangiert.

Dabei geht es überhaupt nicht um den Artikel 16 GG. Das weiß jeder Politiker. Die unsinnige Diskussion über diesen Artikel hat ausschließlich symbolische Funktion und verdeckt die soziale Misere, in der sich die Flüchtlinge befinden. Sie wird geführt mit der Absicht, in der Bevölkerung eine Stimmung gegen Ausländer zu erzeugen, die die Politik legitimiert, die Grenzen Deutschlands und Europas gegen den Rest der Welt abzuschotten. Sämtliche Medien tragen mehr oder minder stark dazu bei, diese Kampagne zu unterstützen und Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in der Bevölkerung zu verbreiten und zu verfestigen.

Gewalt gegen Flüchtlinge und Einwanderer - das ist die eine Seite der Medaille. Die Politiker und Pressekampagnen gegen diese Menschen - das ist die andere.

Weshalb geschieht das? Wie hängen diese beiden Seiten zusammen? Wieso werden - aus scheinbar heiterem Himmel - nun bereits seit etwa zwei Jahren zunehmend Überfälle und Anschläge gegen Menschen verübt, die bei uns Arbeit, Zuflucht, Überleben suchen?

Auf der Grundlage unserer Untersuchungen zum alltäglichen Rassismus und zum Auftreten rassistischer Diskurse in den Medien möchte ich zu diesen Fragen einige Thesen vortragen, die zur Klärung beitragen sollen.

Zunächst aber möchte ich ganz knapp erläutern, was ich unter Rassismus verstehe.

Rassismus liegt dann vor, wenn Menschen, die anders aussehen, als die einheimische Mehrheit, oder andere Sitten und Gebräuche pflegen, eine andere als die einheimische Sprache sprechen, eine andere als die im Lande üblichen Religionen praktizieren etc. deshalb negativ bewertet und aus der Position der Macht der Einheimischen heraus diskriminiert, benachteiligt und angegriffen werden.

Rassismus kann von Einzelpersonen, Institutionen, Parteien und Verbänden, und durch Gesetze und Verordnungen ausgeübt werden.

Nun aber zu den Thesen:

1. Der Rassismus hat eine lange Geschichte und erreicht heute nur einen weiteren Höhepunkt.

Rassismus und rassistisch motivierte Gewalttaten werden heute meist mit Ortsnamen wie Hoyerswerda, Hünxe, Saarlouis und Rostock in Verbindimg gebracht. Doch Rassismus und Antisemitismus gibt es in Deutschland seit Jahrhunderten. Und dies führte immer wieder zu Verfolgungen Pogromen mit dem Höhepunkt der Massenvernichtungen von Juden, Sinti und Roma, Kriegsgefangener, Behinderter, Schwuler im Faschismus.

Doch auch nach dem Krieg lebten Rassismus und andere Formen massiver Diskriminierung von Menschen, die nicht der deutschen Norm entsprachen, weiter fort. Doch meist eher unter der Decke, wie ein Schwelbrand, der hier und da schon einmal aufflackerte, z.B. wenn Wahlen ins Haus standen, aber bisher in keinem Fall die massenhaft gewalttätige Verlaufsform fand wie in den letzten Jahren.

Rassismus in der Bevölkerung war eher einem Klavier zu vergleichen, auf dem man gelegentlich klimperte, womit man aber auch jederzeit wieder aufhören konnte. Das ist inzwischen anders geworden. Der Rassismus der Bevölkerung hat sich verselbständigt.

Man fühlt sich an die Zauberlehrlinge erinnert, die die Geister, die sie gerufen hatten, nicht mehr loswurden.

In der nüchternen Sprache der Wissenschaft formuliert, heißt dies: Heute sind nahezu alle Menschen in Deutschland mehr oder minder massiv in rassistische Diskurse verstrickt. Rassismus ist im heutigen Deutschland zu einer nahezu flächendeckenden Gemütsbewegung geworden.

2. Rassismus ist kein Jugendproblem.

Die Verstricktheit nahezu aller Menschen in unserem Land in den rassistischen Diskurs geht einher mit der Bereitschaft, das sog. Ausländerproblem mit Gewalt zu lösen. Das gilt für alle Menschen, die rassistisch eingestellt sind, nicht nur für Jugendliche.

Als aktivste Gruppe in der Bevölkerung sind es aber vor allem Jugendliche, die bereit sind, das verbreitete rassistische Denken auch in Taten und Tätlichkeiten umzusetzen. Sie empfinden sich aber nur als die Vollstrecker des allgemeinen Volkswillens.

3. **Rassismus ist kein ostdeutsches Problem.**

Ebensowenig wie Rassismus ein Jugendproblem ist, ist er ein Problem insbesondere der ostdeutschen Bevölkerung. Die Verstricktheit der Menschen in Rassismus ist in den alten Bundesländern mindestens ebenso stark wie in den fünf neuen Ländern.

Wenn in den letzten Monaten die Anzahl der Anschläge gegen Flüchtlinge und Einwanderer im Osten größer geworden ist als im Westen, dann liegt das daran, daß die praktizierte Ansiedlungspolitik hier zunehmend infamer und skrupelloser durchgeführt wird als im Westen.

Rostock ist nach unseren Erkenntnissen ein auf lange Hand vorbereitetes Schurkenstück gewesen, in das Politik und Polizei zutiefst verstrickt sind. Das inszenierte Pogrom sollte dazu dienen, die angebliche Notwendigkeit einer höchst restriktiven Ausländerpolitik im Vorfeld der Vereinigung des Europäischen Marktes mit einem Knall in die Köpfe der Menschen in diesem unseren Lande hineinzukatapultieren.

Der Schauplatz für diese Inszenierung war allerdings gut gewählt: Rostock, Plattenbausiedlung, "Arbeiterschließfächer", hohe Arbeitslosigkeit, verbaute Zukunftsperspektive, gedemütigte Menschen - ein Pulverfaß, an das man nur noch die Lunte zu legen brauchte.

4. Rassismus ist kein Problem der sozial Schwächeren.

Rassismus ist auch nicht vorwiegend ein Problem der sozial Schwächeren. Unsere eigenen qualitativen Untersuchungen und auch andere stärker quantitativ verfahrende Untersuchungen zeigen, daß Rassismus in allen gesellschaftlichen Schichten grassiert, ja, es zeigen sich bei sozial schwächeren Jugendlichen sogar stärkere Solidarsierungseffekte mit Einwanderen und Flüchtlingen als bei sozial stärkeren Jugendlichen.

5. **Rassismus bietet zentrale Anknüpfungspunkte für den Rechtsextremismus.**

Rassismus ist ein Kernideologem des Rechtsextremismus. Die rechtsextreme Ideologie zentriert sich um die Auffassung, daß alles Soziale Natur sei und damit schicksalhaft und unveränderlich. In der Natur aber herrscht das Recht des Stärkeren.

Dieser sozialdarwinistische Ansatz prägt das Menschenbild des Rechtsextremismus, sein Bild der Frau als Reproduzentin des Volkes, sein Bild der Gesellschaft als völkisch und auf biologischer Abstammung basierend etc. etc.

Menschen anderen Aussehens und anderer Lebensgewohnheiten werden unter dem Gesichtspunkt der anderen Natur wahrgenommen; sie werden als andere "Rassen" konstruiert, denen gegenüber die nordischen Rassen überlegen seien.

Bei der Durchsetzung dieser Ideologie kommt rechtsextremen Ideologen die Tatsache entgegen, daß Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in der Bevölkerung tief verwurzelt sind.

Besonders in den Wahlkämpfen argumentieren alle rechtsextremen Ideologen und Parteien rassistisch und naturalisierend. Sie gehen davon aus, daß die im Rassismus enthaltene Idee, alles Soziale sei bloße Natur, den Anknüpfungspunkt für andere rechtsextreme Ideologeme darstellt, die man nur noch nachzuschie-

ben habe, um im Bewußtsein der Menschen geschlossene rechtsextreme Weltbilder zu installieren.

Rechtsextreme Parteien und Propagandisten erzeugen aber den in der Bevölkerung herrschenden Rassismus nicht, sie versuchen ihn für sich zu nutzen; wie's aussieht: mit zunehmendem Erfolg.

Sie profitieren von der Asyldebatte, von den Anschlägen gegen Flüchtlingsheime, insgesamt: vom in der Bevölkerung durch die anderen Parteien und Politiker sowie die Medien durchgesetzten Rassismus.

Sie versuchen zwar, den Volkszorn mit anzuheizen, um desto lauter nach dem starken Mann rufen zu können; sie unterstützen die Bombenwerfer und versuchen sie zu organisieren, militärisch auszubilden etc. Aber sie sind in erster Linie Nutznießer und Profiteure einer Entwicklung, die sie allein nicht hätten zustandebringen können.

6. Es gibt keine Menschenrassen, Rassismus ist reine Ideologie

Rassismus liegt die Vorstellung zu Grunde, es gäbe menschliche "Rassen" - und Kulturen, die unveränderlich, auf jeden Fall aber im Grunde unverträglich sind.

Die Vorstellung, daß es Menschenrassen gibt, ist wissenschaftlich widerlegt. Die Unterschiede innerhalb von Menschengruppen, die man als "Rassen" zu definieren versuchte, sind größer als solche zwischen den Gruppen, die man als "Rassen" zu definieren versuchte.

Historisch hat sich gezeigt, daß sich Kulturen, die zudem selbst nie homogen sind, ständig verändern und entwickeln, besonders wenn sie mit anderen Kulturen in Berührung kommen. Das Buch von Bernd Engelmann "Du Deutsch" legt davon beredtes Zeugnis ab.

Rassismus und Ethnozentrismus haben keinerlei wissenschaftlich vertretbare Basis. Wir können auch sagen: Wie es einen Antisemitismus auch ohne Juden geben kann, gibt es Rassismus insgesamt ohne Rassen. Es handelt sich um Konstruktionen, um reine Ideologien.

Er wird aber projeziert auf Menschen, die in Aussehen und Verhalten von deutschen Menschen abweichen oder als abweichend konstruiert werden.

7. Rassismus hat vielfältige Ursachen, und er ist ein Instrument zur Durchsetzung antidemokratischer Politikkonzepte

Der in der Bevölkerung latent vorhandene Rassismus wird durch Politiker mit Hilfe der Medien, unter denen sich besonders, aber nicht nur, die BILD-Zeitung hervortut, geschürt und verfestigt.

Weshalb kann das greifen? Und weshalb geschieht das? Welche Funktion hat der Rassismus für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt?

In aller Kürze lautet meine Antwort: Der Einzelne lehnt im Fremden diejenigen Eigenarten ab, die er sich selbst mühselig abtrainieren mußte, wie etwa (meist bloß imaginierte) Faulheit, sexuelle Freizügigkeit, Lust, sich auszutoben etc.

Sein mühsam aufgebautes Normenkorsett muß mit allen Mitteln verteidigt werden. Deshalb wird die deutsche Norm zur Meßlatte der Ablehnung alles Fremden.

Neben dieser mehr psychoanalytisch argumentierenden Begründung ist anzuführen: Der Andere wird als Konkurrent um einen Platz an der Sonne angesehen. Da er in der schwächeren Position ist, glaubt man leicht mit ihm fertig werden zu können. Für den Einzelnen hat Rassismus so Entlastungsfunktion.

Die Propagierung und Durchsetzung von Rassismus aus politischer Perspektive findet statt, weil die betreffenden Politiker ein Gesellschaftsbild favorisieren, das man als völkisch-nationalistisch bezeichnen kann. Hier steht die Staatslehre von Carl Schmitt Pate, der auch für die Staatsauffassung des Nationalsozialismus eine wichtige Rolle gespielt hat.

Die Eckpfeiler dieser Staats- und Gesellschaftsauffassung sind: Homogenität der Bevölkerung auf der Grundlage von Abstammung und gemeinsamer Geschichte, Sprache, Kultur etc. Von dieser Staats- und Gesellschaftsauffassung haben sich auch unsere Ausländergesetze leiten lassen.

Dieses hier nur kurz angerissene Konzept steht im diametralen Gegensatz zur Vorstellung einer demokratischen Gesellschaft.

Ein zweiter politischer Grund für die Stärkung rassistischer Haltungen besteht darin, daß man die Konkurrenzbedingungen und den Lebens-

Standard der westlichen Industrienationen halten möchte, um sich in der Konkurrenz in Europa gegen die USA und Japan durchsetzen zu können.

8. Die massenhafte Anwesenheit von Einwanderern und Flüchtlingen in Deutschland ist nicht die Ursache des steigenden Rassismus in der Bevölkerung.

Da dieser Rassismus, so wird weiter argumentiert, die Demokratie gefährde, Rechtsextremismus schüre etc., müsse man dafür sorgen, daß die Ausländer draußen bleiben. Diese Begründung ist wenig überzeugend:

Wenn der Eindruck entsteht, Einwanderung finde bereits massenhaft statt, so ist dieser Eindruck darauf zurückzuführen, daß Flüchtlinge in Sammellager gepfercht werden, daß sie in der Presse, wo man zugleich (wie beim Spiegel) nicht vor Fälschungen zurückschreckt, immer als Masse ins Bild gesetzt werden, wo sie als drohende Fluten, die die Dämme brechen lassen, und als Leute, die unser Boot zum Kentern bringen, und immer wieder als riesige Gefahr für Deutschland beschworen werden.

Wie kann man solchen Darstellungen glauben, wenn sog. "deutschstämmige" Aussiedler zu Hunderttausenden aufgenommen werden, die offenbar problemlos integriert werden können?

Gleichwohl wird dieses Argument der "massenhaften" Einwanderung dazu benutzt, die Abschaffung des § 16 GG zu fordern und zu betreiben.

9. Die Forderung, man solle die Fluchtursachen beseitigen, um das sog. "Ausländerproblem" zu lösen, ist scheinheilig.

Der bisherige Zuzug von Einwanderern ist noch relativ klein. Es ist aber damit zu rechnen, daß die Einwanderung auch nach Deutschland in den nächsten Jahren zunehmen wird. Daran wird keine Paragraphenänderung und kein Grenzzschutz, keine versuchte Abschreckung und keine Anhebung der Entwicklungshilfe etwas ändern können. Die Notleidenden der Dritten Welt haben keine andere Wahl, als die, ihr Land zu verlassen und bei uns und in anderen Ländern Zuflucht zu suchen. Ich habe den Eindruck, daß die derzeitige Debatte in unseren Parteien die Bevölkerung auf eine solche Situation vorzubereiten versucht, und zwar mit der Absicht, ihre Zustimmung zu immer drastischeren Abschreckungsmaßnahmen zu organisieren.

Das heute häufig zu hörende human klingende politische Rezept gegen die zunehmende Anzahl von Einwanderern und Flüchtlingen lautet: Fluchtursachen beseitigen!

Ja, wie denn? Läßt sich das so einfach machen angesichts von hunderten von Jahren währender Ausbeutung und Ausblutung der Herkunftsländer? Angesichts der Tatsache, daß unser Wirtschaftssystem diesen Prozess von Ausbeutung und Ausblutung weiterhin nutzen will und, im Rahmen weltweiter Konkurrenz, auch nutzen muß?

So sehr es nötig wäre, die Fluchtursachen zu bekämpfen, ebensowenig wird dies gelingen. Die Notleidenden, die fliehen müssen, um zu überleben, werden kommen.

Der Versuch, dagegen eine "Festung Europa" zu errichten, wird scheitern. Deutschland hat die Wahl: Entweder wird es gelingen, die vor Ort jeweils nötige Hilfe zu improvisieren - was es auch kosten mag. Und das wird auf jeden Fall teuer werden und erhebliche Einbußen an Lebensstandard für uns alle bedeuten. Die Alternative dazu wäre, wie Karl Bartels in einem Leserbrief an die FR vom 23.9.92 drastisch formuliert, Massenmord, und zwar durch Krepierenlassen oder militärisch organisierten Genozid.

Die Massenwanderung, die aus der von den Industrienationen verschuldeten Not resultiert, wird nicht aufzuhalten sein. Das muß uns allen klar werden. Und klar werden muß uns auch, daß wir von unserem Wohlstand werden abgeben müssen. Insbesondere wir hier im Westen Deutschlands. Und insbesondere und vor allem diejenigen, die bei uns in Deutschland im Überfluß leben.

Diese Einsicht, so ergaben unsere Untersuchungen, ist bisher aber in Deutschland bei kaum einem vorhanden.

In dem folgenden Text analysiert Nora Räthzel die Rostocker Pogrome auf dem Hintergrund der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Wir verstehen diesen Text als Beitrag zur Klärung der Frage, wie es möglich gewesen ist, daß die Welle rassistisch motivierter Gewalttaten derart schnell auch auf die ehemalige DDR übergreifen konnte. Die spezifischen Formen solcher Übergriffe im Westen bedürften demgegenüber allerdings ebenfalls einer genaueren Analyse.

Nora Räthzel (Institut für Migrations- und Rassismusforschung Hamburg):

Heimat, Nationale Identität. Nationalstaat und die Bilder des Anderen im heutigen Deutschland[1]

"Eine Nation ist eine Gruppe von Menschen, die durch den gemeinsamen Irrtum über ihre Vorfahren und die gemeinsame Abneigung gegenüber ihren Nachbarn miteinander verbunden ist."
(Altes europäisches Sprichwort)

Auf dem Hintergrund der neuen Pogrome gegen Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland möchte ich den Zusammenhang von Heimat, Nation (nationaler Identität) und Nationalstaat diskutieren und dabei den Versuch machen, diese Angriffe zu analysieren, insbesondere die Gründe, weshalb sie von etwa 3000 "normalen" Bürgerinnen und Bürgern unterstützt werden konnten.[2]

Ich möchte zunächst zu skizzieren versuchen, was Heimat, Nation und der Nationalstaat für Ost-Deutsche und West-Deutsche vor der Vereinigung bedeuteten. Zweitens werde ich eine erste und vorläufige Hypothese darüber entwickeln, was sie nun, nach der Vereinigung, bedeuten. Und auf diesem Hintergrund will ich dann einige Gedanken über das Wiederaufleben der Pogrome und über die Perspektiven antirassistischer Politik zu entwickeln versuchen.

I. Die Situation vor der Vereinigung

Heimat

In dem Buch *von Hans Kohn "Die Idee des Nationalismus - Eine Untersuchung seiner Ursprünge und seines Hintergrundes" (New York 1945. The Macmillan Company) heißt es, daß einige der Bestandteile, aus denen der Nationalismus konstruiert wird, die ältesten und ursprünglichsten Gefühle menschlicher Wesen darstellten: "Der Mensch hat die natürliche Veranlagung, seinen Geburtsort oder den Ort, an dem er seine Kindheit zugebracht hat, dessen Umgebung, sein Klima, die Züge seiner Hügel, Täler, Flüsse und Bäume zu lieben ..."* (S. 23) Diese Gefühle *"bilden die natürlichen Grundelemente des Nationalismus; der Nationalismus selbst aber ist keine 'natürliche' Erscheinung."* (S. 24)

Wenn diese Gefühle, die mit den Orten der Kindheit, der Landschaft, in der man aufgewachsen ist, und der Sprache, die man am besten kennt, die fundamentalen Zutaten des Nationalismus sind, aber nicht der Nationalismus selbst, dann muß die Frage gestellt werden, wie diese sehr verschiedenen Erfahrungsebenen miteinander verbunden sind. Wie können sie auf eine Art und Weise miteinander verkoppelt werden, daß eine Landschaft eine Nation kennzeichnen kann (Der Rhein - ein deutscher Fluß - das fühlte sogar Monica Maron, als sie den Fluß zum ersten Mal sah)?

Ich habe einige Befragungen zu den Assoziationen, die mit dem Wort Heimat verbunden werden, durchgeführt; dabei zeigte sich:[3]

Die Elemente, die die Vorstellung von Heimat ausmachten, waren konkrete Alltagserfahrungen von Familie, Landschaft, regionalspezifische Ess- und Trinkgewohnheiten. Solche konkreten Zuschreibungen wurden von Stellungnahmen begleitet wie etwa, daß "Heimat" Sicherheit, Intimität und Vertrautheit bedeute.

Diese Befragungen sind im Vorfeld eines Projektes durchgeführt worden, das das Verständnis von Heimat, Nation und Nationalstaat in Großbritannien, Frankreich und Deutschland erkunden soll.

[1] **Referat, gehalten am 4.9.1992 auf der Sommeruniversität über "Nationale Identitäten in Europa" in St. Pierre Les Nemours; Übersetzung aus dem Englischen: Siegfried Jäger. Für die 2. Auflage von der Autorin durchgesehene und korrigierte Fassung.**

[2] **Natürlich kann dies zu diesem Zeitpunkt nur erst sehr vorläufig geschehen; genauere und weitgehendere Analysen werden folgen müssen.**

Da alle, die ich befragte, aktiv im politischen Leben standen, entweder in der politischen Basisarbeit oder durch ihre Arbeit als Lehrer oder Sozialarbeiter, war es überraschend, daß ihre Beschreibungen und Konnotationen jeden Bezug zur Arbeit oder Politik vermissen ließen.

Heimat, das schien ein imaginärer Raum ohne Konflikte, Unglück, Streit, Widersprüche zu sein, und erst recht ohne irgendeine Beziehung zu staatlichen Institutionen.

Dies entspricht der Konstruktion zweier separater Sphären, der privaten und der öffentlichen, die ein Resultat der Herausbildung des modernen Nationalstaats darstellen. Das private Heim ist der Schutzschild, den man sich gegen die Interventionen des Staates errichtet. (Obwohl zugleich der Staat noch nie so tief in die private Intimsphäre des Alltags eingegriffen hat wie heute.)

In vielen Artikeln über die DDR während und nach ihrer Existenz wurde der Terminus "Heimat" im Sinne eines Ortes des Rückzugs vom Staat verwendet, um die Aktivitäten der Bürger in der DDR zu charakterisieren: Es wurde festgestellt, daß sie alle freie Zeit dazu benutzten, ihre "Datsche" zu bauen und sich in sie zurückzuziehen.

Insgesamt könnte man sagen: Anstatt von einer Verbindung zwischen dem Begriff Heimat und dem Begriff der Nation auszugehen, statt zu sagen, daß Nationalismus aus der Liebe zur Heimat entsteht, zeigt sich eher, daß Heimat als eine Festung gegen die Gesellschaft verstanden wurde, gegen Nation und Nationalstaat.

"Sich zu Hause fühlen", dies bedeutet für viele, ihr Leben sinnvoll zu gestalten, soziale Beziehungen als selbstbestimmte Beziehungen zu leben, in denen grundlegende Bedürfnisse und Sehnsüchte organisiert und genossen werden.

Nation

Sich als Teil der Nation zu fühlen heißt, sich als Teil einer größeren Gruppe innerhalb bestimmter Grenzen zu fühlen (obwohl oft kleinere oder größere Teile jener Gruppe außerhalb dieser Grenzen leben und "Nicht-Zugehörige" innerhalb). Um die bekannten Probleme statischer Definitionen der Nation zu vermeiden, möchte ich nur den Aspekt hervorheben, daß, im Vergleich zum Begriff Heimat die Nation eine Beziehung zu einer Gruppe konstituiert, die jenseits der Alltagserfahrungen existiert. Darüber hinaus ist festzustellen, daß der Begriff Nation eine Einheit zwischen Gruppen konstituiert, die in sehr antagonistischen und konfliktuösen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zueinander stehen, z.B.: Arbeit und Kapital, Herrschende und Beherrschte, Männer und Frauen, Alte und Junge, intellektuelle Eliten und Arbeitern usw.

Während die Vorstellung von Heimat sich durch die Abstinenz gegenüber dem "politischen Leben" auszeichnet, indem sie sich auf das Unmittelbare konzentriert, ist die Konstruktion von Nation Teil des Versuchs einer Gruppe (wie diese sich auch immer selbst definieren mögen), über das soziale Leben Kontrolle auszuüben. Er ist mit politischer Selbstbestimmung verbunden.

In der deutschen Geschichte entwickelte sich dieses Streben nach Selbstbestimmung als der Versuch, einen "fremden Herrscher" loszuwerden und durch einen "eigenen Herrscher" zu ersetzen. Im Ergebnis war die Liebe zur Nation innerhalb der preußischen Konstruktion von "Nationaler Identität" zutiefst verbunden mit Feindschaft und Haß nicht nur gegen den fremden Unterdrücker, sondern gegenüber der fremden Bevölkerung als ganzes. In dem Gedicht von Ernst Moritz Arndt: Was ist des deutschen Vaterland? heißt eine Zeile: "Wo jeder Franzmann heißet Feind". Selbstbestimmung war weniger orientiert an der Entwicklung demokratischer Strukturen als in Richtung solcher Strukturen, bei denen die "eigenen Herrscher" statt der fremden bestimmen sollten.

Während Heimat konkret ist, weil diese Vorstellung aus dem Alltagsleben entsteht und Teil der täglichen Erfahrungen ist, müssen die Charakteristika von Nation immer wieder produziert und reproduziert werden.

An anderer Stelle habe ich anhand einer Analyse der westdeutschen nationalen Presse der 80er Jahre gezeigt, daß auf einem abstrakten Niveau die "Deutsche Nation" als bestehend aus Ost- und Westdeutschen wahrgenommen wurde.[4] Auf einer konkreten Ebene jedoch, auf

[4] **Nora Räthzel: Deutsche Nation und Bilder von "Ausländern" in der westdeutschen Presse, in: Siegfried Jäger/Franz Januschek (Hg.): Der Diskurs des Rassismus. Ergebnisse des DISS-Colloquiums vom Oktober 1991, Oldenburg 1992, (= Osnabrücker Bei-**

der beschrieben wird, was mit "Deutscher Kultur, der "Deutschen Erfahrung" gemeint ist, wurde Deutschsein immer im Gegensatz zu den Ost-Deutschen gesehen. Deutsch zu sein, hieß "reich zu sein, westlich, in einer freien Gesellschaft lebend, auf hohem technologischen Standard, sich mit dem Staat identifizieren können". Alle diese Charakterisierungen wurden implizit und oft auch explizit gegen die unterstellten Charakteristika und Erfahrungen von Ost-Deutschen gestellt. Selbst in einer Stellungnahme, die die Vereinigung propagierte, sagte Waigel, damals Minister in Bayern, daß *"die Deutschen eine vereinigte Nation verdienen, weil sie in 40 Jahren Demokratie bewiesen haben, daß sie ein demokratisches Volk sind."* Obwohl er die "ganze Nation" ansprach, redete er nur über West-Deutsche.

Die wenigen Informationen, über die wir hinsichtlich der Konstruktion nationaler Identität in Ost-Deutschland verfügen, scheinen darauf zu verweisen, daß sich ein großer Teil der Bevölkerung selbst so sah, daß sie zusammen mit dem anderen Teil Deutschlands eine einheitliche Nation bildeten, und dies, obwohl die offizielle Version so aussah, daß sich die (dem Anspruch nach sozialistische) ost-deutsche DDR-Nation gegen die west-deutsche kapitalistische Nation eindeutig abgrenzte. Eine gründlichere Analyse könnte vielleicht zeigen, daß auch in der D D R die Identitäten widersprüchlicher waren: West-Deutsche könnten als "Brüder und Schwestern" gesehen worden sein, aber als sehr ferne, mit anderen, sogar gegensätzlichen Eigenschaften, die sich gegenüber den "armen Verwandten" ziemlich arrogant verhielten.

Nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Systems entstand in Ost-Deutschland jedoch offensichtlich ein starkes Einheitsgefühl (nicht jedoch in West-Deutschland, wo die erste Euphorie sehr schnell durch die Angst vor den "Kosten der Vereinigung" ersetzt wurde). Dieses Gefühl, einer deutschen geeinten Nation anzugehören, verband sich mit Erwartungen materiellen Wohlstands (Kommt die DM nicht zu uns, gehen wir zu ihr), doch auch mit der Erwartung, von den "Brüdern und Schwestern" und auch international akzeptiert zu werden. (Ich verweise auch auf die Geschichten, die immer noch von der Bevorzugung von West-Deutschen auf Kosten der Ost-Deutschen in anderen ost-europäischen Ländern handeln. Sie bilden immer noch einen Teil der Lebenserinnerungen von Ost-Deutschen und ihres beschädigten Selbstwertgefühls.)

Während sich die West-Deutschen positiv gegenüber dem negativen ost-deutschen Image bzw. Selbstbild konstruierten, taten dies die Ost-Deutschen umgekehrt gegenüber dem West-Deutschen. Die West-Deutschen stellten für sie das Ideal dar, das sie selbst anstrebten und zugleich ablehnten.

Nationalstaat

Die Beziehung zwischen der Nation und dem Nationalstaat ist widersprüchlich. Der Nationalstaat, so sagt man, repräsentiert die Nation, das Volk. Er hat den Ausgleich der antagonistischen Interessen zu gewährleisten. Um diese Einheit zu repräsentieren, hat er die sozialen Beziehungen in einer Weise zu regulieren, daß die antagonistischen Gruppen den Eindruck erhalten, ihre Interessen seien gesichert. Der Nationalstaat bedeutetet eine Ausweitung des demokratischen Einflusses von unten, doch zur gleichen Zeit eignet er sich die Fähigkeit sozialer Gruppen, ihren Alltag zu regulieren, selber an; er enteignet soziale Fähigkeiten und siedelt sie jenseits der Reichweite derjenigen an, in deren Interesse er angeblich herrscht. Interessen werden zu ewigen moralischen Werten transformiert, aus denen konkrete Handlungsweisen abgeleitet werden.[5] Innerhalb dieser Beziehungen kann die Nation jeweils mit oder gegen einen spezifischen National-Staat artikuliert werden.

Vor der Vereinigung verband sich die west-deutsche nationale Identität mit dem west-deutschen Staat, der zusätzlich als Repräsentant der ganzen deutschen Nation angesehen wurde; d.h. auch der Ost-Deutschen. Die ost-deutsche nationale Identität wurde - zumindest für eine Mehrheit während der letzten Jahre - im Gegensatz zum ost-deutschen Staat artikuliert, doch man versuchte zugleich, sich mit dem west-deutschen Staat zu identifizieren. Ein Indiz dafür ist der große Wahlerfolg der CDU bei den DDR-Wahlen und der noch grö

[5] **Das Projekt Ideologie-Theorie nennt solche Beziehungen ideologische Beziehungen. Vgl. Projekt Ideologie-Theorie: Theorien über Ideologie, Berlin 1979**

ßere bei den ersten Wahlen im vereinigten Deutschland.

Der liberale Begriff der Nation beinhaltet Gleichheit, dergestalt, daß man zu einer sozialen Gruppe gehört, die auf einem abgegrenzten Territorium lebt, und daß ein Herrschaftsapparat existiert, der Staat.

Bezüglich der Beziehung zwischen Selbst-Bestimmung, die von unten aus agiert, und dem National-Staat, machten die Ost-Deutschen zwei sehr verschiedene Erfahrungen: Die Erfahrung, dem Staat und staatlichen Institutionen unterworfen zu sein, aber auch die Erfahrung, daß es möglich war, einen Staat und ein Sozial-System zu stürzen, das Diktatur über seine Bürger ausgeübt hatte.

Gleichgültig, welche anderen Interpretationen es über den Zusammenbruch des Systems gab und noch gibt: für die ost-deutsche Bevölkerung war er ihr Werk. Folglich war die ganze neue Nation ebenfalls ihr Werk. Sie warfen die Unterdrückung durch einen Staat ab, ordneten sich aber zugleich den Versprechungen und Strukturen eines neuen National-Staates unter, von dem sie glaubten, es sei der Ihre, der ihre Interessen wahrnähme.

Ich möchte die folgende zusammenfassende Hypothese wagen: In der alten DDR gab es ein starkes Gefühl, einem lokalen Ort zuzugehören, wurde "Heimat" in Opposition zu den Anforderungen des Staates und dem Begriff der Nation, der durch den National-Staat angeboten wurde, gelebt. Die nationale Identität wurde mit dem west-deutschen National-Stäat und National-begriff gekoppelt. In der alten BRD war "Heimat" ebenfalls eine Zuflucht gegenüber den Interventionen des National-Staates, doch zur Nation zu gehören, bedeutete, zum west-deutschen National-Staat zu gehören (mit mehr oder minder Distanz).

Mit der Vereinigung zielten Ost-Deutsche darauf ab, sich in ihre Wunsch-Nation einzubringen und sich mit einem neuen National-staat zu identifizieren, der soziale Sicherheit bringen würde, Wohlstand und ein neues Selbstgefühl als "richtige Deutsche". Im Unterschied dazu standen die Westdeutschen erst einmal abwartend da, bereit, jeden Zentimeter Boden zu verteidigen, den sie durch die Erwartungen ihrer "Brüder und Schwestern" bedroht sahen. Natürlich vereinfache ich damit über Gebühr und skizziere nur die vorherrschenden Tendenzen, wobei ich Widersprüchlichkeiten und Minderheitspositionen vernachlässige.

II. Nach der Vereinigung - Die Pogrome von Rostock

Nationalstaat

Mit der raschen Kolonisierung des Ostens (politisch, sozial und vor allem ökonomisch) erfolgte für die Mehrheit der ost-deutschen Bevölkerung der Schock: Ihre ökonomische und soziale Situation verschlechterte sich, die Versprechungen der Politiker, die den National-staat repräsentieren, erwiesen sich als falsch.

Während der Freie Markt sich als Zwang zu striktem Gehorsam am Arbeitsplatz zeigt, erweist sich die politische Freiheit als Freiheit, alles zu sagen, ohne irgendeinen Einfluß zu haben. Das neue Gefühl, in der Lage zu sein, das eigene Leben zu bestimmen, die Bedingungen des Lebens zu meistern, erleidet einen schweren Schlag. Wie einige Leute sagen: "Früher hatten wir im politischen System nichts zu sagen, doch wir hatten ein bißchen Einfluß am Arbeitsplatz. Nun ist es genau umgekehrt: In der politischen Sphäre können wir sagen, was wir wollen, aber am Arbeitsplatz haben wir nicht mehr den geringsten Einfluß."

Nation

Der Import westlicher Waren von Schokolade, Früchten bis hin zu Autos hat das tägliche Erscheinungsbild von "Heimat" stark verändert. Es wurde einerseits verbessert - aber zugleich auch entwertet. Alle Arten neuer Dinge sind in Reichweite und doch weiter weg. Sie können jetzt gekauft werden, aber die Preise sind hoch, die Löhne niedrig. Als Folge steigender Preise schließen alte Restaurants und Läden, ebenso Kindergärten, Jugendzentren, Kinos und Theater. Die ost-deutschen nationalen Zeitungen (man kann sie immer noch in etwa so nennen) berichten jeden Tag über solche Ereignisse. Man erfährt ständigen Wechsel, ohne eingreifen zu können. Man könnte sagen, daß der Spielraum für Widerständigkeit, in dem die Menschen ihr Leben so leben konnten, wie es ihnen paßte und wo sie sich den Eingriffen des Staates entziehen konnten, stetig weiter schrumpft.

In Rostock-Lichtenhagen sind diese allgemeinen Tendenzen ebenfalls spürbar:

Ein Vorort, eine halbe Stunde außerhalb Rostocks, 15 Minuten per Bus vom Meer entfernt. Die neuen Gebäude, Wolkenkratzer, haben Wohnungen, die als komfortabler angesehen wurden als andere: obwohl klein, haben sie Zentralheizung und Bad. Die Gebäude wurden in verschiedenen Stilformen errichtet, die Wohnungen haben Balkone, es gibt viele Grünflächen zwischen den Gebäuden, kleine Parks mit Bänken und Skulpturen.

Es gab zwei Jugend-Clubs, die von der F D J organisiert wurden, auch wenn, wie man sagt, langweilig. Es gab ein paar Restaurants. Das Gebiet florierte wirtschaftlich, infolge von Hafen und Werft mit den hauptsächlichen Verbindungen zu Ost-Europa und der Sowjetunion.

20.000 Menschen leben in diesem Gebiet. Ein Gebäude mit zehn Stockwerken beherbergte "Kontrakt-Arbeiter" aus Vietnam, Kuba, Mozambique (insgesamt rund 100 Leute).

Dieser Vorort wurde als ein Platz für die Elite der Arbeiter betrachtet. Diejenigen, die hier eine Wohnung bekamen, bekamen sie auch als Lohn für Treue zum System.

Mit der Vereinigung hat dieses Wohnviertel erheblich an Attraktivität verloren. Nicht nur wegen der Arbeitsplatzverluste wegen des Niedergangs von Hafen und Werft, sondern vor allem, weil diese Region und ihre Wohnverhältnisse nun nach westlichen Maßstäben beurteilt werden. Was früher Wohnungen einer Elite waren, gilt heute der Standard von Sozialhilfeempfängern. Die Reportagen über die Pogrome in Rostock sind voll von Beschreibungen der Langweile und des inhumanen Charakters dieses Viertels. Jeder bedauert die hier lebenden Menschen, weil sie in solch schrecklichen Hochhäusern, in solchen Wohnblocks leben müssen. Doch die Einwohner sahen das anders.

In Interviews während der zweiten Nacht der Überfälle war zu hören: "Vorher war es hier sehr schön. Es war grün und sauber. Viele Menschen lebten in diesem Gebäude: Vietnamesen, Schwarze, Kubaner. Doch sie waren sauber, ruhig und ordentlich."

Die Konstruktion der nationalen Gemeinschaft durch rassistische Angriffe

Dieses eher skizzenhafte und mit Sicherheit viel zu sehr verallgemeinernde Bild ist deshalb problematisch, weil es den Eindruck erwecken könnte, daß ich die Einwohner Rostocks und von anderswo als arme Opfer einer unerträglichen Situation darstellen will. Das ist selbstverständlich nicht meine Absicht. Da die Situation höchst komplex ist, kann meine Darstellung nur "ein Analyse in erster Instanz" sein. Es gibt keinen notwendigen Zusammenhang zwischen der Situation und der Art und Weise, wie Leute in einer solchen Situation reagieren. Der einfache Nachweis dafür ist die unterschiedliche Art, wie andere in der gleichen Situation handeln. Aber es gibt eine allgemeine Tendenz zu gewissen "Lösungen".

1. Die Flüchtlinge symbolisieren für die Einwohner der Stadt die Macht, die der Staat und seine Institutionen über ihre "Heimat" haben.[6] Die Veränderungen und Entwertungen ihrer Wohnviertel unterliegen werden nicht zum Motor des Widerstandes. Denn was die Menschen in eine untergeordnete Position bringt ist zugleich das, was sie immer gewollt haben. Die Anwesenheit von Flüchtlingen kann im Unterschied dazu als direkter Angriff von oben auf ihre Heimat wahrgenommen werden. Das ist eine Entwertung, die natürlich keiner wollte.

2. Die Situation der Flüchtlinge symbolisiert für die Bevölkerung ihre eigene mögliche Zukunft als Heimatlose. Wie ein Lichtenhagener sagte: "Wir möchten nicht zu Asylsuchenden im eigenen Lande werden." Das kann als die typische Ideologie der Angst vor dem "Überflutetwerden" interpretiert werden, aber auch als Angst davor, heimatlos zu werden oder es in gewisser Weise bereits zu sein.

3. Die Beschwerden über die Flüchtlinge waren in erster Linie, daß sie den Garten als Toilette benutzen, Frauen belästigen und im Supermarkt klauen. Dies sind die typischen Elemente, aus denen sich rassistische Einstellungen nähren: Schmutz (nichtkontrollierter Körper), unkontrollierte Sexualität (die Bedrohung der eigenen Verfügung über Frauen) und mangelnder Respekt gegenüber dem Privateigentum. In einer Situation, in der praktisch alle Formen des Sozialverhaltens in Frage gestellt sind, bestärkt die Anklage gegen "Fremde", die Gesetz und Ordnimg mißachten, die Gültigkeit des eigenen

[6] **Vgl. dazu Philip Cohen: Gefährliche Erbschaften: Studien zur Entstehung einer multirassistischen Kultur in Großbritannien, in: Annita Kalpaka/Nora Räthzel: Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein, 2., überarbeitete Aufl. Leer 1990, S. 81-144**

Verhaltens als dasjenige, das "sich im Rahmen der Ordnung bewegt".

4. Ferner: Die Konstruktion solcher bedrohlicher Eigenschaften als **fremde** Wesenszüge bildet die Grundlage für eine homogene Gemeinschaft: Was auch immer die Widersprüche und Spaltungen sein mögen: Es kann eine allgemeine Übereinkunft geben, daß diese Haltungen unerträglich sind. Indem man sie den "Fremden" zuweist, kann das entgegengesetzte Verhalten der Bürger als "bodenständig", als deutsch erscheinen. Alltagselemente von "Heimat" (die Beziehung zum Körper, Geschlechterbeziehungen, Sexualität, der Bezug zum Privateigentum) werden nationalisiert. Die Heimat wird zum Teil der Nation nur in diesem Verhältnis zu "Fremden", die in die eigene Heimat eindringen. Indem man unterstellt, daß die eigene Heimat in Gefahr ist wegen fremder Eindringlinge, kann diese in die Nation integriert werden (was nicht möglich wäre, wenn sie als durch den Staat bedroht angesehen würde).

5. Die Angriffe auf Flüchtlinge sind deshalb ein Angriff auf die Herrschenden / Autoritäten ("die ein Flüchtlingslager in einem Wohngebiet zuließen" - wie es zahllose Male von CDU bis SPD geäußert wurde); der es diesen Autoritäten ermöglicht, das Vertrauen ihrer Untertanen wiederzugewinnen, indem sie sich deren Kampf anschließen.

Die Autoritäten zu bekämpfen, indem man "Fremde" bekämpft, das ist ein Kampf, durch den das, was als das "Unsere" angesehen wird, gekennzeichnet und geschützt wird. Es ist ein Kampf gegen die Autoritäten, aber einer, der die vorhandenen Strukturen nur reproduziert.

Die Autoritäten reagierten wie erwartet: Die große Mehrheit zeigte Verständnis für die Ängste und Sorgen der Bevölkerung und versicherte ihr, daß sie ihr Bestes tun würden, die Zahl der in Deutschland Asyl Suchenden zu verringern. Die Autoritäten und die Polizei erhielten eine Lektion, indem man Gewalt gegen solche anwandte, die von Repräsentanten oben und der Bevölkerung unten in gleicher Weise als im Lande unwillkommen angesehen werden. Die Gewalt erzeugt nicht nur eine Einheit zwischen den Leuten von unten und den Autoritäten, sondern letztlich auch zwischen West- und Ostdeutschen.

Perspektiven ??

Rassistische Angriffe symbolisieren die Lösung aller Probleme, mit denen Ost-Deutsche (und, in etwas anderer Weise: West-Deutsche) konfrontiert sind.

"Arrogantes, verlogenes Auftreten sind an der Tagesordnung. In den letzten Monaten wurden wir immer wieder belogen: Steuererhöhungen, Massenarbeitslosigkeit, Abbau sozialer Errungenschaften. Perspektivlose Jugendliche und ständig neue Forderungen machen den Menschen Angst. Kein einziges Problem wurde von der jetzigen Regierungspartei gelöst. Wir sitzen auf einer Zeitbombe, das hat Rostock deutlich gezeigt." (BZ 27.8.1992)

Die Kopplung von praktisch jedem Konflikt mit der Anwesenheit von "Fremden" ist eine Tendenz in einer Situation, in der politische Interventionen als zwecklos und unfruchtbar erscheinen. Dieses Gefühl wird nicht allein durch die Tatsache hervorgerufen, daß die Formen und Wirkungen der Vereinigung sowohl schwer auf den Ost-Deutschen wie auf den West-Deutschen lasten (wobei aber letztere bedeutend weniger leiden). Das Gefühl der Ohnmacht ist auch ein Ergebnis öffentlicher Diskussionen, in denen die politischen Institutionen und die Politiker allgemein als von Korruption, persönlicher Habgier und Betrug beherrscht dargestellt werden.

Dieser "Verelendungs"-Diskurs erzeugt eine Atmosphäre der Hoffnungslosigkeit, in der man nur Depressionen bekommt und aufgibt. Wenn es da keinen Ausweg gibt, um Kontrolle über das eigene Leben zu gewinnen, und wenn der Schutz der "Heimat" verschwindet, durch die man eine imaginäre Handlungsfähigkeit gewann, dann muß das entmenschlichte Bild des Fremden die Projektionsfläche werden für das Selbstbild, für die Identität.

Heute sind wir mit einer Situation konfrontiert, in der es offenbar keine Möglichkeit gibt, demokratische Bündnisse zu schließen, ein "national popular" von unten aufzurichten - gegen den Staat und die Herrschaftsstrukturen - wie Gramsci vorgeschlagen hatte.[7] Es gibt

Gramsci vertrat das Konzept, daß es darum gehe, das Volk gegen die Herrschaft zu mobilisieren. Eine direkte Übersetzung der Wendung "national popular" ist ohne zu Mißverständnissen zu führen kaum möglich.

keine soziale Gruppe, die sich eine solche Einheit zum Ziel setzte. Die untergeordneten Gruppen, die Arbeiterklasse und ihre Intellektuellen, Frauen und Minderheiten, die für Emanzipation kämpfen, sind tief in Ost und West gespalten. Wo man auch hinsieht, trifft man auf Verständnislosigkeit, Mißtrauen oder zumindestens Indifferenz: Das gilt für Gewerkschaften, Frauenbewegungen, linksintellektuelle Gruppen, sogar für die Parteien am rechten Rand. Diese Spaltung ist auch ein Ergebnis der vergangenen korporatistischen Verteidigung von Besitzständen durch Gewerkschaften und andere Bewegungen, die sich implizit gegen sogenannte Ausländer richtete. Das rief eine Haltung des "Wer zuerst kommt, malt zuerst!" hervor.

Andererseits scheint es auch für die herrschenden Klassen keine Möglichkeit zu geben, eine nationale Einheit von oben zu bilden. Der Hauptgrund dafür ist, wie erwähnt, daß sie im Osten wie im Westen an Glaubwürdigkeit verloren haben. Ich will hier nicht ins Einzelne gehen, was die allgemeine Apathie gegenüber der Politik und dem Parteiensystem angeht. Ironischerweise wird diese Dynamik durch die Rechts-Presse ebenso verstärkt wie durch die linke Presse.

Vielleicht paradoxerweise, möchte ich sagen, brauchen wir, um die Entwicklung des extremen Nationalismus und neue Formen des Faschismus zu stoppen, die Entwicklung eines politischen, demokratischen "national popular" von unten. Dieses müßte in die lokalen Konstruktionen von "Heimat" verwurzelt werden und die lokalen und die nationalen Belange artikulieren, doch unabhängig von Abstammung oder Nationalität, das heißt, in einem internationalen Kontext und durch demokratische Bündnisse, die EinwanderInnen einschließen. Und das heißt: Gleiche Rechte, doppelte Staatsbürgerschaft, Recht auf Einbürgerung auf die erste Stelle der Tagesordnungen zu setzen.

Die Verbindung von Heimat, Nation und Rassismus sehe ich, als abschließende These formuliert, folgendermaßen: Heimat wird nationalisiert durch Rassismus, besonders unter Bedingungen, wo sie privatisiert ist, wo sie als Ort des Rückzugs gegen "Politisierung" fungiert. Wenn "Heimat" unpolitisch ist, überharmonisch und statisch, dann reproduziert dies die Ideologie von "Privat" und "öffentlich". Obwohl als Zuflucht gegenüber dem National-Staat konstruiert, unterwirft sie sich dessen nicht-hinterfragten Strukturen. In diesem Falle gibt es kein demokratisches Bindeglied zwischen Heimat und Nation. Dieses Bindeglied wird gebildet, indem Heimat durch das rassistischen Bild des Anderen nationalisiert wird. Wenn es nicht möglich ist, mit Brecht zu sagen: *"Weil wir dieses Land* ***verbessern,*** *lieben und beschirmen wir's"*, muß man sagen: Wir lieben dieses Land, weil wir die Anderen hassen. Und das geschähe nicht zum ersten Mal in der deutschen Geschichte.

Martin Dietzsch:

Gegenöffentlichkeit durch Mailboxnetze

Seit mehreren Jahren gibt es das bundesweite nichtkommerzielle, politische Mailboxnetz CL (Compost & Linksys), dem ca. 130 Boxen in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz angehören. Auf diesem Wege können Computerbesitzer, die über ein Modem verfügen, bequem, schnell und preiswert öffentliche und private Informationen austauschen. An CL nehmen vor allem Aktive und Multiplikatoren aus diversen Bürgerinitiativen teil. Im Unterschied zu anderen Kommunikationsformen kann in Mailboxen jeder Teilnehmer unzensiert Nachrichten in den öffentlichen Themenbrettern zur Verfügung stellen.

Nach dem Pogrom von Rostock zeigte sich wieder einmal, daß ein solches Mailboxnetz ein wichtiges Forum für Gegenöffentlichkeit sein kann. Hier meldeten sich Augenzeugen und antirassistische Initiativen zu Wort, deren Informationen einen wichtigen Gegenpol zur veröffentlichten Meinung bildeten. Wir dokumentieren hier eine kleine Auswahl.

Dies möchten wir auch als werbende Empfehlung zur Nutzung des CL-Netzes verstanden wissen. Die dazu benötigte Hard- und Software ist inzwischen so ausgereift, daß sie auch von Computer-Laien genutzt werden kann. Bei Interesse fragen Sie bitte bei uns an. Im Rahmen unserer Möglichkeiten werden wir Ihnen gern behilflich sein. Wir sind erreichbar im Z-Netz und in CL unter dem Account: M.DIETZSCH@HOT.ZER.

Unsere Zusammenstellung beginnt mit zwei Augenzeugenberichten von Antifaschisten, die in Rostock anwesend waren [1+2]. Eine erste zusammenfassende Einschätzung bringt die Presseerklärung des Antirassistischen Aktionsbündnisses vom 8.9.92 [3]. Zwei Berichte aus Eisenhüttenstadt dokumentieren, wie der demonstrativen staatlichen Repression gegen Flüchtlinge die Pogrome nachfolgen [4+5]. Ähnliches ist auch aus Berlin zu vermelden, wo die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber in eine Skinhead-Hochburg verlegt werden soll [6]. In einem weiteren Beitrag kommen Flüchtlinge, die in Kemmen untergebracht waren und nach Berlin fliehen mußten, selber zu Wort [7] - es ist auffällig, daß so etwas in den Medien sonst fast nie geschieht. Einen Beitrag zum Wahrheitsgehalt der BILD-Berichterstattung (vgl. BILD-Schlagzeile auf S. 71) gibt ein Mailbox-Nutzer aus Hamburg [8]. Pro Asyl und die Landesflüchtlingsräte protestieren gegen den Kurswechsel der SPD [9]. Die Quittung kommt von den Neofaschisten. Der Terror richtet sich jetzt auch gegen deutsche Unterstützer der Flüchtlinge [10]. Und die deutsche Justiz ist nach wie vor auf dem rechten Auge blind. Rassistische Morde werden wie Wirtshausschlägereien abgeurteilt [11].

[1]
Empfänger: ***/Cl/Antifa/Aktionen***
Betreff: ***Aktionen in Rostock - Zustandsbericht***
Absender: ***SYSOP@VLROSTOK.ZER***
Datum: ***Di 25.08.92,23:29***
Größe: ***6246 Bytes***

Augenzeugenbericht

Situation draußen:

"Fünf Hundertschaften Polizei, zwei Wasserwerfer - rund tausend Nazis, drei- bis viertausend Zuschauer.

19.30 Uhr Aufzug der Polizei, konzentrieren sich auf den Mittelstreifen der Stadtautobahn, eine Kette um das Heim gebildet.

20.00 Uhr - hinterm Heim keine Polizei mehr. Konzentration vor der Kaufhalle parallele Straße zur Stadtautobahn gesichert.

20.30 Uhr - Angriff des harten Kerns der Nazis von der S-Bahnbrücke aus (ca. 200) gleichzeitig Angriffe aus Richtung Parkplatz (auch ca. 200) und gleichzeitig Kaufhalle umgangen aus Richtung Euthiner Str. (ca. 500) der Rasen vom Wohnheim wird besetzt, Zuschauer, Motorrad - Gang, 100 Nazis, Polizei hat keine Rückendeckung ist eingekesselt, verschanzt sich hinter den Schildern.

21.00 Uhr - Versuch eines Gegenangriffs von der Polizei, eine Hundertschaft versucht von Groß Klein aus die Brücke zu räumen, ziehen sich zurück, gleichzeitig zwei Wasserwerfer von der Kaufhalle zur Brücke abgezogen, die sind abgeschnitten durch die Nazis vom Parkplatz, Wasserwerfer ziehen sich zurück Richtung Stadt, Polizei ist hilflos zieht sich zurück, Ausgang des Vietnamesenwohnheims wird von 30 militante Skins besetzt, 500 Nazis schmeißen Steine und Mollis unter Beifall der Zuschauer (3000 - 4000), Eingang ist platt, erste Etage

brennt, ein Wachmann geht runter und löscht, nach einer viertel Stunde kommt die Feuerwehr, kann aber nicht löschen, weil sie von allen Anwesenden bedrängt wird, kommen rein ins Gebäude und erklärten dem Wachmann, wo er löschen soll und zogen wieder ab, der Nazi-Mob rückte hinterher, Wachmann rettete sich unter Einsatz des Feuerlöschers, ZAST völlig in Flammen, kaum möglich, sich auf dem Treppenhaus zu bewegen.

22.00 - 22.30 Uhr - Vietnamesen-Wohnheim bis zum achten Stock von Nazis demoliert und kleinere Brände, bis dahin war kaum Polizei zu sehen (20 passiv auf der Brücke, eine Hundertschaft in Groß Klein), Feuerwehr appelliert, daß sie löschen darf.

23.00 Uhr - Feuerwehr kommt mit drei bis vier Wagen durch, zehn bis fünfzehn Feuerwehrleute versuchen, Leute aus dem Haus zu retten, ein körperbehinderter Wachmann liegt ca. 20 Minuten im Qualm und wird von der Feuerwehr aus dem Haus geholt. Rückzug der Vietnamesen in das Treppenhaus des Nachbarhauses, der Ausländerbeauftragte hat verzweifelt versucht, die Polizei heranzuholen (wie offenbar abgesprochen) um den Rückzug aus dem Eingang zu sichern, Hundertschaft Polizei taucht gegen 00.00 Uhr (?) auf, Vietnamesen werden auf zwei Busse verteilt, Konvoi (ein Dispatcher-Fahrzeug, ein Streifenwagen in Begleitung) setzt sich in Bewegung, Ziel völlig unklar, Abmarsch ist beobachtet worden, ein Auto mit Nazis fuhr hinterher, die Busse haben bewußt Umwege gemacht, um zu prüfen, ob sie verfolgt werden, auf halber Strecke kamen zwei bis drei Polizeiwagen entgegen, daraufhin überholte der Wagen und fuhr weg, Kolonne führ bis zum Busbahnhof Bad Doberan, die Vietnamesen sollten in der Polizeiwache dort untergebracht werden, weiterer Verbleib war unklar.

Situation innen:

Im Wohnheim 150 Vietnamesen, davon 50 Frauen und Kinder, fünf Wachleute, Herr Richter (Ausländerbeauftragter), der Heimleiter, eine Mitarbeiterin ZDF-Kamerateam (Kennzeichen D), fünf Leute, die helfen wollten.

Situation bis 21.30 Uhr - in der Straßenschlacht spielte das Wohnheim gar keine Rolle, Männer in den Treppenhäusern konzentriert, Frauen in den Wohnungen, Wohnungen alle verdunkelt, keiner an den Fenstern und auf den Balkons.

21.30 Uhr - Polizei abgezogen, Ausgänge von Nazis und später von Schaulustigen besetzt, begeisterte Rufe, daß "die Schweine" ausgeräuchert werden sollen, Mob alles andere als zurückhaltend, massive Sympathie der Anwohner für die Nazis, auf der Vorderseite Steinhagel, Treppenhäuser angezündet, Rauchschwaden ziehen bis in den zehnten Stock rein, alle ziehen sich in die zehnte Etage zurück, Frauen und Kinder ziehen sich in die elfte Etage zurück.

22.00 Uhr - Treppenhaus völlig verräuchert, eine Gruppe bricht eine Gittertür zum Fahrstuhlschacht auf, eine Stahltür versperrt den Weg zum Dach, es gelingt in der Haus Nr. 19, die Stahltür zum Dach aufzubrechen und dann auch die von der Nr. 18 von drinnen und draußen.

22.15 Uhr - es gelingt vier Leuten nach zehn Minuten, die Tür vom Dach zum Treppenhaus der Nr. 15 aufzubrechen, ein Bewohner schließt die nachfolgende Gittertür auf, um im Notfall eine Fluchtmöglichkeit zu schaffen, falls es den Nazis gelingen würde, aufs Dach zu kommen.

22.30 Uhr - Frauen und Kinder aufs Dach geschickt, danach alle Männer aus den Etagen, auf dem Dach flach hingelegt und Ruhe bewahrt, weil wir teilweise von Dächern umliegender Häuser beobachtet wurden.

23.00 Uhr - ZDF-Team fehlt, hat sich eingeschlossen, wurde dann von vier Leuten aufs Dach geholt, es stellte sich heraus, daß der oben erwähnte Wachmann fehlte und drei Vietnamesen, in der Nr. 18 konnte man ohne Gasmaske nicht hinein, in der Nr. 19 mit zehn Leuten die Etagen abgesucht und die Vermißten gefunden, in dem Moment kamen Feuerwehrleute.

23.30 Uhr - Haben alle das Haus verlassen und sind in die Busse eingestiegen.

Gesamteindruck:

1. Die ganzen Aktivitäten der Nazis schienen koordiniert worden zu sein mit CB-Funk.

2. So, wie die Polizeikräfte eingesetzt worden sind, war es mehr ein Verheizen der Leute und ein Verschärfen der Situation.

3. Einsatzbefehle schienen völlig widersprüch-

lich gewesen zu sein, der Verdacht kommt auf, daß das Vietnamesen-Wohnheim bewußt nicht geschützt wurde.

4. Die sogenannte Bürgerinitiative Lichtenhagen schien Kontakte bis zu hohen politischen Stellen zu haben. Das vermutliche Ziel der Initiative war, die Diskussion um die Asylfrage anzuheizen und harte Ausländergesetze durchzusetzen. (seit Wochen koordiniertes Handeln der "Initiative ausländerfreies Rostock".) Die Reaktion der Politiker entsprach genau der Intention "Lichtenhagen ist frei".

5. Bei der Aktion waren ca. 150 Menschenleben bedroht. Es war nur eine Frage von ein, zwei Minuten bis es auf dem Dach zu einem Kampf gekommen wäre, bei dem Menschen gestorben wären. Die Bewohner des Wohnheims mußten sich selbst befreien und haben nur ihr nacktes Leben gerettet.

[2]
Empfänger: ***/Cl/Antifa/Aktionen***
Betreff: ***Pogromstimmung in der BRD!***
Absender: ***RV_BERUN@LINK-B61.ZER***
Datum: ***Mi 26.08.92,10:44***
Größe: ***8670 Bytes (gekürzt)***

Die Polizei räumt das Feld vor gut organisierten faschistisch-rassistischen Angriffen.

Rostock, Mecklenburg-Vorpommern, 24.8.1992.

(...)

Bereits Tage vor den ersten rassistischen Angriffen am 22.8.1992 war es aufgrund von Anzeigen, Aufrufen und anonymen Anrufen sowohl der Polizei, wie auch der Stadtverwaltung bekannt, daß an diesem Wochenende organisiert Angriffe gegen das Flüchtlingsheim geplant waren. Die Vorbereitungen der Bullen auf diese Auseinandersetzung blieb auf Sparflamme, wie immer, wenn es in der Bundesrepublik um Aktionen von Rechtsradikalen und Neofaschisten geht. So war es bereits am Samstag, den 22.8. möglich, daß rund 200 gewalttätige Rassisten unter Beifall und Anfeuerung von über 1000 Anwohnern das Flüchtlingsheim angreifen konnten. Diese gelangen bis direkt vor das Haus und konnten dieses mit Gehwegplatten attackieren. Das 'Volksfest' beginnt. Am Sonntagabend sind es bereits über 500 z.T. sehr gut organisierte Rechtsradikale, die sich erneut das Heim zur Zielscheibe ihrer rassistischen Angriffe ausgesucht haben. Die zuschauende Menge ist ebenfalls größer geworden. Die Lichtenhagener sind "stolz", daß "Jugendlichen endlich Schluß machen mit dem Gesindel". Sie ärgern sich allerdings darüber, "daß sich die Polizei gegen unsere deutschen Jugendliche stellt, die doch nur aufräumen wollen mit den Schweinen im Heim".

Wir sind noch in den späten Nachmittagstunden aus Berlin nach Rostock gefahren, wollten den Flüchtlingen unseren Schutz anbieten, wollten uns als Antifaschisten gegen diese faschistischen Ausschreitungen wehren. Wir waren an diesem Abend zu wenig, um irgendetwas ausrichten zu können. Das Flüchtlingsheim war für uns abgesperrt. Die davor vorgefundene Stimmung an menschenverachtendem Rassismus unter allen auf der Straße befindlichen war unglaublich. Der Mob lebte auf. Es ging zur Sache. Bei von uns durchgeführten Interviews erfuhren wir ausschließlich Zustimmung der 'braven' Bürger über das Geschehen, weil "endlich aufgeräumt wird mit diesen Flüchtlingen, die hier nur klauen, alles vollscheißen" und was sonst noch an rassistischem Abschaum aus diesen aufgehetzten Mündern kam.

Gesichtet wird an diesem Abend unweit vom Schauplatz in seinem Auto der Hamburger Neonazi Christian Worch (NL-Nationale Liste). Es spricht vieles dafür, daß er von diesem relativ gesicherten Platz aus seine Einsatzkommandos weitergibt.

Eine Gruppe von über 60 Antifaschisten, die weit nach Mitternacht noch zu einer kurzen Kundgebung zusammenkommen und in der Nähe des Flüchtlingsheims ihre Solidarität mit den Flüchtlingen demonstrieren "Nazis vertreiben, Ausländer bleiben" werden kurz danach von den Bullen beim Einsteigen in die Fahrzeuge auf einem Parkplatz eingekesselt und festgenommen. Ihnen wird neben "schweren Landesfriedensbruch" auch der "Verstoß gegen das Versammlungsverbot" vorgeworfen.

Andere, aus Hamburg angereiste Antifaschistlnnen werden ebenfalls festgenommen, sodaß sich die Zahl der 150 Festnahmen, die von der Bullenleitung stolz präsentiert wird als lächerlich entlarvt. Darunter befinden sich über 100 Antifaschistlnnen. Hierfür waren plötzlich bei den vorher so unterbesetzten Bulleneinheiten noch freie Kräfte übrig. (...)

[3]
Empfänger: ***/Cl/Antifa/Aktionen***
Betreff: ***Antirassistisches Aktionsbuendnis***
Absender: ***LUPE@TBX-2.ZER***
Datum: ***Mi 09.09.92,10:30***
Größe: ***11478 Bytes***

Presse-Erklaerung des Antirassistischen Aktionsbuendnisses, Berlin

8. September 1992

Pogrom-Stimmung in Deutschland

Spaetestens seit der Nacht vom 24. August 1992 ist offensichtlich:

in der Bundesrepublik Deutschland koennen Menschen unter den Augen der Oeffentlichkeit gejagt werden, es koennen Anschlaege auf ihre Sicherheit und ihr Leben veruebt werden und die deutsche Oeffentlichkeit sucht immer noch nach verständnisvollen Erklaerungsmustern fuer die Taeter.

Erinnern wir uns an die Ereignisse im saechsischen Hoyerswerda vor knapp einem Jahr. Damals gelang es jugendlichen Rechtsradikalen unter lautstarkem Applaus der Bevoelkerung naechtelang das dortige Fluechtlingsheim anzugreifen. Der politisch verantwortliche Landrat Schmitz aeusserte nach der wiederholt stattgefundenen kriminellen Menschenjagd Verstaendnis fuer die Taeter. Die Fluechtlinge, die zu laut, dreckig und faul seien, erklaerte er zu den Schuldigen. Laute Empoerung ueber die Pogrom-Stimmung in Hoyerswerda hoerte mensch in Deutschland anschliessend von vielen Seiten, schliesslich ist der Mob doch etwas zu weit gegangen und solche menschenverachtenden Aktionen stoerten doch das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland.

Konkrete Unterstuetzung fuer die Fluechtlinge zu leisten, fuer deren menschenwuerdige Behandlung und Unterbringung, fuer ein Bleiberecht und Recht auf Wahl des Aufenthaltsortes und vor allem fuer ihre Sicherheit zu kaempfen waren jedoch nur noch wenige bereit. Die wenigen Antirassismus- und Fluechtlings-Unterstuetzerlnnengruppen stiessen selbst bei humanistisch orientierten Gruppen gegen Betonwaende, wenn es um konkrete politische Forderungen der Fluechtlinge und deren Status und Rechte hier in diesem Land ging.

Die Ereignisse von Hoyerswerda veranlasste die Bundesregierung nicht etwa, sich schuetzend auf die Seite der Angegriffenen zu stellen, im Gegenteil. Sie mobilisierte auf allen Ebenen fuer die von Abschaffung des Paragraphen 16, der die Gewaehrung von Asyl in unserem Land garantiert.

Die Asyldebatte der Bundesregierung und die unertraegliche Spaltung in "Wirtschaftsfluechtlinge" und "wirklich politisch Verfolgte" schaffte es, die oeffentliche Meinung zu beherrschen und damit den geistigen Boden fuer Pogrome vorzubereiten.

Es verging kaum eine Woche, in der nicht von Regierungspolitikern Fluechtlinge oeffentlich diffamiert wurden, in der nicht die verheerenden Zustaende in den von den politisch Verantwortlichen geschaffenen Fluechtlingslagern angeklagt wurden - immer mit dem gleichen Tenor: die Fluechtlinge muessen weg. Egal, ob Politiker davon reden, dass mehr Asylbewerber gleich mehr Kriminalitaet bedeuten oder ob sie - wie in Rostock - Fluechtlinge bewusst vor ueberfuellten Aufnahmestellen lagern lassen. Wer einerseits gesetzlich den Fluechtlingen die Arbeitsaufnahme verbietet und dann aber, wie CDU/CSU Fraktionschef Wolfgang Schaeuble fragt: "Wieso eigentlich wollen wir von unsren Mitbuergern verlangen, dass sie ertragen und verstehen sollen, dass Hunderttausende von Asylbewerbern mit erheblichen finanziellen Belastungen fuer die Steuerzahler fuer Jahre untergebracht und versorgt werden?", der traegt politische Verantwortung fuer die Pogrome.

Die Ereignisse von Rostock sind weder zufaellig noch unerwartet.

Sie sind das Ergebnis einer Regierungspolitik, die ideologisch menschenverachtenden Rassismus foerdert. Die seit Hoyerswerda staendig als Entschuldigungsstrickmuster verwandten Erklaerungen, dass es den Menschen in den neuen Bundeslaendern schlecht geht, dass sich seit der Vereinigung ihre oekonomische und soziale Situation drastisch zugespitzt hat usw., rechtfertigen jedoch in keinster Weise rassistische Handlungen. Ihre Lage wird sich auch nicht veraendern, wenn es keinen einzigen Fluechtling mehr in diesem Land gaebe, denn die Ursachen dafuer liegen nicht an den Fluechtlingen.

Sie sind politisch und oekonomisch verschaukelt worden und die dafuer Verantwortlichen sind die Gleichen, die sie jetzt gegen die Fluechtlinge aufhetzen, um von sich selbst abzulenken.

Die Ereignisse von Rostock sind auch deshalb nicht zufaellig und unerwartet, weil seit Hoyerswerda fast taeglich bereits Anschlaege auf Fluechtlinge oder auf ihre Unterkuenfte stattfanden. Weder wurden diese Tatsache von den Regierenden politisch klar verurteilt, noch hat eine spuerbare Strafverfolgung der Taeter stattgefunden. Diesen scheinbar rechtsfreien Raum konnten sich die organisierten neofaschistischen Gruppen im Laufe der letzten Monate ungestoert und mit politischer Rueckendeckung zu ihrem gezielten Aktionsfeld ausbauen. Regierung, Polizei, Verfassungsschutz, Presse hielten es bisher nicht fuer noetig, diesen erstarkenden Neofaschismus bzw. deren Aktivistinnen ernsthaft einzuschaetzen - obwohl deren Menschenjagd bereits vor Jahren begonnen hat. Schliesslich boten diese ja mit ihrem rassistischen Terror aktiv Unterstuetzung fuer die offizielle Regierungspolitik. Da konnten sich im November 91 in Halbe, suedlich von Berlin, ungestoert mehr als 1200 Neofaschisten auf einem Soldatenfriedhof zusammenrotten, um in faschistischer Tradition die Waffen-SS zu feiern, oder anlaesslich des Hess-Geburtstags gelang in diesem Jahr mehr als 2000 Neofaschisten ein Aufmarsch in Rudolfstein, obwohl die Polizei angeblich die Anfahrt verhindern wollte. Da koennen Neo-Nazi (Rock-)Bands mit volksverhetzenden Texten ungehindert auftreten und die Stimmung fuer Mordanschlaege anheizen, gestoert und verhindert einzig von Antirassismus- und Antifa-Gruppen.

Diese Reihe Hesse sich weit fortsetzen, wichtig ist dabei jedoch, dass bei all diesen Ereignissen, wie auch zuletzt in Rostock, Antifaschistlnnen, die sich dem braunen Mob entgegenstellen, kriminalisiert werden.

Zurueck nach Rostock

Seit 22. August 1992 liefen die Angriffe gegen die Zentrale Aufnahmestelle fuer Fluechtlinge in Rostock-Lichtenhagen.

Organisierte Neofaschisten in trauter Uebereinstimmung mit Jugendlichen und Kindern waren die Akteure, das Volk klatschte Beifall.

Montagnacht, den 24.8.1992 hatten die Rechtsradikalen 2 Stunden Zeit, sich vor dem Fluechtlingsheim auszutoben. Die Bilder gingen um die Welt. Das Heim brennt. Menschen im Haus rennen verzweifelt um ihr Leben. Die Feuerwehr kann nicht loeschen. Die Polizei macht Pause. Unfassbar und das alles live ueber'n TV ins Wohnzimmer.

Just an diesem Morgen tagte in Rostock der Krisenstab.

Bundesinnenminister Seiters jettete extra dafuer in die Hafenstadt, Rostock war bereits zu diesem fruehen Morgen bundesweites Problem.

Der Umgang mit dem Rostocker Krawallen war auf politischer Ebene nicht mehr ausschliesslich Sache der Rostocker Landesregierung.

Fakt war zu diesem Zeitpunkt bereits auch, dass Anfuehrer neofaschistischer Gruppierungen wie Christian Worch, Ewald Althans oder Gerhard Endress von der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front in Rostock-Lichtenhagen aktiv mitmischten. Der Schulterschluss zwischen Mob und organisierten Faschisten hatte bereits stattgefunden.

Angesichts dessen bleibt uns nur die Interpretation, dass hier gezielt dem Mob rechtsfreier Raum gelassen wurde, um toedliche Menschenjagd zu begehen.

Als Wochen vorher Antifaschistlnnen zu einer Gegenkundgebung gegen eine DVU-Veranstaltung in Rostock aufrief, war es ueberhaupt kein Problem, innerhalb kuerzester Zeit 600 Polizisten zum Schutz der DVU-Veranstaltung zu mobilisieren.

Auch in dieser Nacht sind in Rostock von der ansonsten nicht einsatzfaehigen Polizei hauptsaechlich Antifaschistlnnen verhaftet worden, die sich aufgemacht haben, die Fluechtlinge zu schuetzen.

Es ist muessig, nach Polizei und Justiz zu rufen, da diese eh nur Handlanger des staatlichen Main-Stream sind und aktiv dazu beitragen, faschistische und rassistische Angriffe zu verharmlosen oder zu ignorieren. Zudem wuerde eine staatliche Repression wenig an dem propagandistisch geschaffenen, breit verinnerlichten rassistischen Konsens breiter Bevoelkerungsteile veraendern.

Die fuer Samstag, den 29.8.1992 geplante antifaschistische Demonstration in Rostock-Lichtenhagen stand von Anfang an einer nicht

fassbaren Diffamierung gegenueber. Schon der Sprachgebrauch in der Berichterstattung ueber die faschistischen Angriffe setzte immer wieder rechts und links gleich. Mit dieser Gleichsetzung z.B. in der Aussage da "griffen linke und rechte Autonome" das Fluechtlingsheim an wird versucht, einerseits den faschistischen Terror, der einmal mehr bewiesen hat, dass Menschenleben nichts wert sind, zu verharmlosen. Gleichzeitig beinhaltet dies aber auch den Versuch der Entwertung von politischem Widerstand gegen diese faschistische Politik. In trauter Eintracht propagierten Polizei, Politiker und ein Grossteil der Medien, dass an diesem Samstag in Rostock die grosse Schlacht laufen wird. Damit sollten Menschen, die sich gegen die Pogrome wenden wollten, bereits im Vorfeld abgeschreckt und an einer Teilnahme gehindert werden.

Was waehrend der ganzen Woche der faschistischen Angriffe nicht moeglich war, fuer die antifaschistische Demonstration wurden nicht nur bundesweit Polizeikraefte und BGS zusammengezogen, sie kamen auch zum Einsatz. Es waren mehr als 4000 Polizisten.

Ganze Konvois mit insgesamt mehr als 5000 Menschen wurden auf Autobahn oder Landstrasse stundenlang aufgehalten. Fuer Lichtenhagen existierten Evakuierungsplaene.

Die Demonstration, organisiert und vorbereitet von antifaschistischen und autonomen Gruppen, der sich u.a. versch. Gewerkschaftsgruppen, PDS, Gruene, Immigrantinnengruppen u.v.a.m. angeschlossen hatten, konnte trotz dieser Einschuechterung und Behinderung losgehen. Ueber 20.000 Menschen Hessen sich von der praesenten Staatsgewalt nicht einschuechtern, darunter auch internationale Delegationen und ein Fluechtlings- und Immigrantinnenblock. Und es ist uns gelungen, uns mit der Demonstration der permanenten Provokation geschlossen zu widersetzen und damit die Demonstration erfolgreich zu Ende zu bringen. Wir haben uns nicht auf die Krawall-Strategie der Polizei eingelassen und ihnen nicht ihre gewuenschten Bilder geboten und damit ihre Legitimation fixer den "starken Staat", mehr "Sicherheitsgesetze" usw.

Ein punktueller Erfolg und dennoch: Wir waren angesichts der menschenverachtenden Ereignisse von Rostock viel zu wenig, die auf die Strasse gegangen sind, die deutlich Nein sagen, zu Rassismus, die faschistische Organisierung stoppen wollen, die die politisch Verantwortlichen benennen. Aber wir hoffen, dass wir mit der Demonstration all denen, die sich von der Diffamierung einschuechtern Hessen, Mut gemacht haben, Rueckrat zu zeigen und sich nicht von der konzertierten braunen Sosse einmachen zu lassen.

Der rechte Terror gegen Fluechtlinge laeuft weiter, taeglich hoeren, lesen wir von Anschlaegen, von Mordversuchen. In Ketzin bei Nauen brennt ein Heim ab, weiter Mollis fliegen in der gleichen Nacht auf andere Heime. Vor der ZAST in Eisenhuettenstadt finden mehrere Naechte hintereinander Strassenschlachten zwischen faschistoiden Jugendlichen und der Polizei statt.

Wir muessen das Stoppen. Aus unserer eigenen Kraft!

Wir muessen mit den Fluechtlingen den Selbstschutz organisieren und uns gegen jede Form von Rassismus zur Wehr setzen.

Nie wieder Faschismus!

Kontakttel.: 030-785 72 81

E-MAIL: LUPE@TBX-2.ZER
intern.: lupe@tbx-2.berlinet.in-berlin.de

[4]
Empfänger: ***/Cl/Fluechtlinge/Aktionen***
Betreff: ***Zur Situation in Eisenhuettenstadt***
Absender: ***RVJBERLIN@UNK-B61.ZER***
Datum: ***Mi 26.08.92,14:09***
Größe: ***6374 Bytes***

Zentrale Beratungsstelle für Flüchtlinggsarbeit in den Bundesländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern

Presseerklärung v. 25.8.1992

Pogrome in Rostock - "BGS-Manöver" in Eisenhüttenstadt

Die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl wie der Konflikt mit Anwohnern wird in Rostock wie Eisenhüttenstadt gezielt von den Behörden forciert.

Dasselbe Bild: Obdachlose Flüchtlinge, weil das Land seiner Unterbringungsverpflichtung bewußt nicht nachkommt. Obdachlose Flüchtlinge, weil Asylanträge nicht entgegengenom-

men werden. Prügel für Flüchtlinge und gewaltsame Nötigung zur Ausreise durch den BGS in Eisenhüttenstadt untätige Polizei und Feuerwehr in Rostock, während der kriminelle Mob das mit über 100 Menschen gefüllte Wohnhaus in Brand steckt.

Staatliche Stimmungsmache, staatliche Strategie, staatlicher Rechtsbruch in aufällig ähnlicher Weise in den beiden zentralen Anlaufstellen für Asylsuchende in Brandenburg und Mecklenburg.

Zur Situation in Eisenhüttenstadt der folgende Bericht:

Situation in und um die ZAST Eisenhüttenstadt

BGS probt seit Donnerstag 20.8.92 neue "technische Möglichkeiten", die der Presse noch vorgestellt werden sollen. (BGS Knorren) Donnerstag und Freitag umstellte der BGS offen die ZAST und hinderte Flüchtlinge daran in die ZAST zu gelangen um einen Asylantrag zu stellen. Flüchtlinge wurden als "illegale Einwanderer" behandelt und nach Polen zurückgeschoben. Sie wurden in Wannen verfrachtet und mit Handfesseln weggebracht. Wohin, wurde nicht gesagt.

Freitagnacht waren einige Leute vor Ort. Der BGS stand nicht mehr unmittelbar vor dem Heim. Die Zufahrtswege zur ZAST wurden aber vom BGS kontrolliert. So wurden wir aufgefordert unsere Ausweise zu zeigen. Gründe für diese Maßnahme wurden uns nicht genannt. Im Laufe der Nacht sahen wir folgendes.

Der BGS versteckte sich in Büschen und hinter Mauern, wenn sich Menschen auf die ZAST zu bewegten, wurden sie angehalten. Weitergehen konnte nur, wer sich durch einen Heimausweis ausweisen konnte, andere wurden zurückgehalten.

Flüchtlinge berichteten uns, daß sie in Guben vom BGS geschlagen wurden, ihr Gepäck wurde, wenn vorhanden, durchwühlt und ihnen abgenommen. Ein zwanzigjähriger Türke kam völlig durchnäßt vor die Zast. Er hätte es gerade durch die Oder geschafft, die Tore der Zast waren verschlossen.

Der Wachschutz der Berliner Firma B.O.S.S., ließ den Flüchtling erst auf massive Intervention eines Berliner Abgeordneten in die ZAST. Flüchtlinge haben uns berichtet, daß dieser Wachschutz sie beschimpft, (Arschloch, ihr Schweine, wir machen euch kalt) und zuschlägt.

In einem ca. 30 qm großen Raum, saßen ca. 80-100 Flüchtlinge, Männer, Frauen, Kinder, z.T. auf dem Boden und Tischen. Ich war Zeugin, wie ein Mann vom Wachschutz die Flüchtlinge durch ein offen stehendes Fenster anpöbelte. Die Tür ist nämlich verschlossen. Es gab nichts zu essen oder zu trinken für die völlig erschöpften Flüchtlinge. Ein Mann hatte heftigen Schüttelfrost ein sehr geschwollenes Gesicht, er konnte vor Schmerzen kaum sprechen.

Ich forderte den Wachschutz auf, einen Arzt zu holen, ein fetter Typ antwortete, kümmern sie sich doch selber. Erst als ich mit der Polizei und einer Anzeige drohte, wurde sich um den Mann gekümmert.

Flüchtlinge erzählten, daß es in der Woche vom 10.8.92 einen Vorfall gegeben hätte, es soll vom BGS auf die Flüchtlinge geschossen worden sein. Weiter erzählte ein Flüchtling, daß er hätte bleiben können, aber seine Frau und seine beiden Kinder wären nach Polen zurückgeschoben worden. Er hofft, daß sie es noch einmal versuchten. Ähnliches wurde uns auch von anderen Flüchtlingen berichtet. Mal fehlte die Mutter, mal ein Bruder usw.

Bei unseren Spaziergängen sahen wir folgendes. In unmittelbarer Nähe der Zast, standen zwei bulgarische Flüchtlinge an einem Auto. Sie erzählten, daß der BGS, acht Leute, sie angehalten hätten, sie müßten stehenbleiben, bis die Polizei käme. Das Auto hatte ein bulgarisches Nummernschild. Der Mann war aus einem Heim in Guben und hatte seine Frau und sein Kind besucht, die in der Poliklinik in Eisenhüttestadt krank lägen. Ein "besorgter deutscher Bürger" hatte die Polizei gerufen, weil er beobachtet hatte, daß der Flüchtling sein Auto kurz schließen wollte. Ein BGS Beamter sagte mir, der bliebe jetzt hier, Papiere des Autos brauche er sich nicht anzusehen, er könne eh nicht bulgarisch lesen, auch die Erklärung des Flüchtlings, daß sein Auto in Guben aufgebrochen worden wäre und zum Teil zerstört wäre, daß er dies der Polizei in Guben auch gemeldet hätte, war für den Beamten nicht ausreichend. Der Flüchtling mußte mit seinem Freund vor dem Auto stehenbleiben.

Ein Deutscher, 40-50 Jahre erzählte, daß sich

die Bürger zusammengetan hätten, da immer mehr Dreck von "denen da" gemacht würde, es würden ständig Autos aufgebrochen, und er und seine Freunde müßten nun immer nachts mit dem BGS unterwegs sein, weil die Leute "einfach unter den Baikonen pennen" und "man sie vertreiben müsse".

Frau Tanja Neumann vom Bundesamt sagte, daß die Maßnahmen des BGS Erfolg zeigten, da die Asylbewerberzahlen seit dem 19.8.92 um die Hälfte zurückgegangen seien.

Dies alles ist nichts anderes, als die Abschaffung des Asylrechtes mit polizeilichen Mitteln. Da man sich außerstande sieht, die polnische Grenze zu kontrollieren, verlegt man kurzerhand die Grenze um die ZAST Eisenhüttenstadt. Mal ganz davon abgesehen, daß man der Bevölkerung suggeriert, die Leute hielten sich hier unrechtmäßig auf. Die katastrophalen hygienischen Zustände tun ein Übriges, nämlich das Bild vom dreckigen Ausländer zu manifestieren. Pogrome in Eisenhüttenstadt werden derzeit kräftig angeheizt.

Renate Wilson

Zentrale Beratungsstelle für Flüchtlinggsarbeitin den Bundesländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern

Ein Projekt der Kontakt- und Beratungsstelle für außereuropäische Flüchtlinge e.V.

Gemeinnütziger Verein
Konto: Postgiroamt Berlin-West
Spenden sind steuerlich absetzbar
Konto-Nr: 4683 79-104
Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband
Oranienstraße 159, W - 1000 Berlin 61, Telefon: 030/614 94 04

[5]
Empfänger: ***/Cl/Antifa/Aktionen***
Betreff: ***Akt. Situation in Eisenhuettenstadt***
Absender: ***LUPE@TBX-2.ZER***
Datum: ***Di 08.09.92,10:28***
Größe: ***5936 Bytes***

Antirassistisches Zentrum Berlin

Eisenhuettenstadt, 4.-6.9.1992

Der erste Eindruck: Die ZAST-Eisenhuettenstadt ist jetzt gaenzlich mit Natodraht umzaeunt. Vor dem Haupteingang ist Natodraht in mehreren Lagen gespannt, davor stehen ein Wasserwerfer des BGS und mehrere Mannschaftswagen. Davor ist das Lager weitraeumig abgezaeunt, der Eingang in diese Absperrung ist an der stadtauswaerts zugewandten Seite. Lagerbewohnerinnen und deren Besucherinnen muessen einen mehrere hundert Meter langen Umweg machen, um das Lager zu erreichen. Umliegende Garagen sind ebenfalls mit Natodraht bestueckt. Im Lager selbst sind staendig mindestens zehn weitere Mannschaftswagen des BGS und ein weiterer Wasserwerfer. Das ganze Lager macht auf mich den Eindruck eines gutgeschuetzten Knastes.

Was wir waehrend unserer Anwesenheit beobachten konnten:

Angeblich sind zur Zeit "nur" 600 Maenner und Frauen in der ZAST. Vor den eskalierten Angriffen der letzten eineinhalb Wochen waren wohl ueber 2000 im Lager. Die Heimleitung der PeWoBe hat, wie uns berichtet wurde, angeordnet, die der Strasse zugewandten Haeuser zu raeumen. Die Container im Innenhof des Lagers sind weiterhin bewohnt. Die Zimmer, die wir gesehen haben, waren mit 10 Leuten bewohnt. Die Fluechtlinge werden z.Z. sehr schnell verteilt. Sie bleiben zwei Tage bis hoechstens einer Woche in der ZAST. Die Transferbusse stehen dann im nimmehr Natodraht umzaeunten Innenhof der ZAST inmitten von BGS-Mannschaftswagen. In dieser Atmosphaere, die eher an Gefangenentransporte erinnert, werden die Fluechtlinge auf andere Lager verteilt. Vor rassistischen Angriffen geflohene Fluechtlinge werden anscheinend nur aufgenommen, wenn behoerdlicherseits offiziell eine Neuverteilung angeordenet wird. Ansonsten muessen die "Doppelfluechtlinge" draussen vor den Bullenabsperrungen bleiben, auch jetzt, wo allnaechtlich Angriffe von den Nazis laufen. Die Zusammenarbeit von B.O.S.S., dem privaten Wachschutz in der ZAST (mit Sitz in Berlin, der Geschaeftsfuehrer ist ein gewisser Flagmaier) und dem BGS laeuft hervorragend. Wir konnten beobachten, dass BGS dem B.O.S.S. - Personal sofort zur Seite stand, als es waehrend der Essensverteilung Streit zwischen Wachschutz und einer Gruppe von Fluechtlingen gab. BGS geht im Lager in den Wohnraeumen der Fluechtlinge ein und aus. BGS kontrolliert vor den Absperrungen vor der ZAST Fluechtlinge nach ihren Lagerausweisen. Besu-

cherlnnen fuer die Fluechtlinge werden moeglichst schon an den BGS Absperrungen zurrueckgewiesen, notfalls mit Luegen, wie: "die Person ist nie im Lager gewesen", "oder sie ist schon laengst verteilt worden". Falls Besucherinnen durchgelassen werden, sind sie, sobald sie die Zimmer verlassen, staendiger Kontrolle und Bedrohung des Wachschutzes ausgesetzt.

Mit dem Hinweis auf die allnaechtlichen Angriffe gegen das Lager bleiben den Fluechtlingen selbst im Lager kaum noch Bewegungsmoeglichkeiten. Der starke Druck von den Nazis wirkt sich direkt auf die Situation im Lager aus.

Seit eineinhalb Wochen gibt es allnaechtlich Angriffe gegen das Lager. Zumeist sind Jugendliche unter zwanzig Jahren daran beteiligt. Wir haben aber auch viele aeltere, als wohlwollende Masse, gesehen. Viele sagen, dass die Jungen die "Drecksarbeit" fuer die Alten machen. Die Stimmung in der Stadt ist aeusserst feindlich und gereizt. Uns wurde z.B. auch staendig der Finger gezeigt. In Parolen und grosskotzigem Gerede wird das erklaerte Ziel verkuendet. "Die ZAST ist eine Sauerei in Eisenhuettenstadt und muss weg". Die Begruendungen dafuer sind oft unglaublich, die Auswirkungen sind jetzt schon fatal. Die angeblich vollgekackten Rosenrabatten, der unertraegliche Laermpegel in und um das Lager und die vielen Diebstaehle muessen herhalten, um Menschen als schmutzig und minderwertig darzustellen. Kein Mensch redet davon, dass in der ZAST ueber 100 Menschen sich jeweils zwei Maenner und zwei Frauentoiletten teilen muessen. Durch die entwuerdigenden Leibesvisitationen der Frauen in der Kaufhalle wissen die Eisenhuettenstaedter auch zu berichten, wie einfach die Romafrauen ihren Dreck in die Rosenbeete fallenlassen koennen. Sie haben unter ihren Roecken keine Hosen an. Auch bei dem Laermpegel denkt ueberhaupt niemand daran, dass in der ZAST 2300 Menschen auf engstem Raum leben muessen und das meiste unter freiem Himmel passiert. Wenn ueber die vielen Diebstaehle berichtet wird, koennen wir nur an den Winter 89/90 erinnern, als ab Anfang November z.B. in Berlin die Diebstahlrate rasant in die Hoehe schnellte und ueberall in den Kaufhaeusern eine Unmenge an zusaetzlichem Wachpersonal eingestellt wurde. Was da z. Z. stattfindet, ist ein gefaehrliches Zusammenspiel von staatl. Propaganda, rassistischer Ausgrenzungspolitik und Aktionen vom rassistischen Mob auf der Strasse.

Als '91 immer mehr Fluechtlinge ihren Zuweisungsort verlassen haben, und durch Besetzungen, Demonstrationen usw. auf ihre Situation aufmerksam gemacht haben und eingefordert haben, ihren Aufenthaltsort fuer die Dauer des Asylverfahrens selber waehlen zu koennen, hielten die Politiker mit der Parole "keine auslaenderfreien Staedte zu dulden" von CDU bis AL/Gruene hart dagegen. Sie verteilten willkuerlich die Fluechtlinge weiter. Jetzt Monate nach diesen Kaempfen der Fluechtlinge in Frankfurt, Berlin und vielen anderen Staedten fordert der rassistische Mob auf der Strasse "Auslaenderfreie Staedte". Staat, Bullen und BGS reagieren mit noch haerterer Repression darauf.

Deshalb bleiben wir bei unseren Forderungen:

Freie Wahl des Aufenthaltsortes fuer alle Fluechtlinge

Weg mit allen Sondergesetzen fuer Fluechtlinge und Migrantinnen

Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgruende

Eigenstaendiges Aufenthaltsrecht fuer alle Frauen

Grenzen auf fuer alle

Kampf dem Rassismus und Faschismus auf allen Ebenen

Antirassistisches Zentrum Berlin

[6]

Empfänger: ***/Cl/Antifa/Allgemein***
Betreff: ***Berliner ZAST nach Hohenschönhausen?***
Absender: ***M.KLOCKMANN@LINK-B61.ZER***
Datum: ***Di 15.09.92, 01:42***
Größe: ***4306 Bytes***

Wie sich Skinheads und Bürokraten ergänzen

Berliner Asylantragsstelle nach Hohenschönhausen?

Der Innensenat will Anfang Oktober die 'Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber' (kurz ZAST) und die Verteilungsstelle für Asylsuchende nach Hohenschönhausen verlegen.

Die Rostocker Pogrome wurden noch durch Untätigkeit der Asylbehörden ausgelöst, als sie neu ankommende Flüchtlinge zwangen, vor dem Heim in Lichtenhagen zu kampieren. Die Berliner Progrome werden jetzt offenbar nach dem Motto vorbereitet: Wenn die Schläger sich nicht hertrauen, dann müssen wir eben mit unseren Dienststellen zu ihnen.

In Hohenschönhausen organisieren sich Neonazis in der 'Nationalen Front' und versuchten bereits, Flüchtlingsheime in Brand zu stecken. Im angrenzenden Marzahn wurde im April Nguyen Van Tu auf offener Straße erstochen, ohne daß irgend jemand eingriff.

Die Anlaufstelle soll auf einem ehemaligen STASI-Gelände eingerichtet werden, einem "Provisorium allerschlimmster Art" - das gibt selbst Ulrich von Chamier, der Leiter der 'Ausländerbehörde' zu. Angeblich für nur sieben Monate. Angesichts der unhaltbaren Zustände auf dem Gelände erschien es offenbar selbst dem Innensenat zu dreist, eine dauernde Nutzung vorzuschlagen: Es gibt keine sanitären Anlagen und keine Fluchtwege, eine Nutzung würde gegen jegliche Brandschutzvorschriften verstoßen. "Die Behördenleitung weiß, daß damit gegen bestehende Vorschriften ... verstoßen wird" - so wurde eine Sprecherin der Gewerkschaft der Polizei zitiert. Aber die 'Ausländerbehörde' beabsichtigt ja auch gar nicht, einen auch nur erträglichen Behördenbetrieb einzurichten: Ein Warteraum etwa, "wirkt nur wie ein Magnet und wird zum Konfliktpunkt" äußerte v. Chamier und dachte wohl: "Außerdem illustriert eine lange Warteschlange in der Kälte ja auch die Ausländerschwemme besser..."

Erwünschte Ausländerinnen aus reichen Industriestaaten werden auch weiterhin im Westteil der Stadt bedient, für diejenigen, die als "Asylanten" diffamiert werden, wird auf kaltem Verwaltungswege ein Spießrutenlauf zur Abgabe des Asylantrags vorbereitet:

Die gute Verkehrsverbindung (von der Senatssprecher Heußen redet): Mehrmaliges Umsteigen, ein längerer Fußmarsch durch ein Gebiet, in dem die Flüchtlinge mit Sicherheit rassistischen Angriffen ausgesetzt sein werden.

Etwa 1½ Stunden werden die Flüchtlinge (vom Zentrum aus) benötigen, um zur geplanten ZAST zu gelangen - wenn sie sich überhaupt trauen und dann noch dort hin finden.

Der Weg zur Anlaufstelle soll durch mehr Sicherheitspersonal geschützt werden. Doch die Art,, wie etwa der Bundesgrenzschutzes seit Wochen die ZAST in Eisenhüttenstadt 'schützt', zeigt, daß es dabei um alles mögliche geht, aber nicht um das Wohlergehen der Flüchtlinge: Sie werden am Zugang gehindert und damit daran, ihren Asylantrag zu stellen. Das Lager weckt durch einen Stacheldrahtverhau inzwischen übelste Erinnerungen. Attacken von Neofaschisten hat der BGS hingegen nicht verhindert. Aber Berliner Polizei soll Flüchtlingen ohne gültige Papiere Geleitschutz quer durch die Stadt gewähren, um eben diese zu erlangen?

Begründet wird die Verlegung mit unhaltbaren Zuständen in Moabit. Aber:

Auch am Friedrich-Krause-Ufer in Moabit werden weiterhin bis zu 1300 Immigrantinnen und Immigranten, die sich außerhalb des Asylverfahrens befinden, täglich anstehen müssen, um die repressiven Auflagen des 'Ausländergesetzes' zu erfüllen.

Plausibel werden diese scheinbar neutralen, konzeptlosen Verwaltungsakte erst wieder als flankierende verwaltungstechnische Maßnahmen einer rassistischen Kampagne, die sich 'Asyldebatte' nennt. Das 'Asylproblem' ist gemacht. Gemacht, weil eine Debatte der realen Probleme einige reaktionäre Politiker um die Macht brächte. Die Warteschlangen vor den 'Ausländerbehörden' sind gemacht. Gemacht, um den Medien die passenden Bilder zu liefern, Pogromstimmung zu provozieren, um Flüchtlinge zu schikanieren und abzuschrecken.

Keine Verlegung der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge nach Hohenschönhausen!

Schluß mit der rassistischen Asyldebatte!

Für menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen und Immigrantinnen!

ACHTET AUF TERMINE!!!
Aktionsbündnis gegen Abschiebungen / 13.9.92

[7]
Empfänger: ***/Cl/Antifa/Aktionen***
Betreff: ***Flüchtlinge aus Kemmen in Berlin!***
Absender: ***OMEGA@IBB.ZER***
Datum: ***Di 08.09.92, 16:53***
Größe: ***7356 Bytes***

OROMO Horn von Afrika-Zentrum e.V.

Deutsch-Afrikanische Begegnungsstätte Prinzenallee 81 * 1000 Berlin 65 * Tel.: 030/4941036 oder 4936600 * Fax: 4538678

Datum: 07.09.1992

"UNS REICHTS"

Interview mit Flüchtlingen aus Kremmen

Seit Freitag, den 4. September sind 120 Personen auf der Flucht vor faschistischen Überfällen auf ihr Flüchtlingsheim in Kremmen (Kreis Oranienburg).

Sie wurden aus dem Heim vertrieben und ihrem Schicksal überlassen. Zehn von ihnen haben in Berlin Zuflucht gefunden. Einige AntifaschistInnen sprachen am Montag mit ihnen.

Wie ist eure Situation in dem Heim in Kremmen gewesen?

Viele von uns leben schon zwei Jahre hier. Insgesamt waren 120 Menschen aus 17 Ländern in dem Heim untergebracht. Unsere größten Probleme sind die schlechte Behandlung hier im Heim selbst und die rassistische Bedrohung von außen.

Wie wurdet ihr im Heim behandelt?

Von der verantwortlichen Sozialarbeiterin und Ausländerinnenbeauftragte des Landkreis Oranienburg, Frau Schleising, werden wir sehr schlecht behandelt. Sie redet mit uns, als ob wir keine richtigen Menschen wären. Wir fühlen uns diskriminiert und schikaniert von ihr. Wir verstehen nicht, daß diese Frau mit Ausländerinnen arbeitet, obwohl sie selbst rassistisch ist. Sie kann eine solche Arbeit nicht leisten! Soweit wir wissen "betreut" sie sechs Heime.

Könnt ihr uns Beispiele nennen?

Ab September sollen wir nur 100,- DM Taschengeld bekommen, anstatt 440,- DM vorher. Wir dürfen nicht mehr selbst kochen, sondern bekommen Essenspakete. Diese Essenspakete sind für viele von uns nicht essbar, da auf die unterschiedliche Religion und Kultur der Leute keine Rücksicht genommen wird. So essen z.B. manche von uns kein Fleisch bzw. nur Fleisch von bestimmten Tieren. Wir wollen aber unser Essen selber kochen und uns nicht vorschreiben lassen, was wir essen müssen.

Frau Schleising hat behauptet, die Essenspakete seien vom Gemeinderat angeordnet worden. Wir haben nachgeforscht und glauben, daß der Gemeinderat nichts derartiges angeordnet hat. Daraufhin hat Frau Schleising behauptet, daß die Bevölkerung von Kremmen das beschlossen hat. Wir wissen, daß das unmöglich ist. Jetzt sagt sie, es sei eine politische Entscheidung der Stadt Oranienburg.

Wir haben das Gefühl, daß sie alles hinter unserem Rücken entscheidet. Wenn wir mit ihr reden wollen, hat sie keine Zeit, obwohl das eigentlich ihre Aufgabe ist.

Wir sind aus Protest gegen die Essenspakete am 2.9. in Hungerstreik getreten. Alle, auch die Kindern, weigerten sich, dieses Essen zu essen. Der Hausmeister hat dann versucht, die Kinder dazu zu zwingen, dieses Essen, welches wir ablehnen, zu essen. Wir haben dann Hilfe von zwei Pastorinnen bekommen, die sich darum gekümmert haben, daß unsere Kinder anderes Essen bekommen.

Was ist dann passiert?

Am Freitag, den 4.9., erfuhren wir, daß das Heim überfallen werden soll und wir wurden vom Hausmeister aufgefordert, das Heim zu verlassen. Alle Verantwortlichen waren verschwunden, und uns wurde nur gesagt, daß wir weg sollen, weil das Heim angegriffen wird. Wir suchten Zuflucht an unterschiedliche Orte, so z.B. in Schwante in einer Kirche. Wir sind nach Berlin geflohen, wo wir die erste Nacht am Bahnhof verbrachten.

Wir haben Angst um unser Leben und wissen nicht, wo wir hingehen sollen. Wir wollen nicht nach Kremmen zurück, weil dort ein sehr schlechtes Klima herrscht. Alle, die Gemeinde, die Polizei, usw. sind gegen uns und behandeln uns unfreundlich. Die Polizei meinte z.B. auf eine Anfrage, warum wir im Hungerstreik sind: "Die sind eben satt". Wir fürchten dort um unser Leben, deshalb wollen wir in ein anderes Heim, wo wir uns sicher fühlen können.

Habt ihr euch schon öfters bedroht gefühlt?

Ja. Zum Beispiel ist am 14.Juli folgendes passiert:

Frau Schleising hat zu uns gesagt, daß in dem Heim eine Bombe versteckt ist. Es war ihr völlig egal, daß Kinder, alte Leute und schwangere Frauen im Heim waren. Wir wußten nicht, was wir tun sollten. Sie sagte zu uns, wir sollen unsere Türen abschließen und ins Bett gehen, dann würde nichts passieren. Wir konnten die ganze Nacht nicht schlafen. Wir glauben, daß das Absicht ist, um uns einzuschüchtern und zu terrorisieren, damit wir freiwillig dieses Land wieder verlassen. Wir protestieren gegen die Unmenschlichkeit und Unverantwortlichkeit.

Wir sind schon seit zwei Jahren rassistischen Angriffen ausgesetzt. UNS REICHTS!

Ihr bekommt jetzt nur noch sehr wenig Geld. Was müßt ihr davon alles bezahlen?

Wir benötigen Geld hauptsächlich für Essen, Rechtsanwältinnen, Telefon und für Fahrtkosten.

Weil das Heim weit entfernt von Einkaufsmöglichkeiten, Rechtsanwältinnen oder Ärztinnen ist, müssen wir manchmal wegfahren. Nach Oranienburg sind es z.B. 18 Kilometer, wohin wir mit dem Bus fahren müssen. Einer von uns, der nach einer Operation jeden Tag zum Arzt fahren mußte, hat z.B. beim Sozialamt trotz schriftlichen Antrags nicht die 7 DM pro Tag Fahrgeld bekommen.

Auch Geld für Kleidung bekommen wir nur, wenn Frau Schleising Lust hat, uns Geld zu geben. Wir wissen, daß wir Anrecht auf 270,- DM zweimal pro Jahr für Kleidung haben. Sie gibt uns aber nur 60,- und 200,- Mark, an jede Person unterschiedlich. Anstatt des Geldes sollen wir Kleidung aus der Kleidersammlung nehmen. Wir wissen nicht, was sie mit dem restlichen Geld von uns macht. Das Minimum, das wir verlangen, ist die Fortsetzung der Auszahlung der 440,- DM Sozialhilfe, die wir bis August bekommen hatten. Das reicht gerade, um unsere Ausgaben zu decken.

Frau Eichler, vom Büro der Ausländerinnenbeauftragten Berlin sagte auf telefonische Nachfrage, daß die Sozialhilfe vom Landrat gekürzt ist. Es sei zu befürchten, daß die Flüchtlinge Schlepperorganisationen mit der Sozialhilfe bezahlen, wovon diese sich scharfe Waffen beschaffen, wie es in einem Flüchtlingsheim in Neuholland geschehen sei.

Könnt ihr diese Behauptung aus eurer Erfahrung bestätigen?

Das ist die Art von Frau Schleising uns zu unterminieren und zu übergehen. Wir glauben, daß es eine psychische Folterung gegen uns ist, in dem sie uns mit verschiedenen unbegründeten Problemen belastet und demoralisiert, mit der Absicht, daß wir eines Tages aufgeben.

Was haben wir um Gottes Willen mit den genannten Schleppern oder der Mafia zu tun und warum werfen sie uns alle in einen Topf und verurteilen uns damit. Ich glaube, wir sind gelernte Leute, mit reifem Beruf und Diplomarbeit. Wir verstehen das Problem zwischen Bürokratie und den Flüchtlingen und die komplizierte Situation in den neuen Bundesländer. Da sind wir auch tolerant und solidarisch mit den Ausländerinnenbeauftragten und Beamten. Wenn das Land Brandenburg meint, daß es Kriminelle bei den Flüchtlingen gibt, müssen sie vor Gericht und bestraft werden. Aber nicht auf Kosten der anderen Flüchtlinge. Wir appellieren an das Gewissen der verantwortlichen Leute in Potsdam und Oranienburg, noch einmal die Sache zu überprüfen und mit uns zu reden.

** Infoladen OMEGA ** (Berlin),
Sparrstr. 21, 1000 Berlin 65
Tel.:030/4537023 FAX.:030/4538678
Offen: Mo,Di,Do,Fr.: 16-20 Uhr.

********* *Wir* liefern die Argumente **********

[8]

Empfänger: ***/Cl/Antifa/Diskussion***
Betreff: ***BILD schafft Pogrome (war: Rostock)***
Absender: ***M.WILL@LINK-HH.ZER***
Datum: ***Mi 09.09.92, 28:28***
Größe: ***2704 Bytes***

Nachricht vom 07.09.92 weitergeleitet
Ursprung:/Z-NETZ/DISKUSSION
Ersteller:M.WILL@LINK-HH.ZER

Jemand schrieb zum Thema 'Rostock':

> Man muß sich doch mal fragen, woher die
> rassistischen Stimmungen kommen, oder?

Thema BILD schafft Pogrome:

In Waldhilfsbach (nahe Neckargemünd nahe Heidelberg im RheinNeckarRaum) gibt es eine sogenannte 'Zwergenschule', die so heißt weil sie so so klein ist.

Sie benutzt eine Etage eines Hauses.

Demnächst sollen in einer anderen Etage Asylbewerber unterrichtet werden.

Der Direktor erhält einen Anruf von einer Person die ihren Namen nicht erwähnt, schon garnicht weshalb sie anruft, sondern einfach fragt, ob die Asylbewerber eigentlich den gleichen Hauseingang nutzen werden wie die Schüler, oder ob da ein eigener Eingang wäre.

Der Direktor weis das nicht so recht, meint, warscheinlich gäbe es keinen eigenen Hauseingang für die Obere Etage.

Der Anrufer legt auf.

Am nächstem Tag gibt es einen typischen Bild-Artikel im Stile von 'Asylanten jetzt schon auf Schulhöfen' mit Kommentaren von Eltern, die ihre Angst und Empörung zum Ausdruck bringen.

Leider gibt es diese genannten Eltern nicht. Sie haben keine Kinder an dieser Schule.

Aber der Artikel hetzt in die Welt raus, und er ist nur einer von vielen, die täglich den Massen vorgesetzt werden, wahrscheinlich auch da alle Aussagen erstunken und erlogen.

Der Direktor fragte seinen Rechtsanwalt, dieser meint, *keine Chance* gegen die Bild-Zeitung, viel zuviel Macht, viel zu viel Kohle, allerhöchstens unter großem Nerven- und Geldeinsatz eine zweizeilige Gegendarstellung auf Seite 5.

Die Bildzeitung unterhält schon seit langem eine Hetzkampangne gegen Asylbewerber (von ihnen durchweg 'Asylanten' genannt, wie es bei den Rechtsradikalen üblich) - 50% der Hamburger lesen Bild.

Wundert es da jemanden, wenn die Normalverbraucher eine irrationale Angst vor Asylbewerbern haben, wenn sie doch jeden Tag lesen, wie 'Überschwemmt' sie werden, das es zu viele sind, etc., alle Vorurteile Tagtäglich schwarz auf weiß?

Das wirkt garantiert auf das Unterbewusstsein der Menschen.

Und sagt nicht, was in der Bild steht glaubt eh keiner, in der Tagesschau, im Hamburger Abendblatt (auch A.Springer), in vielen anderen Zeitungen liest man: 'laut Informationen der Bildzeitung...'

Die Bildzeitung trägt garantiert eine große Schuld an den Pogromen, mag sie auch nur Werkzeug sein - ich kann es nicht durchschauen.

Wutschnaubend (gerade erfahren) Michael Will

[9]

Empfänger: ***/Cl/Fluechtlinge/Allgemein***
Betreff: ***Pro Asyl zu SPD-Vorstand, 13.09.92***
Absender: ***M.FISCHER@UNK-K.ZER***
Datum: ***So 13.09.92, 14:38***
Größe: ***3737 Bytes***

PRO ASYL & Landes-Flüchtlingsräte, 13.09.92

Wir verurteilen die gestrige Entscheidung des SPD-Parteivorstands zum Asylrecht aufs schärfste.

Trotz aller Warnungen und Gegenargumente wird eine Grundgesetzänderung

befürwortet. Die Petersberger Beschlüsse der Parteiführung wurden damit bekräftigt.

Die SPD versucht, der Öffentlichkeit diese Beschlüsse als Festhalten am Individualrecht auf Asyl zu verkaufen. Ihre Argumente sind jedoch unredlich. Es ist geplant, durch ein 'ausländerrechtliches Vorprüfungsverfahren' bestimmte Gruppen von Flüchtlingen von vorneherein aus dem individuellen Asylrecht auszuschließen. Dies sind insbesondere Flüchtlinge aus bestimmten Ländern, die als "verfolgungsfrei" eingestuft werden. Diese Vorschläge machen aber überhaupt nur dann einen Sinn, wenn sie mit einer Verfassungsänderung verbunden werden. Auch nach bisherigem Asylverfahrensgesetz gibt es ein Vorprüfungsverfahren, in dem ein Asylantrag von der Ausländerbehörde als "unbeachtlich" gewertet werden kann und der Flüchtling damit nicht in ein Asylverfahren nach Art. 16 GG einsteigen kann. Das bisherige Verfahren bezog sich allerdings auf Einzelfälle.

Die qualitative Veränderung der SPD-Vorschläge besteht darin, daß durch Länderlisten bestimmte Flüchtlingsgruppen PAUSCHAL aus dem Asylverfahren ausgeschlossen werden.

Nur im Ausnahmefall - und die Beweislast liegt bei den Flüchtlingen - können Schutzsuchende aus diesen Ländern dennoch ins Asylverfahren aufgenommen werden.

Mit diesen Beschlüssen greift die SPD massiv in das Individualrecht auf Asyl ein. Das Wesen eines individuellen Grundrechts besteht darin, daß man sich als Individuum darauf berufen kann, und daß es keine pauschale Ausschlußklauseln gibt. Länderlisten ohne Grundgesetzänderung sind verfassungsrechtlich nicht möglich!

Unredlich sind die SPD-Vorschläge auch noch in einem weiteren Punkt: das ausländerrechtliche Vorprüfungsverfahren macht nur dann einen Sinn, wenn es eine entgültige Entscheidung beinhaltet und nicht mehr durch eine gerichtliche Entscheidung überprüfbar ist. Die Konsequenz der SPD-Beschlüsse ist die Abschaffung der Rechtsgarantie (Art. 19.4 GG) für bestimmte Gruppen von Flüchtlingen, die damit aus dem Rechtsstaat ausgegrenzt werden.

Es ist ein Skandal, daß die Parteiführung bereits vor dem Sonderparteitag im November Gespräche mit der CDU über die geplante Verfassungsänderung aufnehmen will, wie Klose gegenüber der ARD bestätigte.

Die SPD setzt mit diesen Beschlüssen ein fatales politisches Signal. Sie gibt in einer Zeit des wachsenden Rechtsradikalismus Grundwerte der Demokratie preis, indem sie drastische Eingriffe in das Menschenrecht auf Asyl vornimmt. Anstatt Grund- und Menschenrechte offensiv zu verteidigen, schwenkt die SPD auf die Linie der Rechten ein und definiert das Problem ausschließlich bei den Zugangszahlen der Flüchtlinge. Das individuelle Asylrecht wird damit zu steuerungspolitischen Zwecken mißbraucht, und das, obwohl eine GG-Änderung an den Zugangszahlen der Flüchtlinge gar nichts ändern wird. Es geht der SPD-Führung vor allem um den machtpolitischen Gesichtspunkt: die Regierungsübernahme in Bonn.

Pro Asyl und die Landesflüchtlingsräte rufen die Delegierten des Sonderparteitages dazu auf, die Petersberger Beschlüsse zum Asylrecht abzulehnen und für das uneingeschränkte Grundrecht auf Asyl zu kämpfen!

Es darf keine Änderung oder Ergänzung von Artikel 16 geben - auch nicht in verklausulierter Form.

[10]

Area: *Antifa.Ger*
Date: *09-12-92 22:11 (Public)*
From: *Guenter Haverkamp*
To: *Alle*
Subject: *Rechtsradikaler Ueberfall*

Ein Sprecher von FLUECHTLINGSRAT NRW brutal zusammengeschlagen

Morddrohung gegen einen anderen Sprecher des FLUECHTLINGSRATES

Der im Maerz neu in den Sprecherrat des Fluechtlingsrat NRW gewaehlte Diether Kuhlmann aus Detmold wurde heute nacht vor seiner Wohnung brutal zusammengeschlagen. Es bestehen keine Zweifel, dass Rechtsradikale auf diese Weise sein besonderes Engagement fuer rumaenischen Roma quittierten.

Wenige Stunden vorher hat der geschaeftsfuehrende Sprecher des Fluechtingsrates NRW, Volker Huegel, in Muenster eine Morddrohung bekommen, die er als aeusserst ernst bezeichnete. Die Polizei hingegen haette ihn nicht ernst genommen und es als Wichtigtuerei abgetan.

Guenter Haverkamp, 12.9.1992

[11]

Empfänger: */Cl/Antifa/Allgemein*
Betreff: *Freibrief für rassistische Mörder!*
Absender: *OMEGA@lBB.ZER*
Datum: *Mo 14.09.92, 20:46*
Größe: *1628 Bytes*

Freibrief für rassistische Mörder ?!

Ein vorläufiges Ende fand heute (14.09.92) unter massivem Bullenschutz der sogenannte Skinhead-Prozeß von Eberswalde in Frankfurt/Oder.

Mit geradezu lächerlichen Bewährungsstrafen zwischen zwei und vier Jahren wurden Ronny Jawetzki (20), Marek Jordan (19), Steffen Hübner (19) und Jordan Klimpel (21) wieder nach Hause geschickt (damit sie in Ruhe die nächsten Anschläge vorbereiten können).

Lediglich Sven Böcker, der schon 1989 wegen

Körperverletzung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde, muß nun für drei Jahre und sechs Monate hinter Gitter.

Auch an diesem letzten Verhandlungstag ließ es Richter Kamp (47) an Zynismus nicht fehlen. So bekundete er bei seiner Urteilsbegründung, daß Sven Glück gehabt hätte, daß er bei einem seiner Opfer nicht die Halsschlagader mit seinem Messer getroffen hätte. Hatte das Opfer nicht vielmehr das Glück, daß es noch lebt?

Das Urteil wurde von den Angeklagten und vor allem dem Verteidiger Steffen Hübners, Arik Kohrs, mit einem verschmitzten Lächeln zur Kenntnis genommen.

Direkt nach der Strafverkündung wurden zwei Zuschauer, die gegen das milde Urteil protestierten, mit äußerster Brutalität des Saales verwiesen. Vor dem Gebäude wurden dann noch 3 AntifaschistInnen unter anderem wegen Beleidigung ("Bullen") festgenommen.

** Mehr zum Ausgang des Prozesses demnächst in diesem Brett **

** Infoladen OMEGA ** (Berlin),
Sparrstr. 21,1000 Berlin 65
Tel.:030/453 70 23 FAX.:030/453 86 78
Offen: Mo,Di,Do,Fr.: 16-20 Uhr.

********* *Wir* liefern die Argumente **********

Fünf Jahre Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

Um als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einen Beitrag zur Demokratisierung der teilweise erstarrten gesellschaftlichen Strukturen leisten zu können, um gegen die zur Zeit erstarkende Restauration anarbeiten zu können, haben wir vor 5 Jahren das DISS gegründet. Die Möglichkeiten zu wissenschaftlicher Arbeit, die nicht nur Verwertungsinteressen dient, nicht nur instrumenteller Ausbildung, schienen uns an der Universität nicht mehr in ausreichendem Maße gegeben, und wir müssen heute konstatieren, daß sich dieser Trend weiter verschärft. Hat das DISS seine Existenzberechtigung damit bereits ein Stück weit bewiesen, so doch vor allem deshalb, weil in diesen 5 Jahren wichtige Themen wissenschaftlich und praxisrelevant bearbeitet werden konnten, wie Publikationen und die Vielzahl von Vorträgen, Seminaren, Bildungsveranstaltungen, Projekten etc. zeigen, die von DISS-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern durchgeführt werden konnten.

Das DISS hat sich durchgesetzt - trotz aller Unkenrufe. Unsere ArbeitsSchwerpunkte lagen in den folgenden Bereichen:

- Rechtsextremismus und Rassismus
- Neue Technologien
- Situation der Frauen und der Frauenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland
- Diskurstheorie und Diskursanalyse
- Aufbau von Archiven und Handbibliotheken zu Rassismus und Rechtsextremismus
- Sprache und Kultur von Einwandererinnen und Einwanderer

Das DISS ist ein freies Institut - im doppelten Sinne des Wortes

Das DISS ist ein freies Institut. Frei in dem Sinne, daß es nicht an eine andere Institution angebunden ist. Frei allerdings auch von jeder gesicherten Finanzierung. Das ist sicher sehr riskant, aber zugleich äußerst zweckmäßig: Denn so arbeiten wir auch frei von jeder Bevormundung. Das ist deshalb möglich, weil wir die zum Start erforderlichen finanziellen Mittel selbst aufgebracht haben (durch mehrere Kleinkredite, an denen wir heute noch abzahlen). Das ist ferner deshalb möglich, weil wir einen Kreis von Fördererinnen und Förderer gewinnen konnten, der einen Teil der Grundkosten des Instituts abdeckt. Das geht auch deshalb, weil unsere Publikationen Anklang finden und sich zum guten Teil selbst finanzieren. Wir haben auch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ABM-Stellen einzurichten, durch die unsere zentralen Arbeitsschwerpunkte zusätzlich Unterstützung erfahren. Und das ist nicht zuletzt möglich, weil wir uns auf die ehrenamtliche Mitarbeit einer Reihe von Lehrerinnen, Lehrern, Studentinnen und Studenten stützen konnten. So war "der Preis der Freiheit" nicht ganz so groß wie wir befürchteten. Natürlich: Geldmangel herrscht immer! Einige Förderer haben ihre Zahlungen einstellen müssen, weil sie selbst in finanzielle Schwierigkeiten gekommen sind. Andere deshalb, weil sie gegenüber der anwachsenden Flut von Konservatismus und einem zunehmenden Rechtstrend resignierten oder weil in ihren Augen der Kapitalismus endgültig gesiegt hat. Wir brauchen neue und mehr Fördererinnen und Förderer und mehr Spenden, zumal sich der Aktionsradius des DISS besonders in den letzten beiden Jahren erheblich erweitert hat.

So treten zunehmend Menschen aus anderen Gruppierungen, Arbeitsgruppen, Verbänden und Parteien an das DISS heran, die beraten werden wollen, oder die in unseren Publikationsreihen veröffentlichen möchten. Hier entstehen finanzielle Engpässe, die wir zur Zeit nur noch dadurch halbwegs auffangen, daß wir "an die Substanz" gehen, d.h. an den finanziellen Grundsockel, den wir brauchen, wenn wir auch in den nächsten Jahren das DISS einigermaßen auf Kurs halten wollen.

Wir hoffen daher auf neue Fördererinnen und Förderer damit wir unsere Arbeit aufrechterhalten und weiter verbessern können!

Dabei sind wir bemüht, unsere wissenschaftliche Arbeit praxisbezogen anzulegen. Das heißt für uns, daß wir uns gesellschaftlich relevanten Fragen zuwenden, die auf vor Ort arbeitende Menschen der verschiedensten Berufe zukommen. Wir sind zwar selbst keine Praktiker wie sie, bemühen uns aber, unsere Arbeit so anzulegen, daß sie auch unmittelbaren praktischen Nutzen hat.

Die hier vorgelegten Analysen von Fotoreportagen ("Der Stern"), Kommentaren, Reportagen, Berichten und Leserbriefen bestätigen unsere Annahme, daß die Medien keineswegs aufgehört haben, die Bevölkerung gegen Menschen aus anderen Ländern aufzuhetzen. Immer wieder wird der Versuch gemacht, uns Deutsche von jeder Schuld freizusprechen, indem man Minderheiten und Verrückten ("jugendliche Randalierer" und frustrierte "Ossis") die Verantwortung für die Vorfälle unterzuschieben versucht. "Wir Deutsche" aber sind ein ausländerfreundliches Volk!

Entlastung sucht man auch unter Verweis auf andere Länder, in denen es ähnliche Zustände gebe wie in Deutschland - ein Versuch, der jeder genaueren Analyse Hohn spricht.

Journalisten, die solche verkürzten Darstellungen und Einschätzungen verfassen, sind nicht in jedem Fall bewußte Fälscher, und nicht alle Kommentatoren fallen in diesen inhumanen Chor ein. Doch der gemeinsame Grundtenor ist nicht zu überhören.

Diese Berichterstattung schafft ein Klima, das nicht nur der Eskalation von Gewalt förderlich ist, sondern auch der Ausbreitung rechtsextremer Parteien und militanter Gruppierungen.

Ergänzt wird diese Darstellung durch Hintergrundanalysen von Nora Räthzel, Siegfried Jäger und (nicht verbreitete) Augenzeugenberichte.

ISBN 3-927388-32-7 <16.00 DM>